

Ö-punkte



Castor Auswertung:

**Was war gut ?
Was war schlecht ?**

Klimakonferenz:

Profit statt Klimaschutz?

Termine, Kurzinfos...

*zu Anti-Atom, Viehdiebstahl, Naturschutz,
direkte Ökonomie, Widerstand,
Politik von unten und Gentechnik*



Der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen, BIs und Umweltgruppen

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

2 Sommer 2001
• Start ins
Heft

Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

Presseinformation (Kurzform)

Klimaschutz

Kritische Texte zur bevorstehenden Klimakonferenz

Am 16. Juli startet in Bonn die Klimakonferenz. Auf der Tagesordnung steht nicht nur der plakative Streit zwischen den Haupt-Klimazerstörern EU und USA, sondern vor allem die Vermarktlichung der Luft. In einer Zeit der Dominanz von Wachstum und Aktienkursen wird das sogenannte Kyoto-Protokoll oft als Erfolg bewertet. Die »Ö-Punkte« belegen das Gegenteil - alle aktuellen Klimaschutzbemühungen machen die Natur zu Ware, zu einer Sache zum Kaufen und Verkaufen. Dem Klima wird das nicht dienen. Insofern stellen die »Ö-Punkte« eine doppelte Grundlage: Für eine kritische Auseinandersetzung mit den Instrumenten der Klimapolitik und als praxisorientierte Vorbereitung für die Aktivitäten rund um die Klimakonferenz in Bonn. Die Texte stammen aus Gruppen, die diese Aktionen vorbereiten.

Mit dem Schwerpunkt orientieren sich die »Ö-Punkte« weiter an den aktuellen Debatten in der Bewegung. Davon zeugen auch die anderen Rubriken und Texte. Kritik an der Freiwirtschaft, aktuelle Entwicklungen aus Kommune- und Häuserprojekten, aus der Kampagne »ökostrom von unten«, zu Castor- und internationalen Aktionen sowie direkte Aktionen werden dokumentiert. Zudem prägen die bewährten Rubriken von Anti-Atom über Umweltbildung, Naturschutz und Energie bis zu Widerstand und Verkehr das Heft. Viele Seiten voller Informationen, Debatten, Termine und Hintergrundtexte.

Das aktuelle Heft und die bisher erschienenen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (2,- DM plus 2,- DM Porto in Briefmarken für das erste, je 1 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

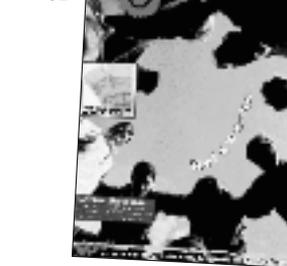
Der nebenstehende Pressetext macht Werbung für diese Ö-Punkte und das Projekt überhaupt. Wer Platz für weitere Texte hat, kann auch sonst alle Texte abdrucken - bitte mit Quellenangabe und Bezugsadresse der Ö-Punkte. Freianzeigen für die Ö-Punkte können bei der Redaktion bestellt werden.

Internet "Umweltschutz von unten"
<http://go.to/umwelt>
Projekte, Aktionen, Adressen usw.
www.projektwerkstatt.de
Netzwerk für kreativen Widerstand
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse
Ö-Punkte
www.projektwerkstatt.de/oepunkte

Eigentumsvorbehalt
Gefangen in diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.

Spenden und Förder-Abos
Wir bitten um Spenden für die "Ö-Punkte". Das Projekt ist nachwievor immer ein Minusprojekt - leider. Wenn es als Diskussionsblatt und Infodienst erhalten bleiben soll, brauchen wir für jede Ausgabe zwischen 1.000 und 3.000 DM an Spenden oder über Förder-Abos. Den Rest (also immerhin den größeren Teil) schaffen wir bislang durch ausgesuchte Werbung.
"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 928820.04
Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00
Spendenbescheinigung auf Wunsch.

Aktive RedakteurInnen gesucht!
Die "Ö-Punkte" brauchen kreative Menschen in den Themenredaktionen und der Endredaktion... bei letzterer für Layouts, Textrecherchen, das Zusammenhalten des ganzen Ladens, die fehlenden Rubriken, Anzeigenakquise und das technische Drumherum. Von überall aus und/oder viermal im Jahr 1-2 Wochen gemeinsam der Projektwerkstatt. Unterbringung und Zeit inmitten von spannenden Aktionsarchiven und Projekträumen inclusive.
oe-punkte@gmx.de, O6401/903283 oder O171/8348430.



Sommer 2000: Verkehr/Straßenbau

Startausgabe 1997: Windenergie (vergriffen)

Winter 2000: Netzwerke

Herbst 2000: Ökostrom von unten

Frühjahr 1999: Expo 2000

Herbst 1998: Utopien

Frühjahr 2001: Direct Action

Sommer 1998: Direkte Demokratie



regelmäßig ... die zwei Varianten - und das Förder-Abo:

1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände und Netzwerke (siehe Seite 55 sowie in allen Rubriken rechts oben)

2. Als Abo der „Ö-Punkte“ zu 20 DM/Jahr mit 4 Heften plus weiteren Info-Sendungen der „Ö-Punkte“ Sonderhefte, Terminübersichten usw.

In allen Fällen bitten wir die, die es können, um ein Spende an die Ö-Punkte - als Förder-Abo (nach Selbsteinschätzung dann mehr als 20 DM) oder per Spende. Spenden sind absetzbar!

Schwerpunkt

Presstext2
 Inhalt, Vorwort3
 Ergebnisse: Wie weiter?4
 Debatte5
 Impressum8
 Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste55

Aus aller umWelt

A20-Widerstand6
 Love-Parade7
 Kurzmitteilungen8
 Bücherliste9
 Klimaschutz9

Schwerpunkt Klimaschutz

Überblick Aktion & Position10
 Globale Erwärmung12
 Klimaschutz mit Atomkraft?14
 Öko-Neoliberalismus16
 IPCC: Erwärmung gibt es!18
 Klimaschutz rassistisch?19
 Bericht aus Den Haag 200020
 Übersicht geplante Aktionen21

Perspektiven Kurz notiert von A - Z

Kurzinfos "Natur&Nutzung"

Gentechnik22
 Landschaft und Naturschutz24
 Ökologischer Landbau25
 Tierrechte/Tierschutz26

Kurzinfos "Energie"

Anti-Atom28
 Castor-Auswertung30
 Energiewende34

Kurzinfos "Umwelt"

Abfall Fehlt!
 Umweltbildung Fehlt!
 Verbraucherinnenpolitik Fehlt!
 Verkehr36
 Wasser Fehlt!

Kurzinfos "Markt&Macht"

Chemie & Industrie38
 Militär und Umwelt40
 Politik von unten41
 Über den Tellerand42
 Wirtschaft, Direkte Ökonomie44

Kurzinfos "Weltweit"

Umwelt&Entwicklung46
 Weltwirtschaft, Neoliberalismus48

Widerstand&Alternativen

Freiräume Fehlt!
 Skandale und Perspektiven50
 Widerstand, Direkte Aktion52
 Bildet Basis-Kollektive!53



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

Start ins Heft

Hinweise

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform.

Ausnahme sind alle mit (*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausweichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

i Dieses Zeichen verweist auf weiterführende Texte unter www.projektwerkstatt.de/oepunkte



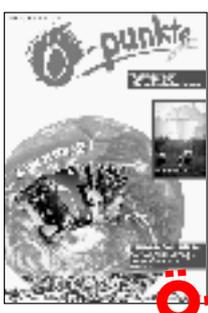
Menschen statt Profite!

Und wieder sind die »Ö-Punkte« dabei ... mit großer Hoffnung, daß es diesmal einen spürbaren Schritt nach vorne gibt. Zusammen mit anderen Netzwerken, Gruppen, Basiskollektiven, Direct-Action-Gruppen usw. rufen einige Redaktionen der »Ö-Punkte« zur Bildung von Widerstandskollektiven in allen Städten und Regionen auf. Es wird Zeit, daß die Langeweile und Aktionsunfähigkeit, die Spaltungen und reaktionär-hierarchischen Dominanzstrukturen überwunden werden. Ohne Bewegung von unten stehen nicht nur, aber auch die »Ö-Punkte« einsam da - wir leben davon, daß es aktive und selbstorganisierte Gruppen gibt. Überall. Davon sind wir weit entfernt.

Regionale Zusammenhänge werden auch für die »Ö-Punkte« immer wichtiger. Wir wollen eine Zeitung inmitten von Umweltschutzbewegung und selbstorganisierten Basisgruppen sein. Die bundesweiten Zusammenhänge aber bröseln, lösen sich auf oder zerstreuen sich im Kampf um den eigenen Einfluß auf eine schwindende Bewegung. Übrig bleiben die Verbände (NGOs) und einige Netzwerke, die sich immer mehr »verbandisieren«. erinnert Ihr Euch an den Castor-Widerstand: Prima Aktionen, aber nur von wenigen Gruppen sowie Greenpeace und Robin Wood. Pressedominanz des sonst kaum spürbaren BUND, gemeinsame Positionen von drei NGOs und der auf Verbandsbildungskurs liegenden X-1000malguer-FunktionärInnen (was keine Kritik an ihren phantasievoller gewordenen Aktionen ist!). Und die Bewegung, die Netzwerke und Basisgruppen? Wenig! Kaum ein Selbstorganisationsprozeß. Vierlerorts Unfähigkeit zum Handeln, zur politischen Artikulierung und zur Kooperation.

Wir wünschen uns ein Ende dieser Erstarrung. Wir fühlen uns am wohlsten in rassistischen Positionen und Visionen. Unser Schwerpunkt ist der Umweltschutz, sondern einer von unten. Und wir fühlen uns in anderen Themenfeldern solche Ansätze probieraktiv. Soll sie zusammenführen. Wäre eine schön. 11. 13.5. in Dresden oder einem der nächsten. Sehen wir uns bei Aktionen.

Frühjahr 1998: Agenda 21



Ö-Punkte: Wie Weiter?
 Siehe nächste Seite.

Frühjahr 1999: Weltwirtschaft



inmitten von Aktivitäten, Vielfalt, emanzipatorischer - aber nicht jeder beliebiger - verbunden mit Gruppen, die in der Idee der Widerstandskolonne Vorstellung ... sehen wir uns am Treffen, Aktionen, Seminare? Treffen usw.? Die End-Reaktion

Winter 99/2000: Umweltbildung



Spenden für Ö-Punkte nötig!
 Förderverein, Nr. 92882004
 Volksbank Gießen, BLZ 51390000



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

4 Sommer 2001
● Echo und Diskussion

Zur »Ö-Punkte«-Umfrage: **Quo vadis, Ö-Punkte?**

Die Umfrage im letzten Heft hat eine Menge Rückmeldungen gebracht ... aber keine Eindeutigkeiten. Zu fast allen Fragen gibt es Ja- und Nein-Stimmen, ziemlich oft ungefähr gleichviele. Was eindeutig ist:
-Mehr Debatte und Hintergrundtexte
-Niedrigerer Preis (bei wenigen Gegenstimmen)

-Kein größeres Format (nur zwei Stimmen dafür)

Alles andere bleibt aber unklar. Aus den drei klaren Ergebnissen aber folgt schon mal:

Inhalt I: Debatten und Hintergrundtexte

Wie alles organisiert wird, ist noch unklar. Eine Idee ist, daß die thematisch zusammenpassenden Redaktionen in Kürze stärker zusammenarbeiten und als »Pool« ihre Seiten gestalten können. Sie können dabei absprechen, auch längere Texte und Hintergrundartikel unterzubringen, wenn sie dafür ihre sonstige Textmenge reduzieren (dahinter steht die Idee, daß alle Redaktionen ihre maximal zwei Seiten inhaltlich bestimmen, also die entscheidenden sind - Autonomie der Themenredaktionen).

Weiterhin bleibt für die Redaktionen auch der Weg offen, stärker über die Zeitschriftenschau oder eine Internetübersicht auf laufende Debatten und interessante Texte an anderen Orten hinzuweisen.

Geld: Niedrigerer Preis

Ab sofort kostet das Heft nur noch 2 DM. Das Abo bleibt bei 20 DM, umfaßt jetzt aber nicht nur die Hefte, sondern auch Zusendungen zwischendurch mit weiteren Informationen, Sonderheften usw.

Achtung, Spendenaufruf: Der Einzelverkauf der Heft hat bisher kaum zur Finanzierung der Ö-Punkte beigetragen. Nachwievor sind die Ö-Punkte ein Minusprojekt. Da die Rücklagen der Projektwerkstatt in Saasen sowie die Einnahmen aus Buchverkauf und Vortragshonoraren nicht mehr lange ausreichen werden, das Minus zu decken, sind die Ö-Punkte in akuter Gefahr. Daher bitte wir um Spenden und Förder-Abos. Ohne sie wird das politische Projekt »Ö-Punkte« nicht mehr lange durchhalten. Spendenbescheinigungen sind auch möglich, das sollte dann gesondert vermerkt werden. Konto »Ö-Punkte«, Nr. 92882004, Volksbank Gießen, BLZ 51390000.

Layout I: Kein größeres Format

Es überwog deutlich das »Nein« zu dieser Idee. Zudem wäre sie recht teuer geworden. Dennoch nehmen wir weiterhin Tipps und Hinweise für die Weiterentwicklung des Layouts entgegen. Was immer wieder verworfen wird, ist der Vorschlag eines magazin-ähnlichen Layouts, weil dort zu wenig Informationen pro Seite zu finden wären. Ein Problem bleibt auch der geringe Kontrast der Schrift vom Untergrund - das ist keine Frage der Schriftgröße, sondern der nicht fett schwarzen Schrift auf bräunlichem Papier. Eine Folge des Rotationsdruckverfahrens, das bei der Auflagenhöhe der Ö-Punkte aufgrund der Finanzlage nicht zu vermeiden ist.

Die anderen Punkte blieben unklar. Daraus folgt, daß wir die Ö-Punkte behutsam weiterentwickeln, aber eben in einem dauernden Veränderungsprozeß agieren wollen - bei Anregungen zur Verbesserung, aber auch weil wir Teil einer Bewegung sein wollen, die sich ebenfalls verändert.

Regionale Verteiler

Netterweise haben sich einige Menschen als Ö-Punkte-Verteiler in ihren Orten angeboten. Noch sind wir aber weit davon entfernt, in allen Städten und Regionen Menschen zu haben, die viermal im Jahr dafür sorgen, daß die Ö-Punkte an alle Gruppen und Aktiven kommen (je ein Heft pro Gruppe, Zentrum, Cafe als Auslageexemplar zum Lesen, Fachschaft usw.) - und am besten zusätzlich eine Verkaufsstelle irgendwo besteht. Das wird wichtig, denn erneut sind bundesweite Verteiler weggebrochen, die die Ö-Punkte bisher verschickten. Viele politische Netzwerke und Organisationen lösen sich einfach auf oder reduzieren ihre Arbeit auf die Selbsterhaltung des zentralen Büros. Dieser Trend reißt auch die Ö-Punkte herunter, da sie über Verteiler in der politischen Bewegung laufen. Daher nochmal der Aufruf, zum Ö-Punkte-Verteiler in der eigenen Region oder Stadt zu werden - und auch auf andere Art mitzuwirken an dieser Zeitung: In den Themenredaktionen oder viermal im Jahr bei den 2-3 Wochen Endlayout, Druck und Versand in der Projektwerkstatt in Saasen.

Layout II: Veränderungen diesmal

Wer die Ö-Punkte immer mal wieder vergleicht, sieht schon, daß sich von Ausgabe zu Ausgabe immer wieder was verändert. Wir haben diesmal andere Schrifttypen ausprobiert, uns für einen anderen entschieden und ihn auch leicht größer gemacht. Außerdem kennzeichnen wir die Anfänge der Hauptkapitel mit einer besonderen Überschriftgestaltung. Und die zu »Pools« zusammengefaßten Redaktionen stehen auch hintereinander - auf der ersten Seite des Bereichs steht rechts ganz groß ein thematischer Überbegriff. Kritiken und weitere Vorschläge sind gerne willkommen. Und sonst:

- Farbige Seiten im Innenteil werden wir von Fall zu Fall entscheiden.
- Einen festen Einband gibt's nicht.
- Den Titel auch als Werbeplakat fanden viele gut. Das wird weiter vorbereitet, macht aber auch nur Sinn, wenn es regionale Verteiler (die die Plakate aushängen) und Verkaufsstellen gibt.

Redaktionen: Mehr, aber im Pool

Das ist ein kniffliges Ergebnis - einige wollten weniger Rubriken, andere das nicht, einige sogar mehr! Da soll mensch mit umgehen ... eine Idee ist die Pool-Lösung, die mit diesem Heft vorgeschlagen wird. Mehrere thematisch zusammenpassende Rubriken (wer genau wozu gehört bzw. wie es sich sortiert, entscheiden die RedakteurInnen selbst, dieses Heft ist nur ein Vorschlag!) können zu einem Pool verbunden werden, die dann in der Zeitung immer zusammenhängend abgedruckt werden und ihre Seitenzahlen untereinander austauschen können - auch zugunsten eines geplanten längeren Textes.

Mithilfe nötig! Einige Redaktionen sind nicht besetzt - neue »BetreuerInnen« sind gesucht u.a. für Energie, Wasser, Umweltbildung, Umweltrecht. Außerdem braucht die Endredaktion Verstärkung - wer hat Lust, ein- bis viermal im Jahr für einige Tage in der Projektwerkstatt in Saasen mitzuwirken und/oder vom eigenen Ort aus etwas mit vorzubereiten?

Hinzuweisen sei noch, daß es weitere Sonderausgaben geben soll und kann ... wie die »Ökozeitung gegen Markt und Kapital«.

Das wars ... wir hoffen auf Unterstützung der unterschiedlichen Art. Und zum Abschluß noch, was andere über die Ö-Punkte sagen:

Sozial-revolutionärer Ansatz

Beschreibung der Ö-Punkte im Schwarzen Faden 1/2001, zitiert nach GWR April 2001

Die Zeitung Ö-Punkte könnte sich hier perspektivisch etablieren und sich zu einem überregionalen-pluralistischen Forum entwickeln. Trotz ihres momentanen gruseligen Layouts und visuellen Chaos (...) wird hier bereits eine große thematische Bandbreite erfasst, stellenweise weiterdiskutiert. (...) Die ganze Zeitung wird sich entwickeln müssen, wie der sich dort artikulierende neue sozial-revolutionäre Ansatz. Damit würden die drei klassischen Bewegungszetungen eine »Konkurrenz« bekommen, die sich jetzt schon »anarchistischer« repräsentiert.

Anmerkungen der GWR dazu:

Was ist an einem solchen »Konkurrenz«-Gedanken libertär? Was »repräsentiert« sich an den Ö-Punkten »jetzt schon anarchistischer«?

Briefe

Debatten sind gern gesehen. Die »Ö-Punkte« wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen.

Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf unsere Internetseiten:

<http://go.to/umwelt> (Umweltschutz von unten)

www.projektwerkstatt.de/hoppetosse
Hoppetosse - Netzwerk für kreativen Widerstand

www.projektwerkstatt.de/debatte
(Streit um Bewegungsstrategien)

LeserInnenpost bitte schicken an:
Ö-Punkte
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Fax 06401/903285
oe-punkte@gmx.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

Stellungnahme zu: Freiwirtschaft und das raffende Kapital

Mit Vehemenz haben sich in der letzten Ausgabe AnhängerInnen der Freiwirtschaftslehre gegen die Kritik gewehrt, die in den »Ö-Punkten« (Redaktion Wirtschaft/Direkte Ökonomie) erhoben wurde. Gegen den Abdruck der LeserInnenbriefe wurde Protest erhoben, daß damit rechten Gesinnungen eine Plattform geschaffen würde. Zu beidem möchte ich gerne Stellung nehmen:

Freiwirtschaft

1. Das Einfordern einer Zensur selbst im Debatten-Teil der »Ö-Punkte« zeugt von mangelndem Selbstbewußtsein emanzipatorischer Gruppen. Wer Meinungen zensiert, scheint Angst zu haben, mit den eigenen Argumenten nicht überzeugen zu können. Zudem organisiert er/sie aus tatsächlicher Angst oder vorgeschobener Argumentation, antiemanzipatorische Positionen nicht verbreiten zu wollen, selbst eine Praxis, die als antiemanzipatorisch bezeichnet werden kann. Der Weg zu einer freien Gesellschaft wird nicht über Verbote, sondern über direkte Aktionen und offene, aber kritische und visionäre Debatten führen. Gesellschaftliche Revolution ist kein Einzelfall und keine statistische Ebene, sondern ein dauernder Prozeß, in dem emanzipatorische Ideen,

Entwürfe und Experimente sich durchsetzen.

Insofern bleiben die »Ö-Punkte« eine Versuch, eine offene Debatte zu schaffen. Persönlich stehe ich dabei klar auf der Grundlage emanzipatorischer Positionen. Die Selbstbestimmung und Selbstentfaltung der Menschen ist unumstößlich. Antiemanzipatorische Positionen gilt es zu entlarven und zu widerlegen, nicht zu zensieren. Widerspruch kann Debatten fördern – ein dialektisches Prinzip, das leider unter Ausgrenzung und Zensur in fast allen Medien verlorengegangen ist.

2. Die Freiwirtschaftslehre muß vor allem als Wirtschaftstheorie, also in ihrem Kern, angegriffen werden. Sie ist nämlich falsch und gefährlich.

Falsch ist der Hinweis auf die Wirkung des Zinses und daß davon fast alle Probleme abhängen – bis hin zu Krieg und sozialem Unfrieden. Der Kapitalismus als Ausbeutungssystem funktioniert im Kern auf der Basis der ständigen Verwertungslogik, einem »perpetuum mobile« werden Waren und andere »Werte« produziert, angeboten, beworben, vermarktet usw. Selbst Menschen (als Arbeitskraft, Ressource, Genträger oder familiäres Hinterland, Pfl-

gekräft usw.) und die Natur werden unter Verwertungsgesichtspunkten betrachtet. Der Zins ist dabei nur ein schlaues Detail – mit abnehmender Bedeutung, da hinsichtlich der Kapitalvermehrung immer mehr durch Spekulationen im Aktien- und Fondsmarkt verdrängt. Falsch ist auch die Theorie, daß ohne Zins kein Wirtschaftswachstum nötig sei und deshalb auch nicht erfolge. Diesen Unsinn hat im übrigen nicht einmal Silvio Gesell so vertreten. Er wußte genau, was der Wegfall des Zinses bedeutet: »Umsatz, Umsatz, Umsatz« – und darauf freute er sich, selbst ein Unternehmer. Seine Jünger, die GesellianerInnen, nun verändern die Logik, um sie als Alternative zum umweltzerstörenden kapitalistischen System zu präsentieren. Aber mit der Abschaffung des Zinses werden die zentralen Logiken des Kapitalismus gar nicht berührt. Die Debatte über den Zins ist so schwachsinzig wie die über die Einführung einer Spekulationssteuer u.ä. – all das greift gar nicht an den Punkten an, wo es wichtig ist.



Ein krasses Beispiel der Argumentation bot ein Text von Freiwirtschaftler Helmut Creutz in der *Contraste* im Januar 2001, wo er den Zins als Ursache für alles Schlimme auf der Welt (einschließlich dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges) benannte. Seine Trennung in Arbeit und Kapital, schaffendes und raffendes Kapital, ist jedoch nicht nur gefährlich, weil sie von den tatsächlichen Dingen (Verwertungslogik, Herrschaft usw.) ablenkt, sondern weil sie die Grundlage für Haß bietet – vor allem durch ihre Nähe zu antisemitischen Positionen. Diese Unterscheidung in raffendes und schaffendes Kapital ist so alt wie falsch. Selbst weniger weitgehende Unterscheidungen wie ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen sind ja bei genauem Hinsehen schon nicht mehr sinnvoll (schließlich ist der Topmanager eines Großkonzerns formal auch ein Arbeitnehmer usw.). Aber raffendes und schaffendes Kapital – unglaublich. Was bitte schön ist denn dann die Arbeiterin bei VW, die dann auch noch ein paar Infineon-Aktien ergattert hat? Wo ist die Grenze? Wer eine abgrenzbare Gruppe »raffendes Kapital« konstruiert, liefert die Steilvorlage für den Antisemitismus. Natürlich ist es Unsinn, daß es überhaupt »die« JüdInnen oder »das« Judentum gibt. Aber wenn erstmal wieder diese Konstruktion und die der Existenz eines »raffenden« Kapitals anerkannt sind, brauchen wir uns über den Rest nicht zu wundern.

3. Innerhalb der Freiwirtschaftslehre sind nicht nur etliche personelle Kontakte zu rechten Gruppen nachzuweisen, son-

dern die Konzepte von Silvio Gesell sind in vielen rechten Gruppen wirtschaftspolitisches Programm. Kapitalismuskritik als solches ist noch nicht emanzipatorisch. Etliche rechte Gruppen formulieren heute Kritik an Konzernen und träumen von ihren Nationen – da auch letztere Machtstrukturen sind, ist eine solche Position nicht emanzipatorisch. Es gilt also, genau hinzuschauen, ob Positionen das Selbstbestimmungsrecht der Menschen fördern oder nicht. Das ist die entscheidende Frage.

Die Debatte geht weiter. Hinweise, Kritiken, Beweise und Widerlegungen nehme ich weiterhin gern entgegen – auch, weil eine Aktualisierung des Buches »Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz« (bisheriger Titel) bis Ende des Jahres ansteht.

Jörg Bergstedt, Redaktion »Wirtschaft/Direkte Ökonomie«

Zu: Freiwirtschaft

Eine Leserbriefseite in 2001/1 für die rechten Freigeld-Propagandisten ist eindeutig viel zu viel!

Schupp, Appetshofen

Rechter Marx?

In der Tat ist es allmählich schizophren, wenn selbst ein Karl Marx rechte Gesinnungsweise angedichtet werden muß? Jürgen Koch (Freiwirtschaftler) hat mir aus dem Herzen geschrieben und Jutta Dittfurth übertreibt, wie schon immer maßlos! Versuch doch mal, den Freud zu orten, die »Gedankenpolizei« läuft immer mehr ins Leere, da müßt Ihr doch nicht hinterher? Wenn ich Euch jetzt ein paar Adressen geben darf:

www.nationale-anarchie.de
www.zyn.de/paulspiegel
www.stachelbeere.de

So sind es, wie ich auch, Kräfte, die sich um den friedlichen Erhalt der Gattung Mensch gesamt und der Umwelt Gedanken machen. Nicht nur um das Wohlergehen von ein paar, die den Hals nicht vollkriegen. Bleibt sauber.

HFB, Postfach 616238, 22450 Hamburg, 0170/3658871

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

Echo und Diskussion

5

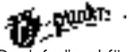
Anmerkungen

* Anmerkung aus der Ö-Punkte-Redaktion: Diese Internetseiten stammen ganz klar aus rechtsgerichteten bis rechtsradikalen Zusammenhängen. Es sind Strömungen innerhalb rechter Gruppen, die Umweltschutz und Antikapitalismus als Thema etablieren wollen. Sie sind z.T. bemüht, mit emanzipatorischen Gruppen eine Art »Querfront« zu bilden, um gemeinsam gegen das Kapital vorzugehen. Tatsächlich ist ihre Ideologie jedoch menschenverachtend, rassistisch und nationalistisch. Eine Auseinandersetzung und Kritik an den Nationalen Anarchisten war in der Ö-Punkte-Ausgabe 1/2000 auf Seite 46 zu finden (damals im Zusammenhang mit dem Expo-Widerstand, zu dem auch »nationale Anarchisten« aufriefen.

** Diese Internetseite (URL allerdings falsch, über www.zyn.de nach »Spiegel« suchen lassen) ist eine durchaus pointenreiche Satire auf Paul Spiegel vom Zentralrat der JüdInnen in Deutschland – allerdings im Kontext der Geschichte und des weiterhin unübersehbaren Antisemitismus mindestens fahrlässig, wenn nicht ziemlich daneben!

Weitere und die vollständigen LeserInnenbriefe unter www.projektwerkstatt.de/oepunkte.





Der Infodienst für
UmweltakteurInnen



Sommer 2001

● Aus aller
umWelt

Rubrik »Aus aller umWelt«: Mit Spaß und Kreativität ... **Gegen Autowahn, Lärm und Umweltzerstörung**

In Schleswig-Holstein wird eine Autobahn gebaut! Seit der Wende schreitet die Planung und der Bau der A20 voran. Die Trasse führt von Stettin entlang der mecklenburgischen Ostseeküste über Lübeck quer durch Schleswig-Holstein. Sie soll die Elbe bei Glückstadt oder weiter südlich im Kreis Pinneberg überqueren. Mit Anschluß an die A 26 Richtung Cuxhaven stellt sie einen Teil des transeuropäischen Netzwerkes da, nicht zuletzt durch sie wird es möglich sein, Güter auf der Straße durchgehend von Amsterdam nach Helsinki zu transportieren.

Norddeutschland nimmt in diesem Prozess vom ökonomischen Profit der Auto-lobby lediglich die Rolle eines Transitlandes ein. Vermeintliche wirtschaftliche Vorteile der Gegend werden als Deckmantel für das Prestigeinteresse der Landesregierung genutzt. Lärmbelastigung, Luftverschmutzung, Zerstörung ökologisch- oder kulturell hochwertiger Gebiete und Existenzberaubung von seit Generationen ansässiger Bevölkerung, stehen gegen ein »gutes« Image der herrschenden, angebliche Steigerung der Mobilität und einer »infrastrukturellen Erschließung« der östlichen Länder zum Ausbau der westeuropäisch-imperialistischen Wirtschaftsmacht dort. Auch wenn bereits einige Kilometer dieser Autobahn gebaut wurden, so ist der größte Teil der Strecke noch bisher nicht von den Baggern heimgesucht, darüber hinaus gibt es noch viele finanzielle Fragen, die bisher noch nicht geklärt sind. Zu guter letzt ist vor allem im Westen von Schleswig-Holstein die Trassenführung bisher noch ungeklärt. Es gibt daher durchaus noch Chancen diese katastrophale Verschwendung von Steuergeldern, deren Preis die unwiderrufliche Zerstörung kostbarer Naturräume anstatt des Wohls der lokalen Bevölkerung ist, zu verhindern.

Das Aktionsbündnis gegen die A20, Bürgerinitiativen und AktivistInnen aus Projektwerkstätten stellen sich gemeinsam quer gegen das gigantische Autobahnneubauprojekt A20. Und das nicht nur um den eigenen Wohnort herum, sondern überall! Nachdem der östliche Teil der Autobahn nun bereits in Bau ist, gilt es vor allem den Bau westlich von Lübeck und auch im »Nadelöhr« Wakenitztal mit neuen effektiven Methoden es kreativen Widerstandes zu stoppen.

Große Anti-A20-Karawane vom 7.-10. Juni von Elmshorn nach Lübeck!

Mit Fahrrädern, Traktoren, Inlinern, Skateboards und andere umweltschonende Gefährten zeigen wir, dass der Widerstand in Schleswig-Holstein sich bündelt und wir auch ohne Autobahn für unsere Ziele mobil sind. Zwischendrin wird es Stopps mit Veranstaltungen geben und wir fordern unter anderem:

- dass der Bau der A20 sofort gestoppt wird. Die einseitige Förderung des Straßenbaus und des Auto- und Lkw-Verkehrs, verbunden mit Vorrang für wirtschaftliche Interessen, muß umweltfreundlichen Verkehrsmitteln weichen (wie z. B. Bussen, Bahnen, Fahrrädern und nicht zuletzt auch der Verkehr auf den Wasserstraßen), diese Verkehrsmöglichkeiten wurden in den vergangenen Jahren zur Genüge benachteiligt.

- daß der Ausbau des Schienenverkehrs forciert wird, sowohl für den Schwerlastverkehr als auch für den öffentlichen Personennahverkehr, die Wiederaufnahme der Strecke Bad Segeberg-Neumünster wäre der Mobilität Schleswig-Holsteins durchaus dienlich.

- daß europaweite Ferntransporte vermehrt auf die Schiene verlagert werden

- daß ökologische Aspekte Vorrang bekommen, somit Natur- und Vogelschutzgebiete mit ihren Nahrungsquellen, Nistplätzen und Winterquartieren, Wasserschutzgebieten und nicht zuletzt auch für kommende Generationen erhalten bleiben.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie sich die Verkehrsspirale unaufhörlich dreht: Mehr Straßen = mehr Autos = mehr Verkehr. Neue Straßen zerstören unsere Lebensgrundlagen. Das kann nicht unsere Vorstellung von einer umweltschonenden und einer menschengerechten Zukunft sein.

Auf der Karawane sind bisher geplant:

- Kollektives Malen auf der Straße - damit sie wieder Lebensraum wird. Außerdem: große Plakate, Transparente, Schilder selbstgemacht mit witzigen klugen Schriftzügen!

- Open-Air-Kino mit anschließender Diskussion und weiterer Widerstandsplanung

- Podiumsdiskussion am ersten Abend in Elmshorn mit Ansichten, Aussichten, Klarsichten und Durchsichten aus der Verkehrspolitik. Und der

Chance, richtig auf den Tisch zu hauen.

- Kreativ- umgewandeltes Großformatsiedler-spiel, um den Kampf gegen die A20 auf dem Spielfeld zu trainieren.

- Ökomobil (umgebaute Zirkuswagen mit Trecker als Zugmaschine) von der JUPI wird als Infowagen und Aktionsmobil mitfahren, weitere Trecker und andere größere Gefährte sind sehr erwünscht.

Außerdem sind alle aufgerufen, noch jede Menge Aktionen (z.B. Straßen-theater, direct action, Soli-Konzert) zu organisieren.

Auf den Strecken zwischen Elmshorn (große Auftaktveranstaltung mit RTS und Demo), Barmstedt-Lutzhorn (Kino), Alvenslohe, Bad Segeberg und Lübeck werden wir gemeinsam zeigen, dass wir uns nicht von der Autopolitik unterdrücken lassen.

Nicht zuletzt der Widerstand im Wendland hat bewiesen, wie eindrucksvoll es sein kann, wenn alle Anwohner zusammenhalten und mit ihren Gefährten ihrem Protest kreativ und gewaltfrei Ausdruck verleihen. Also: Los geht die Karawane, mobil mit Fahrrädern, Treckern usw. der A 20 entgegen!

Laßt uns zusammen tun, was zu tun ist! Sammelt weitere Ideen, ladet Leute ein und macht mit!

Kontakt und Anmeldung

Jugend-Umwelt-Projektwerkstätten; Bad Oldesloe O4531/4512, Lübeck O451/7070646 oder O175/5171212, jup@ostseeaubahn.de

Organisatorisches

Mitbringen: Schlafsack, Isomatte, Zelt, Fahrräder und allerlei Gefährt (Trecker, Wagen, Inliner,...), 10-15 DM für Futter pro Tag nach Selbsteinschätzung. Gesucht werden noch: Sanis, Zweiradmechaniker, Aktionsmaterial



Redaktion
Aus aller umWelt

Die Redaktion wird im Rahmen der Endredaktion zusammengestellt. Die Texte stammen von verschiedenen AutorInnen.

Koordination:
Jörg Bergstedt

Seminar vom 18.-20. Mai

Gruppenprozeß & Entscheidungsfindung »von unten«

Ein oft diskutiertes Thema auf der Suche nach einer praktischen Umsetzung. Um diese schon in naher Zukunft besser zu gewährleisten, wollen wir vom 18.-20.5.01 eine tiefere Auseinandersetzung mit diesem Themengebiet suchen und so der Praxis durch die Diskussion näher kommen.

Zum Zustandekommen: Auf dem »Januartreffen« (19.-21.01.01) fand ein Arbeitskreis (AK) zu diesem Themenfeld statt. Während des AK's kam es zu der Entscheidung, ein Wochenende zu organisieren. Weiterhin wurde geplant, einen Reader zu erstellen.

Anmeldung und Bestellung des Readers bei folgender Adresse: Grüne Liga Thüringen, Thomas, Goetheplatz 9b, 99423 Weimar, thofa@aol.com

Wer sich am Reader mit einem Diskussionsbeitrag o.ä. beteiligen will, kann diesen an selbige Adresse senden. Für das Wochenende ist ein Unkostenbeitrag von ca. 40.- DM (nach Selbsteinschätzung) aufzubringen. Um die Kosten etwas zu senken wird im übrigen noch nach einer Förderquelle gesucht, falls jemand eine Idee hat...

Das Wochenende findet in der Projektwerkstatt in 35447 Reiskirchen-Saasen,

Ludwigstr. 11, statt. Eine Wegbeschreibung ist unter <http://www.projektwerkstatt.de/> saasen zu finden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen an dem Wochenende teilzunehmen und sich zu beteiligen. Also los anmelden!

Zu Orientierung: Die Punkte, die sich die TeilnehmerInnen des AK's vorgenommen hatten, während des Arbeitskreises auf dem »Januartreffen« zu diskutieren:

0) Wie wir agieren (Umgang untereinander während des Treffens);

1) Dominanz allgemein
2) Nicht dominante Entscheidung: in Gruppen, bei Aktionen, in Plena

3) Ziel: Gleichberechtigung, Kreativität und Effizienz

Näheres zum »Januartreffen« und den Ankündigungstext zu dem stattgefundenen AK auf der Internetseite <http://go.to/januartreffen> oder <http://www.>

PDS & Co. zu Love-Parade

Aus einer Mail: »da ich Radio Eins ja nun nicht regelmäßig höre, ist mir vielleicht einiges entgangen, aber was ich dort bisher an »Journalismus« zum Thema Loveparade hab ertragen müssen, spottet jeder Beschreibung. In keinem der drei Interviews, die ich bisher dazu hörte, wurden die Argumente der Tiergartenschützer, die den LP-Veranstalterfirmen mit ihrer Demoanmeldung in die Parade führen, auch nur ansatzweise dargelegt. Statt die drei »Loveparademuss-unbedingt-durch-den-Tiergarten-führen«-Fanatiker, Volker Hassemer, Gregor Gysi und Gotthilf Fischer mit den Daten über die bisher aufgetretenen - teilweise irreversiblen - Parkschäden zu konfrontieren oder das erpresserische Auftreten der LP-Veranstalter zu hinterfragen, wurden nur mit Sugesstivfragen Stichworte für herablassende Schimpfereien nach Stammtischart gegen die vermeindlich »vergreisten, spaßfeindlichen und egoistischen« Naturschützer gegeben.

So wurde Gysi gefragt, ob er der Meinung sei, dass es unter den Tiergartenschützern vielleicht auch echte Naturschützer gäbe, oder einfach nur Egoisten, die nicht einmal ein paar Tage Uringestank ertragen wollen, was das populistische Naturtalent Gysie dann natürlich brav beides für möglich hielt, um dann - noch braver - zu erklären, dass es ihm so vorkommt, als würden über ihr eigenes Altern Frustrierte, »der Jugend« keinen »Spaß« mehr gönnen wollen. Gotthilf Fischer redete - un widersprochen - von ein bisschen Müll, der ja schließlich wieder beseitigt wird. Volker Hassemer, der so tat, als würde das Verlangen, eine weniger Schäden anrichtende Route zu wählen, Raub an den Berlin schließlich zustehenden LP-Gewinnen sei, wurde natürlich auch nicht widersprochen. Öffentlich rechtliches Radio scheint hier zur reinen Lobbyarbeit für bestimmte Teile der Musikindustrie verkommen zu sein.

Mit freundlichem Gruß Hans-Hermann Hirschelmann«

Berlin

Aktionsommer 2001

Für den Schutz des Tiergartens und einer Verlegung der Love Parade ab 2001 in andere Stadtteile haben verschiedene Berliner Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen Demonstrationen und Kulturveranstaltungen angemeldet.

Die Love Parade Veranstalter, die Kommerzfirma PlanetCom ernteten bei ihrer Anmeldung der Love Parade für den 14.7.2001 eine Absage, weil die Bürgerinitiative »Rettet den Großen Tiergarten vor der Love Parade« schon am 9.9.2000 für den gleichen Tag eine Demo auf der gleichen Route angemeldet hatte. Da der Erstanmelder Vorrang hat, hat der Berliner Senat die Love Parade Veranstalter zu einem anderen Termin oder anderen Ort aufgefordert. Ein Spitzengespräch am 9.3.2001 hat sich erstmals um 3 Wochen vertagt. Vorsorglich hat PlanetCom die Love Parade für den Fr 13.7. und So 15.7.2001 angemeldet. Einer Klage vor den Verwaltungsgerichten seitens PlanetCom können die Forderungen der BI's und Umweltorganisationen nur noch aufwerten und Öffentlichkeit verschaffen. Eigene Aktionsfähigkeit ist also immer noch der beste Trumpf für Veränderungen!

Berlins grüne Lunge - der Tiergarten - wird seit 1996 durch die Love Parade in Folge immer steigenden Besucherzahlen (von 0,5 Mio. 1996 auf 1,5 Mio Besucher 1999) mit immer größeren und dauerhaften Schäden an Natur und Mensch in Mitleidenschaft gezogen.

Jährliche Schadensgutachten ergeben Schäden an die Natur von ca. 0,5-1 Mio. DM, zuletzt 388.341 DM im Jahr 2000 (BA Tiergarten). Eine Regeneration der Schäden kann nur erfolgen, wenn die Love Parade dauerhaft aus dem Tiergarten verlegt wird (Grünflächenamt Tiergarten). Vom Feeling der Technogeneration bis Mitte der 90er Jahre ist nicht viel übriggeblieben. Als »out«, »überholt«, »in die Jahre gekommen«, »im Sinkflug« erhielt die Love Parade 2000 eine erstmals durchweg schlechte Pressebeurteilung in sämtlichen Zeitungen. Die Berliner Jugend nimmt fast gar nicht mehr an der Love Parade teil. Die Love Parade ist zu einem reinen Tourismus-Event verkommen. Die Love Parade durch den Tiergarten wird von Jugendlichen der Stadt eindeutig abgelehnt, so eine Grünstiftumfrage (veröffentlicht in Ausg. 7-8/2000). Laut einer Tagesspiegel-Sonntagsumfrage am 6.2.2000 votierten 90% für eine Verlegung der Love Parade aus dem Tiergarten.

Die Entwidmung von öffentlichen Räumen für die Interessen von Großkommerzveranstalter muß gestoppt werden. Die Demoveranstalter fordern, die Love Parade nicht mehr als politische Demonstration, sondern nur noch als kommerzielle Veranstaltung zu genehmigen.

Termin	Anmelder	Veranstaltung auf der Straße des 17. Juni im Tiergarten
30.6.2001	SPD Tiergarten	Demonstration gegen Krieg (Jahrestag Überfall auf Rußland)
7.7.2001	Aktion 2000	Demonstration „Gesunde Stadt – gesunder Tiergarten“
14.7.2001	BI Tiergarten	Demonstration „Schutz des Großen Tiergartens“
21.7.2001	Aktion 2000	Sportveranstaltung Rollen, Laufen, Skaten für Frieden und Völkerverständigung
28.7.2001	Aktion 2000	Kulturperlenkette mit Künstlern und Kulturgruppen
4.8.2001	Aktion 2000	Demonstration „Urban 21 – Soziale Stadt gegen Ausgrenzung“

Vorr. Ort und Treffpunkt: jeweils ab 14.00 Uhr, S-Bhf Tiergarten, Str. des 17. Juni, Berlin

Letzte Meldung:

Loveparade im Tiergarten gestoppt!?

Die GegnerInnen der Love Parade haben gewonnen - jedenfalls für den 14.7.2001. Die Veranstaltung kann nicht im Tiergarten stattfinden. Die clevere Strategie, ihr mit Anmeldungen für Demonstrationen oder "von unten" organisierte Feste zuvorzukommen, ist aufgegangen. Getrickt wird zur Zeit noch mit Terminverlegungen.

Love Parade Veranstalter Planetcom hat für 2002 bis 2006 alle Termine reservieren lassen. In einem Jahr geht der Streit also in die nächste Runde, dann mit Vorteilen für die Planetcom. Spannend, daß die ehemals wenig geliebte Parade jetzt vor allem von CDU und FDP unterstützt wird - was Kohle bringt, ist genehm.

Um die diesjährige Love Parade bewerben sich inzwischen viele andere Städte, u.a. Hannover und Düsseldorf.

Bitter:

Das "linke" Blatt "Jungle World" berichtete über die Love Parade und bezeichnete die KritikerInnen als "erbärmliche Hanseln". Daß die Jungle World aktive Gruppen nicht kennen und nicht mögen, ist bekannt. Ein solcher Stil, ständig Aktivistinnen zu denunzieren, ist arrogant - Jungle World RedakteurInnen, überlegt mal Euren Stil, der auch in Capital oder Junger Freiheit nicht besser gelingen könnte ... Politik und bürgerliche Medien dagegen bezeichneten die Tiergarten SchützerInnen als lustfeindlich.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

• Aus aller umWelt

Kontakte

BI Tiergarten: Tel 030-22192852, Fax 53, rettet.den.Tiergarten@gmx.de

Schutzgemeinschaft Großer Tiergarten e.V.: Postfach 212064, 10514 Berlin, Tel. 030-22192852, Fax 53, Schutzgemeinschaft.Tiergarten@gmx.de

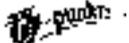
Aktion 2000: Burkhard Lenz, Stendaler Str. 14, 10559 Berlin, Tel. 030-39879265 (priv), 030-3942397 (Büro + Fax)

Aktuelles siehe auch in Umweltzeitung Rabe Ralf, Hrsg. Grüne Liga, www.grueneliga.de/berlin und aus der Tagespresse.



Ö-Verteiler "Umwelt allg."

- BSÖ: Hochschul-Umwelt-Info
- BUND:
 - Niedersachsen
 - Nordrhein-Westf.
 - Thüringen
- BUNDjugend: Delegiertenpost
- Grüne Liga
 - Sachsen
 - Thüringen
- NABU Saarland
- Naturschutzjugend Baden-Württemb.
- Dt. Jugendbund für Naturbeobacht.
- Grün-alternatives Jugendbündnis
- JANUN



Der Infodienst für UmweltakteurInnen



Sommer 2001

● Aus aller umWelt

Zu den Redaktionen

Alle Redaktionen agieren autonom, d.h. selbstorganisiert und verantwortlich für ihren Bereich. Weitere Mitwirkende sind überall gern gesehen.



Redaktion Aus aller umWelt

Die Redaktion wird im Rahmen der Endredaktion zusammengestellt. Die Texte stammen von verschiedenen AutorInnen.

Koordination: Jörg Bergstedt

Ö-Punkte

Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)
Servicestelle für BIs und Umweltgruppen
V.i.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen
Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt (Jb)

Redaktionen:

Ö-Punkte
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
06401/90328-3, Fax -5, 0171/8348430
oe-punkte@gmx.de

Abfall: Nicht besetzt!

Anti-Atom: Bernd Hanewald
Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Gießen
0641/29125 (auch Fax)

Chemie&Industrie: Coord.gg, BAYER-Gef.
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
0211/3339-11, Fax -40

Energie/wende: Nicht besetzt!

FreiRäume: Red. "Ö-Punkte"
Brunnenstr. 183, 10119 Berlin

Gentechnik: Thomas Schmidt
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Landschaft/Naturschutz: Jörn Hartje
Steinfeld 61, 23858 Feldhorst
04333/792259 (Fax 04533/792286)

Militär und Umwelt: Ralf Cüppers, Postfach 1426,
24904 Flensburg, 0045/7446/7494

Ökol. Landbau: Johannes Richter
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Politik von unten (pvu): Nicht besetzt!

Tierschutz: RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)
August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld

Über den Tellerrand: Red. Tellerrand, c/o JUMP
Postfach 306137, 20327 Hamburg

Umweltbildung: Nicht besetzt!

Umweltrecht: Nicht besetzt!

Umwelt&Entwicklung (uns): Norbert Suchanek
Siemensstr. 13, 84513 Töging am Inn

VerbraucherInnenpolitik: Nicht besetzt!

Verkehr: Umkehr e.V.
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding
030/4927-473 (Fax -972)

Wasser: Nicht besetzt!

Weltwirtschaft: Lenja Öxle, Zimmer
301/Engelberger Str. 41 H, 79106 Freiburg

Widerstand/Direkte Aktion: Nicht besetzt!

Wirtschaft/Direkte Ökonomie: Jörg Bergstedt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
06401/90328-3 (Fax -5), 0171/8348430

Neue Redaktionen im Aufbau

Es gibt die Idee, „Querschnittsredaktionen“ zu schaffen. Diese politischen Redaktionen können Diskussionsbeiträge einbringen, Schwerpunkte gestalten und in der Endredaktion eigene Positionen den Texten der Ö-Punkte hinzufügen. Möglich sind: Gender/Antisexismus, Antira/Antinationalismus, Anti-Esoterik oder Jugendpolitik.

Endredaktion (red) war diesmal in Saasen (Danke an Ronja und Jutta für Unterstützung)
Druckerei: Gießen-Druck

Auflage Heft 2/'01: 16.000

Diese Auflage erreicht ca. 10.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen, Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen. Und: Vorbereitung Klimakonferenz!

Konto

"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 92882004
bei der Volksbank Gießen (BLZ 51390000),
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Buchhandelsauslieferung

trotzdem, Postfach 1159, 71117 Grafenau
07033/44273, Fax 445265
trotzdemus@t-online.de

www.projektwerkstatt.de/oepunkte

Lärm in der Stadt

(uns) In deutschen Städten ist es nach Ansicht des Umweltbundesamtes viel zu laut. Grund ist der Lärm von zu vielen Fahrzeugen. Eine aktuelle Umfrage zeige: »Nur rund ein Drittel der Deutschen kann von sich sagen, von Straßenverkehrslärm überhaupt nicht gestört oder belästigt zu werden.«

Noch mehr Strassen und kein Ende

(uns) Bereits jetzt zählt Deutschland zu den asphaltiertesten Ländern der Erde. Doch die Vernichtung von Freiflächen durch Strassenbau und Zersiedlung schreitet weiter voran und zwar immer schneller. Zahlen des Umweltbundesamts zufolge lag Mitte der 1990er Jahre der tägliche Flächenverbrauch noch bei 120 Hektar in Deutschland. Unter der Rot-Grünen Regierung stieg er auf 129 Hektar pro Tag an – dies sind rund 200 zubetonierte oder asphaltierte Fussballfelder pro Tag.

Immer weniger Nutzpflanzen

(uns) Noch im 19. Jahrhundert nutzten die Bauern in Deutschland rund 1.000 unterschiedliche Weizensorten. Heute werden bei uns nur noch 30 Sorten angebaut, warnt INKA e.V. Die Münchner Umwelt- und Naturschutzgruppe setzt sich für den Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt sowohl in Deutschland als auch in Ecuador ein und befürwortet die ökologische Landwirtschaft.

INKA e.V., Telefon: 089-45911919

Huhn im Mais

(uns) Überzeugte Vegetarier könnten bald noch mehr Grund haben, ökologische Nahrungsmittel zu kaufen. Denn die Gen-Ingenieure haben in Hühnereiern einen Eiweissbestandteil (das Glykoprotein Avidin) entdeckt, der Insekten schädigt und Pflanzen folglich vor Insektenfrass schützen kann. So haben die cleveren Gen-Ingenieure nun das Hühner-Avidin-Gen in Mais eingebaut. Problem: Avidin bindet das essentielle Vitamin Biotin. Die deutsche Fachzeitschrift Biologie in unserer Zeit meint dazu: Es werde kein negativer Effekt für den Menschen erwartet. »Hitzebehandlung wie Kochen oder Backen zerstört zudem die Struktur von Avidin, so dass es kein Biotin mehr binden kann und völlig harmlos wird.« Wer glaubt's?

Auch das Wasserstoff-Auto ist der falsche Weg

(uns) Neuerdings hofieren auch die Grünen die Autoindustrie und schmücken sich mit ihren neuesten »Öko-Produkten« wie Wasserstoff- oder Brennstoffzellen-Autos. Doch nach Ansicht des renommierten Worldwatch Institutes führt das Individual-Auto nicht in ein zukunftsfähiges Jahrhundert. Eine nachhaltige Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschheit im nächsten Jahrhundert entgegenkommt, werde eine Wiederverwertungswirtschaft sein, die auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad setzt, sagen Lester Brown und Christopher Flavin, die Präsidenten des Worldwatch Institute.

Kein Ausverkauf des Wassers

(uns) Umweltverbände, Wasserversorger, Gewerkschafter und Kommunalpolitiker warnen vor den negativen Folgen einer Liberalisierung des deutschen Wassermarktes. Werde die Wasserwirtschaft nach britischem Vorbild privatisiert, drohen für Deutschland nicht nur Einbussen bei der Wasserqualität und im Umweltschutz, sondern auch ein Verordnungs- und Kontrollchaos. Das »Netz-

Ö-termine

11.-13.5. in Dresden

Menschen statt Profite! Bildet Widerstands-Kollektive!

Treffen von Basisgruppen zum Aufbau und Planung horizontaler Vernetzung und gemeinsamer Aktionen, z.B. zu G8 in Genua und Klimakonferenz in Bonn.
www.menschenstattprofite.de

1.-4. Juni in Berlin

Rosa-Luxemburg-Tage

Antikapitalismus Theorie und Praxis
Themenblöcke: Kritik des globalen Kapitalismus, Wie Herrschaft funktioniert, Weltweiter Widerstand, Zukunft der Rebellion, Kultur und Sonstiges. Foren u.a.: G8-Gipfel in Genua, Umweltschutz, Gewerkschaften, Antifa, Geschlechterverhältnis usw. Zudem Workshops und mehr.
www.rosa-luxemburg-tage.de,
030/6322560, rtf@linksruck.de

8.-10. Juni durch Schleswig-Holstein

Anti-A20 Karawane

Ein Wochenende lang radeln Gegner der A20 die geplante Trasse zwischen Glücksstadt und Lübeck entlang und protestieren durch kreative Aktionen in Zusammenarbeit mit den ansässigen BIs (Bürgerinitiativen). Das Ökomobil ist auch dabei. Die Teilnehmer schlafen in Zelten oder werden von den BIs mit Unterkünten und Essen versorgt. Mitbringen: Schlafsack, Isomatte, Fahrrad, Zelt (ein Großzelt ist dabei)
JUPI Bad Oldesloe (siehe unten)

21.-23. Juni auf dem Koppelsberg in Plön Internationaler Workshop »Baltic Excess Fishing«/10 Jahre FÖJ

Dort werden Referenten inhaltlich über das Thema berichten. Das Wochenende endet am Sonntag mit einer Aktion auf der Kieler Woche.
JUPI Bad Oldesloe, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, 04531/4512, jup@inhaus.de

Einladung
Offene Endredaktion der Ö-Punkte 3/01
Layouts, Diskutieren und mehr ...

25.8.-24.8. in Saasen

werk Unser Wasser« - ein Zusammenschluss von Wasserversorgern mit den Umweltverbänden BUND, BBU, Grüne Liga und der Gewerkschaft Ver.di - fordert einen Stopp der Privatisierungsabsichten.

Eltern für unbelastete Nahrung

(uns) Die Atomreaktorkatastrophe von Tschernobyl, am 26. April 1986, und die Verharmlosungs- und Beschwichtigungsstaktik der deutschen Regierungspolitik führte zur Gründung der Initiative »Eltern für unbelastete Nahrung« (EfuN). Inzwischen ist daraus ein fast bundesweites Netzwerk entstanden, das sich heute nicht mehr nur mit den Gefahren der Atomtechnik auseinandersetzt, sondern auch über Ernährung im Allgemeinen, über Gentechnologie sowie über Ernährungs und Umwelterkrankungen aufklärt. Das Credo von EfuN: »Schadstoffe in Nahrungsmitteln, Wohnbereich und Umwelt erkennen, minimieren, vermeiden.«

EfuN, Te. 0431-72041, Fax 0431-61917

Letzte BSE-Meldung

(uns) Auch Muskelfleisch, das gerne von Landwirtschaftspolitikern als »BSE-Frei« tituliert wird, kann BSE übertragen. Wie der Deutschlandfunk (Berichte aus der Wissenschaft, 26.3.2001) nun meldet, konnten im Versuch Mäuse mittels Rinder-Muskelfleisch - das nicht nachweisbare, unbekannte Mengen an BSE enthielt - mit BSE infiziert werden.

Umweltpreise im Internet

Das Umweltbundesamt und die Clemens Hölter GmbH informieren ab sofort im Internet über die wichtigsten deutschen und internationalen Umweltpreise des Jahres 2001. Unter der Adresse <http://www.umweltpreise.de> gibt es Daten und Fakten über nahezu 200 Umweltpreise der Bundesbehörden, der Landesbehörden, der Städte sowie über Journalistenpreise und Jugendpreise. Aufgeführt sind die Bedingungen für die Teilnahme an den Wettbewerben, Ansprechpartner für die Umweltpreise, die Jury, die Dotierung, den Vergabeturnus und alles, was man sonst noch wissen muss. Die Liste soll jährlich aktualisiert werden und weiter wachsen.

Die Adresse: www.umweltpreise.de

Quelle: idw (http://idw.tu-clausthal.de/public/zeige_pm.html?pmid=32401)

Ö-Punkte unterstützen, damit sie bleiben!

Wir suchen aktive MitstreiterInnen und regelmäßige FördererInnen

Der Büchertisch, der paßt ... hier das Bestellformular!

Thema „Tips für Basisgruppen“

- St Aktionsmappe Umwelt** **29,80 DM**
Leitfaden für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen usw. Tipps für Aktionen, Finanzbeschaffung, Pressearbeit, kommunalpolitische Forderungen usw. Dicker A4-Ordner.
- St Graue Seiten** **5,- DM**
Ständige aktualisierte A6-Broschüre mit knapp 1000 Adressen. Besonderheiten: Die meisten Adressen sind kommentiert, thematisch sortiert einschl. der thematischen Arbeitskreise von Verbänden, Internet- und eMail-Adressen. A6, 64 S.
- St Jugendaktionsmappe Umwelt** **24,80 DM**
Wie die Aktionsmappe, aber für Jugend- bzw. SchülerInnenengruppen. A4-Ordner
- St Mitbestimmen - Mitwelt gestalten** **4,- DM**
Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche, sinnvolle Organisation von Jugendparlamenten und -foren. A5-Broschüre.
- St Umweltprogramm einer Gemeinde** **4,- DM**
A4-Heft zu den verschiedenen Umweltbereichen und dem, was kommunalpolitisch gefordert werden sollte. Etwas veraltet, daher jetzt billiger. A4, 64 S.
- St Food-Koop-Handbuch** **16,80 DM**
Konkrete Tipps zum Aufbau einer Lebensmittel-Kooperative: Einkauf, Buchführung, Ladeneinrichtung, Rechtsformen und vieles mehr. A5, 132 S.

Umweltschutz: Kritik und Perspektiven

- St „Agenda, EXPO, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz“** **39,80 DM**
Informationen über den Filz zwischen Umweltschutz, Staat und Wirtschaft. Parteileute in Vorständen, Abhängigkeiten. Kontakte zu rechten und esoterischen Gruppen. Kommerzialisierungen und Etablierung. Eine grundlegende Kritik. Buch, mit ca. 1000 Quellen (400 S., A5, IKO-Verlag)
- St CD zum Buch** **49,80 DM**
Mit allen Quellen des Band 1 ... und noch viel mehr. Als PDF mit Volltextsuche und als TIFF zur Originalbetrachtung. Mit Programmen für Windows, DOS, Linux und Mac.
- St „Agenda, Expo, Sponsoring - Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“** **39,80 DM**
Analyse der Situation und neue Strategien für eine Umweltschutzarbeit, die die Menschen zu den Akteuren macht - Umweltschutz von unten. Kapitel zu Umweltbildung, Naturschutz, Ökonomie usw. Buch mit Entwürfen und Statements (280 S., A5, IKO-Verlag)
- St ACHTUNG: Angebot eines Gesamtpaketes (2 Bände, CD)** **115,- DM**
- St CD Umweltschutz von unten“** **10,- DM**
Ö-Punkte, Positionspapiere "Umweltschutz von unten" und mehr als PDF - zusammen mit dem Acrobat Reader als Textleseprogramm.
- St Infopaket „Umweltschutz von unten“** **6,- DM**
Über 10 Positionspapiere zu verschiedenen Themen wie Agenda 21, Direkte Demokratie, Militanz, Umweltbildung, Öko-Neoliberalismus usw., zusätzliche Übersichten.
- St Reader des Instituts für Ökologie** **je 12,- DM**
- Agenda 21 - Chance oder Mythos? - Baubiologie
- Ökonomie von unten - Software für UmweltschützerInnen
- Politik von unten - Umweltschutz auf Großveranstaltungen
- Ökostrom von unten - Ökonomie & Ökologie (ab Sommer)
Die Reader enthalten verschiedene Texte und Aufsätze zum Thema. Je 60-80 Seiten, A4.
- St Freie Menschen in Freien Vereinbarungen** **19,80 DM**
Visionen für und Wege zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Analyse bestehender Herrschaftsverhältnisse und ihrer Entstehung. Kritik, Visionen, Konzepte und Experimente zu Technik und Ökonomie, Gleichberechtigung und zum Mensch-Natur-Verhältnis. 164 S., A 5.

Thema „Widerstand“

- St Das System ist schuld ...** **3,- DM**
Analyse der Ursachen und VerursacherInnen der Umweltzerstörung und Unterdrückung von Menschen. Begründung radikaler Perspektiven und Forderungen. A5-Heft.
- St Sonderheft „Chemie und Gentechnik“** **2,- DM**
Ein Heft voller Hintergrundberichte über die Chemiekonzerne, die IG Farben, Genversuche usw. Mit Adressenliste. Stand: Januar 1997.
- St Stören. Blockieren. Sabotieren.** **3,50 DM**
Tipps fürs Anketten, Blockaden und andere direkte Aktionen. Mit vielen erklärenden Zeichnungen. A5-Broschüre, 24 S.
- St Erste Rechtshilfe.** **39,80 DM**
Detaillierte Informationen zu Repression, Polizeiverhalten, Möglichkeiten des Schutzes, juristischer Hilfen usw. Verlag Die Werkstatt.

Der Infodienst „Ö-Punkte“

- St „Ö-Punkte“** **5,- DM**
Viermal jährlich, der Infodienst für Basis-Umweltgruppen. Infos aus allen Themenbereichen: Verkehr, Anti-Atom, Abfall, Politik von unten, Gentechnik und viele weitere Themen. Aktuelle Übersicht über Widerstandspunkte. 1 Heft 5 DM, ab zweitem Heft 2 DM.
- Startausgabe: Schwerpunkt Windenergie - Herbst 1999: Tips für Gruppen
- Frühjahr 1998: Agenda 21 - Winter 1999: Umweltbildung
- Sommer 1998: Direkte Demokratie - Frühjahr 2000: Verkehr
- Herbst 1998: Utopien/Perspektiven - Sommer 2000: Bewegung von unten
- Winter 1998: Naturschutz im Abszeits? - Herbst 2000: Ökostrom
- Frühjahr 1999: Weltwirtschaft - Winter 2000: Netzwerke
- Sommer 1999: Expo 2000 - Frühjahr 2001: Direkte Aktionen
- Sommer 2001: Klimaschutz

Abopreis pro Jahr (4 Hefte plus Sonderhefte und Infos) **20,- DM**
Förder-Abo **ab 40,- DM**

Infopaket über die Saasener Projektwerkstatt **3,- DM**
Info-Faltblätter zum Tagungshaus, zu den Werkstätten ... (kostenlos bei Bestellung)

St Name:

Adresse:

Datum: **Unterschrift:**

Ich hätte gern regelmäßig Termine per Mail oder Fax auf



Sommer 2001

• Aus aller umWelt

Gruppe Landfriedensbruch

Büchertisch

c/o Projektwerkstatt,
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Tel. 06401/ 90328-3,
Fax -5
landfriedensbruch
@gmx.de

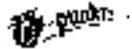
„Geschäfts“-bedingungen:
Bis 19.99 DM; Bitte selbst berechnen und als Scheck, Schein oder in Briefmarken beilegen oder überweisen auf unser Konto "Förderverein", Nr. 92881903, bei der Volksbank Gießen, BLZ 51390000. Beleg wird auf Anforderung beigelegt. Pauschale für Versand/Porto: 2,- DM. Ab 20 DM; Gegen Rechnung. Bezahlung dann bitte innerhalb von 14 Tagen. Porto nach Aufwand.

Hinweise:
Wenn durch diesen kleinen Bücherverstand Gewinne entstehen, werden sie für die Arbeit im Aufbau des Widerstandes insgesamt bzw. der Projektwerkstatt verwendet. Daher möchten wir darum bitten, für das, was wir Euch schicken, auch zu bezahlen. Danke.

Wir ziehen mit dem Büchertisch auch auf Kongresse und Tagungen. Wer uns dabei haben will, sollte einfach mal anrufen oder schreiben.

In der Projektwerkstatt sind die Bücher direkt zu kaufen. Das Haus ist ohnehin eine Reise wert: Wohnhaus, Seminarhaus, Archive und Arbeitsräume.

er hat Lust Solche Bücher auch selbst zu vertreiben, z.B. auf Büchertischen??? Wir suchen „Ö-Depots“ als Weiterverkaufsstellen! Bestellen per Internet: <http://come.to/projektwerkstatt>

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

10

Sommer 2001

● Schwerpunkt

**Redaktion des
Schwerpunktes**AktivistInnen aus dem Vor-
bereitungskreis der Aktio-
nen zur Klimakonferenz
(16.-27. Juli in Bonn)

Internet



www.risingtide.de

Schwerpunkt »Klimaschutz«

2 Inhaltliche Zusammenfassung

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass der Mensch mitverantwortlich ist für den globalen Klimawandel. Die ersten Auswirkungen sind bereits in der Form von einem veränderten Regionalklima und einer Zunahme von Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Kälte- und Hitzewellen, Stürme etc.) zu spüren. In den nächsten 100 Jahren muss mit einer starken Temperaturzunahme, der Verschiebung der Klimaregionen, einer starken Abnahme der Biodiversität (etwa 1/3 aller Tier- und Pflanzenarten werden aussterben) und einem starken Anstieg des Meeresspiegels gerechnet werden. Als einer der Hauptfaktoren gilt das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂). Dieses wird vornehmlich durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern (Kohle, Gas) produziert. Die Industrieländer sind verantwortlich für den Ausstoß von 80% der gesamten ausgestoßenen CO₂-Emissionen. Entwicklungs- und Transformationsländer sind besonders exponiert für die negativen Auswirkungen des globalen Klimawandels, aufgrund ihrer geographischen Lage und dem Mangel an ausreichenden Technologien, um sich an die veränderten Umweltbedingungen adäquat anzupassen. Bereits in den nächsten 10 Jahren muss mit 150 Millionen Umweltflüchtlingen gerechnet werden.

Rough

1 Selbstverständnis

Risingtide versteht sich als ein dezentral organisiertes außerparlamentarisches und kapitalismuskritisches Netzwerk. Unser Ziel ist es, ein breit gefächertes Bündnis aufzubauen, um die Proteste für die nächste Weltklimakonferenz optimal vorzubereiten. Langfristig soll das Netzwerk bestehen bleiben und für zukünftige Projekte weiter genutzt werden. Beitreten können alle Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit den unten aufgeführten Zielen und Feststellungen identifizieren können. Ausgeschlossen sind und bleiben rassistische und sexistische Gruppen und Einzelpersonen.

Auf der Weltklimakonferenz in Bonn vom 16. - 27. Juli soll das Kyoto-Protokoll, dass eine CO₂-Reduktion von 5,2 % ab 1990 bis zu den Jahren 2008-2012 vorsieht, ratifizierbar gemacht werden. Entwicklungs- und Transformationsländer sind noch von der Reduktion ausgenommen. Das Wissenschaftsgremium der UN, die IPCC, hat festgestellt, dass eine CO₂-Reduktion von 60% nötig ist, um das globale Klima zu stabilisieren. Die Betroffenen in Form von »Entwicklungsländern«, Inselstaaten, lokale Gemeinschaften, indigene Gesellschaften, Umwelt- und Wirtschaftsflüchtlinge sind nicht oder nur unzureichend bei den UN-Verhandlungen repräsentiert, während transnationale Konzerne und WirtschaftslobbyistInnen (z.B. Atomkraft, Öl) überrepräsentiert sind. Neben der Ratifizierung geht es um die Frage, mit welchen Methoden und Maßnahmen die Treibhausgasemissionen reduziert werden können. Vorrangig diskutiert werden die sogenannten »flexiblen Mechanismen« und die Anrechnung von »CO₂-Senken«. Die »flexiblen Mechanismen« werden unterteilt in »Clean Development Mechanismen« (CDM / die Anrechnung von Projekten in Entwicklungs- und Transformationsländern), »Joint Implementation« (die Zusammenarbeit in Projekten mit anderen Industrieländern) und dem »Emissionshandel«. Die Anrechnung von »flexiblen Mechanismen« sollen die Kosten für die Herstellerländer senken und beinhalten viele »Schlupflöcher«. Als »CO₂-Senken« werden große Wälder und andere organisch bewachsene Flächen bezeichnet. Pflanzen nehmen bei ihrem Wachstum CO₂ auf und geben es wieder frei, wenn sie absterben. Atomenergie soll zum Beispiel als CO₂-reduzierende Maßnahme angerechnet werden, obwohl der CO₂-Ausstoß in der Gesamtsumme genauso hoch ist, wie bei konventionellen Kraftwerken. In Rußland ist seit 1990 die Wirtschaft zusammengebrochen. Rußland hat damit effektiv wesentlich mehr CO₂ reduziert, als vorgegeben und kann den Überschuß an andere Länder verkaufen. Bestehende Wälder werden abgeholzt werden, um sie mit schnell wachsenden gentechnisch manipulierten Bäumen zu bepflanzen. Die Auswirkungen des globalen Klimawandels dürfen nicht monokausal nur im Zusammenhang mit Ökologie gesehen werden. In den aktuellen Verhandlungen spielen rassistische, neokolonialistische und neoliberale Tendenzen eine starke Rolle.





3 Grundpositionen zur Klimakonferenz

3.1 Die vorgegebenen Ziele im Kyoto-Protokoll - die CO₂-Reduktion um 5,2% - reichen bei weitem nicht aus.

3.2 Der weltweite CO₂-Ausstoß muss so schnell wie möglich um 60% reduziert werden.

3.3 Die UN-Verhandlungen werden nicht das globale Klima stabilisieren können, so lange die weltweite soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz angesichts der Dominanz der Interessen der transnationalen Konzerne an den Rand gedrängt werden.

3.4 Der aktuelle ökonomische Prozess ist nicht nachhaltig und beschleunigt den globalen Klimawandel.

3.5 Die Konzepte der Globalisierung und des Neoliberalismus lassen sich nicht mit dem globalen Klimaschutz vereinbaren.

Zitate

... könnten die Mechanismen zur wegweisenden Innovation werden, da sie Prinzipien des Marktes in bisher nicht gekanntem Ausmaß in die internationale Umweltpolitik einführen.
(aus Sebastian Oberthür/Hermann E. Ott, 2000: Das Kyoto-Protokoll, Leske+Budrich in Opladen, S. 136)

4 Reduktionsmaßnahmen

4.1 Die Reduktionsmaßnahmen müssen im Herstellerland durchgeführt werden, d. h. die Anrechnung von »flexiblen Mechanismen« ist nicht zulässig. »CO₂-Senken« dürfen ebenfalls nicht angerechnet werden.

4.2 Um das globale Klima zu stabilisieren, müssen die Treibhausgasreduktionsmaßnahmen an dem Ursprungsemissionsstandort stattfinden. Dazu bedarf es einer Wende in Gesellschaft und Politik hin zu Energiesparen und ökologische unbedenklichen Energieträgern.

4.3 Die Nutzung von nicht erneuerbaren Energieträgern (Kohle, Gas, Uran) wird eingestellt.

4.4 Atomenergie kann und wird niemals eine Energielösung sein.

4.5 Alle Menschen und Staaten sollten sich der globalen Klimaverantwortung bewußt sein und unabhängig von globalen Klimaverträgen die notwendigen Maßnahmen im ausreichenden Maße unternehmen, um das globale Klima zu stabilisieren.

Anmerkung

Nachhaltigkeit bedeutet hier, dass der sozioökonomische Lebenswandel so gestaltet wird, dass die nachfolgenden Generationen unter den gleichen Bedingungen leben können.

Zu den Fotos

Sie stammen von den Aktionen zur Klimakonferenz 2000 in Den Haag.



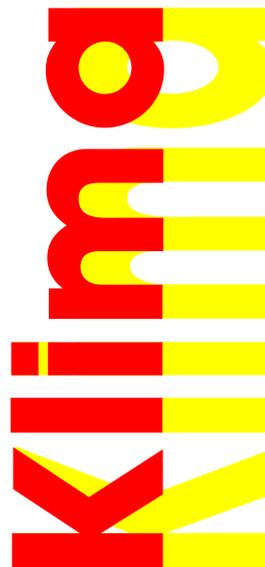
5 Gleichheit

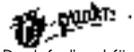
5.1 Alle Menschen haben die gleichen Rechte zu einer nachhaltigen Nutzung der Atmosphäre und einem festgelegten Ausstoß von Treibhausgasen. Berücksichtigt wird dabei der unterschiedliche Energieverbrauch der verschiedenen Klimaregionen (z.B. Tropen vs. Tundra).

6 Adaption/Technologietransfer

6.1 Die sozioökonomische Verletzbarkeit (Vulnerabilität) aller Länder muss reduziert werden. Dieses gilt besonders für Entwicklungs- und Transformationsländer. Industrieländer müssen kostenlos nachhaltige Technologien bereitstellen, damit sich Entwicklungsländer besser an die veränderten Umweltbedingungen anpassen können. Alle Länder müssen sich nachhaltig entwickeln.

6.2 Umweltflüchtlinge werden jetzt und zukünftig unterstützt. Zum einen werden sie als Umweltflüchtlinge anerkannt, zum anderen werden die Ursachen in ihrer Heimat bekämpft.





Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

12

Sommer 2001

• Schwer-
punkt

Globale Erwärmung

Die weltweite Erwärmung ist heutzutage die schrecklichste Umweltbedrohung der Welt. Das Ausmaß der Bedrohung ist nahezu weltweit anerkannt. Das größte jemals offiziell über den Klimawandel in Großbritannien erstellte Gutachten, das im Juni 2000 veröffentlicht worden ist, kommt zu dem Schluss: »Menschlich herbeigeführter Klimawandel droht sehr erhebliche Temperatur- und Niederschlagsverschiebungen zu verursachen sowie Extremwerte bei Wetter und Meeresspiegel. ... Die Folgen für Umwelt und Gesellschaft sind möglicherweise katastrophal ... (die Welt) steht vor einer radikalen, völlig neuartigen Herausforderung. Starke und wirksame Maßnahmen sind sofort zu ergreifen.«



Quelle

Auszug aus:

Warum grün rot ist:
Marxismus und die
Bedrohung der
Umwelt
von
Paul McGarr

Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change - etwa: gemeinsamer Ausschuss der Regierungen zum Klimawandel), eine amtliche Körperschaft, der ungefähr 2500 Wissenschaftler aus der ganzen Welt angehören, hat systematisch die Befunde untersucht und eine Reihe von Berichten erstellt. Sie kommt zu dem nüchternen Ergebnis: »Per Saldo sprechen die Befunde dafür, dass es einen erkennbaren menschlichen Einfluss auf das Weltklima gibt.«

Sogar der Club der wohlhabenden Industrieländer, die OECD, hat eine Reihe von Berichten erstellt, die vor der Gefahr der weltweiten Erwärmung als der »höchsten Herausforderung«, vor der die Menschheit stehe, warnen. Führende Politiker der großen Industrieländer der Welt sind sich ebenfalls über die Gefahr und die Notwendigkeit raschen Handelns einig. Al Gore, zur Zeit als dieser Aufsatz geschrieben wird, Vizepräsident der Vereinigten Staaten, hat ein Buch über dieses Thema geschrieben. Großbritanniens stellvertretender Premierminister John Prescott legt dar, dass »nicht mehr darüber geforscht wird, ob, sondern darüber, wann« die weltweite Erwärmung dramatische Wirkungen entfalten wird.

Solche Einigkeit hat dazu geführt, dass die Regierungen der Welt sich zweimal zu enorm wichtigwichtigen internationalen Konferenzen versammelt haben, auf welchen sie Taten versprochen, zuerst in Rio de Janeiro



auf dem Weltgipfel 1992 und dann in Japan auf der Klimakonferenz in Kyoto 1997. Weder diese Zusammenkünfte noch die Politiker, die vor dem Klimawandel warnen, haben die zur Abwendung des Unglücks notwendigen Maßnahmen hervorgebracht. Aber bevor wir uns dem zuwenden, lohnt es sich, Hin-

tergrund und Ursachen der Gefahr der weltweiten Erwärmung zu besprechen.

Es liegen beeindruckende Hinweise dafür vor, dass die weltweite Erwärmung bereits im Gange ist. Die durchschnittlichen Temperaturen der Erdoberfläche haben sich in diesem Jahrhundert um etwas ein Grad Celsius erhöht und die Meeresspiegel sind wegen der Wärmeausdehnung der Weltozeane um 10 cm bis 25 cm gestiegen. Zehn der wärmsten Jahre, seit es eine Aufzeichnung gibt, waren während der letzten 15 Jahre und 1998 war das wärmste Jahr, seit vor über einem Jahrhundert verlässliche Aufzeichnungen begannen. Befunde aus dem Inneren von Eismassen und von Baumalterringen und andere Daten deuten darauf hin, dass die 90er Jahre weltweit vielleicht das wärmste Jahrzehnt der letzten 600 Jahre waren.

Die meisten WissenschaftlerInnen sagen voraus, dass wenn nicht drastische Maßnahmen ergriffen werden, die weltweite Erwärmung sich bald beschleunigen wird. Einigen Berichten zufolge könnten sich bis zum jetzigen Jahrtausendwechsel die Durchschnittstemperaturen der Welt um zwei Grad Celsius im Vergleich zu dem Basisjahr 1850 erhöht haben. Andere gehen sogar von acht Grad Celsius aus. Und diese Zahlen sind globale Durchschnittswerte, hinter denen sich ungleich größere Veränderungen an bestimmten Orten verbergen. Die angesehene Vereinigung Besorgter Wissenschaftler kommt zu dem Schluss, dass »in allen Szenarien die erwartete Erwärmung wahrscheinlich größer sein wird als jemals anlässlich ähnlicher Ereignisse während der letzten 10 000 Jahre.«

Niemand weiß genau, was die Folgen einer solchen Erwärmung sein werden. Das Klima der Erde ist ein komplexes System - quantitativ kleine Veränderungen können plötzliche dramatische unvorhersehbare Auswirkungen haben -, deshalb sind Wettervorhersagen notorisch unzuverlässig, sobald sie mehr als ein paar Tage umfassen. Das Klima ist ein Beispiel für jene Art von Systemen, die innerhalb der von Wissenschaftlern so genannten Chaostheorie untersucht werden. Diese daher dem Klima innewohnende Unsicherheit bezüglich der möglichen Wirkungen einer weltweiten Erwärmung macht die Gefahr nur noch bedrohlicher. Ungeachtet dieser Ungewissheit sind sich aber die WissenschaftlerInnen über Art und Ausmaß der dramatischen Veränderungen infolge einer weltweiten Erwärmung einig. Die Union of Concerned Scientists bringt die Aussichten auf den Punkt:

Es besteht die ernste Gefahr, dass sich das Klima in einer Weise verändern wird, die ernsthaft unser Leben stört. Zu den schlimmsten Auswirkungen gehören: Anstieg des Meeresspiegels, mehr Hitzewellen und Trockenheiten; häufiger ungewöhnliche Wetterereignisse, die Überschwemmungen und Zerstörung von Eigentum hervorbringen; und Tropenkrankheiten, die sich auf Gebiete ausdehnen werden, wo sie vorher nicht bekannt waren. Wenn wir nicht handeln, dann wird die weltweite Erwärmung unsere Gesundheit bedrohen, sowie Städte, Landwirtschaft, Wälder, Feuchtgebiete und andere natürliche Lebensräume.

Die gesellschaftlichen Folgen solcher Veränderungen könnten katastrophal sein. Städte und ganze Länder von Holland bis Bangladesch liefen Gefahr durch den steigenden Meeresspiegel überschwemmt zu werden. Ganze Bevölkerungen wären mit dem Untergang bedroht, wenn Krankheitsgebiete sich verschieben und damit tödliche Krankheiten in Gebiete gelangen, wo sie bis dahin unbekannt waren. Die Schädigung der Landwirtschaft kann zu riesigen Hungersnöten und zu sozialen Unruhen führen. Die weltweite Erwärmung könnte paradoxerweise die starke Abkühlung einiger Gebiete und keine Erwärmung bewirken, so z. B. in Großbritannien, wenn der Golfstrom, der Nordwesteuropa erwärmt, gestört wird. Solche Veränderungen würden mit Sicherheit für die Menschheit sehr großes Leid bringen, sie könnten gewaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzungen, weltweite politische Spannungen und die Gefahr großer und zerstörerischer Kriege hervorrufen. Alle Wirkungen der Erderwärmung zusammen genommen könnten sogar den Fortbestand unserer Zivilisation in Frage stellen.

Viele Kommentatoren belegen die weltweite Erwärmung mit den außergewöhnlichen Vorfällen beim Wetter in den letzten Jahren - von den Stürmen und Überschwemmungen in Orissa in Indien bis zum Hurrikan Mitch in Mittelamerika, oder die großflächigen ungewöhnlichen Wetterbedingungen, die mit dem Wechsel der Strömungen im pazifischen Ozean zu »El Nino« 1997/1998 einhergingen. Ob diese Ereignisse die Folge einer weltweiten Erderwärmung sind oder nur Teil eines natürlichen Wechsels im Weltklima ist zur Zeit noch nicht zu sagen. Sicher ist aber, dass sie eine kleine Vorausschau auf das gewahren, was immer häufiger und schrecklicher geschehen wird, wenn nichts unternommen wird, um die weltweite Erderwärmung zu stoppen.

Wahrscheinlich wird sich das Weltklima auch in Zukunft auch ohne menschliches Zutun auf völlig natürliche Art bisweilen stärker verändern, dies hat es ja auch schon in der Vergangenheit getan. Diese Veränderungen werden dann hoffentlich nicht so rasch erfolgen wie die derzeit drohende Klimaveränderung. Was an den von Menschen hervorgerufenen Veränderungen im Unterschied zu den natürlichen Veränderungen so Angst macht, ist ihre - in geologischen Zeitabläufen betrachtet - hohe Geschwindigkeit. Wir können hoffen, dass wenn in Zukunft ernstzunehmende natürliche Klimaveränderungen geschehen, wir bis dahin über genügend Wissen verfügen und die Gesellschaft so organisiert haben werden, dass wir eine solche Veränderung beeinflussen oder uns daran anpassen werden können. Heutzutage drohen aber solche dramatischen Veränderungen nicht von der Natur, sondern vom Kapitalismus, der auch die erforderlichen Gegenmaßnahmen verhindert.

Eine Minderheit von Wissenschaftlern stellt die von mir geschilderte einhellige Meinung über die Erderwärmung in Frage. Sie vertreten die Ansicht, dass man noch nicht auf eine reale Bedrohung schließen könne, indem sie Unsicherheiten, ob die weltweite Erwärmung bereits Wirkung zeigt, und echte Schwierigkeiten mit den Klimaprognosemodellen vorschoben. Man schöpft freilich ein wenig Verdacht, wenn man entdeckt, dass es zwischen einigen dieser Wissenschaftler und Teilen der Großindustrie, die sich am hartnäckigsten Maßnahmen zur weltweiten Erderwärmung widersetzen, Verbindungen gibt. Über einige dieser Zweifler stellte der »New Scientist« fest: »Sie haben sich auch einige gutbezahlte Lehraufträge und Beraterverträge bei Konzernen, z. B. Bergbaukonzernen, gesichert, die ängstlich darum bemüht sind, internationale Bemühungen zur Kontrolle von Treibhausgasen zu hintertreiben.«

Gleiches gilt für scheinbar unabhängige Körperschaften, die Berichte herstellen, die wissenschaftlich klingen und die die einhellige Meinung einer wirklichen weltweiten Erwärmung in Frage stellen. Ein Beispiel ist das Globale Klimainformationssprojekt (Global Climate Information Project). Der Name klingt unabhängig genug, nur dass diese Einrichtung von Körperschaften wie die Amerikanische Autoherstellervereinigung, das Amerikanische Eisen- und Stahlinstitut und die Amerikanischen Fuhrverbände unterstützt wird.

Natürlich brauchen wir saubere und strenge wissenschaftliche Auseinander-



setzungen über die tatsächlich bestehenden Unsicherheiten in unserem Verständnis des Weltklimas und der Erderwärmung. Aber wenn die überwältigende Mehrheit der Klimaforscher in aller Welt die These vertreten, dass überzeugende Befunde vorliegen, dann wäre es falsch die Ansicht nicht zur Kenntnis zu nehmen. Nichts zu tun und abzuwarten, bis sich die Unsicherheiten aufgeklärt haben, das ist der Weg ins Unglück. Bis dahin könnten schon unumkehrbare Klimaveränderungen eingetreten sein. Die einzige vernünftige Haltung angesichts der vorliegenden Befunde ist die ernste Gefahr zu begreifen und Maßnahmen gegen sie einzuleiten und durchzuführen - und gleichzeitig saubere wissenschaftliche Untersuchungen und Auseinandersetzungen weiterzuführen.

Es gibt nicht nur über die Erderwärmung eine breite Übereinstimmung, sondern auch über die Ursache - der Ausstoß von sogenannten Treibhausgasen in die Atmosphäre infolge menschlicher Aktivität.

Das Klima der Erde und alles Leben auf der Erde hängt von der Energie, die von der Sonne kommt, ab. Eine wichtige Eigenschaft der Erdatmosphäre ist, dass die Gase, aus denen sie sich zusammensetzt, zulassen, dass die Sonnenenergie die Erdoberfläche erreicht, aber dann verhindern, dass diese Energie reflektiert und in das Weltall zurückgestrahlt wird. Diese Gase führen ähnlich wie das Glas bei einem Glashaus zu einer höheren Temperatur auf der Erdoberfläche - daher ihr Name. Ohne diesem »Treibhauseffekt« wäre das Leben auf der Erde ganz anders und es ist sehr unwahrscheinlich, dass Menschen dann existieren könnten, da die Erdoberfläche etwa 30 Grad kälter wäre.

Der französische Physiker Jean Fourier hat zuerst vor über 170 Jahren den Treibhauseffekt theoretisch erklärt. Heute wissen wir, dass verschiedene Gase zu dem Effekt beitragen. Die wichtigsten sind Wasserdampf, Kohlendioxid (CO₂), Methan, Schwefelsauerstoff (NO_x), Chlorfluornitrate (CFN) und ähnliche Gase mit Namen wie FCKW und HFC. Die weltweite Erwärmung droht, weil bei all diesen Gasen die Emissionen zunehmen, mit Ausnahme des Wasserdampfes. Das mit Abstand wichtigste Treibhausgas ist CO₂, das Wissenschaftler für etwa zwei Drittel der weltweiten Erwärmung verantwortlich machen.

Der CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre hat aus einem einfachen Grund zugenommen: Energiegewinnung auf Grund-

lage fossiler Brennstoffe. Eine solche Entwicklung mit der damit einhergehenden Wirkung auf das Klima wurde schon vor langer Zeit vorausgesehen. Der schwedische Wissenschaftler Svante Arrhenius warnte bereits 1896, dass eine auf fossilen Brennstoffen basierende industrielle Entwicklung die Konzentration von Gasen wie CO₂ in der Atmosphäre erhöhen und einen Klimawandel auslösen könnte. Seit der industriellen

Revolution hat sich die Konzentration in der Atmosphäre von CO₂ um dreißig Prozent erhöht, bei Methan verdoppelt und bei NO_x ist die Konzentration um 15 Prozent angestiegen. Schon in den 40er Jahren dieses Jahrhunderts waren Wissenschaftler in Sorge, dass Arrhenius Befürchtungen wahr werden könnten, und in den 70er Jahren waren die meisten Wissenschaftler davon überzeugt. Diese Sorge weitete sich während der letzten Jahrzehnte zu einer breiten öffentlichen Besorgnis aus und gab den Anlass für eine Reihe staatlicher Maßnahmen. 1979 fand die Erste Weltklimakonferenz statt und 1988 wurde das IPCC gegründet, von hier aus führte die Entwicklung zu den Konferenzen 1992 in Rio und 1997 in Kio.

Über die wahre Ursache des Problems wird eigentlich gar nicht gestritten: es ist der steigende Ausstoß an CO₂-Gasen einer Wirtschaft, die festgelegt ist auf die Verheizung von fossilen Brennstoffen und auf die darauf beruhenden Erzeugnisse. Sogar die OECD (Organisation of Economically Developed Countries) kommt zu dem Schluss, dass »die Verbrennung fossiler Brennstoffe über 90 Prozent allen anthropogenen (von Menschen verursachten) CO₂-Ausstosses ausmacht und dies ist die Hauptquelle aller Treibhausgasemissionen.«

Die Lage ist klar. Die großen Volkswirtschaften der Welt hängen von der Verbrennung fossiler Brennstoffe und den darauf beruhenden

Erzeugnissen ab, sie drohen so das Weltklima aus dem Gleichgewicht zu bringen mit möglicherweise katastrophalen weltweiten Folgen. Wie konnte es soweit kommen und was kann dagegen getan werden?

Zu Joint Implementation

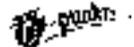
Die Bedingungen für spezifische JI-Projekte müssten zwischen einem oder mehreren Industrieländern und einem Entwicklungsland (...) ausgehandelt und von diesen umgesetzt werden. Häufig jedoch wird durch die Machtverhältnisse zwischen diesen potenziellen Partnern das Geberland begünstigt. ... Deshalb werden immer wieder Stimmen laut, die JI als eine Art »Neokolonialismus« bezeichnen. (aus: dito, S. 204)

Zur direkten Beteiligung von Konzernen

... wäre es denkbar, daß die Regierungen bestimmten Unternehmen die Genehmigung erteilen, als Makler tätig zu werden und Emissionserlaubnisse wie beliebige andere Wirtschaftsgüter zu kaufen und verkaufen. Dies würde die Zahl der Marktteilnehmer beträchtlich erhöhen und einen »echten« Markt entstehen lassen ... Aus wirtschaftlicher Sicht ließen sich durch die Beteiligung des privaten Sektors die Kostenwirksamkeit und die Effizienz eines Handelssystems verstärken. (aus: dito, S. 254)

Zur Verlagerung von Maßnahmen in sog. Entwicklungsländer

Aus umweltpolitischer Sicht könnte für einige Industrieländer allein die Aussicht auf billige Emissionsreduktionseinheiten Grund genug sein, tief greifende Maßnahmen im eigenen Land zu unterlassen. (aus: dito, S. 256)



Der infodienst für
UmweltakteurInnen

14

Sommer 2001

● Schwer-
punkt

Atomausstieg versus Klimaschutz

Wer aussteigt, muß auch einsteigen

Spätestens bei der Frage Atomkraftwerke und Klimaschutz glaubt die Atomlobby jedesmal, nun habe sie die überzeugenden Argumente für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in den Händen. Mit Statistiken und Folien werden Vorträge gehalten und Artikel geschrieben, aus denen hervorgeht, daß weltweit insgesamt 430 Atomkraftwerke rund 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid sparen. Die 19 deutschen Atomkraftwerke würden 150 bis 160 Millionen Tonnen Kohlendioxid sparen – ein knappes Fünftel der deutschen Klimabelastungen.

Da stellt sich dann für die Betreiber nicht die Frage des Atomausstieges, sondern konsequenterweise müßten die Betreiber – sofern sie den Klimaschutz ernstnehmen – zu dem Schluß kommen, daß der Ausbau der Atomenergie-nutzung der Königsweg für den Klimaschutz ist.

Wie wenig haltbar eine solche These wäre, haben diverse Studien in der Vergangenheit gezeigt. Unabhängig von den Risiken der Atomenergienutzung und der ungelösten Entsorgung ist auch die Frage der Wirtschaftlichkeit zu stellen. Dabei wird klar, daß die Nutzung der Atomenergie nicht nur lebensbedrohend ist, sondern auch die teuerste Art zum Klimaschutz wäre. Der Neubau von Atomkraftwerken ist eine teurere Klimaschutzvariante als das Energiesparen oder moderne Gaskraftwerke. 1988 wiesen beispielsweise Umweltforscher vom Rocky Mountains Institute in Colorado erstmals daraufhin, daß nach ihren Berechnungen für dasselbe Geld mindestens zweieinhalbmal mehr Kohlendioxid durch Energiesparen vermieden werden kann als durch den Bau neuer Atomkraftwerke.

Das Öko-Institut kam 1996 im Auftrage des hessischen Umweltministeriums zu dem Schluß, daß der Klimaschutz mit Atomkraftwerken drei – viermal teurer ist als mit einem » Mix von Alternativen – von Stromesparen und Kraft-Wärme-Kopplung bis zu Biomasse und Wind«. Fazit: »Anstatt – wie immer behauptet – 150 Millionen Tonnen Kohlen-

dioxid zu vermeiden, entstehen durch Investitionen in Atomkraftwerke in Deutschland knapp 500 Millionen Tonnen mehr als bei den Alternativen«, schreibt Gutachter Fritsche. »Kohlendioxid-Einsparungen durch Atomkraftwerke erweist sich als reines Märchen«.

Das beim Ausstieg aus der Atomenergie das Klimaschutzziel erreicht werden kann, hat u. a. eine Untersuchung des Wuppertal-Instituts gleich zu Beginn der rot-grünen Regierung ergeben. Die Wissenschaftler halten es für möglich, bis 2005 alle Atomkraftwerke abzuschalten und trotzdem dem Klimaschutz gerecht zu werden. Bedingung ist allerdings, daß »der Ausstieg von einer erheblich offensiveren Energiespar- und Klimaschutzpolitik als bisher flankiert wird«. Nach dem Konzept des Instituts müßte der Gesamt-Stromverbrauch durch eine offensive Einsparstrategie von derzeit rund 500 Millionen Kilowattstunden pro Jahr auf 430 Millionen gesenkt werden. Verzicht auf Stand-by-Funktionen, Nutzung von Energiesparlampen, beim Neukauf von Haushaltsgeräten nur energiesparende Modelle erwerben, Modernisierung von Beleuchtungsanlagen in Industrie und Gewerbe, Umstellung auf effiziente Pumpen und Antriebe in Fabriken, Ersatz von Nachspeicherheizungen – das ganze (im Grundsatz längst bekannte) Arsenal der Effizienzstrategien müßte flächendeckend zum Einsatz kommen.

Klimarisiken durch radioaktives Krypton-85 aus der Kernspaltung:

Edelgase aus WAA verändern das Wetter

»Ein Krypton-85-spezifischer, also durch Atomenergie verursachter Treibhauseffekt und anders geartete Störungen von Klima und Wetter sind möglich, wenn die Konzentration des Krypton-85 in der Atmosphäre weiter steigt«. So faßte Roland Kollert, Bremen, die Ergebnisse seiner Studie zusammen, die er bereits 1994, acht Jahre nach Tschernobyl erstellte. Schon in wenigen Jahrzehnten muß mit wesentlichen Auswirkungen gerechnet werden. Der Weiterbetrieb von Atomanlagen bedeutet ein »unkalkulierbares Großexperiment« mit der Erdatmosphäre. Das bei Atombefürworterinnen so beliebte Bild vom Klima-Sauberemann Atomenergiebricht wie ein Kartenhaus zusammen, wenn die Erkenntnisse aus dieser Arbeit in die Debatte um das Wetter vordringen.

Eingriff in den Wettermechanismus der Luftelektrizität

Krypton-85 greift in die Luftelektrischen Mechanismen und damit in die Wettermaschine ein. Der erste Schritt hierbei ist, daß die Strahlung des Krypton-85 bei den Luftmolekülen zu mehr Ionen, also elektrisch geladenen Teilchen führt. Deshalb steigt die Leitfähigkeit der Luft; das elektrische Feld der Erdatmosphäre zwischen der Ionosphä-

Zum Text

Autorin: Renate Backhaus
Atompol, Sprecherin des BUND-Bundesverbandes

Aus anti atom aktuell Nr. 113

Langfassung unter www.projektwerkstatt.de/oepunkte





gesund leben und einkaufen

von Abfallberatung bis Zimmereien

Das umfangreichste regionale ökologische Adressbuch:
aktuelle Ideen, Projekte, Tipps, Behördeninfos, Adressen

Ausführliche Infos auf www.gruenes-branchenbuch.de

Lieferbare Ausgaben:
SAAR-LDR-LUX/RHEINLAND-PFALZ · HAMBURG · BERLIN
SCHLESWIG-HÖLSTEIN · NÖRDRHEIN-WESTFALEN · HESSEN
NIEDERSACHSEN/BREMEN

Verlag DAS grüne BRANCHENBUCH
Tel. 04532-21402 · Fax 04532-22077
service@gruenes-branchenbuch.de

re und dem Erdboden wird geschwächt. Die Ionisation der Erdatmosphäre wird prozentual besonders über den Meeren - der Wetterküche der Erde - und den Polen erhöht, d.h. über drei Vierteln der Erdoberfläche. Die künftigen Klimafolgen sind aber gerade auch über den Kontinenten zu erwarten.

Heiße Spur Tschernobyl-Katastrophe

Die Atomkraftwerkskatastrophe von Tschernobyl 1986 hat in Regionen Polens, Griechenlands und der Alpen zeitweise zu einem starken Anstieg der elektrischen Leitfähigkeit der Luft auf das Zehnfache bzw. zu einem starken Rückgang des luftelektrischen Feldes geführt. In den hauptverseuchten Gebieten Mittelschwedens wurde sogar eine auffallende Zunahme der Blitzhäufigkeit registriert. Diese Tatsachen belegen wie eine große Vielzahl weiterer wissenschaftlicher Ergebnisse aus aller Welt, die in der Studie diskutiert werden, die Klimarisiken des Krypton-85.

Luftchemische Wirkungen des Krypton-85

Experimente hochkarätiger Forschungszentren zeigen, daß Krypton-85-haltige Abgasschwaden intensive strahlenchemische Wirkungen auf andere Luftschadstoffe ausüben können. Sie

verursachen insbesondere deren Umwandlung in aggressive sogenannte Oxidantien, das bedeutet Strahlensmog und mehr sauren Regen über den betroffenen Ländern.

Klimarisiken des Krypton-85: Schadwetter nehmen zu

Die Risiken des Krypton-85 für Wetter und Klima stellt die Studie eingehend dar:

- Die Verweildauer und das Inventar von Wasserdampf, dem wirksamsten Treibhausgas in der Atmosphäre, nehmen treibhauswirksam zu. Folge ist eine Erwärmung der Erdatmosphäre.

- Veränderungen von Niederschlagsart und -mengen mit ungewissen Folgen für Wetter und Klima werden verursacht u. a. durch Änderungen beim Gefrier- und Taupunkt des Wolkenwassers.

- Die Blitzhäufigkeit und Blitzstärke nehmen zu, mit der Folge stärkerer Unwetter und Waldbrände.

- Mehr Kondensationskerne bzw. Trübungspartikel beeinträchtigen die Klimaeigenschaften der unteren Atmosphäre für Wolkenbildung und Wärmeabsorption.

- Menschliches Wohlbefinden wird im Punkt Wettenfähigkeit verschlechtert aufgrund der Schwächung des luftelektrischen Schönwetterfeldes.

- Ein Zusammenbruch des luftelektrischen Systems der Erdatmosphäre mit unabsehbaren Folgen für Wetter und Klima ist nicht auszuschließen.

Die BUND-Studie stellt zu den Klimawirkungen des Krypton-85 einen großen weiteren Forschungsbedarf fest.

Krypton-85-Schleuder Atommüll-WAAs

Krypton-85 in der Atmosphäre stammt zum größten Teil aus der Plutoniumabtrennung WAA. Der Mißbrauch dieser Anlagen als Entsorgungsverkehr muß auch aus Klimaschutzgründen unterbunden werden. Auch bei der Atommüll-Konditionierung, etwa wie im niedersächsischen Gorleben geplant, ist mit erheblichen Krypton-85-Freisetzungen zu rechnen.

Die englische Plutoniumfabrik Sellafield sowie die französischen Anlagen in La Hague zusammen werden den Krypton-85-Pegel in der Atmosphäre innerhalb von 15 Jahren verdreifachen. Hinzu kommen vor allem russische WAAs und kleinere Anlagen in anderen Ländern. Eine Verzigfachung des krypton-85-Pegels bis Mitte kommenden Jahrhunderts droht Klimaschutzpolitik korrekturbedürftig.

Atomenergie ist nicht nur wegen ihres Katastrophenrisikos eine unverantwortbare Energiequelle, sondern aufgrund ihrer Klimarisiken auch für den Schutz der Erdatmosphäre untragbar. Die alleinige Ausrichtung der Klimaschutzpolitik auf Kohlendioxid aus fossilen Energien verstellt den Blick auf wesentliche Zusammenhänge. Mit Vereinbarungen und Maßnahmen nur zur Kohlendioxidverminderung wird der Atomenergie völlig ungerechtfertigt Vorschub geleistet und der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer 2001

•Schwerpunkt

15



Buchbesprechung

UnternehmensGrün
Märkte ohne Grenzen

(1998, ökom in München, 186 S.)

Ein Lesebuch zu den Entwicklungen der globalen Märkte, dem Verhalten großer Konzerne und den aktuellen Tendenzen. Eine grundlegende, antikapitalistische Kritik findet nicht statt, stattdessen wird auf das auch von modernen Konzernen heute vertretene Motto gesetzt: „Innovationsdruck stärkt die Konkurrenzfähigkeit“ - insofern wird dann auch die Nachhaltigkeit als Zauberwort vorgestellt.

Josef Hilbert/Josef Schmid
Wirtschaftsstandort und Zukunft
des Sozialstaates

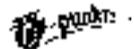
(1994, Schüren in Marburg, 73 S., 18 DM)

Der Titel ist etwas irreführend. Das Buch hat als Schwerpunkt die gesellschaftlichen Veränderungen und ihre Einflüsse auf die betriebliche Praxis - vor allem hinsichtlich der ArbeitnehmerInnenrechte. Auch am Ende geht es um Formen der Mitbestimmung und Dienstleistungen seitens der Gewerkschaften.

Aus dem KABRACK!archiv

KABRACK!

Alle genannten Bücher stehen dort.



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

16

Sommer 2001

• Schwer-
punkt

Autor

Jörg Bergstedt,
Institut für Ökologie
Fachbereich Politik &
Wirtschaft

Kyoto-Protokoll:

Neoliberales Luftschlösser

Neoliberalismus bezeichnet eine Modernisierung und Verschärfung von Verwertungslogik. Innerhalb weniger Jahre sind wesentliche bisher dem Staatshandeln (Verordnungen, Gesetze) und der Privatsphäre zugeordnete Bereiche marktwirtschaftlichen Logiken, vor allem der totalen Verwertung zum Zwecke des Profits unterworfen worden. Besonders markante Prozesse sind:

- Die sogenannten »Patente auf Leben«, also die Zuordnung von Rechten auf Gene, in deren Folge deren Verwertung zwecks Profit möglich ist.
- Die Zuschreibung bisher eigentumsloser Flächen, Wasservorräte usw. an Konzerne zum Zwecke derer Verwertung.
- Die totale Durchdringung sozialer Sicherungssysteme, Gesundheitspolitik usw. nach privatwirtschaftlichen, d.h. der Verwertung und dem Profit unterworfenen Logiken.

Seit ca. 1990 gehören UmweltschützerInnen zu den ProtagonistInnen dieser Vermarktwirtschaftlichung der Welt. Stück für Stück, ab ca. 1994 dann in rasantem Tempo, wichen sie von der bisherigen, meist auch nur vorsichtig formulierten Kritik an Markt und Konzernen ab und erkannten plötzlich in ihnen die möglichen RetterInnen der Umwelt. Heute, nachdem marktwirtschaftliche Konzepte ein Jahrzehnt in der Debatte sind, ist kaum noch eine Umweltschutzdebatte erkennbar, die nicht den Markt und seine Instrumente als Königsweg zur Rettung der Umwelt vorschlägt.



Woher der Optimismus rührt, ist nicht erkennbar. Zwei-

felsfrei aber gibt es für die UmweltschützerInnen und ihre Organisationen einen Vorteil: Der Schulterschuß mit den Konzernen hat das Spendenaufkommen drastisch erhöht – und so mancher »Öko« kann direkt von einem Posten in einer Umweltschutzorganisation in Spitzenpositionen der privaten Wirtschaft wechseln.

Da die aggressive Art, wie UmweltschützerInnen mehr Marktwirtschaft fordern und deren Instrumente auf die Verwertung der Umwelt ausdehnen, dazu führt, daß bisher nicht vermarktete Bereiche nun der Verwertung anheimfallen, läßt sich als umfassende Begrifflichkeit das Wort Ökoneoliberalismus einführen. Es bezeichnet die Aktivitäten, die die Umwelt zu etwas machen, was mensch kaufen und verkaufen kann – immer zum Vorteil derer, die am meisten Geld haben. Die von Umweltschutzseite immer wieder benannte Formulierung, Umwelt müsse »ihren wahren Preis« bekommen, ist noch nicht einmal eine Verschleierung – denn was einen Preis hat, findet sich dann in der Spirale des Kaufens und Verkaufens, der Verwertung wieder.

Kyoto: Die Luft zur Ware machen

Luft ist nicht so einfach direkt zu verwerten, weil sie nicht greifbar ist. Luft kann, zumindest zur Zeit, noch nicht dingfest gemacht werden. Sie ist (fast) überall in der Biosphäre und ihre Nutzung kann nicht so kontrolliert werden wie z.B. beim Wasser. Eigentlich gäbe es auch überall Wasser, aber es muß mit technischem Aufwand gewonnen werden (Brunnen u.ä.). Das ist verregelt und wird meist ganz unterbunden. So soll gewährleistet sein, daß aller »Verbrauch« von Wasser über den Markt läuft, d.h. daß Profit und die Abschöpfung des Mehrwertes durch Konzerne und Staat möglich sind. Selbstorganisation und Subsistenz werden gezielt verhindert.

Diese Möglichkeit fehlt bei der Luft. Daher haben sich die ArchitektInnen des totalen Marktes (Neoliberalismus) im Zuge der Klimaschutzverhandlungen etwas Cleveres einfallen lassen: Nicht die Luft selbst soll vermarktet werden, sondern das Recht, sie zu verschmutzen. Im Kyoto-Protokoll geht es um treibhauswirksame Gase, allen voran das CO₂, aber auch noch andere. Gemessen wird alles in CO₂-Äquivalenten.

Als Rahmen wird ein Gesamtziel benannt: Die Industrienationen (einschließlich der Länder des ehemaligen Ostblocks) sollen im nächsten Jahrzehnt ihren Ausstoß um 5,2 Prozent verringern. Schon diese Zahl wirkt peinlich, haben doch selbst offizielle Stellen der UN festgestellt, daß eine Verringerung um 60 oder gar 80 Prozent notwendig wäre. Alle anderen Länder können zudem ihren Ausstoß zunächst beliebig erhöhen – was vor allem bei den Ländern erhebliche Mehrbelas-

stungen bringen dürfte, die in den letzten Jahren durch maximale Industrialisierung versucht haben, den Anschluß an die Industrieländer zu schaffen – und dabei, oft unter dem Druck der reichen Länder und ihrer Knebelorganisationen wie WTO oder Weltbank, krasse Ausbeutungsverhältnisse der Menschen sowie Zerstörungen der Umwelt eiskalt in Kauf genommen haben.

Insofern könnte mensch das Kyoto-Protokoll schon an dieser Stelle zuklappen und achselzuckend feststellen: Mal wieder nur heiße Luft.

Aber bei genauerem Hinsehen wird das Bild noch schlimmer. Kyoto wird zwei Folgen haben:

1. Die Zerstörung des Klimas mittels Treibhausgasen wird nicht nur nicht verringert, sondern verschlimmert. Das Ganze bekommt jetzt aber einen rechtlich abgesicherten Rahmen – eine Situation also, die ähnlicher »Nonsens« ist wie

der sogenannte Atomausstieg in Deutschland.

2. Mit dem Kyoto-Protokoll werden die Voraussetzungen für eine Vermarktung der Luft geschaffen. Diese wird nicht mehr länger allen gehören, sondern das Recht, Luft zu belasten, wird kauf- und verkaufbar – und damit z.B. akkumulierbar, d.h. das Recht auf Luftbelastung wird Stück für Stück in die Hand weniger übergehen, eben der zahlungskräftigsten und durchsetzungstärksten Konzerne.

Rechtlich abgesichertes Treibhaus

Das Kyoto-Protokoll wird höchstens gegenüber einem maßlosen weiteren Wirtschaftswachstum einen Vorteil bringen (was aber nicht einmal sicher ist), viele Mechanismen sorgen dafür, daß gegenüber der heutigen Situation selbst dann eine deutliche Verschlechterung der Lage

eintreten wird, wenn (was unwahrscheinlich ist!) das Ziel erreicht wird (also die 5,2%-Senkung). Das hat folgende Gründe:

- Teil des Kyoto-Protokolls ist die Möglichkeit, Emissionsrechte zu handeln. Berechnungsgrundlage ist das Jahr 1990. Das ist geschickt gewählt, denn es liegt unmittelbar vor dem Zusammenbruch vieler Industrien in Osteuropa und den Ex-Sowjetunion-Staaten. Die Ausgangsgröße ist also sehr hoch angesetzt. Die Ex-Ostblock-Staaten haben kaum eine Chance, ihre Kontingente auszufüllen. Sie können aber die überschüssigen Emissionsmengenrechte verkaufen. Und das werden sie tun - der Verwertungslogik folgend, daß nicht ungenutzt bleiben wird, was Geld bringt. Damit werden Emissionsrechte ausgeschöpft, die sonst brachliegen würden. Die EU, Japan und die USA werden ihre Zusagen nicht (nur) durch Klimaschutzmaßnahmen, sondern durch Einkaufen der Emissionsrechte z.B. aus Russland oder (schlau, schlau) eine Osterweiterung der EU erreichen. Vermutlich wegen dieser Chance hat die EU auch darauf bestanden, eine gemeinsame Menge zu erhalten und die intern zu verteilen. Mit jedem neuen osteuropäischen Land wird das einfacher.

- Die marktwirtschaftliche Logik wird dazu führen, daß alle Emissionsrechte bis zum Anschlag genutzt oder aber verkauft und dann von anderen genutzt werden. Freiwillige Leistungen sind nicht mehr zu erwarten, wo der Markt alles beeinflusst.

- Ähnliches gilt für die sogenannten »Senken«, die im Kyoto-Protokoll vorgesehen sind. Sie bezeichnen z.B. Aufforstungen, die CO₂ binden und so den CO₂-Gehalt verringern sollen. Das ist schon fachlich fraglich. Wälder binden genauso viel CO₂, wie wieder bei der Verrottung und einem Brand freigesetzt wird. Das CO₂ ist also nur vorübergehend im Wald gebunden. Dauerhafte Bindung erfolgt nur dann, wenn Verrottung unterbleibt - z.B. bei der Entstehung von Kohle, Torf, Erdöl und -gas oder Moore, Ozeane und Dauerfrostböden. Viele dieser gebundenen CO₂-Mengen werden zur Zeit verpulvert bzw. freigesetzt.

- Würden in der Vergangenheit z.B. Aufforstungen und Naturschutzmaßnahmen ohne gleichzeitige »Verwertung« im Markt durchgeführt, so wird es damit vorbei sein. Kein Wald wird mehr entstehen, ohne daß gleichzeitig auch daraus Emissionsrechte werden und der neue Wald an anderer Stelle mehr CO₂-Emissionen schafft.

- Die sog. Entwicklungsländer sind an der ganzen Geschichte nicht direkt beteiligt. Sie können ihre CO₂-Auslösse belie-

big erhöhen. Das würde noch verständlich sein angesichts dessen, daß ihre Ausstöße minimal sind gegenüber den Industrienationen. Schwierig ist, daß es keine weiteren Unterscheidungen gibt - der Freibrief also wahrscheinlich denen hilft, die massive Industrialisierungen in den sog. Entwicklungsländern durchsetzen wollen, also vor allem den »Schwellenländern« und den Konzernen, die in diesen Ländern investieren.

- Es wird in dieser Beziehung, die ja von Ungleichheit geprägt ist aufgrund der Verschuldungen und Abhängigkeiten, aber noch schlimmer: Durch Klimaschutzinvestitionen in sog. Entwicklungsmaßnahmen (CDM im Kyoto-Protokoll) können neue Emissionsrechte erworben werden. Will heißen: Nicht nur die sog. Entwicklungsländer können unbegrenzt mehr Treibhausgase emittieren, sondern auch die Industrienationen - sie müssen nur im Gegenwert Klimaschutzprojekte in armen Ländern durchführen. Ablaßhandel pur. Und die Gesamtmenge an Schadstoffausstößen wird steigen und steigen ...

Langfristige Effekte

Mit dieser Auflistung fataler Wirkungen des Kyoto-Protokolls sind die wichtigsten Gründe genannt, warum diese Form des Klimaschutzes noch nicht einmal im Bereich des Klimaschutzes wirksam wird. Unabhängig davon aber führt das Kyoto-Protokoll zu weiteren Prozessen, die vor allem langfristig, aber dann umfassend wirksam werden. Mit dem Protokoll wird eine Vermarktungslogik von Luftverschmutzungsrechten eingeführt. Es ist zu erwarten, daß auch für sog. Entwicklungsländer in weiteren Phasen des Kyoto-Prozesses Obergrenzen definiert werden. Dann wird vollendet, was jetzt beginnt: Stück für Stück werden sich die Reichen die Emissionsrechte sichern - und damit nicht nur das Recht, Umwelt weiter zu zerstören, sondern auch die Chance, sich weiter zu industrialisieren. Die globale Ungerechtigkeit könnte steigen. Die Industrienationen ver-

rechtlichen ihre Umweltzerstörung - Kyoto ist die rechtliche Absicherung des Weiterbetriebs der Verschmutzungsanlagen (und die Parallele zum Atom«konsens« unübersehbar). Die sog. Entwicklungsländer bekommen Klimaschutzprojekte, damit die Industrienationen weiter verschmutzen können - das Konzept der Funktionalisierung armer Länder als Grüne Lunge der industriellen Führungsnationen der Welt wird zementiert. Das Leben wird ein Stück mehr der Logik von Kaufen und Verkaufen, der Verwertung im Markt unterworfen.

Der Gegenentwurf zu Markt und Macht lautet: Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs. Dieses zentrale Mittel eines emanzipatorischen Umweltschutzes bedeutet, daß weder allgemeingültige und von oben (Herrschaft) durchgesetzte Standards des Umgang mit der Natur noch die Marktlogik gelten, sondern die Menschen in einem gleichberechtigten Prozeß die Nutzung ihrer Umwelt vereinbaren. Naturschutzflächen, die Form der Landwirtschaft und vieles mehr werden dann von Ort zu Ort zunächst in direkt-demokratischen Entscheidungen bestimmt. Langfristig sind Gesellschaftsverhältnisse vorstellbar, in denen alle Menschen gleiche Zugriffsmöglichkeiten auf Boden und Rohstoffe haben - durch gleichmäßig verteiltes Eigentum oder, der spannendere Entwurf, durch die Abschaffung von Eigentum in allen seinen Formen. Dann kommt es zu freien Vereinbarungen und Kooperativen zwischen den gleichberechtigten Menschen. In diesem Zustand gibt es keinen Zwang mehr zur Ausbeutung von Mensch und Natur - kein Drang zum Profit und keine Möglichkeit, über Herrschaft die Folgen des eigenen Handelns ungefragt anderen Menschen aufzubürden. Aus der Unmittelbarkeit aller Entscheidungen werden Menschen ihre Umwelt, die die eigene Lebensgrundlage darstellt, immer oder fast immer so erhalten, daß es für ein gutes Leben sinnvoll ist. Das wird auch im Sinne des Umweltschutzes sein - wenn auch als vielfältiger Flickenteppich unterschiedlicher Lösungen, die von den Menschen gefunden wurden.

Die Alternative: Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs

Schon der Zwischenschritt, ein direktdemokratisches Mitbestimmungsrecht bei Flächen- und Rohstoffnutzung würde zu grundlegend veränderten Wirtschaftsformen führen, da niemand mehr über den Kopf der Menschen hinweg Flächen und Rohstoffe für sich sichern kann. Wer welche haben will, wird die Menschen gewinnen müssen - und das wird schonende Methoden, Gegengeschäfte usw. nach sich ziehen ... zigmal wirksamer als Ökosteuern oder Zertifikate mit allen ihren gravierenden Nebenwirkungen.

Die Aufnahmen stammen von den Aktionen rund um die Klimakonferenz 2000 in Den Haag.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

•Schwerpunkt



Hinweis

Die »Ökozeitung gegen Markt und Kapital« zeigt eine fundierte Kritik an ökokapitalistischen Konzepten. Bestellen gegen 3 DM in Briefmarken bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Weitere Materialien zu (Öko)Kapitalismus und emanzipatorische Ökologie siehe Seite 9.

Zu den Fotos

Die Aufnahmen stammen von den Aktionen rund um die Klimakonferenz 2000 in Den Haag.



IPCC:

Und sie erwärmt sich doch!!!

Für alle die, die immer noch nicht an globalen Klimawandel glauben wollen, gibt es seit kurzem neue Fakten schwarz auf weiss. Das zu diesem Zweck gegründete Wissenschaftsgremium der Vereinten Nationen findet in seinen neuesten Berichten starke Worte. Für den Einfluss des Menschen auf das Weltklima gibt es »neue und stärkere Beweise«. Zudem verläuft die Erwärmung noch schneller als bisher angenommen, heisst es in einem Ende Januar veröffentlichten Report. Der »3. Sachstandsbericht« der Klimawissenschaftlichen Arbeitsgruppe des »Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)«, so der offizielle Titel, besagt, dass die durchschnittliche Erdtemperatur zwischen 1990 und dem Jahr 2100 zwischen 1,4 und 5,8 Grad Celsius ansteigen wird - je nachdem, wieviel Treibhausgase emittiert werden. Mit diesen Zahlen korrigierte das Gremium seine eigenen Berechnungen aus dem Jahr 1995 (ein bis 3,5 Grad) entscheidend nach oben. Bei Fortsetzung der herrschenden Trends bedeutet dies die schnellste Temperaturänderung der vergangenen 10.000 Jahre - und das mit erheblichen Folgen.

Bereits jetzt sind z.B. eine Abnahme der Schneedecke in Gebirgen und dünnere Eisschichten in der Arktis messbar, was laut IPCC zu einem Anstieg des Meeresspiegels um fast einen Meter bis zum Jahr 2100 führen könnte. In letzter Konsequenz wird das den Untergang einiger Inselstaaten und niedriger Küstengebiete bedeuten.

Zu den absehbaren Folgen des Klimawandels veröffentlichte das IPCC ebenso einen aktualisierten Bericht der zuständigen AG. Demzufolge ist langfristig zu erwarten, dass sowohl arme als auch reiche Länder neben massiven Überschwemmungen und einhergehenden Krankheiten auch von Dürre und Wasserknappheit in den kommenden Jahrzehnten betroffen sein werden, sofern es nicht gelingt, der vom Menschen verursachten Erderwärmung Einhalt zu gebieten.

Wirkung auf arme Länder

Am schlimmsten werden Entwicklungsländer von diesen zu erwartenden Katastrophen betroffen sein, denn neben ihrer geographischen Lage können sich diese (finanziell) am wenigsten an die veränderten Gegebenheiten anpassen. Durch die ungleiche Verteilung der Folgen des Klimawandels deutet sich eine umweltbedingte Verschärfung sozialer Konflikte an - nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb einzelner Staaten.

Für einzelne Weltregionen gibt der Bericht detaillierte Szenarien an. So stellen die WissenschaftlerInnen fest, dass es in den Ländern der nördlichen Hemisphäre wahrscheinlich wärmer werden wird, was eine Erhöhung an Todesfällen bei Hitzewellen in Städten nach sich ziehen würde, ebenso wie die Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria und tödliche Virusinfektionen, die bisher nur in tropischen Gebieten auftreten.

In Afrika, dem am schwersten betroffenen Kontinent, könnte die Krankenzahl weiter dramatisch in die Höhe gehen, besonders in dicht besiedelten Städten entlang der Küste, die mit steigendem Meeresspiegel ebenso verstärkt mit Überschwemmungen rechnen müssen.

Es wird erwartet, dass die Mangrovenwälder in Asien, die Flüsse und Meeresbänke schützen, überschwemmt werden - insbesondere in Bangladesch. Waldbrände könnten sich häufen und ein wärmeres Klima könnte für eine verstärkte Ausbreitung an infektiösen Krankheiten sorgen.

Das Abschmelzen von Gletschern im Himalaya, die die Flusssysteme in Indien mit Wasser speisen, welche ungefähr 500 Millionen Menschen mit Wasser versorgen, könnte immense Überschwemmungen und darauffolgend massive Wasserknappheit verursachen. Im Nahen Osten könnte ein Austrocknen der Flüsse zu weiteren politischen Spannungen führen und schlimmstenfalls könnte dies in neuen Kriegen um die noch vorhandenen Wasserressourcen enden.

Ungeachtet dieser Bekräftigung durch neueste Forschungserkenntnisse benutzte US-Präsident Bush in einem Brief an Klima-Skeptiker Anfang März das Argument, der Status der Erkenntnis zum Klimawandel sei »unvollständig«, als Rechtfertigung dafür, keine gezielten Treibhausgasreduktionen einzuleiten.

Zugegeben, die Berichte des IPCC sind sehr umfassend und technisch. Auf der Webseite des Gremiums (<http://www.ipcc.ch>) sind jedoch für Interessierte Zusammenfassungen in verständlicher Sprache erhältlich. In Washington weiss das offenbar keiner.

Internet zu
allen
Klimaaktionen

www.risingtide.de



Wir bitten um Spenden:

**Mit einer Spende verhindern helfen,
daß die Welt zur Ware wird!**

Für die Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Klimakonferenz (Plakate, Veranstaltungen, diese »Ö Punkte« usw.), die geplanten Camps und Aktionen werden Sachspenden (Lebensmittel, Materialien usw.) und Ausleihen (Zelte, Geräte usw.) gesucht, aber auch Geldspenden. Dafür nutzen wir das Spendenkonto:

**"Spenden & Aktionen", Nr. 92881806
Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00**

Stichwort "Klima" (unbedingt angeben!). Spendenbescheinigungen können auf Anfrage ausgestellt werden - wichtiger aber ist die politische Wirkung! Herzlichen Dank!

Klima und ...

Rassismus/Neokolonialismus

Der globale Klimawandel ist bereits jetzt zu spüren: Die Anzahl von Überschwemmungen wie die jüngste Flut in Mosambique, die Anzahl an großen Stürmen wie die Hurrikans in Mittel- und Nordamerika, Hitze und Kältewellen (Mongolei) nehmen zu. Jährlich sind es heute bereits doppelt so viele wie noch vor fünf Jahren.

Die Leidtragenden sind meistens die Menschen in Entwicklungsländer. Die Klimaveränderungen kumulieren sich in Äquatornähe, d.h. hier gibt es auch die stärkste Temperaturzunahme. Die meisten Industrieländer liegen in den gemäßigten Breiten und sind einerseits nicht so stark von Klimaveränderungen getroffen, zum anderen verfügen sie über die entsprechenden finanziellen Mitteln und Technologien, um sich adäquat vorzubereiten. Ein kurzes Beispiel: Die Pflanzen in tropischen Regionen existieren bereits jetzt am Temperaturmaximum. Ein Anstieg der Temperatur um bis zu 1°C, wie prognostiziert in einem wissenschaftlichen Bericht, würde zu einem Absterben des Regenwaldes führen. In unseren Breiten werden aufgrund der Verschiebung der Klimaregionen zwar auch etwa ein Drittel aller Tier und Pflanzenarten aussterben, landwirtschaftlicher Anbau wäre aber weiterhin möglich.

Was hat das ganze mit Rassismus und Neokolonialismus zu tun? Der globale Klimawandel wird anthropogen beeinflusst durch den Ausstoß von Treibhausgasen, wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) oder Methan. Bei einer hohen Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre heizt sich das Klima auf. Die Industrieländer haben insgesamt 80% der Treibhausgase produziert. Es hat sich also eine »historische Schuld« aufaddiert. Der Aufbau ihrer Industrie wurde durchgeführt durch die kostenlose bzw. kostengeringe Ausbeutung von Ressourcen (Arbeitskräfte, Rohstoffe) der Kolonialgebiete. Diese Ausbeutung dauert heute in anderen Formen an.

Die stärksten Auswirkungen des globalen Klimawandels liegt auf den Schwellenländern der Entwicklungs- und Schwellenländern. Bereits heute haben 1,7 Milliarden Menschen keinen direkten Zugang zu Wasser, im Jahre 2025 werden es 3,5 Milliarden Menschen sein. Da klingt es zynisch, dass in Zukunft das Wasser nach Angebot und Nachfrage gehandelt wird. Wasser sei zwar ein Grund-, nicht aber ein Menschenrecht. Der Bedarf an Wasser wird als einer der Hauptkonfliktsachen des 21. Jahrhunderts prognostiziert.

Bereits in den nächsten 10 Jahren muss mit 150 Millionen Umweltflüchtlingen gerechnet werden. Umweltflüchtlinge sind nicht als Flüchtlinge anerkannt und werden deshalb nicht aufgenommen.

Weder sind sich die Industrieländer ihrer Verantwortung bewusst, noch stellen sie entsprechende Mittel bereit, um die Ursachen für die Vertreibung einzudämmen. In der Sahara-Zone breitet sich die Wüste sehr stark aus und verursacht jedes Jahr Ernteausfälle in einer Höhe von 40 Milliarden US-Dollar. Mit einem 10-jährigen Prä-

ventivprogramm mit einem Gesamtwert von 100 Milliarden Dollar könnte wertvoller Lebensraum gerettet werden, diese Gelder stehen aber nicht zur Verfügung. Gerade bei der Wüsten-Problematik spielt der Einfluß der Industrieländer mit »westlichen« Anbaumethoden, dem Zwang zum Anbau von Cash-Crops zur Schuldentilgung und unüberlegten »Entwicklungshilfeprojekten« eine große Rolle.

Ärmere Länder sind bei einem Auftreten von Naturkatastrophen wesentlich vulnerabler (verletzlicher) als Industrieländer. Dies kann einfach am Beispiel der Hurrikans Mitch und George veranschaulicht werden. Beide Hurrikans hatten etwa die gleiche Windstärke. In Nicaragua sind 50.000 Menschen gestorben und das Land wurde wirtschaftlich um 50 Jahre zurück geworfen. In den USA sind weniger als 20 Menschen gestorben, die meisten vermutlich aufgrund von Herzinfarkten. Der finanzielle Schaden ist um ein vielfaches größer als in Nicaragua, ist aber gedeckt mittels Versicherungen.

Neokolonialismus

Weltweit soll der CO₂-Ausstoß um 5,2 % reduziert werden. Noch davon ausgenommen sind Entwicklungs- und Transformationsländer. Der Einbau von Filteranlagen oder die Entwicklung von neuen treibhausarmen Technologien ist für die Industrieländer im eigenen Land sehr teuer. Um die Kosten so gering wie möglich zu halten, wollen sie in Entwicklungsländer investieren und sich die Treibhausgasreduktion für ihr eigenes Land anrechnen lassen. Wenn das entsprechende Land in Zukunft selber Reduktionen vornehmen muss, werden die Kosten um ein vielfaches höher liegen, als für die Investitionsländer jetzt.

Ein weiterer neokolonialistischer Ansatz ist die Anrechnung von sogenannten CO₂-Senken, in diesem Fall u.a. große Wälder. Pflanzen und Bäume binden Kohlendioxid in ihren Zellen, setzen es aber wieder frei, sobald sie absterben. Wissenschaftler arbeiten bereits jetzt an gentechnisch manipulierten Bäumen, die einerseits schneller wachsen, zum anderen mehr Kohlenstoffdioxid speichern. In Entwicklungsländern könnten einerseits bestehende Wälder abgeholzt werden, um gentechnisch manipulierte Bäume anzupflanzen, zum anderen große Flächen wieder aufgeforstet werden. Diese kurzfristige »CO₂-Reduktion« würde den Geberländern wiederum angerechnet werden. Die Nehmerländer verlieren mit diesen Maßnahmen aber auch die Nutzungsrechte an den teils sehr großen Gebieten, zum anderen drohen Gefahren durch riesige Monokulturen.

CO₂-Börse

Kohlendioxid soll zukünftig an der Börse gehandelt werden. Da sich die CO₂-Reduktion auf den Stand von 1990 bezieht, haben einige Länder (eher unfreiwillig) bereits mehr CO₂ reduziert, als sie emit-



jetzt

müßten. Als Paradebeispiel gilt Rußland, dessen Wirtschaft seit 1990 komplett zusammengebrochen ist. Dieser »Reduktionsüberschuß« kann an der Börse verkauft werden. Käufer können einmal mehr aber nur die Länder sein, die auch das entsprechende Geld besitzen.

Meeresspiegelanstieg

Mit der Erhöhung der Meerestemperatur dehnt sich das Wasser stärker aus und der Meeresspiegel steigt (das Abschmelzen der Polkappen ist wissenschaftlich stark umstritten). Um die Deiche in Deutschland nur um einen Meter zu erhöhen, würde es bereits mehrere Milliarden DM kosten. Zeitgleich wird in Bangladesch die Investitionen der letzten 40 Jahren vernichtet werden. Viele Inselstaaten sind in ihrer Existenz bedroht.

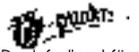
Fazit

Die Hauptschuld am globalen Klimawandel tragen die Industrieländer, die stärksten Auswirkungen werden Entwicklungs- und Schwellenländer spüren. Die Indu-

Zu den drei marktwirtschaftlichen Methoden im Kyoto-Protokoll (Handel, Joint Implementation, CDM)

Der Emissionshandel, die Gemeinsame Umsetzung und der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (...) verfügen zweifellos über alle Voraussetzungen, um sich zu den wichtigsten Elementen des Klimaregimes zu entwickeln. Ihre politische Bedeutung kann wohl kaum zu hoch bewertet werden. Mit der Nutzung dieser Instrumente wird sich das Klimaregime von einer in erster Linie auf den Umweltschutz gerichteten Vereinbarung in einen »harten« Wirtschaftsvertrag verwandeln. Es wäre denkbar, dass der CDM eines Tages in Konkurrenz zur multilateralen Entwicklungshilfe tritt. Mit der Schaffung eines Systems für den Handel mit Emissionen (und abgeleiteten Produkten wie Termingeschäften) könnte ein riesiger neuer Markt entstehen, auf dem umfangreiche Finanztransaktionen stattfinden. (aus: dito, S. 350)

strieländer stellen sich nicht der Verantwortung, sondern versuchen mit sehr fragwürdigen Maßnahmen Profite zu erzielen.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

●Schwerpunkt

19

Literatur

Gliese, J. (2000) Die Spirale von Armut und Umweltzerstörung. Desertifikation und ihre Folgen. In: Ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Sept. 2000: Wasser/Wüste, S. 6f.

Quandt, M. (2000) Das blaue Gold. Der P(oor)-7-Gipfel fordert weltweite »Wasserdemokratie«. In: Ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Sept. 2000: Wasser/Wüste, S. 20-22.

Bericht von der Klimakonferenz in Den Haag

COP this!

Freitag, 25.11.2000, vor dem Nederlands Congress Center in Den Haag ist der Spuk vorbei. Einige verspätete Delegierte eilen noch betäubt zu ihrem Taxi, das sie zum Flughafen bringen wird. Wenige, nach der massiven Präsenz der letzten Tage etwas verloren wirkende Polizisten stehen an der Absperrung und schauen gelangweilt den Umweltschützern zu, die ihre letzten Banner nun endlich ohne die Drohung der Verhaftung an den Resten des Deiches befestigen. Jener symbolische Deich, den noch am Wochenende vorher 6000 Menschen trotz Novemberwetters fröhlich und hoff-



nungsvoll am Kongresszentrum errichtet hatten. COP6 ist gescheitert.

Mehr als 200 Staaten hatten auf Einladung der niederländischen Umweltministers Pronk Delegierte nach Den Haag geschickt, um endlich das Kyoto-Protokoll von 1997 unter Dach und Fach zu bringen. Umgeben von ebenso vielen Journalisten, Umwelt- und Wirtschaftslobbyisten rangen die 5000 Verhandlungsführer 2 Wochen lang um die Wege, mit denen die Industrienationen die 5,2% CO₂ einsparen sollen - auf der Grundlage von 1990 und bis 2012. Denn trotz der Empfehlung der Wissenschaft, dass es schon jetzt sofort eine 60%ige Reduktion braucht, um den CO₂-Gehalt der Atmosphäre zu stabilisieren, halten es viele Teilnehmende der COP6 für möglich, auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls effizient CO₂ zu reduzieren.

Doch es wurde immer klarer, dass die Konferenz diese niemals beschließen würde, auf der Tagesordnung stand etwas ganz anderes. Die Erschaffung eines neuen freien Marktes, mit dem CO₂ als



Währung. Besonders die Atomindustrie freut sich auf diesen, hofft sie doch, beim Versuch, unser Klima zu retten, im Rahmen der CDM (Clean Development Mechanismus) gefördert zu werden. Besonders in die ärmeren Ländern des Südens will sie expandieren. Auch die USA - mit Canada, Australien und Japan im Gefolge - sind große Freunde des Emissionshandels, soll er ihnen doch helfen, jegliche Einsparung im eigenen Lande zu vermeiden.

»So wie die Konzerne eine der treibenden Kräfte hinter der Bewegung waren, die in den letzten 50 Jahren den freien Handel vorangetrieben hat, so denke, dass die Konzerne jetzt helfen können, Lösungen der Klimaproblematik zu entwickeln.«
Rodney Chase, Deputy COE, BP Amoco

Klimaschutz ist mehr als »heiße Luft«

Als Antwort darauf traf sich in Den Haag eine Gruppe inspirierter Leute aus aller Welt, um zu zeigen, von welchen Interessen COP6 dominiert wird. Unter dem Namen »Rising Tide Coalition« stellten sie besonders Gerechtigkeit und Gleichheit in den Mittelpunkt der Diskussion. »Jedes Wesen auf diesem Planeten hat das Recht auf eine lebensfreundliche Umwelt, doch das wird durch den Klimawandel radikal in Frage gestellt.« Wenn du dir vor Augen hältst, dass 50% der Treibhausgase von den Reichen Ländern dieser Erde emittiert werden, es aber die Armen sind, die sich keine Schutzmassnahmen leisten können, die unter den Veränderungen leiden, dann wirst du das ganze nicht mehr als Problem der Atmosphäre und ihrer Gase betrachten, sondern als soziales Problem der weltweiten Gerechtigkeit. Der Weg dorthin kann jedoch nicht über die Privatisierung der Atmosphäre, ihren Handel zwischen Unternehmen & Regierungen laufen, sondern nur über einen demokratischen Prozess, in dem alle betroffenen Gruppen gleichberechtigt beteiligt sind.

Samba, Torte und der Walk of Shame

Und so übten sich jene Teilnehmenden, die wirkliche Reduktion suchten und nicht den Profit, in verschiedenen Formen der direkten Aktion. Das reichte von 40 Leuten, die einen Verhandlungsraum besetzten, um den Forderungen nach Klimagerechtigkeit Gehör zu verschaffen, über die CO₂e.com, einer Website zum Emissionshandel, die bei Ihrer öffentlichen Präsentation von Hackern ausser Funktion gesetzt wurde, bis zu der Torte, die der US-Verhandlungsführer Frank Loyd ins Gesicht bekam. Auf dem Climate-Justice-Gipfel trafen sich Abgesandte von Gemeinschaften aus aller Welt, um »ihre« Seite des Klimawandels darzustellen und gemeinsam Strategien zu diskutieren. Als »Abgesandte aus Ant-

arktika« schmolzen zwei Pinguine aus Eis vor dem Kongressgebäude, während anderswo die Sambaband für heiße Stimmung sorgte. Die war eigentlich auf jeder Demonstration gut zu vernehmen, sei es bei dem Deichbau von Friends of the Earth oder bei dem Essen, das das Umweltministerium den »führenden« Umweltministern gab. Auch beim Walk of Shame, der

die Botschaften der atombefürwortende Staaten besuchen wollte. Da Leute trotz Verbots auf die Strasse gingen, endete dieser

Marsch für über 100 Leute im Gefängnis. Die europäische Kampagne »The Bet« präsentierte ihre Wette mit EU-Kommissarin Wallström und 15 Umweltministern Europas, an Schulen Europas Kyotoziel von 8% schon in 8 Monaten zu schaffen. Im Konferenzgebäude wurden Banner aufgehängt, obwohl nicht angemeldete Personen nur auf Umwegen in die Konferenz gelangen konnten. Die ClimateTech 2000 Ausstellung, wo Shell und Consorten ihre neuesten Klimaschutztechniken präsentierten, wurde mir grüner Farbe als Green-Wash enttarnt. Und ganz Den Haag wurde mit Anti-Atom-Postern plakatiert.

»Sei Teil einer der größten Gebrauchsgütermärkte der Welt!«
Werbung für die CO₂-Börse CO₂e.com

COP6.5 in Bonn

Um COP6 eventuell doch noch zu einem »Erfolg« zu machen, wurden die der COP7 vorausgehenden SBSTA-Gespräche in Bonn (16. -27.7.) zur COP6.5 aufgewertet. Von den Aktionen in Den Haag inspiriert wollen wir Bonn zu einem Kristallisationspunkt machen, ein Netzwerk schaffen von Gruppen, die sich in Deutschland dem Klimawandel entgegen stellen. Wenn wir den ökonomischen, sozialen und ökologischen Supergau verhindern wollen, müssen wir die Strukturen verändern, die dieses auf Wachstum fixierte Wirtschaftssystem aufrechterhalten. Drum beteilige dich an der Season of carbon action, die am 21.3. mit einem internationalen nationalen Aktions-tag anfangt und auf COP6.5 hinzielt.

»COP6 glich mehr einer CO₂-Messe wo jene Konzernen, die für die Verschmutzung der Luft und die Zerstörung des Lebens der Leute verantwortlich sind, ihre alten Waren mit dem neuen Label »weniger CO₂« anpreisen ... Wir müssen die Versuche vereiteln, die Klimadiskussion auf das CO₂ zu reduzieren. Darüber hinaus steht der Klimawandel für eine Weltordnung, die sich auf die Ausbeutung und die Verletzung der Menschen und ihrer Ressourcen gründet. Den Klimawandel zu stoppen wird heißen, diese Ordnung aufzulösen.«
Isaac Osuoka, Environmental Rights Action, Nigeria

Ein Mann im Anzug fährt Auto - mit 150 km/h. Am Straßenrand stehen Leute, die Schilder hochhalten: »STOP! MAUER VORAUSS!« Der Fahrer ignoriert sie. Doch die Schilder hören nicht auf, die Leute schwingen Flaggen und lassen Spruchbänder von Brücken, sie schreien: »STOP! MAUER VORAUSS!« Endlich, nach vielen Kilometern, öffnet der Fahrer verärgert das Fenster, lehnt sich raus und schreibt den Demonstranten zu: »OK, ich hab verstanden, ich brems ab auf 100!« Was sollen die Leute jetzt machen?

COP 6.5 konkret

Heiße Aktionen gegen heißes Klima

H Ungefähr 5000 Delegierte schwirren auf so einer Konferenz herum, umflattert von noch einmal ca. 5000 Presseleuten und NGO-Beobachtern. Diese gehören nicht, wie der gewöhnliche Gebrauch des Kürzels NGO für Nicht-Regierungs-Organisationen vermuten lässt, nur Umweltschutz- und ähnlichen Organisationen an, sondern auch die Lobbyisten der Wirtschaftsverbände laufen unter diesem Label. Wer welcher Kategorie angehört, ist leicht an dem »Badge« zu erkennen, jenem simplen, kleinen Plastikschildchen, das jedem Besucher der Konferenz am Revers baumelt. Dieses ordnet dich für alle sichtbar einer der drei Gruppen zu. Ohne kommst du gar nicht rein, und um an eines zu kommen, musst du dich accreditieren lassen. Wenn du also rein willst, musst du dir das früh genug überlegen, denn Deadline für die Accreditierung ist 6 Wochen vor dem Konferenzbeginn.

Am besten wäre natürlich, als ordentliches Delegationsmitglied herein zu kommen, denn dann stehen dir alle Verhandlungen offen und du hast Rederecht. Doch die einzige Möglichkeit, die mir zur Zeit bekannt ist, ist über die Jugendschiene zu fahren. (Für alle offiziellen News hinsichtlich der Konferenz check die www.unfccc.int.) Bei der COP 6 gab es einen Jugendgipfel, und ein paar Teilnehmende versuchen gerade, mehr Mitspracherechte für Jugendliche zu erreichen. Von pharailde@usa.net erfährst du mehr. Bedingung ist allerdings, dass du unter 18 sein musst, um als jugendlich durchzugehen.

Auch als Pressemensch kommst du in die Konferenz, am Besten mit einem offiziellen Presseausweis. Du kannst es allerdings auch mit einem Exemplar deiner »Zeitung« und einem Begleitschreiben der Redaktion versuchen. Auf www.unfccc.int solltest du ein Formular finden, mit dem Du Dich anmelden kannst. Als Presse kannst du die meisten Sitzungen besuchen, bei Pressekonferenzen Fragen stellen und die Segnungen des Presse- raums genießen, wie z.B. Internetzugang und ähnliche Vergünstigungen.

Die andere Möglichkeit ist, als NGO-Beobachter herein zu kommen. Dafür brauchst du eine Organisation, die von der UN den Beobachterstatus erhalten hat, die schon länger auf solchen Konferenzen Lobbyarbeit macht, wie z.B. der BUND. Allerdings ist es so, dass jegliche Aktion, die die du mit dem Badge einer Organisation am Hemd unternimmst, mit der Konferenzzeitung abgesprochen werden muss, weil sie auf die NGO zurückfällt. Sollte sie also nicht autorisiert, kann sie zum Ausschluss der NGO von der COP führen. Du bist in deinen Aktionsmöglichkeiten also recht eingeschränkt, weil die UN-Security Aktionen gegenüber nicht sehr aufgeschlossen ist. Ausserdem sind mehr als die Hälfte aller Sitzungen für Beobachter nicht offen.

Für die meisten Aktionen, die in der COP 6 stattfanden, wurden diverse »Schleichwege« benutzt. Wir werden sehen, ob die Schlupflöcher in Bonn geschlossen sein werden.

Die ganze Veranstaltung zeichnet sich durch eine enorme Unübersichtlichkeit aus. Einmal durch die Masse an Leuten, zum anderen durch die Geheimsprache, die sie benutzen. Selbst wenn du meinst, du hättest die Situation des Klimas und Kyotoprotokols jetzt verstanden, wirst du in den Sitzungen trotz Simultanüberset-

zung nur Bahnhof verstehen, angesichts des Fachchinesisch, das dir dort um den Kopf gehauen wird. Einen Überblick kannst du auf den täglichen CAN-Meetings bekommen, das sind die Treffen aller im Climate Aktion Network zusammengeschlossenen Umwelt-NGOs, wo gemeinsame Strategien abgesprochen werden. Hier wird auch das »Fossil of the Day« verliehen, an die Delegation mit den schlimmsten Verhandlungspositionen des Tages. Doch auch hier sprechen Leute mit jahrelanger Erfahrung in Fachchinesisch über Detailprobleme.

Ausserdem gibt es neben dem regulären Verhandlungsprogramm zahlreiche »Sideevents«, teils von den Umweltschutzorganisationen, teils auch von Wirtschaftsverbänden oder einzelnen Delegationen (-sgruppen) organisiert. Diese finden oft nicht direkt in dem Konferenzgebäude statt. In Den Haag gab es z.B. eine Ausstellung klimafreundlicher Technologien, wo sich auch Firmen wie Shell präsentieren durften. Neben der Konferenz als solcher bieten sich gerade solche Sideevents als Aktionsorte an. Oder du nimmst die Botschaften der verhandelnden Staaten oder die Niederlassungen der grossen, CO₂ ausstossenden Unternehmen bzw. deren Lobbyvereinigungen aufs Korn, welche von der Polizei auch mit weniger Aufmerksamkeit bedacht werden dürften als die Konferenz selbst.

Von aussen wird die COP von der bundesdeutschen Polizei gesichert - welche gleich beim Maritim ihr Hauptquartier hat - doch das Gelände der Konferenz selber ist UN Gelände, das bedeutet, dass dort die UN Security das Sagen hat. Mit einem Badge kommst du ohne Probleme in den Eingangsbereich, wo du dann nochmals flughafenmässig durchleuchtet wirst. Wichtig ist natürlich dein Äusseres, je ernsthafter und seriöser du aussiehst, desto weniger Probleme wirst du haben, dich in und um die Konferenz zu bewegen. Die Erfahrung in Den Haag hat gezeigt, dass die UN Security sich den Demonstranten gegenüber nicht so aggressiv gezeigt hat wie die Polizei, alle Aktionen drinnen verliefen ohne Konsequenzen, während es draussen schon zu deutlich mehr als 100 Ingewahrsamnahmen kam.

Rein von der Logistik her ist es zu empfehlen, das Rad mit nach Bonn zu nehmen, weil das Hotel Maritim nicht direkt zentral liegt. Pläne vom Maritim findest du in dem Maritim in deiner Nähe in deren Selbstdarstellungsbroschüre, Stadtpläne von

Bonn werden wir auf der Website zur Verfügung stellen. Das Ministerielle Segment, d.h., die Zeit, wo die Top-Politiker anwesend sein werden, wird voraussichtlich die erste Woche sein, d.h. dann wird auch die Medienaufmerksamkeit am grössten sein.

Beim Flug von einem Kilogramm Kiwis von Neuseeland nach Europa gelangen 5 kg CO₂ in die Atmosphäre.

»Das Klimaabkommen wird eher ein Wirtschaftsabkommen als ein ökologisches, und die Staaten suchen ihre Wettbewerbsvorteile.«

Frank Maisano, Global Climate Coalition, Lobbygruppe der Ölindustrie

»Der Klimawandel ist real. Wir wissen das, weil wir sehen, was auf unseren Inseln passiert, seien es siniflutartige Regenfälle oder Dürre, oder die häufiger auftretenden, zerstörerischen Hurrikane und Stürme. Wir werden uns nicht dafür entschuldigen, dass Angst und Sorge uns treiben. Wir glauben sehr fest, dass wir es mit einer Frage von Gerechtigkeit und Gleichheit zu tun haben. Wir sind die ersten, und wir sind am stärksten gefährdet!«

Neroni Slade, Botschafter von Samoa und Vorsitzender der Association of Small Island States

COP6.5 sollte sich auf die Verhandlungen konzentrieren, ohne Störungen, meinte der niederländische Umweltminister Pronk zu seinem Vorschlag, in Bonn ohne offizielle Verlautbarungen und ohne NGOs zu verhandeln.

Broschüre zum Thema

Die BUNDjugend Tübingen hat eine Broschüre zur Klimakampagne in Baden-Württemberg herausgebracht. Sie ist in erster Linie für Thema-NeuinsteigerInnen und Jugendliche gedacht, die Unterstützung beim Aktivwerden brauchen können. Die Broschüre besteht aus einer Quellensammlung zu folgenden Themen:

Teil I. Wissenswertes über die Klimadebatten

1. Wissenschaftliche Grundlagen des weltweiten Klimawandels
2. Klimaschutz der Vereinten Nationen (UN)
3. Die einzelnen Staaten zum Klimaschutz
4. Umweltverbände und Basisgruppen zum Klimaschutz

Teil II. Praktische Tips

1. Gruppengründung
2. Aktionsformen und -ideen
3. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
4. Konkrete Infos zur Vorbereitung auf die nächste Klimakonferenz in Bonn

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

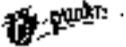
Sommer 2001

●Schwerpunkt

21

DIN A4, 86 Seiten, geheftet. Bestellungen gegen 3,00 DM in Briefmarken bei BUNDjugend Tübingen, Wilhelmstr. 30/1, 72074 Tübingen





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

22 Sommer 2001
 • Kurz notiert:
Naturnutzung



**Themenredaktion
 "Gentechnik"**

Thomas Schmidt
 c/o Umweltwerkstatt
 Willy-Brandt-Allee 9,
 23554 Lübeck
 Tel.&Fax 0451/7070646
 jupluebeck@t-online.de

**Zeitschriften-
 schau**

BioSkop 3. Jg. Nr. 13
 März 2001
 • Schwerpunkt Lobbyarbeit und Sponsoring: Selbsthilfegruppen und Pharmafirmen arbeiten immer öfter zusammen S. 8
 • Euthanasie: Zürich verschafft „Sterbehelfern“ Zutritt zu Alten- u. Pflegeheimen S. 6
 • Gentechnik: Flüchtlinge zwangsgetestet S. 3
 • Gentechnik: Krankenkasse und Universität starten Probelauf für Massen-Genchecks S. 14

GiD 144 Februar/März 2001
 • Schwerpunkt Grüne Gentechnologie: Anbau genmanipulierter Pflanzen ungebremst S. 3
 • Schwerpunkt Grüne Gentechnologie: Notlösung Prozesskennzeichnung S. 5
 • Schwerpunkt Grüne Gentechnologie: Lebensmittel mit medizinischer Wirkung S. 10
 • Schwerpunkt Grüne Gentechnologie: „Als Saatgutzüchter bin ich ungeschützt“ S. 14
 • Mensch und Medizin: Verruchstofflicher der Gesellschaft S.29
 • Mensch und Medizin: Prinzip Risiko S. 32
 Politik und Wirtschaft:
 • Gentechnikfreundliche Kehrtwende in der Biomedizin S.42

Rubrik »Gentechnik«

**Probelauf für
 Massen-Genests**

Eine private Krankenkasse und Humangenetiker der Uni Hannover wollen den ersten Massen-Genest in Deutschland etablieren. Die notwenige Akzeptanz soll ein Modellversuch mit 10.000 freiwilligen TeilnehmerInnen herstellen. Mitte Februar wurde deshalb dazu aufgerufen, sich per Genest kostenlos auf die Anlage für Eisenspeicherkrankheit testen zu lassen. Wer diese hat, kann das in der Nahrung enthaltene Eisen nicht normal verwerten. Die Folge sind steigender Eisenspiegel im Blut und nachfolgend Erkrankungen von Leber und anderen Organen wie auch Krebs. Bei einer von 400 Personen liegt diese Veranlagung vor. Allerdings wird von ihnen wiederum nur jeder zehnte Mensch auch wirklich krank. Die Initiative preist ihren Aufruf zum Test nun damit, rechtzeitig Vorsorge treffen zu können. Dass

nicht zwangsläufig jeder mit der Veranlagung erkrankt, wurde vornehm verschwiegen. Verschwiegen wurde auch, dass man vor Abschluss einer Kranken- oder Lebensversicherung alle Informationen über den Gesundheitszustand anzugeben hat. Dazu zählen auch Resultate freiwilliger Genests. Der Neuabschluss entsprechender Versicherungen könnte so rasch sehr schwierig bis unmöglich werden. In Österreich verbietet das Gentechnikgesetz seit 1994 Versicherungen und Arbeitgebern, Ergebnisse von Genanalysen zu erheben, zu verlangen, anzunehmen und zu verwerten. Auf einen Vorstoß des Justizministeriums in eben diese Richtung hat die Branche hierzulande heftigsten Widerstand angekündigt.

Quelle: BioSkop Nr. 13



**Ausländerbehörde zwingt
 Flüchtlinge zu Genests**

In Essen haben Ausländerbehörde und Staatsanwaltschaft Anfang des Jahres mindestens 40 Menschen aus libanesischen Großfamilien zu Speichelprobe und Genest gezwungen. Grund ist der Vorwurf, die AsylbewerberInnen hätten falsche Angaben zu ihrer Nationalität gemacht und würden eigentlich aus der Türkei oder aus Syrien stammen. Mit Hilfe der Proben sollen die Verwandtschaftsverhältnisse nun geklärt werden. Doch zunächst einmal ermitteln Datenschützer gegen die Ermittler. Denn derartige Zwangstests einer gesamten Bevölkerungsgruppe sind eindeutig gesetzeswidrig und bisher auch noch nicht vorge-

kommen. Unabhängig davon werden die erhobenen Daten wahrscheinlich dennoch in der Gen-Datei des Bundeskriminalamtes landen. Obwohl diese ursprünglich nur schwere Verbrechen wie Mord oder Sexualdelikte betreffen sollte. Doch wer oder was soll in Zukunft derartigen Missbrauch verhindern? Immer wieder melden sich Stimmen, vorsorglich ganze Bevölkerungsgruppen zu erfassen, beispielsweise die männlichen Bewohner der Großstädte zwecks schnellerer Aufklärung von Sexualstraftaten. Kritiker fürchten, dass in 15 Jahren Volks-DNA-Datenbanken Wirklichkeit sein werden.

Quelle: BioSkop Nr. 13

Klonen – oder lieber doch nicht?

Seit Mitte Januar berät ein neuer Ausschuss des EU-Parlaments über die Zulassung des Klonens menschlicher Embryo-Stammzellen, um Vorschläge für eine entsprechende Gesetzgebung auszuarbeiten. Nach der Zulassung des Klonens in England (zu therapeutischen Zwecken) soll in Frankreich und in den Niederlanden zukünftig die Forschung an menschlichen Embryonen erlaubt werden. Das Klonen bleibt dort vorerst (und wie lange?) noch verboten.

Quelle: GiD Nr. 144, Febr./März 2001

**Genfood in deutschen
 Ladenregalen**

Bislang wurden folgende genmanipulierte Nahrungsmittel in den Lebensmittel-läden hierzulande ausfindig gemacht – in Klammern ist die Herkunft der genmanipulierten Anteile angegeben: Amaretto-Riegel (Soja), Brause Oblaten und Butterfinger-Riegel (Mais), Getränkpulver Formula 1 (Soja und Mais), Tierfutter Friskies (Soja), Japanische Erdnüsse (Mais), Nahrungsergänzungsprodukt Lecithin Granulat und Multi 9-K Protein (Soja u. a.), Trinknahrung Nutricomp Standard, Nahrungsmittelergänzung Nutrilite Eiweiss, Papas Kabeljaurogen, Diät-Suppe Slim Soup, Fertig-Mix Soja-Fix und Soja-Gulasch (Soja) sowie Zink-Tabletten (Mais).

Quelle: www.greenpeace.de (EinkaufsNetz Greenpeace)

Erster genmanipulierter Affe

Erstmals ist die Übertragung eines artfremden Gens in einen Affen geglückt. Das Gen stammt von einer Tiefseequalle und sorgt für die Produktion eines bestimmten Einweißes, welches unter bestimmten Bedingungen grün fluoresziert. Ziel der Forscher ist es, Affen mit verschiedenen menschlichen Krankheitsgenen auszustatten, um die Entwicklung neuer Behandlungsmethoden und Impfstoffe voranzutreiben.

Quelle: taz vom 13.01.01

**Anbau genmanipulierter
 Pflanzen 2000**

Im letzten Jahr hat sich die Anbaufläche genmanipulierter Pflanzen weltweit um 11% gegenüber dem Vorjahr auf ca. 44 Millionen Hektar erhöht. 99% dieses Anbaus findet in den USA (über 30 Mill. ha), Argentinien (10 Mill. ha), Kanada (3 Mill. ha) und China (halbe Mill. ha) statt. Angepflanzt wurden vor allem Soja (26 Mill. ha) und Mais (10 Mill. ha), Baumwolle (5 Mill. ha) und Raps (3 Mill. ha). 74% der Gentech-Pflanzen waren herbizidresistent und 19% insektenresistent.

Quelle: GiD Nr. 144, Febr./März 2001

Genpflanzen vergiften Boden

Eine vom Marburger Max-Planck-Institut für Bodenmikrobiologie durchgeführte Studie zeigt, daß der Anbau genmanipulierter Kartoffeln zu Veränderungen der Zusammensetzung der Mikroorganismen im Boden führt. Welche Langzeitfolgen sich genau daraus ergeben bleibt unklar. Eine Studie in den USA hat gleichzeitig erwiesen, daß die Anwendung des vor allem im Zusammenhang mit genmanipulierter Soja eingesetzte Herbizid Roundup zur Zunahme von Pilzen an den Wurzeln der Sojapflanzen führt. In erhöhter Konzentration können diese Pilze giftig wirken und entsprechende Wurzelkrankheiten auslösen.

Quelle: GT Nachrichten Januar 2001

Italien streicht Fördergelder

Der italienische Landwirtschaftsminister hat den im Lande tätigen Wissenschaftlern sämtliche Forschungsgelder für den Bereich Nutzpflanzen so lange gestrichen, bis sie sämtliche Gentechnikexperimente eingestellt haben.

Quelle: GT Nachrichten Dezember 2000

Erbgut vom Reis entschlüsselt

Das komplette Erbgut des Reis ist sequenziert. Das gab das Forschungszentrum des Konzerns Syngenta im Januar bekannt. Damit wurde erstmals eine Getreidepflanze vollständig entschlüsselt. Entwicklungsorganisationen befürchten,

daß nun genmanipulierte neue Reissorten die Bauern in die Abhängigkeit der Agrarkonzerne drängen werden.

Quelle: GiD Nr. 144, Febr./März 2001

Österreich fordert Tierfutterkennzeichnung

Österreich strebt eine EU-weite Regelung zu Futtermitteln an, die genmanipulierte Anteile enthalten. Hintergrund ist nach dem Wegfall von Tiermehl infolge der BSE-Krise und den deswegen voraussichtlich steigenden Soja-Importen, daß der Anteil genmanipulierten Tierfutters zukünftig deutlich steigen dürfte, ohne daß es bisher eine Kennzeichnung desselben gibt.

Quelle: GT Nachrichten Januar 2001

Klon - Tod

Der weltweit erste Klon einer vom Aussterben bedrohten Tierart hat nur zwei Tage gelebt. Dabei handelte es sich um einen Gaur-Ochsen. Diese Tiere waren in Indien einst weit verbreitet. Heute gibt es infolge von Jagd und Lebensraumvernichtung nur noch 30.000 Tiere. Das verstorbene Jungtier war aus einer Gaur-Hautzelle geklont worden. Deren Erbgut hatte man in einer entkernte Rinder-Eizelle übertragen und von einer Kuh austragen lassen. Nach der Befruchtung von 40 Kühen war ein Tier lebend zur Welt gekommen, bevor es 48 Stunden später an der Ruhr verstarb.

Quelle: GiD Nr. 144, Febr./März 2001

Buchbesprechung

Gertrude Klaffenböck u.a.
Biologische Vielfalt
(2001, Brandes & Aspel/Südwind in Frankfurt, 296 S., 39,80 DM)

„Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen?“ lautet der Untertitel. Und darum geht es auch – ein historischer Blick, die politischen Rahmenbedingungen, traditionelle und lokale Bewirtschaftungsformen contra Gensaat, die laufenden Debatten um politische Regulierung und globale Märkte – alles das ist in verschiedenen Kapiteln ethischer AutorInnen zu finden. Ein guter Beitrag zur Diskussion.

Thomas Refzmann u.a.
Streitobjekt Genfood
(1998, Stiftung Verbraucherinstitut in Berlin, 157 S., 32 DM)

Das Buch teilt sich in zwei Abschnitte. Zunächst sind viele Hintergrundinformationen zum Thema zu finden. Im zweiten Teil gibt es drei Vorschläge für Rollenspiele. Sie üben Parlamentarismus, denn die AkteurInnen sollen EU-Kommission oder Parlament nachspielen – mit den realen Personen dort. So gut Planspiele für die Bildungsarbeit ist, so langweilig erscheint doch der Versuch, die unter Sachzwängen und Unkreativität leidende Politdebatte auch noch wiederholen zu müssen. Da hätten spannendere Ideen gefunden werden müssen!

Bröt für die Welt
Von Gen-Piraten und Patenten
(2000, Brandes & Aspel/Südwind in Frankfurt, 104 S.)

Ein engagiertes, politisches und parteiliches Buch – die Karikatur im Innern, die die westlichen Konzerne bei der Jagd nach Genen zeigt, die auf Blumen wegen ihrer Gene aufpassen, aber die Menschen in den armen Ländern einfach überrennen, spricht den Kern an. Die internationalen Handelsabkommen, Gesetze und Patentrechte werden kritisiert und ihre Wirkung benannt.

Marc Lappe/Britt Bailey
Machtkampf Biotechnologie
(2000, Gerling Akademie in München, 208 S., 49 DM)

„Wem gehören unsere Lebensmittel?“ weist der Untertitel auf die Inhalte hin. Ganz behutsam nähern sich die AutorInnen der Fragestellung. Zunächst werden die Argumente der Genkonzerne benannt, um dann Stück für Stück als Lügen entlarvt zu werden. Am Schluß folgt eine Bilanzierung der Diskussionen um Vorherrschaft und Profitinteressen. Es ist ein Buch, daß Propaganda entlarvt und Machenschaften von Konzernen offenlegt.



„Das Buch des letzten Jahres“

Freie Menschen in freier Vereinbarung

Mensch und Natur... verwerft von Grund auf. Aber was wären die Alternativen? Visionen und Konzepte müssen wieder formuliert und öffentlich gemacht werden. Die Themen des Buches: Selbstorganisation und Selbsterfüllung, Emanzipatorisch, Visionen und Konzepte zu Ökonomie, Gleichberechtigung, internationale Gerechtigkeit und das Verhältnis von Mensch und Natur. Strategien für emanzipatorische Bewegung.

AS, 164 Seiten, 19,80 DM, Ab 5 Bücher: 14,80 DM,
Ab 10 Bücher: 12,80 DM, Ab 20 Bücher: 10 DM.

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, O6401/ 90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.wvbn.net.de
Bestellung im Internet: <http://come.to/projektwerkstatt>

Klonen: regierungsamtliche Stimmungsmache?

Im Januar und Februar konnte man auf einer Internetseite der Bundesregierung eine anonyme (?) Umfrage zum Thema therapeutisches Klonen finden. Nach der Zulassung desselben durch Beschluss des britischen Parlaments in England, hatte der Bundeskanzler mit Blick auf hierzulande möglicherweise verpasste wirtschaftliche Chancen einen breiten Dialog gefordert. Der/die LeserIn konnte nun eine von vier vorgegebenen möglichen Antworten anklicken, um so seine/ihre Haltung kund zu tun. Zur Auswahl standen: 1. Nein aus ethischen Gründen, 2. Nein solange, bis alle Alternativen aus-

geschöpft sind, 3. Ja ohne Einschränkung, 4. Ja unter strengen staatlichen Auflagen. Die Formulierung der sogenannten Alternativen und ihre Reihenfolge kann nicht als zufällig gelten. Zu fragen bleibt: Welche Interessen und welches Politikverständnis stehen hinter derart manipulativen Pseudo-Beteiligungsformen, die die Bedeutung solch einer Entscheidung so verharmlosen, als handele es sich quasi um die Auswahl irgendeines Produkts anstatt und Grundsatzfragen, die u.a. das Wesen des Menschseins betreffen?

Quelle: www.bundesregierung.de/services/voting/umfrage.jsp

Ö-termine

20.12.2000 – 12.08.2001 in Dresden

Der (im)perfekte Mensch
Ausstellung: Wie lebt es sich in einer Gesellschaft, die sich der Perfektionierung des Lebens verschrieben hat? Deutsches Hygiene Museum, Lingnerplatz 1; Internet: www.imperfekt.de

24. – 27.05.2001 Universität Erlangen
Internationaler Kongress: „Medizin und Gewissen. Wenn Würde ein Wert würde ...“
Infos und Anmeldung: c/o Stefan Kolb unter O9131-816830

29.06. – 01.07.2001 in Bad Herrenalb

Tagung: Klonen, patentieren, konstruieren – welches Menschenbild hat die Biowissenschaft?
Infos und Anmeldung: Evang. Akademie Baden unter O7083-9280; haus@ev-akademie-baden.de

08. – 10.07.2001 in Enkenbach
Tagung: Die Logik der Genforschung
Wohin geht die Entwicklung der molekularen Biologie und Medizin?
Infos und Anmeldung: Evang. Akademie Luccum unter O5766-810; edl@evlka.de

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

• Kurz notiert:
Naturnutzung

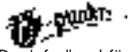
23



Ö-Verteiler
"Gentechnik"

• Leider keiner.

Gen
Z
t
r
a
f
n
a
t
u
r
n
u
t
z
u
g



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

24 Sommer 2001

Sommer 2001

Kurz notiert: Naturnutzung



Themenredaktion "Landschaft/Naturschutz"

Jörn Hartje, Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe...

&

Peter Szekeres (ps) Marcus-Heinemann-Str. 13, 21337 Lüneburg...

Zeitschriften-schau

Natur und Landschaft (2/2001) Naturschutzorientierte Umweltbeobachtung...

Natur und Landschaft (3/2001) Nutzungskonflikte am Bsp. Elbaue Wiederansiedlung aquatischer Pflanzen...

LÖB-Mitteilungen (4/2000) Amphibienschutz

Rubrik »Landschaft, Naturschutz« Mühlenberger Loch ohne juristischen Boden

Die Richter des Hamburger Verwaltungsgerichts stellten fest, daß die Verfüllung des Mühlenberger Lochs gegen europäisches Recht verstoße...

Die internationale Tierschutzorganisation Ifaw hat sich jetzt in das Geschehen eingemischt und unterstützt die Naturschützer...

Inzwischen ist mit dem Bau von Pfosten für Spundwänden am Mühlenberger Loch begonnen worden...



Gefahr durch Reservatsnaturschutz?

Nach Meinung der US-amerikanischen Umweltorganisation »Conservation International« ist es ganz einfach, die Artenvielfalt auf der Welt zu erhalten...

Auch die Umweltstiftung WWF plädiert für weltweite Artenschutzgebiete. Mit dem Programm »Global 200« sollen 238 Ökoregionen weltweit geschützt werden...

Hotspot-Theorie und Global 200 sind typisch für einen neuen Trend im internationalen Naturschutz. Man gibt den Naturschutz auf der gesamten Fläche auf und konzentriert sich auf nach heutigen Maßstäben besonders wertvoll erscheinende Flächen...

der Fläche? Für die Industrie und Landwirtschaft zum Abschluß freigegeben? In den Konzepten stecken Chancen für den Naturschutz...

Nach einem Artikel aus der BZ vom 3.1.2001



Naturschutzgesetz Nachdem nun das Landwirtschaftsministerium von Bündnis90/Grüne übernommen wurde, wollen Umweltminister Tritin und die Landwirtschaftsministerin Künast die Vorlagen für das neue Bundesnaturschutzgesetz gemeinsam überarbeiten...

Weinzierl Präsident des DNR Hubert Weinzierl war von 1983 bis 1998 Vorsitzender des BUND. Ende letzten Jahres wurde er vom DNR, dem Dachverband von 100 deutschen Natur- und Umweltschutzverbände, zum Präsidenten gewählt...

Ö-termine

15.-17. Juni in der JUPI Bad Oldesloe Kräuterseminar In Bad Oldesloe findet mal wieder unser legendäres Kräuterseminar statt...

3.-4. Juli in Schrozberg bei Schwäbisch Hall Landesweites Qualifikationsseminar zum ehrenamtlichen Fachberater für Hornissen- und Wespenfragen...

9.-11. Juli in Laufen Hornissen und Wespen in der Naturschutzpraxis Das Seminar soll zum Thema Hornissen und Wespen Hilfestellung anbieten...

16.-17. August in Schneverdingen FFH-Verträglichkeitsprüfung Das Seminar soll den den mit der FFH-Verträglichkeitsprüfung befaßten Personen die nötigen Informationen vermitteln...

28.-29. September in Rendsburg Naturschutztage Schleswig-Holstein Das Motto der diesjährigen Naturschutztage ist »Lebensland Schleswig-Holstein Natur und Zukunft«...

Erfolg beim Seeadler Im Jahr 2000 brüteten in Mecklenburg-Vorpommern 162 Seeadler-Brutpaare. die 140 Jungtiere hochzogen. Somit wird die Bruterfolg von 1999 in etwa gleicher Höhe fortgesetzt...

Rückkehr der Lachse Weit über 300 Lachse sind in diesem Jahr in die Sieg, einem Nebenfluß des Rheins, zurückgekehrt. Damit ist die Zahl der aufsteigenden Lachse gegenüber 48 Tieren im Vorjahr enorm gestiegen...

Natur und Landschaft 3/2001

Advertisement for 'Institut für Ökologie' with contact information and a list of services: Beratung und Planung, Naturschutz, Biologischen Stationen, Ökonomie & Ökologie, Umweltpädagogik, Veröffentlichungen.



Rubrik »Ökologischer Landbau« Europäisches Gebaren und Polen

Polen ist der nächste Beitrittskandidat in die EU, doch es hapert an verschiedensten Stellen. Die Landwirtschaft spielt in Polen eine sehr große Bedeutung, ist siedocheineausgesprochen kleinstrukturierte und stark subsistenzwirtschaftlich orientierte Landwirtschaft. Jeder Vierte ist in Polen in der Landwirtschaft tätig, fast 40% der Bevölkerung leben im ländlichen Raum und die Familienbetriebe sind mit ihren durchschnittlich 4 ha-Betrieben sehr klein. Nun kommt Geld aus Brüssel: Jährlich werden 168 Mio. Euro aus dem Programm SAPARD zur Strukturreform in den ländlichen Raum fließen. Ange-

strebt wird: Erhöhung der Markteffizienz, Verbesserung der Voraussetzungen für Wirtschaftstätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen, sowie Agrarumwelt- & Ausbildungsprogramme. Die Auswahl der förderberechtigten Projekte wird in Polen selbst getroffen - im Gegensatz z.B. zum PHARE-Programm, dort wird die Entscheidung in Brüssel getroffen. Viele Befürchtungen gibt es unter den LandwirtInnen, daß mit der Markteffizienz großformatige Vorhaben finanziert werden und kleine Projekte vernachlässigt werden. Höfe mit 3 Kühen und 2 ha Ackerland wird es in Europa nicht geben!



Nachbaugebühren

Nach wie vor bewegt sich der Bauernverband (DBV) in Sachen Nachbaugebühren keinen Millimeter. Nicht alle BäuerInnen teilen diese Meinung und kürzten ihren Mitgliedsbeitrag prompt um 200 DM, den sie statt dessen an die Interessensgemeinschaft gegen die Nachbaugebühren (IGN) überwiesen.

Ende März verhandelte das Landgericht erneut mehrere Fälle von widerspenstigen BäuerInnen, die sich weigerten, der Saatgut-Treuhand Auskunft über ihre Nachbaugepflogenheiten zu erteilen (s. Ö-Punkte 4/00). Der Richter signalisierte, daß er in der Urteilsverkündung Ende Mai nur noch für EU-geschützte Sorten eine Auskunftspflicht anerkennen würde. Damit sei aus Sicht der Saatgut-treuhand den Züchtern praktisch jede Handhabe genommen, Nachbaugebühren zu erheben.

Unabhängige Bauernstimme 4/01

Kunstdüngereinsatz steigt

Gegenüber dem Vorjahr stieg der Absatz von Stickstoff (+ 5,8%)- und Phosphatdünger (+ 3,4%) weiter an. Dies bedeutet eine Verdreifachung des Stickstoffeinsatzes gegenüber 1950. Damals wurden 25 kg Stickstoff je Hektar Ackerland aufgebracht, heute sind es 117 kg Stickstoff.

Statistisches Bundesamt



Öko-Baron muß zahlen

Ein großer Eierkonzern betreibt neuerdings auch sechs große Biofarmen mit jeweils 20.000 Legehennen in Mecklenburg. Der zuständigen Kontrollbehörde in Mecklenburg-Vorpommern fiel das Unternehmen jetzt negativ auf, da der Betrieb die zulässige Herdengröße mehrfach überschritten hatte. Die EU-Öko-Verordnung erlaubt nur Herdengrößen von max. 3.000 Legehennen, was selbst vielen WissenschaftlerInnen als viel zu hoch erscheint, um eine artgerechte Tierhaltung und ausreichende Belüftung zu gewährleisten. Immer wieder kommt es in solchen Herden zu gegenseitigen Federpicken und z.T. zu Kannibalismus. Nun sind lachhafte 200 DM »Sanktionen« zu zahlen.

Unabhängige Bauernstimme 4/01

Notstand bei den Wanderschälern

Die Schafherden sollten längst auf dem Weg zu den Sommerweiden sein, aber wegen der Gefahr der Maul- und Klauenseuche dürfen sie im Moment nicht weiterwandern. Durch die MKS-Schutzverordnung ist es den Schälern mit ihren Herden daher unmöglich, die traditionellen Weideplätze aufzusuchen. Neben enormen wirtschaftlichen Problemen für die Schafhalter hat dies auch unmittelbare negative Auswirkungen auf die Weideflächen. Bei diesen handelt es sich oftmals um wertvolle Kulturlandschaften wie z.B. Trockenrasen, die aus Naturschutzsicht auf eine Beweidung angewiesen sind. Der Landschaftspflege-Dachverband fordert daher KünaSt zur Auflage eines gezielten Hilfsprogramms und zu MKS-Schutzimpfungen für Schafherden auf.

Deutscher Verband für Landschaftspflege

Ö-termine

20.-22. Juni in Gohrde
Bildkräfte-Potential des Weizens
Seminar: Methodisches zu und Ergebnisse aus der imaginativen Betrachtung einzelner Weizensorten
Cultivari - Ökosortentreuhand, Dr. Karl-Josef Müller, 058 55 443, gfgf.kjm@t-online.de

22.-23. Juni in Gladbacherhof
GetreideTag 2001
Versuchsgut der Uni Gießen, Hartmut Hellmann, Birkenstr. 10, 74592 Kirchberg/J., 07954216

14.-16. Juni in Neumünster
Grünlandmanagement nach Umsetzung der Agenda 2000
Probleme u. Perspektiven aus der Sicht von Landwirtschaft & Naturschutz
Akademie für Natur und Umwelt, Carlstarße 169, 24537 Neumünster, 04321-9071-0, Fax -32

18.-20. Juni in Berlin
Direktvermarktungsexkursion
Ökoring Niedersachsen, Ernst-August-Str. 9, 29664 Walsrode, 05161-9865-0, Fax -55

22.-24. Juni in Berlin
Internationale Tagung
Biolandwirtschaft zwischen Idealismus und Sozialökologie. Verbraucherschutz und Subventionen
LGF der Humboldt-Uni, AG Agrar-Kultur/Agrarökologie, Philippstr. 13, 10115 Berlin, 030-20936288

Umstellung stärker fördern

Das NRW-Landwirtschaftsministerium will mehr Landwirte für den ökologischen Landbau gewinnen. Vor allem in der Startphase der Umstellung vom konventionellen zum ökologischen Landbau sollen die Betriebe mehr Fördergelder erhalten. Die Pläne des Landwirtschaftsministeriums sehen nun vor, die Flächenprämien in den ersten beiden Jahren der Umstellung gegenüber den bisherigen Prämien zu verdoppeln. Für Acker- und Dauergrünlandflächen sind in den ersten beiden Jahren jeweils 800 DM/ha, für Gemüsebauflächen 2000 DM/ha und für Dauerkulturflächen 3800 DM/ha geplant.

www.soel.de

Infos im Internet

Viele Links, Termine und Hintergrundinfos: www.soel.de

Informationsdrehscheibe für gentechnikfreie Produkte: www.biogene.org

Datenbank Infoxen für eine Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik: www.infoxen.com

Nachrichtendienst Landwirtschaft & Naturschutz: www.agrar.de

Ökolandbau über viele Länder Europas: www.organic europe.net

Infos über Saatgut und andere Themen zum Ökolandbau: www.Bio saatgut.de

Börse für ökologisch erzeugte Agrarrohstoffe www.tradeorganex.com

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

Kurz notiert:
Naturnutzung

25

Zeitschriften-schau

Ökologie & Landbau 2/01

- Schwerpunkt: Landbau - ökologisch und wirtschaftlich
- Umstellung, Agrarwende
- Gerechte Preise
- BSE: Bioboom im Ökolandbau
- Ökobilanz einer ganzen Fruchtfolge

Unabhängige Bauernstimme 4/01

- Maul- und Klauenseuche
- Agrarwende/Agrarförderungspolitik
- Impfung gegen MKS
- Biodiesel

Bioland 02/01

- Schwerpunkt: Legehennen
- Neue Weizensorten
- BSE stärkt Biolandbau

Naturland 1/01

- BSE
- Aqualkultur
- Bio- & Fairer Handel

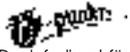


Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Johannes Richter
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel.&Fax
0451/7070646
jupluebeck
@t-online.de

Ö-Verteiler "Ökologischer Landbau"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

26

Sommer 2001

• Kurz notiert: **Naturnutzung**



Themenredaktion Tierschutz – Tierrechte – Tierbefreiung (TTTT):

Im Internet >>> www.geocities.com/tatoruhrpott/tttt

c/o RAGE, August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld, rage@gmx.net

Rubrik »Tierrechte«

Stoppt Tierproduktion – werdet vegan

Statt aufgrund der Schlagzeilen über Massentötungen von Tieren wegen Seuchenfällen bzw. Marktberäumung auf andere Tierarten »umzusteigen«, sollten VerbraucherInnen unserer Meinung nach auf eine vegane, also rein pflanzliche Ernährung einschwenken. Infos dazu gibt es z.B. im Internet (www.veganwelt.de oder <http://www.uni-vegan.de> oder <http://www.veganissimo.de>).

Dass es anderen Tieren, die zur Zeit nicht in den Schlagzeilen sind, nicht besser ergeht wenn sie für den Gutmenschkitzel gezüchtet werden, zeigt der folgende Bericht über Mastkaninchen:

Mehr als 41000 Tonnen Kaninchenfleisch werden pro Jahr in Deutschland gegessen, was etwa 24 bis 32 Millionen Tieren entspricht. 80 Prozent davon kommen aus Deutschland – die Tiere werden von privaten Haltern, aber auch von kommerziellen Kaninchenmast-Betrieben erzeugt – oft unter Verhältnissen, die an so genannte Legehennen in Batteriehaltung erinnern. So werden die Tiere in kommerziellen Betrieben in engen, niedrigen Käfigen auf Metall- oder Kunststoffböden gehalten – meist ohne Einstreu.

Verletzungen der Pfoten und haltungsbedingte Schäden wie Verkrü-

mmung der Wirbelsäule oder Kannibalismus und Selbstverstümmelung sind an der Tagesordnung. Bis zu 50 Prozent der Masttiere sterben aufgrund der schlechten Haltung und an Infektionskrankheiten. Bei privaten Haltern werden Kaninchen meistens in traditionellen Holzställen gehalten, außer Stroh bieten Holzställe aber nicht viel mehr als der Käfig. Es gibt keine bindenden gesetzlichen Vorschriften für die Haltung von Kaninchen. Marion Selig vom Bundesverband der Tierversuchgegner: »Es ist offensichtlich, daß Kaninchen in der Käfighaltung extrem leiden, da sie ihre art eigenen Bedürfnisse wie z.B. nach Bewegung nicht im mindesten ausleben können.«



Demonstrationen gegen Pelz

»PelzträgerInnen legt eure Steinzeitkleidung ab, der Fasching ist vorbei«. Unter anderem so wurden PelzträgerInnen von den DemonstrantInnen Anfang März gegen die Messe »Fur & Fashion« in Frankfurt empfangen. Nach Zwischenstops vor C&A und Hertie und im Bahnhofsviertel, wo sich in der Niddastraße zahlreiche Geschäfte aus der Pelzbranche konzentrieren, wollten die etwa 70 TierrechtlerInnen eigentlich zum Messegelände weiterziehen. Die anrückenden BesucherInnen des Böhmischen Onkelz-Konzerts in der Festhalle veranlaßten die Polizei aber, den DemonstrantInnen die Beendigung ihrer Aktion nahezu legen. Diesem Gesuch kamen die DemonstrantInnen schließlich nach. Wie die Probleme mit den KonzertbesucherInnen konkret aussahen ist leider nicht bekannt. Am 23.02. fand die zweite Demo dieses Jahres gegen die Nerzfarm Rossberger in Willich-Schiefbahn statt. Die ca. 15 DemonstrantInnen mußten sich der Verfügung der Polizei beugen, die einen Bannkreis von 100m um die Farm gezogen hatte. Auch für die nächsten Demonstrationen hat die Polizei ähnliche und weitere Auflagen angekündigt.

C&A beendet Verkauf von Pelzbekleidung

C&A wird sich in den kommenden Monaten wieder aus dem Verkauf von Pelzbekleidung zurückziehen. In einer Pressemitteilung teilt das Unternehmen mit, dies sei einzig und allein auf das beobachtete Kundenverhalten und der Entwicklung im Markt zurückzuführen, und habe nichts mit den Protesten gegen den Pelzverkauf bei C&A zu tun. Ob C&A künftig komplett auf Pelz verzichtet oder seine (nebenbei bemerkt furchtbar häßlichen) Jacken mit Pelzbesatz weiterführt bleibt abzuwarten.

Gnadenhöfe in Not

Ein Gnadenhof in Schleswig-Holstein befindet sich in einer akuten Notlage. Dieser vom Förderverein Arche Noah Immenstedt/Holst e.V. unterstützte Hof beherbergt momentan ca. 400 Tiere, von denen zahlreiche früher mißhandelt wurden. Es werden dringend Spenden auf das Konto Förderverein Arche Noah Immenstedt e.V., Dithmarscher Volks- und Raiffeisenbank e.G. Albersdorf, Konto 23 24 24 5, Bankleitzahl 218 900 22, benötigt. In der Nähe von Kassel muß ein anderer Gnadenhof aufgelöst werden.

da der Hof verkauft wird und die Pächterin ihn nicht bezahlen kann. Da die Arbeit der Pächterin mancherorts sehr umstritten war, ist die Auflösung vielleicht gar nicht so bedauernswert. Insgesamt 58 Tiere müssen nun anderweitig untergebracht werden – Hunde, Pferde, Ponys, Mulis, Kleinpferde, Esel, ein Schwein, ein Ochse, Schafe, Hähne, Katzen und auch Affen.

Wer helfen kann wende sich direkt an den Hof. Telefon 0 56 75 72 59 97.



Investor plant Nerzfarm in Sachsen

In Steinölsa bei Niesky in Sachsen soll ab Sommer diesen Jahres eine neue Nerzfarm entstehen, die grausame Qualen für tausende Tiere bedeuten würde. Der Investor, die Schirmer & Partner GmbH & Co.KG, Talstrasse 17, 09306 Seelitz, besitzt zur Zeit nur eine befristete Genehmigung, bis er einen neuen Bauantrag einreicht. Seit 1999 fristen hier Nerze in der Sommersaison ihr trostloses Dasein, nachdem die Pelzfarm aus DDR-Zeiten von Schirmer reaktiviert wurde. Nun will Schirmer die Anlage ganzjährig betreiben, mit bis zu 80000 Tieren. Es ist also Zeit, den zuständigen Behörden und der Firma selbst mitzuteilen, was mensch von diesem Vorhaben hält.

Folgende Behörden werden mit dem Genehmigungsverfahren beschäftigt sein (das volle Programm): Regierungspräsidium Dresden, Tel. 0351/825-0 (allgemein), Fax 0351/825-9999, Email:

inf@rpd.sachsen.de / Regierungspräsident Herr Dr. Henry Hasenpflug, Tel. 0351/825-1020 oder -1001, Fax 0351/8014514 / Pressesprecherin RP Dresden Frau Petra Gutow, Tel. 0351/825-1030, Fax 0351/825-1091 / Landratsamt Niederschlesischer Oberlausitzkreis (NOL), Tel. 03588/2850, Fax 03588/285202, Email: landrat@nol-kreis.de oder buro-landrat@nol-kreis.de / Amtsleiter Bauen und Umwelt im Landratsamt Herr Werner Genau, Tel. 03588/ 285 - 790, Fax 03588/ 285 - 795, Email: bau-umwelt@nol-kreis.de / Veterinärämtesleiter im Landratsamt Herr Arno Rothenburger, Tel. 03588/ 285 - 120, Fax 03588/ 285 - 122, Email: lueva@nol-kreis.de / Gemeindeverwaltung Steinölsa: Bürgermeister Herr Günther Holtschke, Hauptstrasse 19, 02906 Quitzdorf am See, Tel. 03588/ 203358, Fax: 03588/ 2044 18.



Kampagne gegen Tierversuche

Der aktuelle Tierschutzbericht der Regierung besagt, daß die Zahl der in Tierversuchen gequälten und ermordeten Tiere 1999 nach Jahren des Rückgangs erstmals wieder angestiegen ist. 2.014 Millionen Tiere wurden eingesetzt, im Vorjahr waren es 2.001 Millionen. Verantwortlich für den Anstieg soll vor allem der Bereich Grundlagenforschung (!) sein. Auch die Bundeswehr hat 465 Tiere, die durch Versuche umkamen, auf dem Gewissen.

Gegen diese Entwicklung startet der Bundesverband der Tierversuchsgegner am 24. April, dem Internationalen Tag des Versuchstiers, die Aktion »Ortstermin...: Tierversuch« (siehe auch »Termine«). Ein Aktionsteam fährt mit einem speziell ausgestatteten Lkw vier Wochen lang durch einige der Tierversuchs-Hochburgen Deutschlands und informiert gezielt über Tierversuche in der jeweiligen Stadt. Kernstück der Kampagne ist eine Dokumentation der Tierversuchspraxis hier und heute, für die knapp 1800 Publikationen ausgewertet wurden. Ab dem 24.4. sind diese Daten auch online abrufbar.

Infos: bork@tierrechte.de,
<http://www.ortstermin-tierversuch.de>
und www.datenbank-tierversuche.de

Tierversuchskongress nach Bombendrohung beendet

Vom 10. - 13.03. war in den Gebäuden der Humboldt-Universität in Berlin der deutsch-skandinavische Kongress der physiologischen Gesellschaft geplant. Hauptorganisator war der Vorsitzende der Deutschen Physiologischen Gesellschaft, Prof. Dr. Pontus Persson aus Berlin. Dieser ist für zahlreiche Tierversuche an Mäusen, Ratten und Hunden verantwortlich. Unter den Gästen waren zahlreiche einschlägig bekannte Tierexperimentatoren, der Großteil der BesucherInnen ist oder war an Tierversuchen beteiligt. Ein Großteil des Programms sollte sich mit unmittelbaren Ergebnissen von Tierversuchen oder deren Durchführung beschäftigen. Daneben wurden verschiedene Pharmaerzeugnisse von Firmen wie Rache und Pflizer vorgestellt, ebenso wie Tierversuchszubehör und Laborbedarf.

In der Nacht zum 12.03. wurde zunächst das Transparent der Deutschen Physiologischen Gesellschaft an der Gebäudefront übersprüht, gegen 15 Uhr am 12.03. wurde der Kongress dann von der Polizei nach einer verschiedenen Presseagenturen zugegangenen Bombendrohung beendet. Die Medien sprachen von 1000 Menschen, die von 250 PolizistInnen evakuiert wurden. Der Kongress wurde vorzeitig am 12.03. beendet.

Enten-Quälerei verboten

Für die Jagdhundeprüfung dürfen in Rheinland-Pfalz keine eigens flugunfähig gemachten lebenden Enten benutzt werden. Das entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz in Koblenz (Az.: 12 A 11997/00). Nach Auffassung der Richter verstößt diese Praxis gegen das Tierschutzgesetz. Das Gericht wies mit seinem Urteil die Klage eines in der Pfalz ansässigen Jagdgebrauchshundevereins ab. Der Verein veranstaltet Prüfungen für Jagdhunde. Geprüft wird dabei unter anderem die Aufgabe »Wasserarbeit hinter einer lebenden Ente«. Dazu wird einer Stockente das Gefieder verklebt, so dass der Vogel nicht mehr fliegen kann. Die Kreisverwaltung Gernersheim untersagte den betreffenden Prüfungsteil wegen Tierquälerei. Das OVG schloss sich dieser Auffassung an.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 30.03.2001

Norwegen plant Delfin-Massaker

Mindesten 60 Delfine sollen nach dem Willen des norwegischen Instituts für Meeresforschung von mit Schnellfeuerwaffen ausgerüsteten Fischern im Nordatlantik abgeschlachtet werden. Ziel der wissenschaftlichen Studie ist angeblich die Erforschung der Rolle, die diese Meeressäuger im marinen Ökosystem spielen. »Das Vorhaben ist wissenschaftlicher Blödsinn, die angestrebten Forschungsziele sind entweder längst bekannt oder lassen sich leicht durch nicht-invasive Feldarbeit erzielen. Zudem widerspricht die Tötung der Delfine Europäischem Recht«, sagt ein Sprecher der Gesellschaft zur Rettung der Delphine (GRD). Die beiden betroffenen Arten, Atlantische Weißschnauzendelfine und Atlantische Weißseitendelfine, stehen auf Anhang II der Bonner Konvention zum Schutz wandernder Arten (CMS).

Aktion gegen Gen-Manipulation von Fischen

»Greenpeace« hat die Fischfarm Aqua Bounty auf der kanadischen Prince-Edward-Insel mit einem 500 Quadratmeter großen Banner (Aufschrift 'Stop Genetically Engineered Fish') versehen und die Eingänge der Fischfarm verriegelt. Eigentümer der Fischfarm ist das Unternehmen A/F Protein, das noch in diesem Jahr mit der Zustimmung der amerikanischen Gesundheitsbehörde FDA für ihre Fischproduktion rechnet. Die von Aqua Bounty gezüchteten Lachse wachsen durch einen genetischen Eingriff vier bis sechs Mal schneller als normale Lachse, sie produzieren verstärkt Wachstumshormone, die den Reifeprozess ankurbeln. Man wolle, so Lindsay Keenan, Genexpertin von Greenpeace international, ein generelles Verbot der Freisetzung gene-

Ö-termine

April/Mai 01 in vielen Orten
»Ortstermin: Tierversuch« – Aktion:

- 24. April Frankfurt
- 25. April Gießen
- 26. April Aachen
- 27. April Bochum
- 28. April Düsseldorf
- 3. Mai Hannover
- 4. Mai Berlin
- 5. Mai Dresden
- 9. Mai Göttingen
- 10. Mai Halle
- 10. Mai Leipzig
- 11. Mai Jena
- 12. Mai Erlangen
- 15. Mai Würzburg
- 16. Mai Heidelberg
- 17. Mai Tübingen
- 18. Mai Ulm
- 19. Mai München

<http://www.ortstermin-tierversuch.de>
Infos – eMail: bork@tierrechte.de

6. Mai 01 in Willich-Schiefbahn Demonstration gegen die Nerzfarm Rossberger

Jeden 1. Sonntag im Monat. Zeit: 15.00 bis in den Abend

Info: Anti-Pelz-Kampagne c/o AZ Mülheim, Auerstr. 51 45468 Mülheim/Ruhr, Tel. (AB) 0208 – 498870

E Mail: tierrechtsini@koma.free.de

12. Mai 2001 in Schwerfe 3. Iserlohner Tierrechtsfestival

Ab 12.00 Uhr Informationsstände, leckeres veganes Essen, Live-Musik, Kultur, Videofilme, Redebeiträge, internationale Gäste (in Planung), Diskussionen, ... Kulturprogramm ab 19 Uhr. Treffpunkt: Rattenloch, Eintrachtstr. 10.
Info – eMail: michaelveganer@aol.com

3.–5. August 01 in Willich-Schiefbahn Profescamp gegen die Nerzfarm Rossberger und am ...

4. August 01 in Willich-Schiefbahn
Bundesweite Demonstration
»Schließt die Nerzfarm Rossberger«
Infoadressen siehe oben.

Tierrechtsinfotelefon von »die Ratten« und »die tierbefreier ev.« Termine...
abrufen: 02 08 – 59 34 02
bekanntgeben: 02 08 – 42 21 18
zufaxen: 02 08 – 59 34 01
Im Netz:
<http://www.die-tierbefreier.de/termine>



Ö-Verteiler
"Tierschutz -
Tierrechte -
Tierbefreiung"

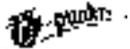
• Tierbefreiung
aktuell

Der Infodienst für
Umweltaktivistinnen

Sommer 2001

• Kurz notiert:
Naturnutzung

27



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

28 Sommer 2001

● Kurz notiert: Energie

Foto

© Gisela und Joachim Petersen, subkontur Riesenerfolg für den Atomwiderstand: 16000 protestierten am 24.03.01 in Lüneburg gegen die Castor-Transporte und gegen die Atompolitik der Bundesregierung!



Themenredaktion "Atom"

Bernd Hanewald Hermann-Levi-Str. 9 35392 Gießen Tel.&Fax 0641/29125 bernd.hanewald@psychiat.med.uni-giessen.de

Zeitschriften-schau, Lesetipps

anti atom aktuell (Bestellung/ Abo: aaa, Helgenstockstr. 15, 35394 Giessen) Tel 0641 9483174, Fax 0641 9483175 Aaa-Vertrieb@ Amazonas.comlink.apc.org, www. anti-atom-aktuell.de

aaa Nr. 118 ● Gesundheit Mittel – Waffe – Argument. Ausserdem: Castor-Alarm!

graswurzelrevolution für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft Jahresabo 35 DM GWR, Kaiserstr. 24, 26122 Oldenburg Fax: 0441 – 2489661 Internet: http://www.comlink.de/graswurzel/

Rubrik »Anti-Atom«

Castor ist gleich Castor!?

Es gibt im wesentlichen drei Typen von Atomtransporten. Über zwei reden Umweltminister Trittin und Wirtschaftsminister Müller gerne. Ein dritter wird gerne totgeschwiegen ...



Typ A) Der Rücktransport von deutschem Atom Müll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Deutschland (Gorleben) war ein notwendiger Transport, sagt Trittin. Aus internationaler Verantwortung. Müll muß man zurücknehmen.

Typ B) Innerdeutsche Atomtransporte wollen Bundesregierung und Atomwirtschaft vermeiden. Die Castoren sollen kurzerhand an den Kraftwerken verbleiben - auch wenn dann gelegentlich die genehmigte Menge an radioaktiven Substanzen auf dem Kraftwerksgelände überschritten wird. Mit dem Versprechen auf ein Endlager - irgendwann einmal - soll das Zeug einfach dort stehen bleiben.

Über Typ A und B redet die Regierung gerne. Denn der erste Atomtransport ist gut und den zweiten möchte man verhindern (weil er wegen der Demonstrationen politisch und finanziell zu teuer ist). Geschwiegen wird gerne über ...

Typ C), den »Hintransport« von neuem deutschem Atom Müll nach Frankreich. Klammerheimlich sollten diese Transporte rollen, denn Wirtschaftsminister Müller (der parteiische ehemalige Manager des Atomkonzerns e.on, Deutschlands größtem Atomkraftwerksbetreiber) ging in Talkunden elegant über diese Transporte hinweg und erzählte lieber etwas von den notwendigen und vermiedenen Transporten.

Das zeigt: Atom Müll aus deutschen Atomkraftwerken soll nach Frankreich in die schmutzige Wiederaufarbeitung geschafft werden, damit die deutschen Atomkraftwerke nicht im Atom Müll ersticken und noch jahrzehntelang weiterbetrieben werden können.

Es geht einzig und allein um den Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke. Das hat auch mit Verantwortung zu tun. Denn die Bundesregierung hat der mächtigen Atomwirtschaft im sogenannten Atomkonsens zugesagt, dass die deutschen Atomkraftwerke noch jahrzehntelang ungestört weiterbetrieben werden dürfen. Sie wird also ihrer Verantwortung gegenüber der Atomwirtschaft gerecht und schafft den störenden Atom Müll nach Frankreich.

Auch beim Atomtransport vom Typ A, der soeben aus Frankreich kommend nach Gorleben rollte, ging es weniger um das Verantwortungsgefühl Deutschlands gegenüber Frankreich als vielmehr um das Verantwortungsgefühl dieser Bundesregierung gegenüber ihrer Atomwirtschaft.

Denn der Transport vom Typ C aus dem Atomkraftwerk Philippsburg wäre beinahe schon im vergangenen Herbst nach Frankreich gerollt - wäre dies nicht kurzfristig von der französischen Regierung unterbunden worden. Frankreich bestand darauf, dass Deutschland zunächst einmal Müll zurücknimmt, bevor weiterer nach Frankreich geschafft wird. Allein aus diesem Grund rollte vor wenigen Tagen Atom Müll aus Frankreich nach Deutschland.

Jetzt also kann endlich wieder deutscher Atom Müll nach Frankreich geschafft werden. Damit die deutschen Atomkraftwerke weiterhin Atom Müll produzieren können.

Was aber macht die Bevölkerung, wenn sie merkt, dass ihre Regierung klammerheimlich das Geschäft Dritter betreibt?

Sie geht auf die Straße. Sie nimmt ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Demonstrationsrecht wahr und demonstriert gegen diese Atomtransporte. Diejenigen, die gegen diese Atomtransporte demonstrieren, stehen im übrigen sicherer auf dem Boden unserer Verfassung als diejenigen, die unter permanenter Rechtsbeugung das Geschäft der Atomindustrie betreiben.

Nach den sehr erfolgreichen Demonstrationen gegen den Atom Mülltransport nach Gorleben sind jetzt wieder alle gefragt, sich einzumischen und zu demonstrieren. Auch diese Atomtransporte werden für den Staat nicht ganz billig werden.

An den hohen Kosten aber scheiterten schon unzählige Atomtransporte, die nie führen, und unzählige Atomkraftwerke, die nie gebaut wurden. Und wenn die Proteste gegen die Atomenergie weiterhin stark sind, wird auch dieser »Atomkonsens« zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft wieder zur Disposition stehen.

Henrik Paulitz, (Ärzteorganisation IPPNW), Tel 06221-75 88 77 paulitz@ippnw.de, Fax 75 99 67, www.siemens-boycott.de, www.atomhaftpflicht.de

Zivile Inspektion des Atomwaffenstützpunktes Büchel/Südeifel

»... bei einem Atomkrieg steht nicht nur das Überleben der Feinde auf dem Spiel, sondern das Schicksal der Menschheit. Für die wahrscheinlichen Folgen eines Atomkriegs kann es keine akzeptable politische, militärische oder moralische Rechtfertigung geben. Daher ist auch die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen durch nichts zu rechtfertigen.« (General a.D. Lee Butler, am 2.2.98 vor dem National Press Club, Washington D.C.)

Hätten Sie gewusst, ● dass immer noch rund 60 Atombomben im Eifelort Büchel und in Ramstein bei Kaiserslautern gelagert werden?

● dass in Büchel im Rahmen der nuklearen Teilhabe der BR Deutschland deutsche Piloten mit Bundeswehr-Tornados den Einsatz mit Atombomben üben?

● dass die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf sieht, obwohl der Internationale Gerichtshof (IGH) 1996 die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig erklärt hat?

Wollen Sie, dass sich das ändert? Wir fordern die Bundesregierung auf, die nukleare Teilhabe in Büchel aufzukündigen und sich dafür einzusetzen, dass

● alle Atomwaffen aus dem Alarmstatus herausgenommen werden und die USA, die NATO

sowie Russland auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten

● alle US- und NATO-Atomwaffen von deutschem Boden abgezogen und alle Sprengköpfe von den Trägersystemen getrennt werden

● alle Atomwaffen weltweit geächtet und abgeschafft werden

Seit dem Spruch des IGH 1996 fanden »zivile Inspektionen« von Atomwaffen in Belgien, Holland, Schottland und Deutschland statt, an denen sich auch Prominente (Minister, SchriftstellerInnen) beteiligten. Diese Aktionen bestanden darin, unerlaubt militärisches Gelände zu betreten, also einen Akt des Zivilen Ungehorsams zu leisten, um so mit besonderem Nachdruck gegen die Atomwaffenlagerung zu protestieren.

Internationaler Aktionstag 30.9.2001

Am 30.9.2001 soll, begleitet von einem vielfältigen Rahmenprogramm, eine zivile Inspektion durchgeführt werden.

Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), Lenzhalde 53 70806 Kornwestheim, Tel. 07154-22026, Fax 07154-186643, www.gaaa.org, info@gaaa.org (GAAA)



Kinderkrebs um Atomkraftwerke

In einer vom SWR am 5.4.2001 um 19:20 Uhr und um 21:30 Uhr ausgestrahlten Fernsehsendung mit dem Titel: »Höhere Krebsraten in der Nähe von Atommeilern« weigert sich das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) erneut und weiterhin, die kürzlich festgestellte erhöhte Krebsrate von Kindern in der Nähe von Atomkraftwerken genauer zu untersuchen.

Wie Sie in der Zwischenzeit wissen, wurde in einer von der Ulmer Ärzteiniziativa, Regionalgruppe der IPPNW initiierten und von Dr. Körblein, Umweltinstitut München e.V. durchgeführten Studie festgestellt, dass die kindliche Krebsrate im Umkreis der 3 bayerischen Standorte von Atomkraftwerken hochsignifikant um 30% im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt erhöht ist. Die deutlichste Erhöhung zeigt sich um das AKW Gundremmingen: Im Mittel der 3 Landkreise Günzburg, Dillingen und Augsburg-Land beträgt die Erhöhung 40%.

Der Vorstand der IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. hatte in einem offenen Brief vom 30.3.2001 das BfS zu weiteren Ursachen zu Klärung der Ursachen aufgefordert.

In der Fernsehsendung vom 5. April 2001 erklärt der Vertreter des Bundesamtes für Strahlenschutz, Bezug nehmend auf eine schon früher durchgeführte Bundesstudie - »Ich sehe, die Themen von Kinderkrebs betreffend, im Moment keinen weiteren Forschungsbedarf.«

Das BfS bezieht sich in diesem Zusammenhang immer wieder und auch jetzt auf die Ergebnisse der Fall-Kontrollstudie des ISMD von 1997 (Michaelis-Studie), um zu begründen, daß keine Notwendigkeit für weitere Untersuchungen bestünde.

Die Michaelis-Studie hat aber den jetzt in der Körblein-Studie aus dem Jahr 2001 festgestellten auffälligen Zusammenhang zwischen dem Standort von Atomkraftwerken und einer erhöhten Kinderkrebsrate gar nicht untersucht.

Einen entsprechender Protestbrief an Bundeskanzler Gerhard Schröder, Umweltminister Trittin und den bayrischen Ministerpräsident Edmund Stoiber ist unter <http://www.ippnw.de/kampgn/atom/appellulm.html> abrufbar.

R. Thiel

AKTION 3.WELT Saar wertet Castor - Proteste als Erfolg

Müll aus Frankreich kann ohne Proteste zurück, wenn Ausstieg feststeht

Die AKTION 3.WELT Saar hat sich in den vergangenen Tagen aktiv an den

Castor-Protesten sowie Blockaden beteiligt und bewertet sie als Erfolg der Anti-Atom Bewegung. Es ist damit deutlich geworden, dass es in dieser Gesellschaft keinen Konsens für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken gibt. Ebenso wenig lassen wir uns ein ‚X‘ für ein ‚U‘ vormachen und den jahrzehntelangen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken als rotgrünen Ausstieg verkaufen.

Für uns als Anti-Atom Bewegung steht dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei im Mittelpunkt, sondern mit der Rotgrünen Regierung, die sich für einen über dreißigjährigen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken einsetzt. Dahinter steht das Prinzip der Gewinnmaximierung, das der Atomindustrie den Weiterbetrieb bis ans Ende der betrieblichen Lebensdauer der Kraftwerke erlaubt. Dies und die jahrelangen milliardenschweren Subventionen für die atomare Energieerzeugung aus der Staatskasse werden von uns abgelehnt.

Prinzipiell ist die Anti-Atombewegung auch bereit, den deutschen Atommüll aus Frankreich ungehindert passieren zu lassen, sobald damit der reale Ausstieg vonstatten geht. Aktuell dient die Rücknahme des Atommülls nur dazu, den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke abzusichern, indem neue Lagerkapazitäten in La Hague geschaffen werden. Ende 2001 wird dort mehr Müll lagern als bisher.

I. Röder, Aktion 3. Welt Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim am See, Telefon: 06872-9930-56, Fax 06872 9930-57, a3wsaar@t-online.de

Weiterer Castor-Transport nach Gorleben beantragt

Bereits in einigen Monaten soll nach dem Willen der Transportfirma Nuklear Service Cargo GmbH (NCS) der nächste Castortransport ins Zwischenlager Gorleben rollen. Dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) liege ein Antrag für einen Transport von sechs weiteren Castor-Behältern mit Abfällen aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich vor, sagte BfS-Sprecher Michael Thieme. Der Steuerzahlerbund forderte unterdessen, militante Atomkraftgegner an den Folgekosten des letzten Transports zu beteiligen.

Dem Antrag zufolge soll der Transport nach Gorleben zwischen dem 1. August und dem Jahresende stattfinden. BfS-Präsident Wolfram König betonte, dass zunächst eine Stellungnahme des niedersächsischen Innenministeriums eingeholt werden müsse, bevor der Transport genehmigt werden könne. Nach dem Atomgesetz könnten Transporte nur genehmigen werden, wenn öffentliche Interessen der Art, der Zeit und des Weges der Beförderung nicht entgegenstünden.

Ö-termine

25.05. bis 27.05.2001
5. Jahrestagung des Trägerkreises Atomwaffen abschaffen
 Ev. Akademie Iserlohn, Berliner Platz 23
 Kontakt: Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden, Gutenbergstr. 13, 44139 Dortmund, Tel 0231 575202, Fax 0231 575210, ines_nat@t-online.de, www.natwiss.de

15.07. bis 29.07.2001 Bure / Frankreich
Widerstandscamp gegen Atommüll-Endlagerung.
 Coordination national des Collectifs contre l'enfouissement des déchets radioactives
 33 rue du port, F 55 000 Bar-le-Duc, 0033 329 454 555, www.altern.org/bure
 Koordinationskreis gegen Atomkraft Saar, Försterstr. 22, 66111 Saarbrücken, Castor-saar@Geocities.com

30.09.2001 Büchel / Eifel
Gewaltfreie Aktionen am Atomwaffenlager Büchel / Eifel
 Kontakt: Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), R. Blach, Lenzhalde 53 70806 Kornwestheim, Tel. 07154-22026, Fax 07154-186643, www.gaaa.org, info@gaaa.org (GAAA)

Regelmäßige Termine

jeden Sonntag
 Spaziergang Philippsburg, Marktplatz
 Regelmäßig 14.00 Uhr bis zum Tag X
 Info: Arbeitskreis gegen das AKW Philippsburg
 M. Mauser, Ludwig-Wilhelm-Str. 19
 75135 Karlsruhe, antiatom@t-online.de
<http://home.t-online.de/home/antiatom>

Gorlebener Gebet
 14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen Erkundungswerk und Salinas-Claims

am 6. jeden Monats, 14-17 Uhr
 Mahnwache am AKW Brokdorf
 Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20, 25541 Brunsbüttel, 04852/54193

jeden 1. Sonntag im Monat
 Spaziergang Rossendorf
 Start: 13 Uhr am Tor Forschungszentrum
 Kontakt: 03425/817765

Spaziergang UAA Gronau
 Start: 14 Uhr am Zufahrtstor Röntgenstraße
 Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 48599 Gronau, 02562/23125

jeden 3. Sonntag im Monat
 Spaziergang Ahaus
 Start: 14 Uhr Brennelemente-Zwischenlager
 Kontakt: BI Ahaus, 02561/961791 oder WigA Münster, 0251/521112
 Danach: Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg
 Start: 13.30 Uhr am Bahnhof Rheinsberg
 Kontakt: Atomplenum Greifswald, 03834/897514

Spaziergang Biblis
 Start: 14 Uhr am Bahnhof
www.crosswinds.net/aktionen

Spaziergang Garching
 Termin auf Anfrage, 089/31772813

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001 **29**
 • Kurz notiert: **Energie**

Hoch die Internet-ionale Solidarität

Norberts Bookmarks für engagierte Leute mit über 15000 gutsortierten Links u.a. zu den Themen: Anti-Atom, Atomwaffen, Umwelt, Menschenrechte, 3. Welt, Soziales und Politik ...
www.dfg-vk.de/links/bookmark.htm

Aktuelle Anti-Atom-Informationen der letzten 30 Tage
www.oneworldweb.de/castor/aktuell.html

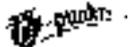
Gorleben - TICKER der CASTOR-NIX DAKampagne mit den aktuellsten Informationen!
www.oneworldweb.de/castor/bi_ticker.html

(Fortsetzung nächste Seite rechts)


Ö-Verteiler "Atom"
 • anti atom aktuell



Schützt uns – nicht die Atomkraft!



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

30

Sommer 2001

• Kurz notiert: Energie

Was war gut? was kann besser werden?

Castor-Nachlese I

2



Die folgenden Texte sind Antworten auf die Frage »Was war gut? Was war schlecht?« zum Castor-Widerstand - von verschiedenen AkteurInnen.

Phantastisch!

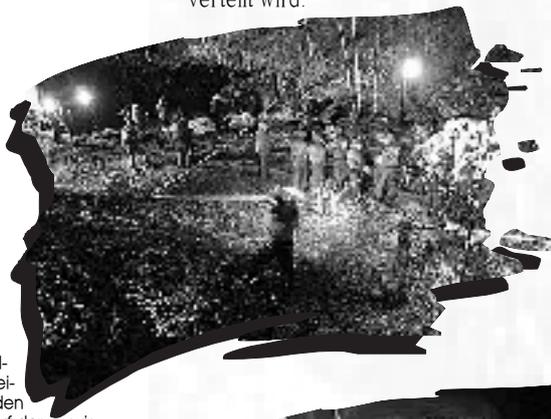
Mehr denn je machten wenige Aktionsgruppen deutlich: Politischer Druck entsteht, wenn kreative und direkte Aktionen die Debatte eröffnen - Greenpeace, eine gemischte Gruppe von Robin Wood mit unorganisierten AktivistInnen, die Gefangenenzugblockade sowie einige Kleingruppen trotzten der Staatsmacht und den prägeln Bütteln des Kapitals.

1

gut: menschen, welche das ziel nicht aus den augen verloren haben

schlecht: intransparenz nachdem der castor durch süschendorf fuhr und keineR nichts mehr richtig wusste und die unabhängigen medien nicht wirklich funktionierten

ausbau: meine vision ist bei jedem i-punkt eine vokü und ein mobiler imc-druck, welcher dann mit menschen kraft verteilt wird.



Die Bilder zeigen den Verlauf der wirkungsvollsten Aktion - die Blockade, der stehende Castor-Zug (der später sogar zurücksetzte) und die Blockadestelle nach der Räume.

Großes Foto: Blick von oben in eine der Röhren mit Ankettschloß in der Tiefe.

Die Fotos mögen Appetit machen, aber auch deutlich zeigen: Direkte Aktion braucht Kreativität und Vorbereitung sowie aktionsfähige Basisgruppen! Masse allein bringt es nicht!

X1000malquer in Wendisch-Evern

Schlecht war: Durch das Camp-Verbot dauerte es ziemlich lange, bis vormittags alle aus ihren Nachtquartieren eingetrudelt waren.

Die ständige Betonung der basisdemokratischen Entscheidungsfindung war etwas nervig, denn es gab einfach Leute, die durch monatelange Vorbereitung einen viel besseren Überblick hatten, so daß nur deren Vorschläge diskutiert wurden. Es war also zwangsläufig eine Mischung aus Organisation und freier Entscheidung.

Es gab nur zwei Blockadeaktionen (Montag und Dienstag), die jeweils nach einigen Stunden beendet wurden. Es gelang nicht, wie ursprünglich geplant, die Blockade von Montag bis zum Castor durchzuhalten, da nur schätzungsweise 600-1000 Leute mitmachten. Eine dritte Blockade auf der Straße in Laase kam nicht mehr zustande, weil die Leute mutlos und erschöpft waren und die Übermacht gewaltig. Der Castor-Zug wurde nicht aufgehalten.

Gut war: Die Mischung aus Organisation und freier Entscheidung ergab eine gute Aktionsfähigkeit, vermittelte eine gewisse Geborgenheit und Sicherheit, was vor allem für Leute, die nicht dauernd auf die Straße/Schiene gehen, sehr angenehm war.

Die TeilnehmerInnen kamen aus allen Altersgruppen und Gegenden und sie verband von vornherein der Grundsatz der Gewaltfreiheit, man musste also keine bösen Überraschungen (z.B. bewaffnete Angriffe auf Polizisten) fürchten.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde von den OrganisatorInnen gemacht, so daß während der Aktionen jede Menge Presse da war. Presse heißt immer auch Schutz vor Brutalität. Nach mehreren Runden SprecherInnenrat/Bezugsgruppen-treffen/SprecherInnenrat war allen (bis auf Presse und Polizei) klar,

was wann laufen wird, so daß ein sekundenschneller Aufbruch möglich war. Die Blockadorte waren so genial, daß die Polizei lange brauchte, um eine Gegenstrategie zu finden, an den Einsatz schwerer Technik war gar nicht zu denken. Da alle DemonstrantInnen ausreichend entschlossen waren, gelangten auch alle auf die Gleise.

Strategien zum Durchbrechen von Polizeiketten wurden vorher trainiert, die Bezugsgruppen schlossen sich für den Durchbruch zu Großgruppen zusammen. Vor und während der Aktionen gab es Leute, die Kontakt zur Polizei hielten und Leute, die die Bevölkerung informierten, aber auch spontane Gespräche mit Polizisten auf den Gleisen. Für viele AnwohnerInnen war dies der erste Kontakt zum Castor-Widerstand und nach anfänglichem Mißtrauen zeigten sie zunehmend Hilfsbereitschaft und Verständnis.

Im Camp kümmerten sich immer einige Leute um das Wohlergehen der AktivistInnen, kochten Suppe und Tee, schafften Stroh heran, organisierten Busse für die ausgesetzten Gefangenen, hielten Infos zu Übernachtungsplätzen, Landkarten, Liedertexte usw. bereit. Dies war heldenhaft, denn diese Leute hätten natürlich gern selbst blockiert. Durch die Blockaden wurden viele Hundertschaften Polizei stundenlang beschäftigt.

Dannenberg, Dienstagabend, unweit Verladekran

Gut war: Eine riesige Demo, einige tausend Leute. Jede Menge Polizei wurde beschäftigt.

Schlecht war: Eine Gruppe KapuzenträgerInnen war deutlich auf Krawall mit der Polizei aus, viele Stinos flüchteten daraufhin aus der Demo.

Die Demo war am falschen Platz, die Polizei hatte schon eine Kreuzung 500 m vor dem Verladekran dichtgemacht, es war aussichtslos, vom Demoort auf direktem Weg dorthin zu kommen. Die einzige Möglichkeit, näher an den Verladekran zu kommen, war seitlich über den Acker, wo zwei Wasserwerfer und

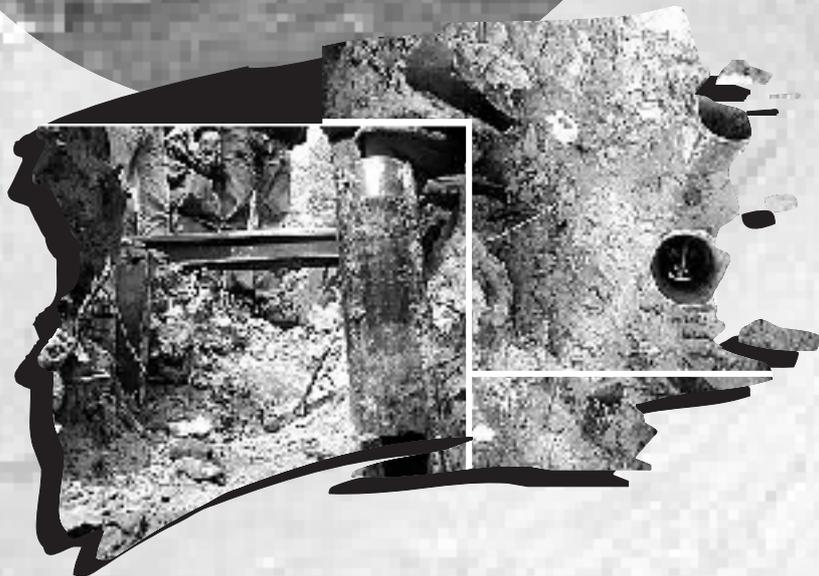




eine Polizeikette standen. Ein paar Dutzend Leute gingen dann endlich dort hinüber und probierten einen Durchbruch, der auch schnell gelang. Doch plötzlich standen wir zu viert auf dem Acker, weil die anderen zurückgingen, als ein Wasserwerfer heranhoppelte. Dabei waren wir durch und schon weit genug weg! Danach trafen wir immer wieder vereinzelte Grüppchen, die sich aber zu nix entscheiden konnten. Es gab so viel Polizei, daß kleine Blockadeaktionen sinnlos erschienen.

Fazit

Das Konzept von X1000malquer kann ich empfehlen. Spontane Aktionen mit unbekanntem Leuten und in fremder Umgebung können leicht schiefgehen. Es ist aber nicht notwendig, als feste Gruppe anzureisen, um als Gruppe zu agieren. Man trifft eine Menge wunderbarer Menschen, mit denen man Aktionen planen kann. Notwendig erscheint mir aber eine gründliche Vorbereitung der Aktionen und auch ein besseres Haushalten mit den eigenen Kräften. Es gab Absprachen zwischen den Camps, aber es gelang nicht, den Druck der Schiene auf die Straße zu verlagern. Leider können wir nicht (wie die Polizei) einfach mal 5000 frische Leute nachholen. Aber sie waren an ihrer Belastungsgrenze und das ist ein Erfolg für uns!



3

Glück gehabt!

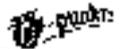
Robin Wood, Greenpeace und wenige Kleingruppen haben mit verdammten gut vorbereiteten Aktionen den Castor-transport erheblich verzögert, einer 30.000-Bullen-Combo getrotzt und damit ganz wesentlich dazu beigetragen, daß die öffentliche Debatte um die Atompolitik wieder neu aufflammte. Das war auch das Ziel: Direkte Aktion will Erregungskorridore schaffen, in denen politische Positionen und Visionen eingebracht werden können.

Insofern scheint der Castor-Widerstand ein Erfolg. Auch die mengenmäßige Beteiligung stimmte. Der Widerstand konnte erstmals sichtbar international gestaltet werden ein wichtiger Fortschritt! Aber ...

- jenseits der durchorganisierten Verbände und der Aktion X-tausendmalquer (deren Aktionen aufgrund des Gewaltfreiheitsdogmas oft wenig Wirkung entfalteten - gut waren die Gefangenzugblockade und die einzelnen Polizeikettendurchbrüche oder umgehungen) gab es nur wenig wahrnehmbare Aktivitäten. Es zeigt sich, daß die Mehrzahl der Gruppen und Einzelpersonen im Wendland oder an der Grenze ohne konkrete Vorbereitung, Training und technische Hilfsmittel angereist ist - so wie andere zur Party gehen.

- die Öffentlichkeitsarbeit wurde fast gänzlich den Verbänden überlassen - vor allem dem BUND, der mit unerträglichen Positionen (ständige Distanzierung von Gewalt, u.a. von der Untertunnelung einer Straße beim letzten Wendlandcastor) aufwartete. Radikal-systemkritische Positionen waren nicht wahrnehmbar - auch eine Folge mangelnder Vorbereitung und einer cliquenorientierten, nicht auf gesellschaftliche Ausstrahlung ausgerichteten Form von Politik radikaler Gruppen.

Ohne die wenigen aktionsfähigen Gruppen wäre der Castor im Rekordtempo vorbeigerauscht, schrecklich peinlich hätte das ausgesehen. Während in vielen anderen Ländern gerade Bewegung von unten und direkte Aktion immer stärker werden, stellt sich in Deutschland die Frage, wieso nach Jahren der Debatte um Aktionsformen, direkte Aktionen usw. nachwievornur geringe Konsequenzen erfolgen und politische Aktion mit unverbindlicher Party verwechselt wird. Vor »uns« liegt immer noch derselbe Weg hin zu einer widerstandsfähigen, emanzipatorische Positionen und Visionen benennenden Bewegung von unten - mit kreativen Aktionen, Lust am intelligenten Erfolg und mit klaren Positionen, die offensiv eingebracht werden. Es wird Zeit!



Der Infodienst für
Umweltaktivistinnen

Sommer 2001

•Kurz notiert:
Energie

31

Fortsetzung von
vorheriger Seite

Anti-Atom-Kontakt
(sortiert nach Alpha-
bet)

<http://members.aol.com/JueSiebert/adressal.htm>

Anti-Atom-Kontakt
(sortiert nach Postleitzahlen)

<http://members.aol.com/JueSiebert/adressen.htm>

Aktualisierte Nachrichten zum Atomausstieg
www.yahoo.de/schlagzeilen/politik/atomausstieg.html

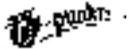
Siemens-Boycott
www.siemens-boycott.de

Virtuelle Postkarte
Atomausstieg
www.bund.net/atomausstieg/

Anti-Atom, Soziale Verantwortung
www.ipnw.de

Unterschriftenaktion
Haftpflichtversicherung für AKW
www.atomhaftpflicht.de

Informationen zum geplanten Atom-
müll-lager im lothringischen Bure
<http://mitglied.tripod.de/atomausstieg>



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

32

Sommer 2001

• Kurz notiert: Energie

Der Castor-Transport nach Gorleben

Gestört durch erhebliche Proteste an den Vortagen erreichte der Castor-Transport am Donnerstag, den 29. März 2001 das Zwischenlager in Gorleben. Am Dienstag hatten tausende Menschen die Schienen blockiert. Viele dieser Blockaden konnten durch die Polizei mehr oder weniger schnell aufgelöst werden, in Süschendorf jedoch hatten sich fünf Aktivisten der Umweltschutzorganisation Robin Wood einbetoniert. Die Polizei brauchte 17 Stunden um die Strecke wieder freizuräumen. Erst am Mittwoch und nicht wie geplant am Dienstag traf der Castor in Danneberg ein. Dort kam es am Mittwochabend zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Am Donnerstag schützten 20000 Polizisten die Strecke von Danneberg nach Gorleben, die 20 Kilometer lang ist. Wegen des großen Polizeiaufgebots kam es am Donnerstag zu keinen weiteren Behinderungen des Atom-Transportes.

Weitere Berichte zum letzten Castor Transport, u.a. zu den Themen Auflösung einer Sitzblockade in der Nähe von Wendisch Evern Bilder vom Widerstand gegen den Castor-Transport Bilder der Sitzblockade in Wendisch Evern Bilder vom Einsatz der Hundestaffel in Gorleben

nter www.oneworld-web.de/castor/ und www.xiOOmalquer.de/

Was war gut? was kann besser werden?

Castor-Nachlese II

Wir danken für Ihren Besuch!



4

Zunächst mal möchte ich bemerken, daß ich mich sehr unwohl fühle bei dem Gedanken, hier über möglicherweise strafrechtlich relevante Sachen zu reden, während davon auszugehen ist, daß Bullen millesen. Ich habe alles, was mir zu brisant erschien, beim Überarbeiten des Textes rausgeschmissen. Vielleicht sollten wir doch mal über eine nicht öffentliche Mailingliste nachdenken.

Ich war zum ersten Mal im Wendland, kann den diesjährigen Castortransport also nicht mit den früheren vergleichen.

Zunächst mal finde ich, daß die Anti-Castor-Aktionen ein Erfolg waren. Der Castor hatte einen Tag Verspätung und das trotz einem riesigen Bullenaufgebot. Zwar wurde die Verspätung durch die Aktionen von Robin Wood verursacht, aber das war m.E. nur möglich, weil viele Leute mit ihren Aktionen die Bullen ständig auf Trab gehalten haben. Ähnlich wie im Fußball: auch wenn nicht alle die Tore schießen, gewinnt trotzdem das ganze Team.

Gut fand ich die starke Beteiligung von Leuten aus unterschiedlichen Spektren und vor allen Dingen die Haltung der Bevölkerung im Wendland. Durch unterschiedliche Aktionskonzepte gelang es immer wieder, die Bullen vor Probleme zu stellen.

Sehr schlecht fand ich, daß die gegenseitige Toleranz verschiedener Spektren manchmal nicht vorhanden war. So er-

lebte ich einmal, daß eine Frau aus dem Wendland verummte Leute ankackte, weil sie Steine auf die Bullen warfen. Die Vermummten waren aber auch nicht sehr zurückhaltend, sodaß es fast zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen wäre, wenn nicht andere Leute eingegriffen hätten. In einer anderen Situation griff ein Mann eine verummte Genossin an und riß ihr ein Tuch vom Gesicht. Sie bemerkte dazu, daß dieser Typ dabei mehr Gewalt angewandt hatte, als sie während der ganzen Aktionen. Oft gab es solche Auseinandersetzungen in brenzlichen Situationen, wenn die Bullen sehr repressiv voringen. Einige Leute machten andere, die sie für militant hielten, für die Bullenübergriiffe verantwortlich. In Zukunft müssen wir Wege finden, Allen deutlich zu machen, daß die Repression der Bullen wenig bis nix mit dem Verhalten von bestimmten Teilen einer Demo zu tun hat, sondern, daß die Bullen zu solchen Maßnahmen greifen, wenn wir für sie ein Problem darstellen (und das wollen wir ja auch).

Viele Aktionen blieben in ihren Wirkungen beschränkt, weil sie nicht gut genug vorbereitet waren. Es ist zwar oft

gelingen, auf die Schienen zu kommen, aber es gelang keine entscheidende Sabotage. Mit den Händen den Schotter wegzuschaukeln ist eine Wahnsinnsmaloché und würde selbst wenn Hunderte von Leuten auf den Schienen sind, erst nach Stunden die Gleise unpassierbar machen. In der Regel gelangten Leute aber nur für etwa 15 Minuten auf die Gleise, bzw. danach rückten Bullen an und es konnte nicht mehr ungestört gearbeitet werden. Wesentlich effektiver scheint es zu sein, sich mit den der zu beschäftigen.

In meiner Gruppe wurde auch darüber geredet, ob wir uns, wenn der Castor kommt, auf die Schienen setzen sollten. Das hat m.E. keinen Sinn, wenn der Castor noch weit weg ist, weil Mensch dann sowieso schon geräumt ist, wenn er kommt. Außerdem ist das wirklich nicht meine Aktionsform. Ich habe gesehen, wie brutal die Bullen total friedliche Leute von den Schienen geprügelt haben. Ich konnte mir das nicht mit ansehen und bin weg gegangen. Ich kann mich mit den Bullen und dabei



auch was abkriegen, aber mich ohne Gegenwehr an Nase oder Ohren von den Gleisen schleifen lassen, das ist nicht mein Ding. Ich will nicht sagen, daß ich die Leute kritisieren oder für feige halten würde, die das tun (ganz im Gegenteil!), aber es ist einfach nicht mein Ding.

Eine echte Panne-Aktion war die Einkesselung beim Camp Nahrendorf am Montag. Mehrere Hundert Leute wollten zu der für 20 Leute genehmigten Mahnwache, wobei sich ihnen ein paar Dutzend Bullen in den Weg stellten. Statt die Bullen einfach über den Haufen zu rennen, blieb die Demo brav vor den Bullen stehen, bzw. zerfaserte, als einige versuchten, seitlich an den Bullen vorbeizukommen. Dann kam immer mehr Bullenverstärkung an und es war offen-

sichtlich, daß es nicht mehr gelingen würde, weiter zu kommen. Das war dann für mich und einige andere der Zeitpunkt, zurück zum Camp zu gehen, was wir auch den anderen versuchten nahe zu legen, aber die wollten ja nicht hören. Übers Mega sagte dann noch irgendein Vollidiot was von »... mit dem Einsatzleiter reden...«. Als ob mit den Bullen zu labern jemals was gebracht hätte und schon garnicht in so einer Situation! Dann kam was kommen mußte: Einkesselung und Ingewahrsamnahme von etwa 150 Leuten incl. ED-Behandlung. Daß das kommen würde, war total offensichtlich und ich frage mich, wieso immer wieder Leute sich so blind einmachen lassen, bzw. sich von einigen Deppen zu so einem Schwachsinn überreden lassen.

Bei einer Aktion am Mittwoch wollten wir auf die Gleise, aber ein Trupp von Bullen mit ein paar Sixpacs stand so auf der Straße, daß sie uns den Rückweg hätten abschneiden können. Also sammelte sich ein Mob von Vermummten und zählte unter Gehüfte von 10 nach 0 runter. Ich hielt das wieder für die übliche harmlose Demofolklore, doch diesmal rannten sie bei 0 auf die Bullen los, außerdem wurde noch mit allem möglichen Zeux auf die Bullen geworfen. Die Bullen gerieten in Panik und flüchteten.

Was in einem Flug angeregt, aber wenig praktiziert wurde, war die Sabotage der Infrasrtuktur der Bullen. So wurde vorgeschlagen, alle Straßenschilder zu übermalen, damit die Bullen die Orientierung verlieren. Im Gegensatz zu uns (Ich brauchte nur meine Landkarte rauszuholen und schon war jemand da und fragte, ob er mir helfen könne) würden die Bullen von der ortskundigen Bevölkerung keine Auskünfte bekommen.

Daß in dem Camp in Nahrendorf, zu dem ich eigentlich wollte, wegen Verbots nicht gezeltet werden konnte, fand ich im Nachhinein nicht schlimm, da ich in Dannenberg in der von den Schülern besetzten Schule gepennt habe, wo es warm und trocken war. Vielleicht könnte in Zukunft für mehr Leute eine Unterkunft bei den WendländerInnen organisiert werden. Ein Camp ist, mal abgesehen von den barbarischen Temperaturen, für die Bullen viel leichter zu überwachen als Leute, die verstreut wohnen. Info- und Sammelpunkte sollten auch besser in Städten und Dörfern in Hallen oder Häusern sein, als auf freiem Feld, da Infocamps, wie in Nahrendorf geschehen, sehr leicht eingekesselt und geräumt werden können.

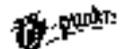
5

Handlungsfähig werden!

Kommentar zum Castor-Aktionsbericht unter www.opentheory.org/proj/castor/v0001.phtml.

An dieser Stelle muß ich doch mal kommentieren, denn diese Szene beschreibt doch ein Problem, das oft bei X1000malquer und anderen ausgeprägt ist und eine grundlegende Handlungsunfähigkeit politischer Gruppen darstellt. Die Organisationen und auch sog. »linksradikale« Gruppen basieren nicht auf handlungsfähigen Basisgruppen. Die Verantwortung für das Zustandekommen von Aktionen wird auf zentrale Vorbereitungsgruppen oder das Prinzip Zufall geschoben. Die Alternative wären Netzwerke und Organisationen auf der Basis handlungsfähiger Gruppen, die auch allein in der Lage sind, Aktionen durchzuführen. Das müssen sie trainieren (mental, strategisch und praktisch) und sich dann jeweils vorbereiten. Gegenseitige Unterstützung zwischen den Gruppen ist besonders gut möglich, wenn wir voneinander wissen, welche Gruppe was »kann«. Eine solche Handlungsfähigkeit der einzelnen Gruppen, auch allein effektiv agieren zu können, verhindert nicht gemeinsame Aktionen, sondern ist geradezu deren beste Voraussetzung. Denn nur dann besteht die Flexibilität, je nach Lage sich zu entscheiden. Sonst gibt es einen Zwang zum Gemeinsamen oder eben die Handlungsunfähigkeit - wie beim Castor jetzt ja auch spürbar. Wo waren die vielen vorbereiteten, handlungsfähigen Gruppen? Seit vielen Jahren wissen wir doch, daß davon die Aktionsqualität abhängt! Warum konzentrieren sich alle auf zentralistische Organisationsformen oder hängen in ihren Basis-Cliquen ab, bis die Mächtigen uns endlich wieder einen Aktionsanlaß bieten?

Ich träume von einem Direct-Action-Netzwerk und anderen Zusammenhängen, in denen wir uns in Aktionsformen schulen, kreativ neue entwickeln und dann auf dieser Basis miteinander agieren! Wir sind verdammt weit davon entfernt - und es besteht im Moment nicht einmal die Bereitschaft dazu ... fürchte ich! Nur ganz wenige Aktionen von kleinen kleinen Gruppen und das Durchbrechen bzw. geschickte Umgehen von Polizeisperren/-ketten, u.a. auch von X1000malquer-Teilgruppen, weisen in die richtige Richtung.



Der Infodienst für
UmweltaktivistInnen

Sommer 2001

● Kurz notiert:
Energie

33

Fotos

Die Fotos stammen
aus dem Internet von

www.randbild.de

und

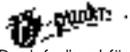
www.arbeiterfotografie.com

Videofilme

Achtung! Aus dem s'-kratzf-Studio (Offener Kanal in Hannover) gibt es schon einen Dokumentationsvideo zum Castorprotest im Wendland 2001!!!

Außerdem Filme zu Prag 2000 (Undercurrents), Seattle und Porte Allegro. Ein Film: 15 DM Alle: Pro Band 20 DM

Kontakt: Mischa, Tel. 0511/440386



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

34

Sommer 2001

• Kurz notiert: **Energie**



Themenredaktion "Energiewende"

Nicht besetzt!

Ökostrom von unten:
Jörg Bergstedt
oekostrom-von-unten
@web.de

Rubrik »Energiewende«

Förderung erneuerbarer Energien (Marktanreizprogramm)

Änderungen im Marktanreizprogramm ab 31.03.2001 in Kurzform: Die Förderung bei Solarkollektoranlagen wird je angefangenem qm errichteter oder erweiterter Bruttokollektorfläche gewährt. Auch Solarkollektoranlagen über 75qm/100qm können mit Zuschüssen gefördert werden, der Höchstbetrag liegt bei DM 50.000,00. Energieeinsparmaßnahmen können nur noch in Form der Heizungsmodernisierung mit einem Festbetrag in Höhe von DM 500,00 gefördert werden; Wärmeschutzmaßnahmen wie die Dämmung von Dach und Außenwänden sowie die Errichtung von Wärmerückgewinnungsanlagen können nicht mehr gefördert werden. Wärmepumpenanlagen werden nicht mehr gefördert.

Hinsichtlich der Inanspruchnahme der Eigenheimzulage (Ökozulage) kann ein Datenabgleich zwischen BAFA und den Finanzämtern erfolgen. Behördliche Genehmigungen sind nur noch auf Verlangen des BAFA vorzulegen. Der EU-Vorbehalt für kleine und mittlere Unternehmen ist weggefallen.

Förderprogramm im Einzelnen

gegenstand der Förderung: Solarkollektoranlagen Zuschuss 250 DM für Flachkollektoren je qm errichteter Kollektorfläche bis max. 100 qm bzw. 325 DM für Vakuumröhrenkollektoren je qm errichteter Kollektorfläche bis 75 qm; 100 DM je qm errichteter Kollektorfläche. Höchstbetrag je Anlage: 50.000 DM. Maßnahmen zur Energieeinsparung (Heizungsmodernisierung) nur in Kombination mit Solarkollektoranlagen.

Es kann gefördert werden: Modernisierung von Heizkesseln für Gebäude, die vor Inkrafttreten der Wärmeschutzverordnung 1995 errichtet wurden, wenn der auszutauschende Kessel mindestens 10 Jahre alt ist und ein Niedertemperatur- oder Brennwertkessel eingebaut wird. Zuschuss in Höhe von - zusätzlich - DM 500, max. in Höhe des Zuschusses für die Errichtung oder die Erweiterung der Solarkollektoranlage.

Photovoltaikanlagen: Programm »Sonne in der Schule« pauschal 6 000 DM je Einzelanlage.

Biomasse

Zuschuss für handbeschickte Anlagen: 80 DM je kW errichtete installierte Nennwärmeleistung

automatisch beschickte Anlagen: 120 DM je kW bis zu einer Nennwärmeleistung von 100 kW, mindestens jedoch 4000 DM. Bis 50

kW nur in Verbindung mit einer Zentralheizungsanlage

Antragsberechtigte: Privatpersonen, freiberuflich Tätige sowie kleine und mittlere private gewerbliche Unternehmen nach der Definition der europäischen Gemeinschaften (Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen möglich), die Eigentümer, Pächter oder Mieter der Anlagen sind, auf denen die Anlagen errichtet, erweitert oder reaktiviert werden sollen oder Energiedienstleister für die Anlagen sind, die bei den Antragsberechtigten errichtet, erweitert oder reaktiviert werden sollen.

Ausgeschlossen: Gebietskörperschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts, die sich überwiegend im Eigentum von Gebietskörperschaften befinden; Kirchengemeinden und -stiftungen. Programm »Sonne in der Schule« für Berufsschulen, Technikerschulen, Berufsbildungszentren, überbetriebliche Ausbildungsstätten bei den Kammern und für allgemeinbildende Schulen ohne Grundschulen die jeweiligen Träger.

Art der Förderung: Die Förderung erfolgt als Festbetragsfinanzierung durch nicht rückzahlbare Zuschüsse (Projektförderung).

Besondere Hinweise

Vor Eingang des Antrags im BAFA dürfen keine der Ausführung des Vorhabens zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsverträge abgeschlossen werden. Kostenvorschläge und Planungsleistungen sind zulässig. Eine Antragstellung ist nur mit Originalunterschrift des Antragstellers zulässig. Anlagen nach diesem Förderprogramm sind auf dem Gebiet der BRD mindestens 5 Jahre lang zu betreiben.

Von der Förderung ausgeschlossen sind Eigenbauanlagen oder Prototypen, gebrauchte oder überwiegend gebrauchte Anlagen; Solarkollektoranlagen für Schwimmbäder, Einzelfeuerstätten wie offene Kamine, Kaminöfen, Kachelöfen. Die Zuschüsse des BAFA dürfen mit Ausnahme derer für das Programm »Sonne in der Schule« nicht mit Zulagen, Investitionskostenzuschüssen oder Betriebskostenzuschüssen des Bundes, der Bundesländer oder der Kommunen kombiniert werden (Kumulationsverbot); dies gilt auch für Ökozulagen im Rahmen des Eigenheimzulagegesetzes; aus Mitteln privater Institutionen gewährte Zuschüsse sind ebenso unschädlich wie Darlehen anderer Institutionen.

Anträge auf Erhöhung des Förderbetrages wegen zwischenzeitlich geänderter Anlagenplanung können nur innerhalb eines Monats nach Zustellung des Zuwendungsbescheides berücksichtigt werden.

Laufzeit: Das Förderprogramm läuft bis zum Jahr 2003. Anträge können bis zum 15.10.2002 gestellt werden.

Ansprechpartner: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Referat 414 / 415, Tel: 06196/908-625, Fax: 06196/908-800, Mail: solar@bafa.de

Entscheidungsgrundlage: Richtlinien vom 23.03.2001 zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien: <http://www.bawi.de/downloads/r12001.pdf>

Erfolg für den Umwelt- und Klimaschutz: Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz tritt in Kraft

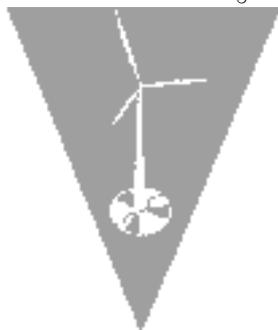
Am 18. Mai tritt das Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung in Kraft. Der VKU, der für das Zustandekommen dieses Gesetzes, das eine Soforthilfe für die umweltfreundlichen KWK-Anlagen sichert, monatelang gestritten hat, sieht in dieser längst überfälligen Reparatur eines von der vormaligen Bundesregierung schlecht gemachten Energiewirtschaftsgesetzes einen Erfolg für den Umwelt- und Klimaschutz. »Hätten wir in diese Auseinandersetzung nicht all unsere Kräfte zentriert, so wären Investitionsruinen in Milliardenhöhe entstanden und eine moderne, umweltfreundliche Technik zu Grabe getragen worden« betont VKU-Präsident Gerhard Widder heute in Köln.

Der Bau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen war als sinnvolle Investition in die Umwelt über Jahre hinweg auch mit hohen öffentlichen Mitteln gefördert worden. Leider seien Schwierigkeiten bei der Auslegung und Anwendung des Gesetzestextes zu erwarten, so Widder. Der VKU werde seine Arbeit nun darauf konzentrieren, diese Interpretationsprobleme auszuräumen. Vor allem aber sei es nun wichtig, dass neben der Soforthilfe für die Unternehmen eine Regelung gefunden werde, die den nachhaltigen Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplungstechnologien in Deutschland sichere, nicht zuletzt aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes. In diesem Sinne hatte auch der Bundesrat in einer Entschliebung am 7. April die Bundesregierung aufgefordert, innerhalb eines Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Nach Auffassung des VKU, der diese Entschliebung ausdrücklich unterstützt, kann eine solche Regelung in einer Quotenlösung mit der Möglichkeit des Zertifikatshandels bestehen. Hieran werde, wie Präsident Widder betont, beim VKU bereits mit Nachdruck gearbeitet.

Originaltext: VKU, Im Internet recherchierbar: <http://recherche.newsaktuell.de>

Ein Jahr EEG: Immer mehr und immer größer

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gibt es allerorten kräftigen Zuwachs an regenerativen Energieanlagen. Nach der Monatsstatistik der Zeitschrift »Neue Energie« (4/2001) gab es z.B. von Februar 2000 bis Februar 2001 einen Zuwachs von 1.499 Windkraftanlagen - das ist immerhin ca. ein Fünftel mehr (Gesamtanzahl jetzt 9354). Gestiegen ist auch die durchschnittliche Leistung. Sie liegt jetzt bei 662,8 kW pro Anlage. Nicht nur die



Quelle

Aus dem Internet (www.bawi.de) übernommen von Axel Horn - Umweltmailbox AMAZONAS - www.getsolar.de



Anlagenbauten der letzten Zeit zeigen den Trend zu immer größeren Anlagen. Überall wird über Größenordnungen geredet, die deutlich außerhalb des bisher Vorstellbaren liegen - allen voran die Offshore-Windparks im offenen Meer, deren Investitionsvolumen im Milliardenbereich liegen soll.

Neben Windanlagen gibt es auch bei Biogas und Photovoltaik sprunghafte Zuwächse. Ein Vergleich verschiedener Länder zeigt, daß die garantierten Preise bei der Energieeinspeisung den entscheidenden Qualitätssprung ausmachen.

Quelle: Neue Energie 4/2001

EEG ist europakonform

Der Europäische Gerichtshof hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz für zulässig erklärt und damit letzte Zweifel an der Rechtssicherheit ausgeräumt. Fortan kann ohne Bedenken auf das EEG vertraut werden.

Biomasse-Verordnung verabschiedet

Sowohl aus arbeitsmarktpolitischer als auch aus umweltpolitischer Sicht sehr zu begrüßen ist die Verabschiedung der Biomasse-Verordnung durch die Bundesregierung. Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat den Entwurf der Verordnung an Bundestag und Bundesrat

weitergeleitet. «Die Biomasseverordnung ist ein weiterer Baustein der von uns eingeleiteten Energiewende. Sie ermöglicht die klimaschonende Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen wie Holz und Pflanzenabfällen.» sagte Bundesumweltminister Trittin hierzu in einer Presseerklärung. Dies wird nun zu Investitionen von mehreren Milliarden Mark führen, was sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken dürfte. Der Bioenergie wird in der Bundesrepublik ein vergleichbar hohes Potential wie der Windkraft zugerechnet, sie liegt in der Entwicklung allerdings etwa zehn Jahre zurück. Bei geeigneten Rahmenbedingungen wird es für möglich gehalten, durch die Nutzung von Biomasse bis zum Jahr 2010 etwa 5 bis 10 Millionen Tonnen CO₂ jährlich einzusparen. Auf lange Sicht kann die Biomasse in Deutschland zu etwa einem Fünftel zur Energieversorgung beitragen.

Das Bundesumweltminister rechnet nun etwa mit der zügigen Errichtung von modernen Anlagen zur Stromerzeugung aus Holz mit einer Kapazität von etwa ein bis zwei Millionen Tonnen pro Jahr. Dies entspricht alleine für diesen Teilbereich der Biomasse-Nutzung einer umweltfreundlich erzeugten Strommenge von ein bis zwei Terawattstunden im Grundlastbereich. Dabei ist sehr wichtig zu bedenken, daß Holz genauso wie alle anderen Biomasse-Stoffe bei der Verbrennung nur soviel CO₂ freigibt, wie es vorher beim Wachstumsprozeß aus der Luft aufgenommen hat. Dadurch wird durch die Energieerzeugung aus Bio-

masse kein CO₂ freigesetzt. Im Gegensatz dazu wird bei Erdöl/Erdgas/Kohle CO₂ freigesetzt, was viele Millionen Jahre vorher aus der Luft aufgenommen und gespeichert wurde, zu Zeiten als menschliches Leben auf der Erde noch nicht möglich war. Holzpellet-Heizungen sind mittlerweile genauso wie technische Großanlagen zur Verfeuerung von Biomasse (=Holz, Stroh, Biogas) technisch sehr ausgereift und weisen eine sehr geringe Belastung durch Schadstoffe aus.

Weitere Infos: www.bmu.de. Anbieter von Holzheizungen sind www.intensys.de und www.sonnenwaerme.de (u.a.).

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

• Kurz notiert: **Energie**

35

Autor zu BiomasseVO

Bernd Schüssler, Berlin

Ö-termine

25.4. in Witten (trotz allem)
Vortrag »Ökostrom von unten«
www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine.html

14.-16.5. in Berlin
2. Berliner Energietage
Info: Berliner ImpulsE, O3O/2175210-7, Fax -9,
www.berliner-energietage.de

18.-20.5. in Kaufbeuren
Messe umwelt 2001
Mattfeldt&Sänger, O831/540633-O, Fax -99

22.-24.6. in Schönau
Strom-Seminar
Jahrestreffen der Ex-StromrebellInnen
Info: www.ews-schoenau.de

22.-24.6. in Augsburg
Bayern regenerativ 2001
Messe und Kongreß, www.energie-server.de

15.-30.8.
Internationaler Workshop "Energie"
(deutsch-bulgarisch)
Info: JUPI, O4531/4512, jup@inihaus.de

Ö-Punkte zu Ökostrom

Wer noch Ausgaben der Ö-Punkte Schwerpunktes »Ökostrom von unten« haben will, kann die für 1 DM pro Heft anfordern (plus Porto).

Ökostrom-von-unten-Reader erschienen: Blicke hinter die Kulissen des Ökostroms!

Es wird gelogen und gestritten-Ist Ökostrom überhaupt sinnvoll? Welche Angebote sind Täuschungen, welche bringen tatsächlich etwas auf dem Weg weg vom Atomstrom und hin zu regenerativen Energien? In einem umfangreichen Reader hat das Institut für Ökologie jetzt die notwendigen Hintergrundinformationen zusammengestellt - von grundlegenden Übersichten, welche

Stromangebote welche Qualität haben bis zu Spezialfragen der Umweltverträglichkeit von Photovoltaikanlagen und mehr.

»Wir verfolgen zwei Hauptziele mit der Veröffentlichung«, sagt Jörg Bergstedt vom Projekt »Ökostrom von unten« des Instituts für Ökologie, der für den Reader verantwortlich zeichnet. »Zum einen wollen wir Licht in das Durcheinander und Wirrwarr um den Ökostrom bringen. Der Reader gibt einen guten Blick hinter die Kulissen, die meist verborgen sind. Zum zweiten wollen wir aber auch allen denen, die selbst aktiv sind oder werden wollen in Umweltschutzgruppen, -zentren, Energieendekomitees, Anti-Atom-Initiativen oder als UmwelberaterInnen u.ä. eine Handreichung geben, wie sie selbst vor Ort aktiv werden können - und zwar nicht nur als billige Werber für irgendwelche Ökostromangebote, sondern mit einer richtig runden Aktion von neuen Energieanlagen bis zur Ökostromumstellung.«

Diese Vielfalt strahlt der Reader aus. Er ist für 12DM bei der Materialauswahl Umweltschutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld, info@maus-versand.de zu bestellen.

Aufruf: Regenerative Energieanlagen aufbauen!

Wir suchen Initiativen, Nachbarschaftsgruppen, Umweltverbände usw., die an ihrem Ort bzw. in ihrer Region gemeinsam eine oder mehrere Energieanlagen aufbauen wollen. Das ist zur Zeit finanziell lukrativ und auch recht einfach. Zur Zeit dominieren Firmen, die mit ihrem Geld Standorte kaufen und die Anlagen errichten. Wir möchten Umweltgruppen, AnwohnerInnen usw. aufrufen, selbst aktiv zu werden und »von unten« Energieprojekte zu starten. Dabei beraten wir gern und können auch Firmen vermitteln, die bei Planung, Finanzierung und Umsetzung helfen - wobei wir unsere Beteiligung auch dazu nutzen wollen, das Projekte als BürgerInnenprojekte und nicht nur über den Markt organisiert werden.

Nähere Infos: www.projektwerkstatt.de/strom/vorort.html und über das Projekt »Ökostrom von unten«

Die Infoquelle zu Ökostrom von unten:
<http://move.to/oekestrom>



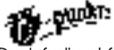
Ö-Verteiler "EnergieWende"

• Leider keiner.



Kontakt:
Jörg Bergstedt
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
O6401/903283
oekestrom-von-unten@web.de

Ökostrom



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

36

Sommer 2001

Kurz notiert: Umwelt

Autorin zu Radfahrstädten

Biggi Häussler

Infos: ECF, Rue de Londres, 15 (b.3), BIO50 Brüssel,

Zum Nachlesen: Bicycle Research Report Nr. 121, Oktober 00, erhältlich bei ECF (siehe links) oder „Bicycle Account 1998“ (auf engl.), Hg. Stadt Kopenhagen, Building and Construction Administration, Road Department, Kopenhagen 1999.



Themenredaktion "Verkehr"

Umkehr e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding Tel. 030/4927473, Fax 4927972 info@umkehr.de

Die Kurzfassung der Studie ist in der Reihe „Verkehr Kompakt“ als Nr.6 erschienen und für 4,- DM zzgl. Versand bei UMKEHR e.V. erhältlich.

InformationsDienst Verkehr IDV Nr. 66 erschienen

Die neueste Ausgabe der vierteljährlichen Zeitschrift für Aktive im Verkehrsbereich ist mit der Ausgabe 66 erschienen. Sie enthält folgende Schwerpunktthemen: Flughäfen verursachen viel Verkehr, Zebrastrassen jetzt einfordern, Rechtswidrige Radwege und einen Beitrag zur Tempo 100 – Debatte. Abgerundet wird das Heft mit Buchbesprechungen und einem Terminkalender. Der IDV 66 ist gegen 9,-DM in Briefmarken oder auf Rechnung erhältlich bei UMKEHR e.V. (im Abo für 54 DM für 6 Hefte) ecf_brussels@compuserve.com. Und: http://www.cycling.nl

Rubrik »Verkehr«

Radfahr»paradiese«?

Kopenhagen - ein RadlerInnenparadies

Die dänische Hauptstadt ist fest in Händen beziehungsweise Füßen der RadfahrerInnen. Damit steht Kopenhagen nicht allein da, der Radverkehr hat auch in einigen deutschen Städten wie z.B. Münster oder Troisdorf eine ausgeprägte »Fahrradkultur« entwickelt.

Die Stadt Kopenhagen ist bemüht um ihre RadlerInnen. So dokumentiert sie seit 1995 Entwicklungen des Radverkehrs. Einige Ergebnisse aus diesem Bericht sind:

Seit 1995 stieg die Zahl der RadfahrerInnen von 170 800 auf über 196 000 an zur rush hour schieben sich hier neben stinkenden Blechkisten auch enorme Radmassen durch die Straßen. 30 Prozent der Berufstätigen, also fast jede/r Dritte, radelt zur Arbeit - da wagt unser-eins in den »Otto-normal-Städten« nicht

von zu träumen. Die bestehenden Radwege haben insgesamt eine Länge von 340 km. Für die Radwegeunterhaltung stehen über 1 400 000 DM bereit (Zum Vergleich: In Stuttgart, einer Vorzeigekommune, beträgt der gesamte Radverkehrsetat mit 750 000 DM gerade mal die Hälfte). Eine weitere Besonderheit der Kopenhagener: es stehen 1 700 kommunale Fahrräder bereit. Sie sind an verschiedenen Radstationen in der Kernstadt verteilt und können kostenlos (!) geliehen werden. Autos dürfen in der Stadt nur stundenweise gegen teures Geld geparkt werden. Übrigens: es herrscht hohe Disziplin unter den RadfahrerInnen: bei roten Ampeln bleiben sie stehen, auch wenn auf der Kreuzung kein Fahrzeug zu sehen ist, an Bushaltestellen bremsen sie und lassen die Fahrgäste beim Aus- und Einsteigen den Radweg kreuzen, wer vorhat abzubremsen, kündigt dies durch Handheben an.

Kooperation von Lufthansa und DB AG Flughäfen verursachen viel Verkehr

Umfangreich, umweltschädlich und defizitär: Der landseitige Zubringerverkehr der Flughäfen muss stärker beachtet werden

Der Pkw Verkehr eines Jahres zu und von den deutschen Flughäfen ist so umfangreich wie die gesamte Jahresfahrleistung im Vier Millionen Ballungsraum Berlin. Dabei stellen die Flug Passagiere weniger als die Hälfte der Pkw Insassen, lautet eine der Erkenntnisse in einer Studie der Verkehrsorganisation UMKEHR e.V. Wer Verbesserungen beim Auto Zubringerverkehr erreichen will, muss sich verstärkt um Zuschauer und Beschäftigte kümmern, fasst Stefan Lieb, Autor der Studie, zusammen. Verlangte man den gesamten Zubringerverkehr per Auto auf die Bahn, hätte man bereits zehn Prozent des Klimagase Reduktionszieles für den gesamten Verkehr in Deutschland erreicht.

Der Preis für den Umstieg ist allerdings hoch. Trotz großer Investitionen ist es der Bahn bisher nicht gelungen, den Durchbruch in diesem Marktsegment zu schaffen. Ab März 2001 soll die Schiene zusätzlich Verbindungen des innerdeutschen Flugverkehrs übernehmen. Hier sind die Erwartungen überspannt: teilweise werden mehr zu verlangende Flüge angegeben als auf den Strecken tatsächlich verkehren. Hinzu kommt, dass der Großteil der Inlandspassagiere Geschäftsleute sind, für die niedrige Ticketpreise bei der Bahn kein

Argument sind. Ein Viertel der Passagiere gibt sogar an, bei der Einstellung von Flugstrecken andere Routen zu wählen statt auf die Bahn umzusteigen. So ist es nicht verwunderlich, dass der Inlandsflugverkehr seit 1997 selbst auf den für die Bahn optimalen Verbindungen wieder anwächst. Seit 1998 fliegt Lufthansa im Inlandsverkehr wieder schwarze Zahlen ein. Ein Verzicht auf diese Einnahmequelle wird dadurch unwahrscheinlich.

Aus der Sicht der Bahn stellt sich ein Engagement in diesem Bereich als riskant dar. Hohen Investitionen in Strecken und Bahnhöfen steht ein kleiner potenzieller Kundenkreis gegenüber. Es darf nicht Aufgabe der Bahn sein, große Teile ihres Netzes verlottern zu lassen, und andererseits wenige Kunden mit viel Aufwand möglichst preiswert und schnell aus ihrem Geschäftsbereich heraus zu expedieren, so Lieb. Wenn Fluglobby und Bundesregierung tatsächlich ein Umsteigen wünschen, dürfen Kosten und Betrieb der Flughafen-Anschlüsse nicht von der Bahn übernommen werden. Die »Nur Bahnfahrer haben kein Verständnis dafür, dass sie über ihre Fahrpreise den Zubringerverkehr zu den Flughäfen subventionieren. Glaubwürdige flankierende Maßnahmen wären gefragt, um der Bahn nicht endgültig das Wasser abzugraben. Nachtflugverbote und keine weiteren Straßenanschlüsse zu den Flughäfen gehören dazu.

Nicht nur in Amsterdam: Radeln lohnt sich

Wirtschaftlich lohnt sich Radfahren in Städten gegenüber dem motorisierten Verkehr allemal. Dies zeigten verschiedene Kosten-Nutzen-Analysen.

Eigentlich jeder/m sowieso klar, nun durch eine Untersuchung in den Niederlanden bestätigt, hat der Radverkehr gegenüber anderen Verkehrsmitteln viele Vorteile: geringere Investitions- und Betriebskosten, kürzere Reisezeiten, ersparte Staus, geringerer Platzbedarf, weniger Luftverschmutzung und Lärm, geringere Ausfallzeiten und Arztkosten durch mehr Bewegung und dadurch bessere Gesundheit, geringere Unfallschäden, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und alles in allem eine verbesserte individuelle Mobilität. Diese Vorteile können auch in barer Münze ausgedrückt werden: In Amsterdam, deren 1,5 Millionen Einwohner bereits 27 Prozent aller Ortsveränderungen mit dem Fahrrad zurücklegen, wurden der Bau weiterer Fahrradparkplätze und die Kompletierung des Radwegenetzes geplant. Dies wird etwa 230 Millionen EUR kosten. Der erwartete Nutzen: die mittlere »Parksuchzeit« der RadfahrerInnen wird um vier Minuten verringert und der Radverkehr um drei km/h beschleunigt. Durch diese Verbesserungen wird eine Zunahme des Radverkehrs um circa dreizehn Prozent erwartet. Diese Zunahme entspricht einem in Geld ausgedrückten Nutzen von 17 Millionen EUR. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis - bezogen auf 20 Jahre - beträgt damit 1: 1,5.

Weitere Infos: Bicycle Research Report Nr. 120, September 00, erhältlich bei ECF, siehe links.

Politische Mühlen mahlen langsam

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages befasste sich im Januar erstmalig mit dem Radverkehr. Der Radverkehrsanteil hierzulande liegt bei elf bis zwölf Prozent gegenüber 27 Prozent in den Niederlanden. Mit einem nationalen Radverkehrsplan ließe sich dieser Anteil auch bei uns deutlich erhöhen. Einsparungen allein im Umweltsektor wären nach Aussagen des Umweltbundesamts in Höhe von 7,4 Milliarden Mark möglich, Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen kämen noch dazu.

Weitere Infos: http://www.adfc.de

Rechtswidrige Radwege

Mit der StVO-Änderung von 1997 hatte die Bundesregierung einige Verbesserungen für Radfahrer durchsetzen wollen. Dabei wurde die Rechnung allerdings ohne die Kommunen und deren Straßenverkehrsbehörden gemacht, die



die Umsetzung der Verwaltungsvorschriften faktisch oft verweigerten. So wurde die Benutzungspflicht von schlechten Radwegen nicht aufgehoben, sondern noch verschärft durch das Anbringen des blauen Radwege-Schildes (Zeichen 237, 240 und 241 StVO). Vorschub leisteten den örtlichen Verwaltungen dabei unklare Formulierungen und vielen Ausnahmeregelungen in den Verwaltungsvorschriften. Ein Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts könnte den Straßenverkehrsbehörden jetzt Beine machen.



Tempo 100:

Genug studiert – jetzt probieren!

Und das Tempolimit kommt doch – titelte die Süddeutsche Zeitung vor zehn Jahren. Wie wir jetzt wissen, sind wir von Tempo 100 weiter entfernt als zuvor. Dabei sprechen so viele Tatsachen für ein Tempolimit, aber die möglichen Emotionen der Autofahrer und die Angst der Politiker davor belassen die deutschen Autobahnen regellos. Noch 1992 wusste Gerhard Schröder: Das Tempolimit ist ein Gebot der Vernunft. Aber was hat Politik schon mit Vernunft am Hut, wenn sie am Regieren ist?

Vorteile von Tempo 100

Die Wahrscheinlichkeit einer Kollision wie auch die Schwere der Unfälle steigen mit dem Quadrat der Fahrgeschwindigkeit. Verschiedene Institute verschiedene Angaben, der Trend jedoch ist immer eindeutig: Umweltbundesamt 25-50% weniger Tote und Verletzte BASF 17% oder z.B. für den Fall von Tempo 80/100 außerorts prognostiziert das UPI eine Halbierung der Verletztenzahlen. Auch der Rückkehrschluss ergibt stets das gleiche Bild: Aufhebung des Tempolimits lässt die Unfallzahlen hochschnellen (USA in den Achtzigern/ BRD 1974/ 75).

Eine Verteuerung des Kraftstoffs allein senkt das Geschwindigkeitsniveau und damit die Unfallzahlen nicht, wie die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen (elf Prozent mehr Unfalldote auf den Autobahnen als im Vorjahr).

Lauf Umweltbundesamt würde Tempo 100 das auf Autobahnen ausgestoßene Kohlendioxid um 19% bei einem Befolungsgrad von 80% senken. Insgesamt wären das drei Prozent CO₂ des gesamten Verkehrs

Entsprechendes lässt sich zum Energieverbrauch sagen, der parallel mit dem Kohlendioxid-Ausstoß zunimmt. Der Kraftstoffverbrauch steigt überproportional zur gefahrenen Geschwindigkeit

Bei Tempo 110 würde sich der Stickoxid-Ausstoß um zehn Prozent laut Wuppertal-Institut senken

Die Bildung von Sommersmog/ Ozon wird durch Tempolimits gemindert. Tempolimit allein bringt eine Stickoxid-Senkung von über fünf Prozent, eine Kombination mit Fahrverboten ist selbstverständlich deutlich wirksamer. Allerdings sinken der Ozonspiegel und seine Vorläufersubstanzen erst ein bis zwei Tagen nach Eingriffen ins Verkehrsgeschehen. Das spricht für konstante Tempolimits und nicht für Hau-Ruck-Aktionen. Im Bereich Sommersmog/Tempolimit wird ein sinkender Handlungsbedarf suggeriert, da die den Prognosen über die Entstehung von Sommersmog zugrundeliegenden Annahmen zu optimistisch sind. Sie gehen von konstantem lebenslangen Funktionieren der Katalysatoren aus und berücksichtigen nicht die im Laufe der Zeit ansteigenden Geschwindigkeiten der Pkw und Lkw auf den Autobahnen.

Bei höheren Geschwindigkeiten dominieren die Reifen- über die Motorgeräusche. Flächendeckend Tempo 80/100 würde den Lärm um zwei dB(A) mindern, Tempo 100 auf Autobahnen allein werktags mindestens um einen Dezibel. Aufgrund der Reifengeräusche ist der vermehrte Einsatz von Elektro- und Brennstoffzellen-Fahrzeugen keine Lösung für das Problem

UMKEHR e.V. unterstützte einen Berliner Radfahrer bei seinem Klageweg bis vor das Verwaltungsgericht. Der Radfahrer hatte beantragt, die Benutzungspflicht von vier Radwegen in der Nähe seiner Wohnung aufzuheben, da die Benutzung der Wege ihn gefährde und behindere. Die Straßenverkehrsbehörde lehnte ab, so dass Klage erhoben wurde. Der Radfahrer bekam im Urteil im vollen Umfang Recht.

Mehr Infos der Verkehrsredaktion:
www.projektwerkstatt.de/oepunkte



„Lärm von Schnellstraßen“ Der Trend, immer breitere Reifen einbauen zu lassen, erhöht den Lärmpegel. – Tempo 100 wirkt sich sonntags am stärksten aus, da zu dieser Zeit keine Lkw auf Autobahnen unterwegs sein sollten.

Schmalere Fahrbahnen mit einer mehr der Landschaft angepassten Trassierung sparen Fläche und Kosten bei Bau und Bodenerwerb. In Deutschland ist man stolz auf die gut ausgebauten Autobahnen. Die Fahrstreifen sind breiter als die in den Nachbarländern, die Kurven so angelegt, dass man das Stäuende schon von Ferne sieht. Dabei übersehen allerdings die Politiker, dass die gefährliche Geschwindigkeit vom Platzangebot abhängig ist. Durch den Ausbau von Autobahnen werden Unfallzahlen nicht gesenkt. Das zeigen Untersuchungen aus den siebziger Jahren über Unfallschwerpunkte auf gut ausgebauten Landstraßenabschnitten, aber auch aktuellere Unfallzahlen: 1999 lagen die Unglückschwerpunkte in Brandenburg auf den neu ausgebauten, sechsspürigen Autobahnabschnitten. Die Polizei begründete das explizit mit dem Ausbaustandard.

Allein im Gesundheitsbereich könnten durch Einführung von Tempo 30/80/100 jährliche volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von über 5,7 Milliarden DM eingespart werden. Die Gesundheitskosten setzen sich aus den Behandlungs- und Ausfallkosten (z.B. bei der Arbeit) zusammen. Relativ gesehen würde ein Autobahn-Tempolimit die volkswirtschaftlichen Kosten für Getötete und Schwerverletzte auf diesen Straßen um knapp 40% senken.

Die hier zusammengestellten positiven Auswirkungen eines Tempolimits von 80 bzw. 100 km/h ergeben sich nicht durch das alleinige Aufstellen entsprechender Verkehrsschilder. Diese Maßnahme würde die gefährliche Geschwindigkeit lediglich um sechs Prozent senken, da sich nur etwa jeder dritte Kfz-Lenker daran hielte. Statt der z.B. möglichen 19%igen Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes und Kraftstoffverbrauchs bei einem Befolungsgrad von achtzig Prozent wären es nur noch fünf.

Tempo 100 darf nicht zur bloßen Richtgeschwindigkeit verkommen wie die heutige Regelung. Neben einer guten Überzeugungsarbeit muss es daher auch engmaschige Kontrollen und Sanktionen geben. Erfreulicherweise erhöht sich der Druck von außen auf Deutschland. Nicht nur die EU Kommission sondern auch die OECD bemängelte jüngst das Fehlen eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen.

Ö-termine

28. – 30. April 2001 in Leipzig
13. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrs-Kongress (BUVKO): „Motto: Jetzt schlägt es 13!“

Dreitägige (Samstag bis Montag) Diskussions-, Aktions- und Arbeitstagung der verkehrspolitisch Aktiven im Schiller-Gymnasium aus der ganzen Bundesrepublik mit ca. 20 Arbeitsgruppen zu fast allen Themen der aktuellen Verkehrs-Debatte. Vorträge, Podiumsdiskussion „Rot-grüne Verkehrspolitik auf dem Prüfstand“; Informationen von und über Initiativen, zahlreiche Exkursionen in Leipzig und der Umgebung, interessantes kulturelles Rahmenprogramm

Veranstalter: Arbeitskreis Verkehr und Umwelt UMKEHR e.V., FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland und ÖKOLÖWE – Umweltbund Leipzig

Nähere Programm Informationen über UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel.: 030/492-7473, Fax: -7972, info@umkehr.de

18. + 19. Juni 2001 in der Akademie Frankenburg Würzburg

Wanderwegenetze

Infrastruktur für den sanften Tourismus und eine zukunftsfähige Mobilität.

Montag ab 14 Uhr bis Dienstag 15 Uhr. Gebühr: 90,- DM einschließlich Verpflegung und Unterkunft.

Veranstalter: Gesellschaft für Politische Bildung e.V. in Kooperation mit dem FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland, gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bitte Seminarprogramm Nr. 2502 anfordern: Akademie Frankenburg, Postfach 5580, 97005 Würzburg, Thea Momper, Tel. 0931 / 80464-33, Fax – 44, Thea.Momper@fes.de. Inhaltliche Nachfragen: FUSS e.V. Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Bernd Herzog-Schlagk, Tel.: 030/492-7473, Fax: -7972, info@fuss-ev.de

Sonntag, den 17. Juni 2001, Bundesweit an möglichst vielen Orten

Mobil ohne Auto MoA

Aktionstag zur Werbung für die Verkehrsmittel des Umweltverbundes, – alle Umwelt- und Verkehrsverbände sowie Initiativen sind aufgerufen, sich mit Aktionen dezentral vor Ort daran zu beteiligen.

Das Fallblatt mit dem Aufruf zu MoA incl. Aktionstipps sowie ein Poster ist erhältlich bei: Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSO)

c/o RefRat der HU, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Tel: 030/2093-2603 / -2614 Fax: -2396, oeko@refrat.hu-berlin.de, http://mobiloehne-auto.de

Dienstag, den 19. Juni 2001, Bundesweit an möglichst vielen Hochschulen

Autofreier Hochschultag

Aktionstag zur Werbung für die Verkehrsmittel des Umweltverbundes, – alle AstAs, studentische Ökologie- und Verkehrsgruppen, fachschaften, StuPas u.ä. sind aufgerufen, sind mit Aktionen an ihrer Uni daran zu beteiligen.

Das Fallblatt mit dem Aufruf zum Autofreien Hochschultag incl. Aktionstipps sowie ein Poster ist erhältlich bei: Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSO)

c/o RefRat der HU, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Tel: 030/2093-2603 / -2614 Fax: -2396, oeko@refrat.hu-berlin.de, http://mobiloehne-auto.de

Samstag, den 22. September 2001, Bundesweit an möglichst vielen Orten

Europaweiter autofreier Tag

Aktionstag der bundesdeutschen Kommunen mit Beteiligung von Umwelt- und Verkehrsverbänden, Initiativen u.a. Informationen erhältlich bei der Koordination: Klima-Bündnis der europäischen Städte, Galvanstr. 28, 60 486 Frankfurt am Main, Tel: 069/70790083, Fax: 069/703927, http://www.22September.org

September 2001

Eine „nette kleine Eiselei“ anlässlich der IAA in Frankfurt/M. mit Eselsballet, einer laufenden Karosserie und feierlichem Autoteilen (mit dem Schneidbrenner) plant „autofrei leben“. Kontakt: Dorfstr. 18, 07646 Schloßen, Tel. 036428-41091, Fax: -49293

Der Infodienst für
Umweltakteurinnen

Sommer 2001

• Kurz notiert:
Umwelt

37

Literatur

Zur Geschichte der Tempolimits: Heinrich Praxenhaler, Die Sache mit der Geschwindigkeit, in: Straßenverkehrstechnik 9/95, 2, 10 + 12/96,

UPI, Möglichkeiten der Einsparung volkswirtschaftlicher Kosten durch Geschwindigkeitsbeschränkungen, UPI-Bericht 42, Heidelberg 1997

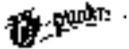
UPI, Bodennahes Ozon, UPI-Bericht Nr. 48, Heidelberg 1999
IDV 65, Der Ökrisen-Test, Berlin 2000
Angaben für die aktuellen Umweltauswirkungen: Umweltbundesamt, Fachbereich Verkehr und Umwelt



Ö-Verteiler
"Verkehr"

• Leider keiner.





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

38

Sommer 2001

• Kurz notiert: Markt & Macht



Themenredaktion "Chemie/Industrie"

Nicht mehr besetzt!

Wer hat Lust?

Kontakt bis dahin:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418,
40081 Düsseldorf
0211/3339-11, Fax -40
co_gegen_bayer@
nadeshda.gun.de

Ö-Verteiler "Chemie/Industrie"

• Stichwort Bayer

Rubrik »Chemie/Industrie«

Kapital will EU-Vorherrschaft

In den 70er Jahren haben die 12 größten französischen Konzerne noch mehr Umsatz als die 12 größten bundesdeutschen Unternehmen gemacht. Seit den 80er Jahren veränderte sich das Kräfteverhältnis jedoch stetig. 1999 schließlich machten BAYER & Co. 100 Prozent mehr Umsatz als die Multis auf der anderen Rheinseite. Auf dem EU Gipfel von Nizza versuchte Schröder als Genosse der Bosse dann, diesen ökonomischen Machtzuwachs in Europa mit einem politischen zu unterfüttern. Er beanspruchte im Europäischen Ministerrat mehr Stimmen als Frankreich. Im Falle der gewonnenen Dominanz könnte dann die EU Osterweiterung, die vor allem der bundesdeutschen Wirtschaft nutzt und

gegen die andere Länder deshalb starke Vorbehalte haben, viel problemloser durchgesetzt werden, kalkulierte Schröder. Der BAYER Konzern bezeichnete die Staaten Mitteleuropas in seiner Publikation BAYER report 2/2000 als Europäische Tigerländer mit gewaltigem Potenzial und hat seinen Umsatz in den

letzten vier Jahren um zwei Drittel auf 250 Mio. Euro gesteigert. In Nizza ist die Bundesregierung mit ihrem Bemühungen um die Vorherrschaft in Europa zwar gescheitert, aber sie wird das Ziel konsequent weiterverfolgen.

Erfolg für DIURON-Kampagne

Die zahlreichen Aktivitäten unter Beteiligung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) gegen die Aufhebung des Verbots, BAYERs Total-Herbizid DIURON auf Schienenstrecken auszubringen, haben zu einem Erfolg geführt. Das Bundesumweltministerium hat beschlossen, den Wiederzulassungsantrag der DEUTSCHE BAHN AG im Verlauf des Jahres 2001 nicht mehr positiv zu bescheiden. So hat sich die Arbeit der Umweltschutz-Gruppen ausgezahlt, darunter neben der CBG das PESTIZID-AKTIONS-NETZWERK (PAN), GREENPEAC und dem WORLD WILDLIFE FUND GERMANY (WWF) ausgezahlt. Der Initiative für eine Beibehaltung des Verbots hatten sich auch die PDS, die NRW-Landtagsfraktionen von Grünen und SPD sowie der bayerische CSU-Umweltminister angeschlossen. Endgültig vom Tisch ist das Thema allerdings nicht, denn die BAHN AG hält ihren Antrag aufrecht.

CBG für Antibiotika-Verbot

Durch das im Januar aufgeflogene illegale Geschäft mit Tierarzneimitteln sind auch die Antibiotika wieder in die Diskussion geraten. Diese Mittel gelten seit geraumer Zeit als äußerst gefährlich, da ihr massenhafter Einsatz in der Massentierhaltung die Herausbildung von Antibiotika-resistenten Krankheitskeimen befördert, die über die Nahrungskette auch in den menschlichen Körper gelangen können. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat deshalb in einer Presseerklärung erneut ein sofortiges Verbot des unkontrollierten Einsatzes von BAYERs BAYTRIL und anderer Substanzen in den Ställen gefor-

dert. Unterdessen hat die Verbraucherschutzministerin Renate Künast angekündigt, in Brüssel auf Möglichkeiten zu drängen, das 2005 in Kraft tretende generelle Antibiotika-Verbot der EU in den einzelnen Mitgliedsländern schon früher umzusetzen.

Klage wg. Pestizid-Vergiftungen

Am 22. Oktober 1999 starben 24 peruanische Schulkinder aus Taucamarca an einer Pestizid-Vergiftung. Die Frau eines Lehrers hatte das Giftpulver versehentlich in die Schulmilch gemischt. Solche Verwechslungen kommen relativ häufig vor, da die Gifte nicht eindeutig gekennzeichnet sind. Bei dem Wirkstoff der Agrochemikalie handelte es sich um Parathion, das unter anderem in den BAYER-Produkten E 605 FORTE, ME 605 und ECOMBI enthalten ist. Darum bereitet eine ehemalige Mitarbeiterin der US-amerikanischen Sektion des PESTIZID-AKTIONS-NETZWERKES (PAN) eine Klage gegen BAYER vor und bat die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) um Unterstützung. Wir helfen sofort mit prozess-relevantem Material.

Kritik an Drogentests

Seit 1997 führt BAYER bei Bewerbungen Drogentests durch. Natürlich bleiben KandidatInnen für Führungspositionen von dieser Prozedur verschont, wie der Fall des Kokain-süchtigen BAYER-Trainers Daum beweist. Als Grund für die betriebsinterne Drogenfahndung gibt der Chemie-Multi die Sorge um die Sicherheit am Arbeitsplatz an. In Wirklichkeit ist die Maßnahme aber nur Teil eines immer umfassender werdenden

medizinischen Auslese-Verfahrens, das auch Schwangerschaften und HIV-Infektionen feststellen kann und mit Gentests seinen Höhepunkt erreichen dürfte. Der Landesbezirksvorsitzende der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE), Detlef Fahlbusch, kritisierte das Vorgehen BAYERs: »In der pauschalen Form ist es ein unzulässiger Eingriff in das Persönlichkeitsrecht des Einzelnen.«

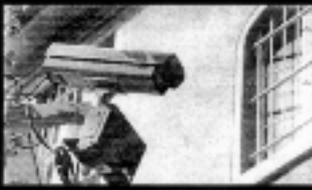
UmweltärztInnen gegen BAYER

Eine Gruppe von kanadischen UmweltärztInnen führt Aktionen gegen BAYER und andere Konzerne durch, die sowohl Pharma-Produkte als auch Pestizide herstellen - also gesundheitsfördernde und -schädigende zur gleichen Zeit. Unter anderem haben die MedizinerInnen an Zeitungen Briefe mit der Aufforderung gesandt, keine Werbung der entsprechenden Unternehmen mehr zu akzeptieren.

Gewerkschafter gekündigt

BAYER hat in Brasilien einem Gewerkschafter grundlos gekündigt. Das berichtete die BELEGCHAFTSLISTE, eine alternative Gewerkschaftsgruppe im Wuppertaler BAYER-Werk, in ihrem Belegchaftsinfo. Obwohl in Brasilien GewerkschafterInnen Kündigungsschutz genießen und auch durch Vereinbarungen der Unternehmen mit der INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION (ILO) geschützt sind, hat der Leverkusener Chemie-Multi gerade in diesem Land eine unheilvolle Tradition im Umgang mit kritischen BelegchaftsvertreterInnen begründet. Den missliebigen Pharma-Verkäufer Eugenio Lima setzte der Konzern

CONTRASTE



Big Brother is watching you!
Neue Technologien eröffnen völlig neue Dimensionen in der Überwachungsgeschichte.
Neue Computerprogramme ermöglichen in sekundenbruchteilen das Überprüfen von Gesichtsmerkmalen und 100% Kennzeichen über Video.

kannern. Geboten werden automatisch 2 Mill. Verbindungen (Kasse, e-mail, Telefon). Immer mehr werden per Stimmgabelauswahl per manuelle den Verkauf von Internetdiensten auf, Hauptübernehmlich ständig die jeweiligen Auftragsort, Kreditkarten geben Kunden über Kennzeichen, Identität etc. der digitale Personalausweis über Vordrucken. Der schnelle Staat. Dies setzt Ihnen von Unternehmen erzählen, die Verwendung all dieser Daten ist nicht mehr eine Frage der Technologie, sondern nur noch der Zeit...
Schuppenstraße 39a, 10115 Berlin, Marktstraße 10, 10119 Berlin (Königsplatz, Schein, Beuthmarken, 7. Stockwerk).
Über CONTRASTE e.V., Postfach 10-45 20, 10015 Heidelberg, Tel: 01162 211 16 24 07
Zeitungsgesetz im Internet: www.contraste.org



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

• Kurz notiert: **Markt&Macht**

39

Ende letzten Jahres vor die Tür. Der zog umgehend vors Arbeitsgericht und erzwang seine Wiedereinstellung. BAYER versuchte diese aber durch allerlei formale Winkelzüge zu verhindern. Deshalb mussten die RichterInnen den Pharmariesen unter Strafandrohung auffordern, das Urteil anzuerkennen.

Trojanisches Pferd »Goldener Reis«

Der »Goldene Reis«, der gentechnisch so verändert wurde, dass er Vitamin A enthält, soll angeblich die Gesundheitsprobleme von Menschen in der »Dritten Welt« lösen. In Wirklichkeit ist das Projekt aber nur eine PR-Maßnahme für die unter massiven Akzeptanz-Problemen leidende »grüne Gentechnik«. BAYER & Co. haben schon einmal versprochen, den Hunger in der »Dritten Welt« zu beenden: Als sie für den massenweisen Einsatz von Pestiziden auf Anbau-Feldern warben. Es ist bei dem Versprechen geblieben (siehe auch GENE & KLONE).

»Nachhaltiger« Dow Jones-Index

Bereits 1997 entwickelten die Großkonzerne die Strategie, den Begriff »Nachhaltige Entwicklung« in ihrem Sinne zu besetzen, um der Öffentlichkeit Umweltbewusstsein vorzugaukeln. Diese symbolische Politik führte jetzt zu der Einführung eines »Dow Jones Sustainability Group Index« (Sustainability = Nachhaltigkeit). In diesem Index werden diejenigen Unternehmen geführt, die sich

so die BAYER-Postille direkt, »in herausragender Weise um eine nachhaltige Unternehmensführung bemühen«. Und wer tut das nach Meinung des PR-Blattes am herausragendsten? Natürlich BAYER selbst. Der Chemie-Multi legt angeblich »eine im Vergleich zur direkten Konkurrenz überdurchschnittliche Performance im Nachhaltigen Wirtschaften« hin. Worin diese bestehen soll, ist in einem anderen Artikel zu lesen. Dort preist ein Konzern-Journalist allen Ernstes das Angebot der Pestizid-Abteilung als einen »Beitrag zur nachhaltigen Landwirtschaft«.

Schwierigere Forschung am Menschen

BAYER & Co. kämpfen seit Jahren darum, die Bestimmungen der Deklaration von Helsinki aufzuweichen. Dieses 1964 vom Weltärztebund aufgesetzte medizinische Grundgesetz legte für die Forschung am Menschen bestimmte ethische Standards fest. Nicht einwilligungsfähige PatientInnen genossen einen besonderen Schutz. Den Pharmamultis waren diese Bestimmungen ein Dorn im Auge. Für BAYER bedeutete der Schutz für nichteinwilligungsfähige Menschen eine Behinderung von Testreihen mit Alzheimer-Präparaten. Jetzt scheiterten die Konzerne erneut mit ihren Bemühungen um eine Aufweichung des Regelwerks. Die neue Fassung der Deklaration stärkt die PatientInnen-Rechte sogar. Im Hinblick auf die klinische Erprobung von AIDS-Medikamenten an afrikanischen ProbandInnen macht sie es zu einer Bedingung, dass Test-TeilnehmerInnen auch die Möglichkeit haben müssen, das Therapeutikum später

in ihrem Land zu erwerben. Als Vergleichsgröße von neuen Pharmazeutika sollen fortan nicht mehr Placebos, sondern die bisher üblichen Therapie-Formen herangezogen werden. Zudem fordert die Deklaration eine Veröffentlichung auch von negativen Studien-Ergebnissen.

BAYER wg. Vergiftung angeklagt

Die Schwiegermutter eines ehemaligen Mitarbeiters der BAYER-Tochter EC ERDÖLCHEMIE hat gegen die Geschäftsleitung Strafanzeige wegen wissentlicher Vergiftung gestellt. Sie hält es für erwiesen, dass die Chemikalien-Konzentration, der ihr Schwiegersohn am Arbeitsplatz ausgesetzt war, seinen frühen Tod mit 41 Jahren herbeigeführt hat. Sie stützt ihre Beschuldigungen unter anderem auf medizinische Untersuchungen, die der Neurologe Dr. Peter Binz durchgeführt hat. Die Staatsanwaltschaft hat eine Obduktion angeordnet und Verantwortliche des Werkes befragt. Erfahrungen aus ähnlich gelagerten Fällen lassen aber kein Urteil gegen die Firmen-Bosse erwarten.



Ö-Verteiler "Chemie/Industrie"

• Stichwort Bayer

Hinweise

*** Gruppen Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre planen größere Proteste vor und in der HV

** mehrere Kritische Aktionärinnen und Aktionäre werden in der HV auftreten

* voraussichtlich werden einzelne Kritische Aktionärinnen oder Aktionäre in der HV sprechen

Ö-termine

- 26.04.01: BASF, Mannheim, Rosengarten *
- 26.04.01: Schering, Berlin *
- 27.04.01: Bayer, Köln, Messe * * *
- 09.05.01: Celanese, Oberhausen
- 10.05.01: Adidas-Salomon, Fürth (10:30 Uhr) *
- 10.05.01: Puma, Herzogenaurach, Vereinshaus (11:00 Uhr) *
- 11.05.01: Dresdner Bank, Frankfurt/M., Jahrhunderthalle *
- 15.05.01: BMW, München, Olympiahalle
- 15.05.01: Degussa, Düsseldorf
- 17.05.01: Deutsche Bank, Frankfurt/M., Festhalle * * *
- 18.05.01: E.ON, Essen * *
- 21.05.01: Aventis, Strassburg *
- 22.05.01: HypoVereinsbank, München, ICM *
- 22.05.01: Jenoptik, Erfurt
- 25.05.01: Commerzbank, Frankfurt/M., Jahrhunderthalle
- 29.05.01: Deutsche Telekom, Köln, Kölnarena *
- 30.05.01: Hochtief, Essen
- 30.05.01: T-Online, Köln
- 07.06.01: RWE (neu), Essen, Grugahalle * *
- 07.06.01: Volkswagen, Hamburg, CCH *
- 15.06.01: Gerresheimer Glas, Düsseldorf *
- 20.06.01: Deutsche Lufthansa, Köln, Kölnarena * *
- 20.06.01: Metro, Düsseldorf
- 27.06.01: Deutsche Post, Köln *
- 28.06.01: HEW, Hamburg, SAS Plaza * *
- 29.06.01: Neckarwerke, Stuttgart, Liederhalle *
- 03.07.01: Isar-Amperwerke, München *
- 11.07.01: EnBW, Karlsruhe, Stadthalle * *
- 12.07.01: Karstadt Quelle, Düsseldorf *
- ??08.01: I.G. Farben, Frankfurt/M. (voraussichtlich) * * *
- 22.08.01: Mannesmann, Düsseldorf (11:00 Uhr)
- 28.11.01: BEWAG, Berlin, ICC, (11:00 Uhr) * *

informieren und einkaufen:
www.baustoffladen.de

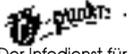
Pestizide

Offener Brief an BAYER

Auf einem internationalen Treffen im Senegal hat das INTERNATIONALE PESTIZID AKTIONS NETZWERK in Kooperation mit der COORDINATION GEGEN BAYER GEFAHREN (CBG) die Aktion Offener Brief an BAYER vorgestellt. Es geht darum, den Druck auf BAYER zu erhöhen, damit der Konzern endlich die gefährlichsten seiner Pestizide - Jahr für Jahr aufs Neue verantwortlich für Gesundheitschäden und Tod in Tausenden von Fällen - weltweit vom Markt nimmt. Immerhin hat der Konzern im Geschäftsbericht 1995 versprochen: Mit einem Drei Punkte Programm haben wir uns hinsichtlich Forschung, Entwicklung und Vertrieb der Pflanzenschutz Produkte klare Ziele für die kommenden fünf Jah-

re gesetzt, um wichtige Aspekte wie Umweltschutz und Produktsicherheit noch weiter voranzubringen. So werden wir die eingesetzte Produktmenge je Anwendung noch weiter reduzieren und Produkte der WHO - Toxizitätsklasse 1 schrittweise durch Präparate mit geringerer Giftigkeit ersetzen. Die fünf Jahre sind um, das Versprechen wurde nicht eingelöst, der Konzern hat keines der hochgiftigen Pestizide vom Markt genommen. Mittlerweile haben ca. 200 Organisationen aus aller Welt einen entsprechenden Offenen Brief an BAYER unterzeichnet, in dem sie fordern: Halten Sie Wort Herr Schneider! Hochgefährliche Pestizide weltweit vom Markt nehmen!

Markt&Macht



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

40

Sommer 2001

• Kurz notiert:
Markt&Macht

Rubrik »Militär und Umwelt«

Uranmunition

Die USA haben im 2. Golfkrieg gegen den Irak, im Angriff auf die bosnischen Serben 1995 und auf Jugoslawien 1999 mehrere Tonnen Munition eingesetzt, die abgereichertes Uran enthalten. Abgereichertes Uran ist der Atom- müll der Brennelementeproduktion. Dieses Uran enthält noch etwa 97,5 % der Radioaktivität des in der Natur vorkommenden Urans, ist also alles andere als harmlos. Aus Wiederaufarbeitungsanlagen (oder der Atomwaffenpro- duktion) kommt abgereichertes Uran, das mit Plutonium verunreinigt ist. Obwohl bereits zahlreiche im Balkan eingesetzte NA- TO-Soldaten an Leukämie verstorben sind und ein Bundeswehrosoldat an Meningitis, wird immer noch behauptet, daß Uranmu- nition für die Gesundheit sowohl der Soldaten als auch der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten unschädlich sei. Es fol- gen Auszüge aus dem umfangreichen Material:

Gesundheitsschäden durch abgereichertes Uran

Erkranken können alle Lebewesen - nicht nur Menschen, - die mit der Uran- munition und dem Uranoxidstaub in Berührung kommen: Rüstungsarbeiter bei der Produktion der Munition, Solda- ten beim Transportieren, dem Lagern und beim Verschießen der Munition, alle Lebewesen im Einsatzgebiet und alle Lebewesen, die Nahrungsmittel aus dem Einsatzgebiet konsumieren, weil das Uran auch über die Nahrungskette in die Körper gelangt.

Uranoxidteilchen von 2,5 µm-Größe kann niemand sehen, riechen oder schmecken. Wenn mit der Nahrung Uranpartikel aufgenommen werden, können nur 0,2% durch den Darm in den Körper gelangen, der Rest wird mit den Exkrementen ausgeschieden.

Hauptsächlich werden Uranoxidteilchen eingeatmet, gelangen in das Lungenge- webe und dadurch in das Blut. Sie sind in der Körperflüssigkeiten nur sehr schwer löslich. Sie werden überwiegend im Ske- lett eingelagert, das als Langzeitdepot dient. Die »biologische «Halbwertszeit ist die Zeit, in der die Hälfte des aufgenom- menen Urans wieder ausgeschieden ist. Sie ist auf jeden Fall länger als ein Jahr. Bei amerikanischen Golfkriegsveteranen wurden noch nach acht Jahren die Ver- giftungen mit abgereichertem Uran nachgewiesen. Die atomare Halbwerts- zeit ist ein vielfaches länger: Uran 238 ist ein Alpha-Strahler, ebenso seine Zer- fallsprodukte Thorium, Radium, Radon und Polonium. Nach 14 Zwischenschrit- ten steht am Ende der radioaktiven Zer- fallsreihe das nicht radioaktive Blei 206. Alpha-Strahlen haben nur ganz geringe Reichweite. Sie haben jedoch eine zwan- zigfach höhere biologische schädliche Wirkung als eine gleiche absorbierte Do- sis Beta- oder Gamma-Strahlen.

Für Arbeiter in Atomanlagen ist die maximale Arbeitsplatzkonzentration auf 0,25 mg/m³ - für schwerlösliches Uranox- id und auf 0,05 mg/m³ - für wasserlösliche Uransalze festgelegt. Das bedeutet nicht, daß diese geringen Mengen un- schädlich sind, jedoch dieses Gesund- heitsrisiko wird akzeptiert. Wissen- schaftler fanden heraus, daß in einem Zeitraum von 30 Tagen die Aufnahme von 0,14 mg Uran je kg Körpergewicht und Tag zum Tode führt, 0,0085 mg/kgKG/Tag zu genetischen Schäden, d.h. Mißbildungen und Totgeburten, und

0,0032 mg/kgKG/Tag zu nachweisbaren Nierenschäden führt. Zu unterscheiden ist die chemische Giftigkeit (Schwerme- tallvergiftung) und die Giftigkeit durch radioaktive Strahlung:

Gesundheitliche Schäden durch Schwermetallvergiftung

Bekannt sind Schwermetallvergiftun- gen durch bleihaltige Wasserleitungen oder durch Cadmium als Umweltgift im Klärschlamm und in Nahrungsmitteln. Uran ist ebenfalls ein Schwermetall mit vergleichbaren chemischen Eigenschaf- ten.

Über die Blutbahn gelangt das Uran in die Leber und die Nieren, wo es die Zel- len vergiftet. Die akute Gesundheits- schädigung besteht in einer chemischen Vergiftung durch das Schwermetall

Uran, ähnlich wie bei einer Cadmium- oder Bleivergiftung, nur reicht schon ei- ne wesentlich geringere Menge dafür aus. Bei fortgesetzt gleichmäßiger Ab- gabe von geringen Mengen Uran aus dem Knochenspeicher wird die nieren- schädigende Wirkung anderer Umwelt- gifte, denen wir ausgesetzt sind, ver- stärkt.

Die akute Schwermetallvergiftung durch Uran führt zu Funktionsstörungen von Nieren und Leber, bis zum tödlichen Funktionsausfall. Die geschädigte Leber ist nicht in der Lage, die Eiweißsynthese und den notwendigen kolloidosmoti- schen Druck aufrechtzuerhalten, so tritt das Wasser in den Bauchraum aus und es kommt zur Bauchwassersucht (Ascites). Die geschädigte Niere ist nicht in der Lage, das Wasser auszuscheiden.

... Gesamte Fassung unter [www. projektwerkstatt.de/oeppure](http://www.projektwerkstatt.de/oeppure).



Pfingsten im dt.-dänischen Grenzland Friedensfahrradtour

Im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr werden auch in Schleswig- Holstein Militärstandorte geschlossen, darüber hinaus werden etliche Garni- sonen verkleinert und Arbeitsplätze von Zivilangestellten der Bundeswehr einge- spart. Auch die Militärplanungen der dä- nischen Regierung führen zu einzelnen Kasernenschließungen auf dänischer Seite. Das Ziel dieser Maßnahmen ist nicht allgemeine und vollständige Abrü- stung, sondern Umrüstung zu Armeen, die in der Lage sind, Krieg auf dem Bal- kan oder in Afrika zu führen. Die däni- sche Regierung ist durch den US-ameri- kanischen Stützpunkt in Thule in Nord- westgrönland in das US-amerikanische weltraumgestützte Raketenabwehrpro- gramm direkt eingebunden.

Alle verbliebenen Militärstandorte in der Grenzregion aufzulösen, um allge- meine und vollständige Abrüstung regio- nal und europaweit zu ermöglichen, schafft die Möglichkeit einer zivilen Ent- wicklung der Region, die Wohlstand und Arbeitsplätze für die ortsansässige Be- völkerung sichert.

Die Fahrradtour startet am Pfingst- samstag, den 2. Juni von Tønder (Torvet) nach Leck (Kasernen, die als Standorte aufgegeben werden sollen) und Lade- lund in Nordfriesland (KZ-Gedenkstätte

wo eine Führung und Veranstaltung mit den Aktiven der Gedenkstätte stattfindet und in Turnhalle der dänischen Ung- domsskole übernachtet wird. Am Pfingstsonntag, den 3. Juni wird die Fahrradtour über die Gedenkstätte in Frøslev Flensburg erreichen und hier wird im Jugendkulturhaus Exe über- nachtet. Am Pfingstmontag, den 4. Juni führt die Tour von Flensburg nach Sønderborg und endet hier vor der Ka- serne, der Sergentskole.

Der Unkostenbeitrag für Übernachtung und Verpflegung beträgt für Menschen ohne eigenes Einkommen (Schüler, Stu- denten, Zivildienstleistende und Er- werbslose) DM 25,- und für Verdienen- de DM 50,- für die gesamte Fahrradtour. Das fahrtaugliche Fahrrad, Isomatte, Schlafsack und Getränkeflaschen müs- sen selbst mitgebracht werden.

Anmeldungen zur Fahrradtour bei:DFG- VK Flensburg, Postfach 1426, 24904 Flensburg, Fax 0045 74467494 (Siglinde und Ralf), [flensburg@ bundeswehrabschaffen.de](mailto:flensburg@bundeswehrabschaffen.de)



Der aktuelle Stand der Vorbereitung wird auf der <http://www.bundeswehrabschaffen.de> veröffentlicht. Angemeldete Teilnehmer erhalten alle notwendigen Informationen auch per Post.



Themenredaktion
"Militär und
Umwelt"

Ralf Cüppers
Postfach 1426
24904 Flensburg
Tel&Fax
0045/7446/7494
flensburg@bundes
wehrabschaffen.de

Ö-Verteiler
"Militär und
Umwelt"

• Leider keiner!

Infos

Im Rahmen der Kam- pagne »Bundeswehr abschaffen« haben wir schon 1999 zu der Massenvernich- tungstechnologie der Urangeschosse eine Broschüre erarbeitet, zu der auch der Erst- beschreiber der Uran- vergiftung, Prof. Dr. Dr. med. habil. Siegwart Horst Günther einen Beitrag lieferte und von der nun bereits die dritte Auflage er- scheint. Die ist zu be- stellen bei der DFG- VK, Postfach 1426, 24904 Flensburg.

Unter der Adresse www.uranmunition.de steht die umfassend- ste deutschsprachige Informationssamm- lung zum Thema.



Rubrik »Politik von unten«

Der »Omnibus für Direkte Demokratie«

Der doppelstöckige, weiße »Omnibus für Direkte Demokratie« ist der Blickfang für Presse und Bürger. Er unterstützt die Initiative »Menschen für Volksabstimmung« mit einer Tour kreuz und quer durch Deutschland. Der Omnibus wird so lange fahren, bis der Volksentscheid eingeführt wird. Er kommt für DM 500,- pro Tag (Selbstkostenpreis) auch an Ihren Ort.

Omnibus für Direkte Demokratie, Öschstr. 24, 87437 Kempten, Tel. 0831-5707689, omnibus@allgaeu.org

völkerung dies wünscht«, sagte Meyer. Die Einführung von Volksentscheiden und Volksbegehren lehnte der Generalsekretär hingegen entschieden ab.

FDP: Westerwelle will »parteiübergreifendes Bündnis«

FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle bekräftigte am 20. Februar die Zustimmung seiner Partei zu bundesweiten Volksentscheiden. Um mehr Direkte Demokratie zu ermöglichen, forderte der liberale Politiker ein »parteiübergreifendes Bündnis«.

Mehr Demokratie Jahrestagung '01

Nach der Startaktion in Berlin am 3. Mai und dem bundesweiten Aktionstag am 22. Mai 2001 soll die diesjährige Jahrestagung von Mehr Demokratie regional und bundesweit ein weiteres Zeichen setzen. Im Zentrum der dreitägigen Tagung wird eine Reihe von öffentlichkeitswirksamen Aktionen stehen, die gemeinsam geplant und erarbeitet und auf einem zentralen Platz in Köln gestartet werden. Der »Omnibus für Direkte Demokratie« wird auch dabei sein. Ziel der Tagung ist es, möglichst viele Aktionen in Planung und Durchführung vor Ort zu erleben, um diese Erfahrungen für die Initiative »Menschen für Volksabstimmung« vor Ort nutzen zu können.

Termin: Freitag, 29. Juni bis Sonntag, 01. Juli 2001 Ort: Alfred-Nau Akademie, Bergneustadt (NRW), Infos und Voranmeldung: Dr. Will Cremer, Im Bungert 3a, 53343 Wachtberg, Tel. 0228-344131, email: willcremer@gmx.net

CDU: Rüttgers empfiehlt Öffnung für Direkte Demokratie

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Jürgen Rüttgers, ist für Volksentscheide auf Bundesebene. Rüttgers erklärte am 21. Februar gegenüber der Rheinischen Post: »Ich empfehle der CDU in Berlin, auch auf Bundesebene mehr bürgerschaftliche Selbstbestimmung zu ermöglichen.« Allerdings müssten »die Grundrechte und die Grundentscheidungen der Bundesrepublik, Finanz- und Steuerfragen, aber auch die Außenpolitik« vom Volksentscheid ausgeklammert werden.

Verhaltener zeigte sich dagegen CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer. Er befürwortete am 26. Februar die Einführung von Volksinitiativen. »Ich finde es durchaus nachdenkenswert, dass der Bundestag Themen behandeln muss, wenn ein bestimmter Anteil in der Be-

Bayern: 1.112 Bürgerbegehren in fünf Jahren

Bayern ist Spitze. Seit Einführung der Direkten Demokratie in Gemeinden und Landkreisen am 1. Oktober 1995 strengten die Bürger 1.112 Bürgerbegehren an. In 508 Fällen kam es zum Bürgerentscheid. Diese Zahlen legte die Mehr Demokratie am 6. März in München vor. Die bayerische Praxis zeigt, daß die Bürger die Direkte Demokratie nicht nur wollen, sondern auch vernünftig damit umgehen. Mehr Demokratie hatte 1995 das Volksbegehren »Mehr Demokratie in Bayern« auf den Weg gebracht, das schließlich zur Einführung des Bürgerentscheids führte.

Als Mehr Demokratie 1995 den Bürgerentscheid mit niedrigen Hürden und ohne Themenverbote vorschlug, liefen die Gegner Sturm. Die Parlamente würden ausgehebelt, eine Inflation von Bürgerentscheiden drohe, Nein-Sager und Minderheiten würden künftig die Gemeindepolitik blockieren. Ähnliche Befürchtungen werden auch heute gegen die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden geäußert. In Bayern ist nichts von alledem Wirklichkeit geworden. Stattdessen erkennen mittlerweile auch die damaligen Gegner an, daß Bürgerbegehren die politische Kultur bereichern.

Die Direkte Demokratie erweist sich in Bayern als Gaspedal und Bremse: In der Hälfte der Fälle legen die Bürger neue Planungen vor, die andere Hälfte will Vorhaben des Rates stoppen. Die Erfolgsquote von Bürgerentscheiden beträgt 50 Prozent, die Beteiligung beträgt durchschnittlich 49,1 Prozent. Mit 101 Abstimmungen pro Jahr liegt Bayern deutlich vor den nächstplazierten Ländern NRW (9), Hessen (8) und Baden-Württemberg (6). Diese Länder sehen deutlich höhere Hürden vor und schließen wichtige Themen vom Bürgerentscheid aus.

Der bayerische Bürgerentscheidsbereich (16 Seiten, mit Tabellen) im Internet: <http://www.mehr-demokratie.de>

Initiative »Menschen für Volksabstimmung«

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. In wenigen Wochen startet Mehr Demokratie die Initiative »Menschen für Volksabstimmung«. Damit wollen wir die Diskussion über die Direkte Demokratie auf Bundesebene vorantreiben. Über 60 Verbände unterstützen »Menschen für Volksabstimmung«. Der Zeitpunkt für den Start könnte kaum besser gewählt sein. Die SPD diskutiert derzeit Eckpunkte für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid. Die rotgrüne Koalition hat angekündigt, daß sie das Gespräch mit der CDU suchen wird. Ohne die Union kann das Grundgesetz nicht geändert werden.

Die Initiative »Menschen für Volksabstimmung« enthält zwei zentrale Aktionselemente:

Die Unterschriftensammlung: Wir sammeln mindestens 100.000 Unterschriften, mit denen die Bürgerinnen und Bürger unseren Gesetzentwurf unterstützen. Diese Sammlung entspricht einer Volksinitiative, wie Mehr Demokratie sie als ersten Schritt der dreistufigen Volksgesetzgebung (Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid) vorschlägt.

Mit ihrer Unterschrift fordern die Menschen nicht nur die Einführung der Volksabstimmung, sondern auch faire Spielregeln für die Direkte Demokratie!

Die Fotoaktion: Mit der Fotoaktion setzen wir die »Menschen für Volksabstimmung« ins Bild. Jeder Bürger kann sich für unsere Initiative fotografieren lassen. Die Bilder werden vor Ort ausgestellt und am Ende in einer großen Ausstellung vor dem ehemaligen Reichstag in Berlin zusammengefasst.

Auftaktaktion am 3. Mai:

Die Initiative »Menschen für Volksabstimmung« startet am 3. Mai vor dem ehemaligen Reichstag in Berlin. Mit einer spektakulären Aktion will Mehr Demokratie das Interesse der Öffentlichkeit wecken. Was am 3. Mai passiert, wird noch nicht verraten ...

Bundesweiter Aktionstag am 22. Mai:

Ein Ereignis für Medien und Bürger. Die Unterschriftensammlung und die Fotoaktion in zahlreichen Orten der Republik. Alle Aktionskreise und Aktiven sind aufgerufen, sich zu beteiligen.

Weitere Infos und Koordination: Ralf-Uwe Beck, Barfußstr. 26, 99817 Eisenach, Tel. 03691-212887, email: ralf-uwe.beck@bund.net

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

• Kurz notiert: Markt&Macht



Themenredaktion "Politik von unten"

Nicht besetzt!

Wer hat Lust (allein oder im Team) auf diese Rubrik? die Texte dieser Ausgabe stammen von Mehr Demokratie. Politik von unten wäre mehr als direkte Demokratie.

Ö-Verteiler "Politik von unten"

• Mehr Demokratie (interner Verteiler)



Passend zum Thema:

Reader "Politik von unten", A4 12,- DM
Ö-Punkte 2/1998 2,- DM
Schwerpunkt "Direkte Demokratie"

plus Porto, zubeziehen bei der Redaktion.

Quelle

Mehr Demokratie-Info Nr. 9
Bundesweiter Newsletter der Bürgeraktion Mehr Demokratie e.V., 14. März 2001

Wenn Sie den Newsletter bestellen wollen, schicken Sie einfach eine Email mit der Empfänger-Adresse an presse@mehr-demokratie.de

Impressum
Mehr Demokratie e.V., Bundesverband, Pressesprecher, Ralph Kampwirth, Clüverstr. 29, 28832 Achim (bei Bremen) presse@mehr-demokratie.de



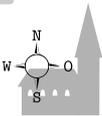
27.-29. April in Appenzell
Direkte Demokratie auf dem Marktplatz – Wandern – Vortrag
Exkursion zur Landsgemeinde nach Appenzell (Schweiz)
Nähere Informationen: <http://www.mehr-demokratie.de/service/veranstaltungen.html>



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

42 Sommer 2001

● Kurz notiert: Markt&Macht



Themenredaktion "Über den Tellerrand"

Redaktion: Florian Busch Jan Schenck

Post: Tellerrand c/o Jump Postfach 306137 20327 Hamburg tellerrand@gmx.de („-“ mit eingeben!)

Lesestoff

Schwarzer Faden Nr. 21 mit Texten u.a. zur Lufthansakampagne, Mexiko und zu den Bewegungsansätzen in Anti-Expo-Zusammenhängen

nettime (hg.): Netzkritik. Materialien zur Internet-Debatte. (Berlin 1997, Edition ID-Archiv)

Lesenswertes Buch mit verschiedenen Texten rund um Computeraktivismus sowie zum Konzept Gegenöffentlichkeit im allgemeinen.

Zu den Rezensionen

Aus dem KABRACKlarchiv Alle genannten Bücher stehen dort.

Rubrik »Über den Tellerrand«

Täglich 2.764 neue DNA-Datensätze

Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden sammelt jeden Tag fast dreitausend neue DNA-Dateien, wie aus einer Presseerklärung von Ulla Jelpke hervorgeht. Den Informationen des Mitglieds der PDS-Bundestagsfraktion zu Folge waren am 6. März 118.551 DNA-Dateien gespeichert. Täglich wird die Sammlung um rund 2700 neue Dateien erweitert, was bedeutet, daß das BKA in einem Jahr mehr als eine Million DNA-Dateien angelegt haben wird.

Nur ein Fünftel aller DNA-Daten beim BKA werden im Zusammenhang mit Sexualdelikten angelegt. Dabei war die

Verfolgung von Wiederholungstätern aus diesem Bereich entscheidender Grund für die Verabschiedung des DNA-Gesetzes.

Auch für die zunehmende Speicherung von Leuten aus Antifa und Flüchtlingsgruppen gibt es Hinweise. So sind beim BKA derzeit 74 Datensätze im Zusammenhang mit §129 und §129a-Verfahren (Verdacht auf terroristische oder kriminelle Vereinigung) gespeichert. Die §§129 und 129a werden fast nur gegen Linke eingesetzt.

Quelle: Pressemitteilung von Ulla Jelpke, entnommen von www.nadir.org

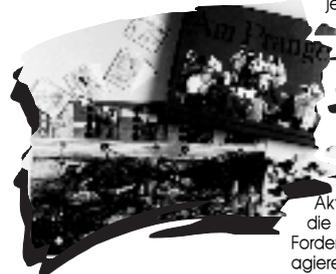
Den Richtigen getroffen!

Am Himmelfahrtstag der Grünen 1999 wurde Kriegsaußenminister Fischer durch einen Farbbeutel als mitverantwortlich für Krieg und Vertreibung blutrot markiert. Das Amtsgericht Bielefeld verurteilte die Aktion mit einer Geldstrafe in Höhe von 120 Tagessätzen zu je 30 DM.

In ihrer Berufungsbegründung vom 6. März 2001 argumentiert die Staatsanwaltschaft Bielefeld wie folgt: »Die Tat ist auf einer Parteiversammlung begangen worden. Sie war ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und den demokratischen Willensbildungsprozeß.« (...) »Jetzt will er seine Tat damit rechtfertigen, dass er Bundesaußenminister Fischer für seine Mitverantwortung an den Ziviltoten des Kosovokrieges maßregeln wollte.«

Der Angeklagte S. Fansa erklärte hierzu (Presseerklärung vom 21.3.), daß Fischer kein Opfer des Kosovokrieges sei, sondern ein Täter. Insofern erkenne die Staatsanwaltschaft ganz richtig, dass die Aktion gegen Fischer eine aktive und parteiliche Einflußnahme auf einen Willensbildungsprozeß war um den Antikriegswiderstand zu stärken. Radikaler Widerstand und mutige Zivilcourage gegen die kriegerische Gewalt unter anderem eines Bundesaußenministers Fischer wird auch für die Zukunft unerlässlich sein.

Weitere Infos: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin, Tel. 030/4401300 MoFr 1018 Uhr, Fax. 030/44013029, www.Kampagne.de



Politische Videos und Spiele

Videos der Medienwerkstatt Freiburg Eine Vielzahl politischer Filme bietet die Medienwerkstatt. Drei Filme haben wir uns angeschaut: »Daedalus – ein Spielfilm über die Geschichte der Genetik und die Schöpfungsphantasien von Männern« ist eine Art Science Fiction, eine Montage von Experiment und Dokument mit verschiedenen Facetten – keine eindeutige Positionsbestimmung, sondern eher ein illustres Bild von Möglichkeiten und offenen Fragen. Die anderen beiden Filme sind dagegen eindeutig Dokumentationen. Sie zeigen die Folgen der weltweiten Konzernherrschaft und der Brutalität von Regierungen, die für ihren Machterhalt und die Durchsetzung der Profitinteressen handeln. Beide Fälle sind bekannt: »Mit den Bäumen sterben auch die Menschen« zeigt zerstörte Regenwälder als Folge des Goldrausches im westlichen Neu-Guinea. »Die Macht, das Öl und der Tod« behandelt den Tod des nigerianischen Schriftstellers Ken Saro-Wiwa. Info: Medienwerkstatt, Konradstr. 20, 79100 Freiburg, www.medienwerkstatt.de.

(Umwelt-)Politische Spiele »aktuell-spiele-verlag« heißt der Vertrieb, in dem spannende Spiele erscheinen, die auf dem Spieltisch politische Vorgänge simulieren – fast wie ein Planspiel, aber mit den für Spiele typischen Glücksmomente wie Würfeln, Karten ziehen usw. Die Spiele eignen sich für jede und jeden, ganz besonders aber für politische Gruppen, Bildungs- und Jugendarbeit. Ein Menschenrechtsspiel ist »Am Pranger«. Hier geht es darum, auf einem Spielfeld durch verschiedene Aktionen Menschenrechtsfragen zu lösen, Aktionen durchzuführen, Petitionen zu planen (schade – richtig druckvolle Formen der direkten Aktion fehlen, obwohl das Spiel gerade die Verbindung von Aktion und politischer Forderung aufzeigen will). Die SpielerInnen agieren allein oder in Gruppen, auf jeden Fall setzen sie mehrere Spielfiguren ein – ihre AkteureInnen im Spiel. Der Gegner schläft dabei nicht, durch ständige Hinhalte- und Gegenaktion will er den SpielerInnen die politische Wirkung nehmen. Ein zweites Spiel, in einer ganz kleinen Verpackung, heißt »Polit-Poker«. Es ist auch ganz einfach, aber doch oft erhellend: Vorgelesen wird eine politische Forderung – erraten werden muß die Partei, die diese Forderung stellt. Die Sätze sind den Parteiprogrammen entnommen. Der »aktuell-spiele-verlag« bringt noch einige weitere spannende Spiele heraus. Mehr zu erfahren ist unter www.aktuell-spiele-verlag.de oder unter der Adresse: Batterieweg 42 f, 53424 Remagen.

Ö-terminale

Antirassistische Grenzcamp

Voraussichtlich Anfang Juli

2. Grenzcamp im südspanischen Tariffa

Ähnlich wie in Frankreich haben sich nun auch in Spanien Papierlose, auch »illegale« geschimpft, organisiert und protestieren gegen ihre Situation. Zudem ist die Straße von Gibraltar für viele Flüchtlinge eine tödliche Barriere, Hunderte ertrinken dort jährlich an der Festung Europa. Deshalb findet dort ein antirassistisches Grenzcamp statt.

voraussichtlich 12. – 18. 7.

2. Antirassistisches Camp an der polnisch-weißrussischen Grenze

Die Grenzkontrollen sind vorverlagert, die polnische Ostgrenze ist jetzt Außenposten der Festung Europa, dort finden Gesichtskontrollen statt. Ist die Hautfarbe unerwünscht, das Portemonnaie zu dünn, dann ist dort Ende der Reise. Dagegen wird ein internationales Antirassistisches Grenzcamp stattfinden.

27. Juli – 5. August am Frankfurter Flughafen

4. Antirassistisches Grenzcamp in Deutschland

Nach drei Camps an der Ostgrenze geht es nun gegen den Frankfurter Flughafen. Von dort werden die meisten der 25000 per Flugzeug verschobenen weggebracht, dort besteht das berüchtigte Flughafenasylverfahren. Es geht darüber hinaus um Proteste gegen rassistische Polizeiübergriffe, Innensaatkontrolle und Einwanderungspolitik

Buchbesprechung

Gero Fischer/Maria Wölflingseder **Biologismus, Rassismus, Nationalismus** (1995, Promedia in Wien, 264 S., 29,80 DM)

Wer grundlegende Informationen zur neuen Rechten, zu »New Age« und den über die Fundierung auf biologischen Ideen bestehenden Verbindungen sucht, ist mit dem Buch richtig. Verschiedene AutorInnen beleuchten viele Aspekte des Mensch-Natur-Verhältnisses, der Bevölkerungspolitik, des Nationalgedankens, Regionalismus bis hin zum linken Patriotismus.

dataspace
decentbank links - radikaler publikationen

'you can't know everything - but you can find it...'

Uffent. some Crime-Recherche von Ant. van der Zanden

www.nadir.org/dataspace

Ö-Punkte: Mitwirkende gesucht!
In den Themen- und in der Endredaktion!

Indymedia

Am 11.3. ging das deutsche IMC (Independent Media Center) ins Netz. Durch die Castor Transporte ist es vielen jetzt sicherlich bekannt. Hier ein paar Sachen zur Geschichte, Idee und zum Konzept von Indymedia Centers.

Was und warum sind Indymedia Centers: Nach Ende des kalten Krieges gab es eine unheimliche Zusammenballung von Medienmacht. Große Konzerne bestimmen die Medienwelt, deren Berichterstattung von politischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt wird. Sie konstruieren dadurch das Bild einer Realität, die von vielen Menschen ganz anders erlebt wird. Dies erschwert die Arbeit von vielen basisorientierten AktivistInnengruppen deren politische Aktivität und deren Inhalte von den Medien totgeschwiegen oder deren Existenz verleumdet wird, wenn sie nicht ins herrschende Bild passen.

Vor diesem Hintergrund wurden überall auf der Welt kleine und unabhängige Medienstrukturen ins Leben gerufen, z.B. Untergrundmagazine, Fanzines, freie Radios und so weiter. »diese Ansätze zu vernetzen und dadurch auch in ihrer globalen Gegenpräsenz zu verstärken, war dann einer der Hauptgedanken, die zur Entstehung von Indymedia führten.« (mission statement, imc germany)

Zum ersten Mal trat Indymedia mit diesem Konzept und den damit verbundene Inhalten (wichtige Schwerpunkte: open posting/Internet) im Nov '99 anlässlich der Aktivitäten gegen die WTOtagung und den globalen Kapitalismus in Seattle an die Öffentlichkeit. In Seattle wurde auf der Internetseite minutiös von AktivistInnen eine Berichterstattung von vor Ort geliefert.

Der Schwerpunkt von IMC liegt im Internet, weil es hier möglich ist, unabhängig vom einzelnen Individuum einen breiten Informationsfluss zu koordinieren, eine Diskussionsplattform zu bieten, und somit in Koordination mit anderen Medienkanälen eine größtmögliche Öffentlichkeit zu schaffen.

Seitdem entstanden im Zusammenhang mit verschiedenen Ereignissen immer mehr Indymedia Centers. Auch die Gründung des deutschen IMC's ist stark mit den Erfahrungen der AktivistInnen beim IMC in Prag verknüpft.

»wo liegt der polit. ansatz von indymedia deutschland im gegensatz zu den mainstreammedien?«

(dieser Teil ist komplett aus dem IMC Germany mission statement entnommen)

Indymedia Deutschland versteht sich als ein emanzipatorisches, unabhängiges Mediennetzwerk ohne kommerzielle Interessen (hier ist die Information kein Modethema, keine 'Handelsware' mit Marktwert), mit dem zentralen Ansatz, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, indem die Menschen an der gesellschaftlichen Basis DIREKT zu Wort kommen; darum ist auch das open posting ein so wichtiger Bestandteil der Idee.

Diese Form des direkten Zugriffs öffnet die Grenze zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen, verstärkt das von den vorherrschenden Informationsstrukturen weitestgehend unangesprochene Bewusstsein der Menschen in Bezug auf ihr gesellschaftliches Mitsprache- und -gestaltungsrecht und kann

somit effektiv zu emanzipatorischen Veränderungsprozessen sowohl inner- als auch außerhalb der Medienlandschaft beitragen.

Alle Beteiligten handeln eigenverantwortlich, Mitgliedschaften oder interne Hierarchien/Führungsstrukturen wie in anderen Organisationen widersprechen massiv dem Grundprinzip des Projekts. Alle, die sich einbringen, SIND dadurch gleichzeitig (und von daher gleichberechtigt) Indymedia.

»was will indymedia deutschland NICHT sein?«

•Ersatz für schon bestehende alternative Informationsstrukturen, hier soll Indymedia nur unterstützende/vernetzende Funktion haben.

•Veranstaltungskalender oder Absatzpool für vorbereitete Stellungnahmen hierarchischer, etablierter oder kommerzieller Gruppierungen

Plattform für menschenverachtende, sexistische, rassistische, rechtsradikale u./o. totalitäre Beiträge jeder Art.

Moderationspolitik bei Indymedia Deutschland

Das Anliegen IMC Deutschland ist es, Informationen und Stellungnahmen zu, im weitestem Sinne, politischen Themen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aber nicht nur als KonsumentInnen sondern auch als ProduzentInnen. So soll nicht nur Medienfachmenschen die Möglichkeiten geschaffen werden, ihre Sachen auf der indymedia-Seite zu veröffentlichen. (open posting)

Außerdem soll versucht werden von der sog. Objektiven Berichterstattung wegzukommen. Denn keine Berichterstattung kann für sich in Anspruch nehmen objektiv zu sein, den Veröffentlichungen sind immer von einem bestimmten Standpunkt aus erstellt. Bei Indymedia geht es um subjektive und persönliche Berichte von Leuten auf der Straße oder in einer Kampagne. Vor, während oder nach politischen Ereignissen.

»in den fluss dieser informationen so wenig wie möglich einzugreifen ist eines der obersten ziele des projekts.«

Dieser Prozess ist natürlich nicht ganz unproblematisch. Indymedia hat sich zu einer Moderation entschlossen, weil bei der offenen Gestaltung der Seite, in Deutschland mit rassistischen, sexisti-

schen oder totalitären Veröffentlichungen zu rechnen ist.

»die moderationspolitik von indymedia soll so transparent und demokratisch wie nur möglich sein, informelle hierarchie, so weit es

irgend geht, vermieden werden. nach langen diskussionen haben wir uns dann erstmal auf die folgende vorgehensweise geeinigt: alle beiträge werden sofort unzensuriert veröffentlicht, allerdings erscheinen sie dann nicht gleich auf der startseite sondern auf seite zwei. dort werden sie von wechselnden moderations teams gegengelesen und anschliessend auf den newswire der hauptseite weitergeleitet; erfüllt ein beitrage allerdings die erwahnten ausschlusskriterien ohne zumindest irgendwie diskussionswürdig zu sein, landet er im 'müllarchiv'. dieses archiv ist nur noch auf anfrage hin einsehbar. es wird dann per e-mail zugeschickt.

wir haben uns für diesen kompromiss der nachträglichen moderations entschieden, weil das open posting ein so wesentlicher grundzug der indymedia-idee ist; eine vorab-moderation wäre weniger transparent und beeinflusst den emotionalen zugang der verfassersInnen zum nachrichtensystem sicher nicht unbedingt positiver - die trennung zwischen macherInnen und konsumentInnen abzubauen ist uns aber ein wichtiges anliegen!«

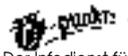
Zuguterletzt: Wie ihr sicherlich gemerkt habt, lebt Indymedia von der Beteiligung von den Leuten auf der Straße, aber trotzdem: Macht eure Aktionen, und dann berichtet drüber. Der beste Weg Indymedia zu unterstützen ist Selbermachen. Also berichtet von gelaufenen Aktionen.

Wenn Ihr Indymedia finanziell unterstützen wollt, wendet Euch bitte an imc@squat.net.

Koordination mit anderen Medienkanälen

der schwerpunkt von indymedia liegt zwar im internet, aber zu einer vernetzung gehören auch eine große bandbreite von infomöglichkeiten. so gehört zu indymedia das freie radio, welches einmal am tag ne halbe stunde imc news sendet, genauso dazu, wie die imc-news zum ausdruck. aber auch stetiger austausch der medien untereinander ist wichtig. so finden sich die radiobeiträge auch auf der internetseite.

Von Indymedia international ist jetzt Anfang April auch eine Fernsehendung ins Leben gerufen worden, welche über Satellit in der ganzen Welt zu empfangen ist, und in einigen Staaten der USA sogar über Kabel.

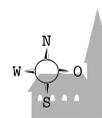


Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

•Kurz notiert: **Markt&Macht**

43



Ö-Verteiler "Über den Tellerrand"

- FZS-Rundbrief (ASTAs)
- Gegenwind (Schleswig-Holstein)



IMC-News

Die IMC-News sind eine fertig layoutete Auswahl einiger Beiträge der Website die runtergeladen werden kann und ausgedruckt werden kann. So gab es z.B. im Wendland einmal am Tag die IMC-News, welche die Daheimgebliebenen ausdrucken und verbreiten konnten. In Prag gab es auch einmal am Tag die IMC-News zum verbreiten, sowohl im Internet, aber auch zeitungsmässig gedruckt zum verteilen an die Bevölkerung. Die IMC-News sind ein wichtiger Teil um auch Leute einzubinden, die keinen Zugang zum Internet haben.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

44 Sommer 2001

● Kurz notiert: Markt&Macht

Rubrik »Direkte Ökonomie«

Tauschring-Bundesversammlung

Unter dem Motto »Nachbarschaftshilfe im sozialen Miteinander am Beispiel der Tauschsysteme« findet die Bundesversammlung der Tauschinitiativen vom 28. - 30.9. 2001 in Hamburg statt. Im folgenden findet sich das Programm. Meldet Euch jetzt, wenn ihr Vorschläge zu nützlichen Workshopthemen wie bspw. Email- und Homepageerstellung, zu Textverarbeitung und Buchungsprogrammen oder ein anderes Thema habt.

Freitag, 28.09.2001

15 Uhr Die zukünftige Bundesstruktur, Zusammenarbeit und Informationsaustausch (Klaus Kleffmann, Tauschring-Archiv) eventuell Workshops
19.30 Uhr Eröffnungsplenum: Regine Hildebrandt, SPD-Bundesvorstand und Uwe Möller, Generalsekretär des Club of Rome
Podiumsdiskussion, auch zum Motto: Nachbarschaftshilfe im sozialen Miteinander am Beispiel der Tauschsysteme

Samstag, 29.09.2001

9.30 Uhr Plenum Impulsvortrag: Ziele, Aspekte, Verschiedenheit der Tauschringe (Klaus Kleffmann, Tauschring-Archiv)
Vorstellung eines Abstimmungsthemas am Sonntag, Vorstellung der AGs, Diskussion

11 - 12.30 Uhr Arbeitsgruppen
Beteiligung von Tauschringen im Prozeß der Lokalen Agenda Elke Conrad, Tauschring Witten
Die Krise der Kommunen - Kein Sozial- und Stellenabbau mit den Tauschringen - Die Inno-

vative Kraft der Tauschringe am Beispiel Dietzenbach, Neustadt, Prinzhöfte ... Günter Hoffmann, freier Journalist/Autor u.a. von »Tausche Marmelade gegen Steuererklärung«

Grenzprobleme von Buchungen und Büroorganisation - Unterschiede zur herkömmlichen Wirtschaft, Regine Deschle, Wi dauu waf; Rostock

Rechtssituation der Tauschringe - Vorstellung eines Rechtsleitfadens für Tauschsysteme, auch bezüglich der Integration von Gewerbe, Dr. Ulrike Stücker, Tauschring Burgdorf

Tauschring als Lernort - Vom Kompetenzerwerb zu neuen Werten, Stefan Purwin, Tauschring Kreuzberg

Fundraising, Konzepte, Projektförderung, Rudi Piefkow, Socius Berlin und Klaus Reichenbach, Zeitbörse Kassel

Die zukünftige Bundesstruktur - Zusammenarbeit und Informationsaustausch, Klaus Kleffmann, Tauschring-Archiv

15-16.30 Uhr Arbeitsgruppen
Tauschringe als Modellprojekt lokaler Ökonomie und Informationsmanagement? - Ein Gespräch mit institutionellen Vertretern und

Tauschringen Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung e.V.

Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit für die Tauschringe Der Umgang mit den Medien; Welche Möglichkeiten bieten Zeitungen und Hörfunk? Günter Hoffmann, freier Journalist / Autor u.a. von »Tausche Marmelade gegen Steuererklärung«

Qualitätssicherung in Tauschringen Was macht einen guten Tauschring, dauerhaft und stabil, aus? Reiner Rieprich, TauschRausch Winterhude-Eppendorf

Tauschringe und Recht Vorstellung eines Rechtsleitfadens für Tauschsysteme, auch bezüglich der Integration von Gewerbe, Dr. Ulrike Stücker, Tauschring Burgdorf

Fundraising, Konzepte, Projektförderung, Rudi Piefkow, Socius Berlin und angefragt Klaus Reichenbach, Zeitbörse Kassel

Die zukünftige Bundesstruktur - Zusammenarbeit und Informationsaustausch, Klaus Kleffmann, Tauschring-Archiv

Sonntag, 30.09.2001

10-12h Abschlußplenum

Adresse

Hamburger Tauschringe, postlagernd, Filiale 606, 22294 Hamburg, Telefon: Anke Vendt 040-6531749; Wiebke Prechel 644 82 59; Uschi Kisse 040-566 130; Günter Günther 040-69792846, Anrufbeantworter: 0180-505253257031 (auch Fax); netze@gmx.de tauschring@web.de



Themenredaktion "Wirtschaft"

Jörg Bergstedt ohne festen Wohnsitz Post: Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen O6401/90328-3 Fax -5, 0171/8348430 oe-punkte@gmx.de

Food-Coops:
Annette Hofstiepel Im Mailand 131 44797 Bochum O234/797831 (a. Fax) AnnetteHofstiepel@web.de

Tauschringe
Klaus Kleffmann Hasenkamp 30 49502 Lotte O5404/72400 Fax 4812 privatier@t-online.de

Zum Text über Bio-Discounter

Kontakt: Umweltfinanz GmbH, Tel. 030/ 88 92 07-0, Fax -10, www.umweltfinanz.de, info@umweltfinanz.de, Berliner Str. 36, 10715 Berlin



Autor
Bernd Schüller Sigmaringer Straße 36, 10713 Berlin, 030-86393934, Bernd.Schuessler@web.de

Öko-Test schreibt kritisch über manche Umwelt-Aktien

In einem Artikel über außerbörsliche Umweltaktien schreibt der Fachjournalist Jörg Weber einige interessante Details. Dabei wird kritisiert, daß einige Unternehmen ihre Aktien weit übersteuert herausgegeben haben und auch noch herausgeben. Als Negativ-Beispiel wird dabei u. a. die Aktie Sonne + Wind Beteiligungs-AG herausgestellt. Die Aktiengesellschaft gehört zu dem Versicherungsmakler Versiko AG aus Düsseldorf. Die Aktie, die eine ähnliche Konstruktion wie ein Aktienfonds aufweise, werde mit einem Aufschlag von 100 bis über 300 Prozent angeboten. Vergleichbare Aktienfonds welche z.B. von den seriösen Anbietern Umweltbank (www.umweltbank.de), GLS-Bank (www.gls.de) oder Umweltsecur (www.umweltsecur.de) angeboten werden, weisen nur einen Aufschlag von 3 bis 7 Prozent auf. Ähnlich Negatives gibt es von der Unitednature AG zu berichten. Der Aktienhändler Capital Direkt habe die Aktien der Unitednature AG gekauft und verkauft sie nun deutlich teurer weiter. Das heißt konkret: Capital Direkt verdiene dabei etwa 3,2 Millionen DM. Vor einer Investition in Aktien der »Sonne + Wind Beteiligungs-AG« und der »Unitednature AG« warnt auch der anerkannte ökologische Börsenbrief Öko-Invest.

Weitere Infos: www.ecoreporter.de (Der Autor des Öko-Test Artikels Jörg Weber gestaltet diese Plattform)

www.oeko-invest.de (unter dieser Adresse kann auch ein kostenloses Probeheft des Öko-Invest angefordert werden).

www.oekotest.de (der Öko-Test berichtet monatlich über viele interessante Themen, u. a. enthält er auch den Wirtschaftsteil Ökonomie, der auch ökologische Geldanlagen berichtet).

Bio-Discounter-Aktien: Kapital fließt direkt an das Bio-Unternehmen zur Förderung des ökologischen Landbaus

Die Oekoland AG dürfte mit ihren Super-natural-Märkten der erste deutsche Bio-Supermarkt sein, welcher durch eine große Anzahl privater Investoren ermöglicht wurde. Der Markt befindet sich in Düsseldorf-Bilk, Aachener Str. 57 und bietet auf ca. 1000 qm Geschäftsfläche Bio-Lebensmittel und Bio-Kosmetik zu Discountpreisen an. Diese werden durch Direkteinkäufe unter Wegfall des Großhandels ermöglicht. Dadurch gehen die günstigen Preise nicht zu Lasten der Erzeuger der Lebensmittel, sondern die Kostenersparnis durch die Ausschaltung einer Handelsstufe wird direkt an den/die VerbraucherIn weitergegeben. Da außerdem auf teure Ladenausstattung und viel (umweltbelastende) Dekoration und Verpackung verzichtet wird, ergeben sich weitere Preisvorteile für KundInnen. So kostet z.B. Bio-Wein aus Frankreich 4,99 Mark und ein Liter Bio-Milch 1,49 DM. Und dabei bleibt für die Oekoland AG noch ein Gewinn übrig. Zur Realisierung des ersten Bio-Discount-Marktes, der Internetauftritte (unter www.oekoland-ag.de sowie der Onlineshop unter www.super-natural.de) und den Aufbau einer interner Organisation war Kapital notwendig. Da junge Unternehmer zwar oft gute Ideen haben, aber nicht die notwendigen Sicherheiten für einen Bankkredit, wurde eine öffentliche Eigenkapitalfinanzierung geplant. Der Vorstand kontaktierte hierzu den auf die Finanzierung ökologischer Unternehmen spezialisierten Finanzdienstleister Umweltfinanz GmbH aus Berlin. Die Umweltfinanz läßt alle bei ihr anfragenden Unternehmen durch ihren Partner Umweltprojekt in einem gründlichen Verfahren einerseits auf ihr wirtschaftliches Potential und andererseits auf ihren wirklichen ökologischen Nutzen prüfen. Nur wenn beide Prüfungen eindeutig positive Resultate ergeben, or-

ganisiert die Umweltfinanz eine Finanzierung. Das Besondere daran ist der Investorenkreis. Nicht wenige oft starken Druck auf die Gesellschaft ausübende Großinvestoren stellen das Kapital zur Verfügung, sondern die Beteiligungen werden dem breiten Publikum angeboten. Insgesamt konnte die Umweltfinanz der Oekoland AG Kapital von über 250 Privatpersonen vermitteln, welche sich ab 1.500 Euro beteiligen konnten. Insgesamt erhielt die Oekoland AG dadurch über 1,2 Millionen DM neues Eigenkapital. Jeder Privatinvestor erhielt für 1.500 Euro Beteiligung 1000 Aktien der Oekoland AG. Jeder Investor ist somit gemäß seinem Aktienanteil voll am Erfolg des Konzeptes beteiligt, sein Risiko ist auf seine Einlage beschränkt. Ein Börsengang der Oekoland AG ist in 2002 geplant, sobald das Unternehmen über die notwendigen Umsatz- und Gewinngrößen verfügt. Nachdem der erste Bio-Discounter der Oekoland AG in Düsseldorf einen stark über den Prognosen liegenden Tagesumsatz erzielt, ist nun die rasche Eröffnung weiterer Bio-Discounter in Stuttgart, Hamburg und Berlin geplant. Gemäß einem Beschluß der Hauptversammlung der Oekoland AG werden zur Zeit weitere Aktien zum Ausgabepreis von 1,70 Euro je Aktie ausgegeben. Im Gegensatz zum Handel von Aktien an der Börse fließt der Kaufpreis der Aktien voll an die Oekoland AG. Beim Börsenhandel wechseln Aktien nur ihre Besitzer, der Gesellschaft fließt kein neues Kapital zu. Somit wird die Oekoland AG durch das neue Kapital weitere Super-natural Bio-Discounter eröffnen können. Der Anleger erwirbt eine aussichtsreiche Kapitalanlage und ermöglicht durch seine Investition gleichzeitig die Absatzchancen für Bio-Produkte deutlich zu erhöhen. Denn es hat sich gezeigt, daß der Bio-Discounter neue Kundenkreise für Bio-Lebensmittel erschließt, welche bisher keine Produkte aus kontrolliert biologischer Erzeugung gekauft haben. Wer Interesse an der Aktie hat, kann sich bei der Umweltfinanz die Aktien-Zeichnungsunterlagen anfordern.

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Sommer 2001

• Kurz notiert:
Mark&Macht

45

Hinweis

Gegen 3 DM in Briefmarken schickt die Redaktion gerne das Ö-Punkte-Sonderheft »Ökozeitung gegen Markt und Kapital« zu.

**Ö-Verteiler
"Wirtschaft"**

- koop-telegramm
- Stichwort Bayer

**Zeitschriften-
schau****Contraste März 2001**

- Schwerpunkt: Visionen einer Welt von unten (Interview mit der Gruppe Gegenbilder, Bewegung von unten, Wörterbuch des Antikapitalismus), S. 1 und 7-9
- Kaffeekooperativen, S. 1+5
- Gen-Reis, S. 3+10
- Weltsozialforum, S. 6
- Festivalkultur 2001, S. 11

Contraste April 2001

- Schwerpunkt: Big brother? Elektronische Überwachung, S. 1 und 6-11
- Kritik am Ökokapitalismus, S. 4
- Berliner Initiative »Energie von unten«, S. 5
- Globalisierung: Die virtuelle Ökonomie, S. 13

Liberalisierung des Wassers

Weltweit und in Deutschland ist das Wasser zu einer wichtigen Zielscheibe neoliberaler Umgestaltung geworden - sprich: Das Wasser soll der Logik von Markt und Verwertung unterworfen werden. In vielen unterdrückten Ländern des Südens folgt aus der Privatisierung des Wassers erstmals überhaupt eine Verregelung des Wasserkonsums. Oft schon kurzfristig, zumindest aber auf lange Sicht, wird damit den dort lebenden Menschen ein weiteres Grundbedürfnis gekappt - Trinken ist nur noch über den Markt und die Wasserbeschaffung dort möglich.

In Deutschland soll die Wasserversorgung privatisiert werden. Dazu werden verschiedene Modelle überlegt - zum einen die Konkurrenz um die Wasserversorgung, wenn sie weiter von den Gemeinden entschieden wird, sich aber zukünftig alle Firmen bewerben können. Die andere, weitergehende Lösung wäre, daß auch direkt um jeden Wasseranschluß konkurriert wird. Die technischen Lösungen dafür sind aber noch unklar.

Ein Gutachten zu den Chancen und Risiken der Liberalisierung, geschrieben aus pro-marktwirtschaftlicher Sicht, ist unter www.bundeswirtschaftsministerium.de/homepage/politikfelder/wirtschaftspolitik/Publikationen/Publikationen.jsp#Wasserversorgung herunterzuladen.

www.alles-und-umsonst.de

Schenkökonomie ist einen Schritt weiter als Tauschen, denn beim Tauschen bleibt immer noch eine Inwertsetzung und ein eingeschränkter Markt von Angebot und Nachfrage erhalten - mit allen negativen Begleiterscheinungen, z. B. daß die »Talente« der einen mehr gefragt sind als des anderen. Über eine Internetseite soll das überregionale Schenken und Geschenkbekommen forciert werden.

Flughafen Frankfurt - neues Akzeptanzbeschaffungsverfahren

Nach dem aufwendigen Mediationsverfahren unter Führung auch ehemaliger Flughafengegner (z. B. Kurt Oeser) ist der erste Zweck erreicht - die Entscheidung für einen Ausbau ist gefallen und war von Beginn an klar. Noch immer läuft der krampfhafteste Versuch, durch unverbindliche Versprechungen (z. B. zum Lärmschutz) einen Kompromiß sowie durch Pseudo-Beteiligungsformen Mitbestimmung vorzutauschen. Neu ist jetzt die Idee der »Regionalen Dialogforen«, mit dem sich auch das regierungstreue Ökoinstitut in Darmstadt brüstet. Insgesamt ein gigantischer Aufwand mit nur einem Ziel: Mehr Umsatz und mehr Vorteile für das private Unternehmen Flughafen Frankfurt.

Die Selbstdarstellung der Dialogforen ist unter www.dialogforum-flughafen.de einzusehen.

**Kritische AktionärInnen -
Dachverband in Europa geplant**

Im März feierte der Dachverband der Kritischen AktionärInnen seinen 15. Geburtstag. Dort wurde bekannt, daß für Herbst 2001 die Gründung eines europäischen Dachverbandes geplant ist. Insgesamt strebt die Organisation eine engere Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Verbänden in anderen Ländern an, da viele der Auswirkungen von Firmenentscheidungen dort zu spüren sind.

Informationen unter www.kritische-aktionaeere.de

Ö-Punkte zu »Grünem Geld« geplant

Ca. Ende des Jahres 2001 (Ausgabe Winter) ist ein Ö-Punkte-Schwerpunkt zu Grünem Geld und alternativen Wirtschaftstheorien und -experimenten geplant (Freiwirtschaft, Tauschen, Schenken, Gemeinschaftseigentum usw.). Gesucht ist ein Team, das Lust hat, diese Ausgabe zusammenzustellen. Beispiele zu beschreiben, kritisch zu hinterfragen, Vorschläge und Ideen zu formulieren - und dann alles zu 12 oder 14 Seiten in den Ö-Punkten zusammenzustellen.

Bitte meldet Euch bei der Redaktion »Direkte Ökonomie« (siehe Randspalte).

Adressdatei Food-Coops

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen will eine Adressdatei von Food-Coops im Internet installieren. Coops, die bereit sind, ihre Adresse zu veröffentlichen, melden sich bei der Bundeskontaktstelle:

Annette Hoffstiepel (siehe Redaktion) oder info@lebensmittelkooperativen.de

**Umweltschutz von unten:
Aktivitäten und Diskussionen**

Im Umweltschutz-von-unten-Netzwerk sind für die kommenden Wochen weitere Aktivitäten geplant zum Verhältnis von Umweltschutz und Marktwirtschaft. Auf dem Bundes-Ökologie-Treffen (23.-27. Mai in Augsburg) ist ein Streitgespräch zwischen pro-marktwirtschaftlichen (eingeladen sind Dirk Maxeiner und/oder Michael Miersch, die Umweltbank sowie ethische Geldanlagevermittlungen) und kritischen DiskutantInnen (u.a. Norbert Suchanek und Jörg Bergstedt) geplant.

Eine zentrale Bedeutung in der Debatte wird die Klimakonferenz in Bonn haben, wo es um handelbare Zertifikate für Luftverschmutzung geht - eine ökoneoliberale Neuerung.

Siehe auch <http://go.to/umwelt> und den Schwerpunkt dieses Heftes.

Messe und Marktstudie zeigen großes Interesse

Eine große Resonanz verzeichnete die Messe »Grünes Geld«, die als Fachteil neu in das Programm der Internationalen Grünen Woche aufgenommen wurde. Vom 25. bis 27. Januar informierten sich rund 10.000 Besucher über die verschiedenen Möglichkeiten, Rendite und Umweltschutz miteinander zu verbinden. An der dreitägigen Messe beteiligten sich 41 spezielle ökologische Finanzanbieter wie z. B. die GLS-Bank, die Umweltfinanz und der Vermittler Folio. Auch Forschungsinstitute (z. B. oekom research) und als einzige politische Partei waren auch Die Grünen vertreten und gaben bereitwillig Informationen.

Im Mittelpunkt des begleitenden Kongresses, der in über 20 Vorträgen, Diskussionen und Workshops vertiefendes Wissen zum ethisch-ökologischen Kapitalmarkt bot, stand die erstmals vorgestellte Marktstudie »Doppelte Dividende«. Demnach seien gegenwärtig in Deutschland über drei Milliarden DM in grüne Geldanlagen investiert. Trotz der immensen Zuwächse - der Mittelfluss in ethisch-ökologische Fonds sei binnen zwei Jahren um das 36fache gestiegen - stellten Umweltfonds derzeit nur 0,4 Prozent des Gesamtvolumens. Der Trend gehe weiterhin zur Aktie. Wie der Branchenkenner Jörg Weber anmerkte, ist eine direkte Förderung der Umweltunternehmen nur durch die Zeichnung von neuen Aktien möglich, nicht durch einen Kauf von Umweltaktien an der Börse. Auch für die Zukunft erwarten die grünen Finanzdienstleister einen anhaltenden Aufwärtstrend, zum einen wegen des steigenden Anlegerinteresses, zum

anderen wegen des politischen Rückenwindes: Zeitgleich zur Messe passierte die Rentenreform den Bundestag, sie sieht für die Anbieter privater Altersvorsorge eine Berichtspflicht bezüglich ethisch-ökologischer Belange vor.

Weitere Informationen:

www.gruenesgeld-berlin.de

www.oekom.de (Forschungsarbeiten)

www.gjaenichen.de (Ökologische Vermögensberatung, Zeichnung von Aktien)

www.umweltaktie.de (gute regelmäßige Infos über ökologische Geldanlagen)



28.-30. April in Dortmund

Die Freie Gesellschaft (er)finden!

Von der Freien Software zur Freien Welt - Diskussionen und Workshops zu Ökonomie von unten, Open Source und ein Workshop zu Widerstand und Perspektiven.
www.oekonux-konferenz.de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

46

Sommer 2001

• Kurz notiert: Weltweit



Themenredaktion "Umwelt & Entwicklung"

Umwelt- und Nord-Süd-Nachrichten (uns)
Norbert Suchanek
Siemensstr. 13
84513 Töging am Inn
n.suchanek@amazonas.comlink.apc.org

Rubrik »Umwelt & Entwicklung«

Zahlen für den Waldspaziergang

Stellen Sie sich vor: Sie wollen mit der Familie einen sonn-täglichen Waldspaziergang machen und müssen dafür aber erst ein »Eintrittsgeld« von zehn Mark pro Person an TUI, Neckermann oder Walt Disney bezahlen. An den Haaren herbeigezogene Science Fiction oder Horrorstellung? In den USA könnte dies schon sehr bald flächendeckend Realität sein. Diese zumindest befürchtet die amerikanische Naturschutzorganisation Wild Wilderness. Schon in den nächsten vier Jahren, so der Sprecher von Wild Wilderness, Scott Silver, könnten bisher frei zugängliche Naturräume in den USA privatisiert und als »Markenprodukte« von Firmen vermarktet werden. Denn unter dem Namen American Recreation Coaliti-

on (ARC) drängten einschlägige Konzerne wie die Walt Disney Company sowie einige Freizeit-, Fun- und Motorsportfirmen schon seit einigen Jahren die Regierung und Parteien der USA dazu, den Privatunternehmen das Management der nationalen Natur- und Waldreservate zu überlassen. Die Interessen des ARC lassen sich, so Silver, in drei Worten ausdrücken: »Privatisieren, Kommerzialisieren, Motorisieren.« Übrigens: Anders als der amerikanische Naturschützer Scott Silver sind die Münchner Natur-Autoren Michael Miersch und Dirk Maxeiner glühende Befürworter einer Privatisierung der Naturreservate. Sie halten die Tourismusindustrie und vor allem Vergnügungskonzerne wie Walt Disney für die idealen Manager von Naturräumen.

„Dosenfutter“ soll besser sein?

Die Karibikinsel Puerto Rico steht unter der Verwaltung der USA, und deshalb sollen die Puerto Ricaner gefälligst auch US-amerikanisches Dosenfutter essen. Damit die Insulaner die schlimme Angelegenheit aufgeben, eigene auf der Insel produzierte, frische Nahrungsmittel zu verzehren, verkündete nun das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) den Insula-

nern: Aus den USA importiertes, industrielles Essen sei viel gesünder. Denn frische Nahrungsmittel (aus Puerto Rico) können mit gefährlichen Bakterien wie Salmonellen infiziert sein. Wie die Third World News Agency weiter berichtet, wollen die Puerto Ricaner allerdings den Braten, den ihnen das USDA da auftrifft, noch nicht so recht schlucken.

Hawaii – Rücksichtsloser Golftourismus

1995 stoppte ein Boykottaufruf von hawaiianischen Ureinwohnern und der Global Anti-Golf-Bewegung (GAGM) gegen die japanische Airline (JAL) zunächst den Bau eines Luxus-Golfresorts in Süd-Kona auf Hawaii's Big Island. Nun - pünktlich zur ITB - rückten dennoch die Bulldozer in dem vom Massentourismus bisher unberührten Gebiet an der Küste der Kealakekua Bay an und begannen mit dem Bau zweier Golfanlagen. »Gegen den Willen der lokalen Bevölkerung«, wie die Anti-Golf-Bewegung betont. Die ersten Bauarbeiten des »Hokuli'a Development Project« von Oceanside - ein Joint Venture zwischen JAL und Lyle Anderson von Arizona - hätten bereits jetzt zu ernststen Schäden am empfindlichen Küstenökosystem geführt und bedrohten ein Meeresschutzgebiet in der Bucht von Kealakekua. »Unabhängig davon, dass hawaiianisches Land und natürliche Ressourcen zerstört wurden«, so eine Sprecherin der Bewegung, »die Golf-Resort-Planer haben auch hunderte von Begräbnisstätten der Ureinwohner umgegraben.«

»Unsere Gemeinde will diese Art von umwelt- und kulturschädlicher Entwicklung nicht«, kritisiert die einheimische Umweltgruppe »Protect Keopuka, Ohana«. Eine Reihe von umweltzerstörenden Luxus-Golf-Resorts seien bereits jetzt entlang der trockenen Küste Nord-Konas und Sued-Kohalas errichtet worden. »Protect Keopuka, Ohana« versucht nun zu verhindern, dass Süd-Kona und die Ka'u-Region gleichfalls von Golf-Resorts heimgesucht werden. Die lokale Umweltgruppe sowie die Global Anti-Golf-Bewegung hoffen auf internationale Unterstützung.

Weitere Information gibt's im Internet unter: www.Keep-Kealakekua-wild.org, oder bei: Malamo Pono and Chuck Flaherty, Protect Keopuka, Ohana (PKO), P.O. Box 723, Captain Cook, Hawaii, HI 96704, USA. Email: oneheart@aloha.net oder bei den GAGM-Koordinationsgruppen: Global Network for Anti-Golf Course Action (GNAGA), Japan and Tourism Investigation & Monitoring Team (tim-team), Thailand. gen@awa.or.jp / tim-team@access.inet.co.th

Pseudo-Naturschutz auf Kosten der Pygmäen

»Dieser Bericht erzählt die Geschichte des Twa-Volkes, das aus ihren Wäldern des Kahuzi-Biega-Nationalparks, in Ostkongo, im Namen des Naturschutzes vertrieben wurde.« Mit diesem Satz beginnt ein nun veröffentlichter, von der Europäischen Kommission finanzierter Untersuchungsbericht über die für Ureinwohner dramatischen Folgen einer falschen Gorillaschutz- und Naturtourismuspolitik. Opfer dieser von der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) mitbetreuten und mit deutschen Steuergeldern cofinanzierten »Entwicklungshilfe« wurden die Ureinwohner vom Volk der Twa-Pygmäen im Herzen Schwarzafrikas.

Der Report »Heading Towards Extinction - Indigenous Rights in Africa: The Case of the Twa of the Kahuzi-Biega National Park, Democratic Republic of Congo«, von Albert Kwokwo Barume, der International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA) und dem Forest Peoples Programme, ISBN 87-90730-31-3, ist zu beziehen bei: International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA), Classensgade 11 E, DK 2100 - Kopenhagen, Daenemark, Fax: 0045-35270507, Email: iwgia@iwgia.org / www.iwgia.org oder beim Forest Peoples Programme in England, Fax: 0044-1608652878, Email: info@fppwrn.gn.apc.org

Wassermangel für die Massen

Allein aufgrund der globalen Erwärmung werden bis zum Jahr 2025 rund 67 Prozent der Bevölkerung unseres Planeten unter Wassermangel leiden. Das britische Verteidigungsministerium befürchtet deshalb weltweit eine Zunahme sozialer und politischer Unruhen.

BSE und AIDS sind nicht allein

AIDS und BSE sind zwar die bekanntesten neuen Seuchen, doch sie sind nicht die einzigen. Insgesamt tauchten seit 1973 dreissig neue Infektionskrankheiten auf, die vorher unbekannt waren, meldet Time.

Asien wird Afrika überholen

Schlechte Nachrichten für Asien. Bisher gilt Afrika als das Land mit den meisten AIDS-Kranken. Bis zum Jahr 2010 wird sich dies aber ändern, dann wird Asien die Region mit den meisten AIDS-Fällen sein. Ungebremster Sextourismus ist eine der Ursachen.



Kinder-Armeen im Süden - Greise Rekruten im Norden

Während vor allem in Entwicklungsländern Kinder als Soldaten ausgenutzt werden - die UN zählte im vergangenen Jahr 300.000 Kindersoldaten unter 18 Jahren weltweit -, befürchtet die britische Armee bald zu vergeisen. Denn in Großbritannien wie auch in Deutschland werden zu wenige Kinder geboren, so dass bis zum Jahr 2050 den westeuropäischen Armeen der Nachwuchs ausgehen wird. Wie wäre es mit einer neuen Green-Card?

Kinder als biologische Insektenbekämpfung

Etwa 1,2 Millionen Kinder arbeiten in den Sommermonaten auf den Baumwollfeldern Ägyptens. Sie bekämpfen einen Wurm, der die Baumwollpflanzen schädigt, indem sie die befallenen Blätter entfernen.

Grosseinkauf von Wal-Mart

Der amerikanische Einzelhandelskonzern-Riese kauft sich nicht nur in Deutschland ein. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre investierte er weltweit gut 34 Milliarden Mark in den Aufbau und Kauf von Einzelhandelsketten. Weltweit machte Wal-Mart im vergangenen Jahr einen Umsatz von rund 400 Milliarden Mark und erzielte dabei einen Reingewinn von über 12 Milliarden Mark. Zur Erinnerung: 3 Milliarden Menschen müssen mit einem Einkommen von rund zwei Mark pro Tag auskommen.

Metallverbraucher Computer

Ob Opa, Omi, Kind oder Kegel: Alle sollen ins Internet gehen, wenn es nach den Ideen von Managern und vielen konservativen wie neoliberalen Politikern geht. Doch kaum einer macht sich Gedanken darüber, woher die vielen Bunt- und Edelmetalle kommen, die in den zahlreichen für die Internet-Offensive benötigten Computern stecken: Ein durchschnittlicher PC enthält neben 2,3 Kg Stahl für den Rahmen, im Rest finden sich jede Menge Gold, Kupfer, Silber, Nickel, Cadmium, Aluminium, Blei und natürlich Kunststoff aus Erdöl. Bisher werden höchstens etwa 10 Prozent der Alt-Computer recycelt.



Aluminium statt Inder

Was haben Autos, Computer und Bierdosen gemein? In allen steckt Aluminium. Der Alu-Rohstoff Bauxit wiederum kommt zum Großteil aus den Tropen, wo er im Tagebau abgetragen und für kaum zu kalkulierende Umweltschäden verantwortlich ist. Nun sollen 1.750 Hektar Land indischer Ureinwohner in den Baphimali-Hügeln (Region Orissa) für die Bauxit-Ausbeutung geopfert werden, berichtet der Ecologist. Die Ureinwohner vom Volk der Proja und der Kondha sind dagegen und versuchen ihr Land zu retten. Doch die indische Provinzregierung von Orissa und die beteiligten Aluminiumkonzerne - Alcan aus Kanada und Norsk Hydro aus Norwegen - kümmern sich bislang praktisch nicht um die Bedenken der lokalen Bevölkerung.

Mehr Informationen bei: MiningWatch, Canada. Fax 001-6135695138

Frischfleisch aus dem Osten

Es gibt neben dem Tourismus noch eine Branche, die boomt wie nie zuvor: Der moderne Sklavenhandel mit jungen Frauen aus den ehemaligen Ostblockstaaten und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Jährlich werden etwa 200.000 bis 300.000 Frauen aus diesen Ländern mit Gewalt oder falschen Versprechungen nach Westeuropa und Nordamerika verschleppt und der dortigen Sexindustrie zugeführt.

Frauen ernähren die Welt

Frauen ernähren die Welt: Dies trifft zumindest auf den südlichen und östlichen Teil unserer Erde zu. In Schwarzafrika und der Karibik produzieren Frauen rund 80 Prozent der Ernten. Und in Asien erledigten Frauen 90 Prozent der Arbeit in den Reisfeldern, schreibt Time. Die amerikanische Zeitschrift meldete im März 2001 auch, dass jährlich 50.000 Frauen und Kinder von kriminellen Vereinigungen in die USA verschleppt und zur Sklavenarbeit gezwungen werden.

200 gegen 2 Milliarden

Die 200 reichsten Menschen der Erde haben mehr Geld als die ärmsten zwei Milliarden Menschen zusammengenommen. Wie die Weltbank weiter ausgerechnet hat, ist die Anzahl der ärmsten Menschen der Erde seit 1987 um 200 Millionen angewachsen.

Gen-Food in Russland

Russland wird mehr und mehr zum Versuchsfeld für den Anbau genetisch manipulierter Nahrungsmittelpflanzen. So lässt Monsanto Gen-Kartoffeln derzeit in 18 Regionen Russlands testen. Wie das Max-Planck-Institut aber berichtet, kann der Anbau genmanipulierter Kartoffeln zu Veränderungen des Bodenlebens führen. Eine weitere »Zeitbombe« tickt.

Last Orders

Das »Sterben« kleiner Brauereien gibt es nicht nur in Deutschland. In England werden die kleinen Brauereien ebenso vom Markt gedrängt. Dabei geht auch das traditionelle Pub verloren. Die Pubs werden von den Konzernen aufgekauft und dann dicht gemacht oder in »trendige« Bars umgebaut. Im vergangenen Jahr schlossen so in England monatlich bis 20 Pubs vor allem auf dem Land für immer ihre Pforten. Auch ein Grund für Landflucht.

40.000 Pestizid-Tote

Laut Weltgesundheitsorganisation vergiften sich jährlich zwischen zwei und fünf Millionen Menschen auf dem Land direkt mit Pestiziden. 40.000 dieser Vergiftungsfälle enden tödlich.

Öko-Essen in Italiens Schulen

Italiens Landwirtschaftsminister will, dass in den italienischen Schulen - dort gibt es schon lange Ganztagschulen - nur kontrolliert biologische Nahrungsmittel ausgegeben werden. Die höchsten Wachstumsraten des biologischen Landbaus finden sich übrigens derzeit in der Alpenregion, dem Mittelmeerraum und Skandinavien mit einer Rate von bis 30 Prozent. Auch in Australien wächst der Öko-Landbau mit einer stattlichen Rate von 25 Prozent jährlich.

Stolz oder nicht stolz?

Die derzeit breit diskutierte Frage, sollen wir stolz sein Deutsche, US-Amerikaner, Engländer, Europäer oder Weltbürger zu sein? beantwortet ein altes, wieder brandaktuelles Sprichwort: Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz.

Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer 2001

Kurz notiert: Weltweit

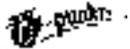


Ö-Verteiler "Umwelt & Entwicklung"

Leider keiner.

Pestizide machen Kinder dumm
 „Pestizide machen Kinder dumm“. Das schreibt die Stiftung Warentest (Heft 3/2001) und beruft sich auf eine amerikanische Studie. Ursache der „Verdummungswirkung“ von Pestiziden könnte ihre Wirkung als sogenannte Pseudohormone sein. Der menschliche Körper verwechselt diese Pseudohormone mit eigenen, echten Hormonen. Als Folge davon können Entwicklungsstörungen auftreten.





Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

48

Sommer 2001

• Kurz notiert:
Weltweit

Rubrik »Weltwirtschaft, Neoliberalismus«

There is no alternative? (Teil 2)

Wie in der letzten Ausgabe schon angekündigt, werden die 3 vorgestellten Projekte: Mut Vitz, Cafe Libertad und die Food-Coop in dieser Ausgabe kritisch hinterfragt. Außerdem soll versucht werden, konkrete Verbesserungsvorschläge für einzelne Bereiche zu finden. Ist ein Modell im Hier & Jetzt nur eine Scheinalternative oder kann es auch eine wirkliche Alternative darstellen?

Diese Frage ist nicht einfach und viele Antworten (je nach Anspruch & Maßstab) sind möglich.

In dem folgenden Beitrag soll trotzdem versucht werden eine mehr oder weniger subjektive Teilantwort auf die Frage: Mögliche Alternative/Perspektive? zu geben.

Damit ein Projekt, ein Modell, dem Anspruch eine »Alternative zu sein« gerecht wird, muß es zumindest einem Mindestmaß an Kriterien gerecht werden. Solche Kriterien sind ganz allgemein gehalten. Das Fehlen von Hierarchien & Machtmo-

nopolen, kein ausschließlich profit-orientiertes Handeln, eine dezentrale Organisationsform. Wenn ein Delegiertenprinzip gewählt wird, dann muß es offen, transparent sein und darf keine Privilegien erzeugen. Eine Gleichberechtigung unter allen Beteiligten, Entscheidungen müssen von der Basis getragen werden und sollten wenn möglich durch ein Konsensprinzip zustande kommen, kein Zwang, sondern Selbstbestimmung & Eigeninitiative, ein bewußter Umgang mit Mensch & Natur.

Das sind sicher noch nicht alle relevanten Kriterien, aber schon mal ein Grundgerüst, in dessen Rahmen eine ganze Menge entstehen kann/könnte. Die Projekte werden anhand dieser genannten oder ähnlicher Kriterien hinterfragt.



Cafe Libertad

Food-Coop



Themenredaktion
"Weltwirtschaft &
Neoliberalismus"

Lenja & Julian
Anregungen, Beiträge,
Kritik, Diskussion etc.
an: julian20000@gmx.de
oder
Lenja Öxle,
Engelbergerstr. 41h,
79106 Freiburg

Die Kooperative Cafe Libertad in Hamburg hat den Import und die Vermarktung des Mut Vitz Kaffees in Deutschland übernommen. Dabei sind dem eigenen Handlungsspielraum klare, unauweiche Grenzen gesetzt. Cafe Libertad kann zwar den Preis festlegen, den die Kooperative für den Kaffee bekommt und die interne Organisationsform frei gestalten, was den Import des Kaffees anbelangt, fehlt aber jeder Spielraum. Ausfuhrbestimmungen in Mexiko, Zölle, Steuern, Einfuhrbestimmungen in Deutschland sind ganz klar festgesetzt und alternative Wege sind (abgesehen von Schmuggeln) momentan nicht praktikabel. Trotz diesem starren, festgelegten staatlichen und wirtschaftspolitischen Rahmen, der den Großteil der „Arbeit“ von Cafe Libertad bestimmt und nur durch grundlegende, gesamtgesellschaftliche Änderungen beseitigt werden kann, gibt es, was die interne Organisationsform betrifft, trotzdem einige Kritikpunkte und Verbesserungsmöglichkeiten. Cafe-Libertad ist non-profit-orientiert, d.h. es geht nicht darum möglichst hohe Gewinne zu erzielen, sondern darum, Mut Vitz soviel wie möglich für den Kaffee zu zahlen und eine umfassende politische und praktische Solidaritätsarbeit zu leisten. Gleichzeitig sollen die dabei entstehenden Unkosten gedeckt werden.

Dieses praktizierte non-profit Handeln ist durchaus positiv. Ein Schwachpunkt dagegen ist die fehlende Transparenz der Kooperative. Cafe Libertad ist formell als Verein organisiert und seit diesem Jahr als „Gesellschaft bürgerlichen Rechts“. Was die Verwendung der Gelder und die Zusammensetzung des Kaffeepreises angeht werden zwar Berichte und Zusammenstellungen veröffentlicht, praktisch ist der gesamte Finanzbereich aber momentan in 1. Linie in den Händen von 2 Personen konzentriert. Angesichts der teilweise extrem hohen Summen (z.B. 60 000 DM für die Vorfinanzierung der Ernte etc.) wäre es grundsätzlich besser, wenn dieser Bereich auf mehrere Menschen verteilt wäre.

Positiv in bezug auf die Struktur der Food-Coop ist, daß sie wie Mut Vitz so organisiert ist, daß Hierarchien nur schwer entstehen können. Alle machen mit, es gibt keine „besseren“ oder „schlechteren“ Posten und kein typisches Konsumentenverhalten – nach dem Motto „es interessiert mich nicht was für Arbeiten gerade anstehen, was bei den Anderen los ist, ich will nur schnell einkaufen, egal was, wie, woher“. Für die einzelnen Bereiche wie Einkauf, Putzen, Konto, u.a. gibt es eigene Gruppen, die „ihren“ Bereich recht unabhängig regeln können. Ein Mal im Monat findet ein Plenum statt, auf dem wichtige Punkte besprochen werden und auf dem sich getroffen und ausgetauscht wird. Der so entstandene Freiraum wird/kann von den Mitgliedern je nach Interesse und Anspruch gefüllt werden. Stattliche Kontrollen (z.B. bei der Buchführung, Lagerung, Hygiene etc.) gibt es nicht. Auch Coop-intern gibt es keine Kontrollen und keine Überwachung, es wird auf Vertrauen und das gemeinsame Interesse gesetzt, wer beschließen will, hätte alle Möglichkeiten dazu. Was die Produkte der Coop angeht wird auf biologischen Anbau Wert gelegt. Konsens ist, daß nur ökologisch erzeugte Produkte, dem Anspruch eine Alternative zur konventionellen ausbeuterischen Nahrungsmittelproduktion zu sein, gerecht werden können.

Getreide, Milchprodukte u. Obst/Gemüse der Saison kommen von Höfen aus der Region. Dadurch fallen unnötige Transporte weg, erhöht sich die Transparenz (woher kommt ein Produkt, wie wird es von wem erzeugt) und werden dezentrale Austauschmodelle gefördert. Die meisten Grundnahrungsmittel, aber auch Waschmittel, Shampoo etc., werden in großen Abpackungen bezogen, sind also nicht x-mal portionsgerecht verpackt, wodurch unnötige Verpackung vermieden wird. (Außerdem umfaßt das Coop Angebot einige „selbstgemachte“ Artikel, wie z.B. Marmelade, Wein)

Zumindest indirekt müssen für die Food-Coop keine Tiere sterben bzw. geschlachtet werden, auf totes Tier wird verzichtet. Abgesehen von persönlichen Gewissensgründen werden durch diesen Verzicht keine Nahrungsmittel für die Fleischproduktion verwendet/schwendet (7 – 10 kg Getreide für 1 kg Fleisch).

Im Rahmen der Food-Coop wird eine herrschaftsfreie, selbstbestimmte, dezentrale, transparente und umweltschonende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern versucht. An diesem Versuch gibt es aber auch einige Kritikpunkte.

Viele schon weiterverarbeiteten Produkte werden über einen Großhändler bezogen- also nix war's mit dezentral und regional.

Gerade im Winter wird auch nur teilweise auf das heimische Obst- und Gemüseangebot zurückgegriffen bzw. sich darauf beschränkt, sondern es zählt neben dem regionalen Aspekt auch die Vielfalt, Abwechslung und der Preis.

Diese Kritik bedeutet nicht, daß ausschließlich regionale, heimische Produkte konsumiert werden sollten, aber zumindest dort, wo es möglich ist, d.h. wo Alternativen zu importierten oder weithergebrachten Produkten existieren, ist es bestimmt besser solche zu beziehen. Regional heißt ja auch immer: weniger Transport, Arbeit und mehr Transparenz.

Auch mit dem politischen Anspruch der Food-Coop als Ganzes ist es nicht weit her. Es existiert kein ausformuliertes oder konsensfähiges Selbstverständnis. Einige Mitglieder scheinen die Food-Coop eher als eine billigere Alternative zum Bioladen zu verstehen, anstatt sie als einen Teilspekt eines gesamtgesellschaftlichen, emanzipatorischen Lebensmodells zu sehen.

Aufgrund dieses fehlenden politischen Anspruchs tritt die Food-Coop auch nicht (mehr) nach außen in Erscheinung, d. h. es wird weder für ein Food-Coop-Modell „geworben“, noch findet eine Auseinandersetzung mit anderen politischen Gruppen statt.

Trotz diesen Kritikpunkten sehen wir die Coop als einen guten Ansatz um eine andere Ökonomie und einen alternativen Lebensstil zu praktizieren. Innerhalb der Food-Coop lassen sich viele emanzipatorische Ideen verwirklichen, gleichzeitig werden dem Modell aber auch von außen Grenzen gesetzt. Vom Staat im allgemeinen, aufgrund von Steuern und Grenzen durch normale, auf Geld basierende Handelswege.

Auch das persönliche Bedürfnis nach einem vielfältigen, abwechslungsreichen Nahrungsmittelangebot, steht einer rein regionalen Versorgung im Weg.

Ein weiteres Problem ist, daß einige der Produzenten und Großhändler zwar einem Bio-Aspekt gerecht werden, sich aber ansonsten nicht von konventionellen Anbietern unterscheiden (schlechte Arbeitsbedingungen, profitorientiert etc.). Solange es aber nur wenig „politisch-korrekte“ Anbieter gibt, stehen kritische KonsumentInnen immer wieder vor der Frage: Verzicht oder Kompromiß?

Neben diesen äußeren Grenzen, könnte die Food-Coop aber intern durchaus etwas verbessern. Einerseits könnte mehr Wert auf einen umfassenden, politischen Anspruch gelegt werden und andererseits gibt es je nach Bereich sicher einige Alternativen zu ökokapitalistischen Unternehmen. Vielleicht teilweise zu einem höheren Preis und mit mehr Aufwand, aber zumindest der Preis allein muß ja nicht immer und überall der allgemeine Maßstab sein.

Internettipp

www.rhein-neckar.de
Asien Aktuell: News,
Daten, Kämpfe,
Bewegungen
Schwerpunkt: Asien-
tätig aktualisierte
Infos zu Protesten und
Arbeiterkämpfen.

Chiapas: Café Libertad!

100% kontrolliert-biologischer Arabica-Kaffee
-in Um-
gebenen
im
stellung- aus rebellischen indi-
Gemeinden der Region Oventic
Hochland von Chiapas



Unser Angebot:
CAFÉ LIBERTAD Durito, 500g gemahlen
Espresso RebelDia, 250g gemahlen
und RebelDia, ganze Bohne 500g
Anlieferung ab 10kg frachtfrei!

CAFÉ LIBERTAD
Kooperative
Tel./Fax/Anrufbeantworter:
040 - 880 11 61

Mut Vitz

In folgenden Punkten sehen wir emanzipatorische Ansätze, die natürlich noch weiter ausgebaut werden könnten.

Die Mitglieder von Mut Vitz versuchen aus eigener Initiative heraus eine Änderung bzw. Verbesserung ihrer sozialen und ökonomischen Situation herzustellen. Nicht durch ein jede/r gegen jede/n, sondern durch ein kollektives Vorgehen. Das Ergebnis ist eine unabhängige, selbstbestimmte und basisdemokratisch organisierte Kooperative. Sie setzt sich aus ca. 26 Gemeinden mit insgesamt rund 1000 Mitgliedern zusammen. Alle Mitglieder können an den für die Kooperative relevanten Punkten mitentscheiden. Da regelmäßige Treffen zwischen allen 1000 Mitgliedern nicht praktikabel sind, werden von den einzelnen Gemeinden Delegierte gewählt, die sich einmal im Monat treffen. Die Delegierten sind nicht befugt im Rahmen der Versammlungen eigene Entscheidungen zu treffen, sondern tragen sie in die Gemeinden zur Diskussion zurück. Durch die starke Position der Basisgemeinden werden Hierarchien und Machtmonopole bzw. Mißbräuche weitestgehend verhindert. Das zentrale Thema der Kooperative ist natürlich der Kaffee, vom Anbau über die Ernte bis zur besseren Vermarktung. Neben diesen, auf Kaffeeproduktion und auf Vermarktung konzentrierten Aspekten, werden im Rahmen der Kooperative aber auch noch eine Reihe von umfassenden politischen Zielen verfolgt. Dabei geht es ganz konkret um den Aus- und Aufbau einer medizinischen Versorgung, die (Weiter-) Bildung der Mitglieder, um zusätzliche Gemeinschaftsprojekte wie „tiendas colectivas“

(Gemeinschaftsläden) und die Anschaffung von Produktionsmitteln zur kollektiven Nutzung.

(z.B. Fahrzeuge, Mühlen etc.). Aber es geht auch ganz allgemein um Selbstbestimmung, die Forderung nach Gleichberechtigung und nach indigenen Rechten. Spätestens seit dem Aufstand der Zapatistas 1994 (zeitgleich zum Inkrafttreten der NAFTA) finden die Forderungen, der in der zapatistischen Basis organisierten Mitglieder von Mut Vitz, ihren Ausdruck im Befreiungskampf der EZLN. Einem Kampf für die Freiheit und Eigenständigkeit aller Menschen, einem Kampf gegen Diskriminierung und „Neoliberalismus“. Es wird versucht, diesen politischen Anspruch durch die Organisationsform und das Selbstverständnis der Kooperative intern umzusetzen.

In Puncto „Umgang mit der Natur“ wird durch den biologischen Kaffeeanbau kein rücksichts- und grenzenloser Raubbau an der Natur und den natürlichen Ressourcen betrieben, sondern die Natur wird als eine erhaltenswerte Lebensgrundlage behandelt.

Neben dem Kaffeeanbau betreiben die meisten Kooperativenmitglieder noch eine Subsistenzwirtschaft. Der Eigenanbau reicht zwar nicht aus, um sich komplett selbstzuversorgen, deckt aber zumindest für einen gewissen Zeitraum die Versorgung mit den elementarsten und oft einzigen Grundnahrungsmitteln. Die betriebene Subsistenzwirtschaft ist einerseits Ausdruck einer traditionellen Lebensweise und dem Wunsch nach Unabhängigkeit, gleichzeitig aber auch ein Muß, weil einfach das Geld fehlt, um Essen zu kaufen. Sie ist außerdem eine recht erbärmliche bzw. einseitige Angelegenheit, hauptsächlich Mais und Bohnen. Das Nahrungsangebot könnte aber auf alle Fälle reichhaltiger sein, wenn nicht die Notwendigkeit bestehen würde, möglichst viel landwirtschaftliche Produkte zu verkaufen.

Trotz den genannten durchaus positiven Aspekten, gibt es aus unserer Sicht auch einige Kritik an Mut Vitz- besonders unter dem Aspekt „Alternative bzw. emanzipatorische Perspektive“. Der zentrale Kritikpunkt ist, wie so oft, das Geschlechterverhältnis.

Da die Basisgemeinden von Mut Vitz gleichzeitig die Basis der EZLN darstellen und diese einen antipatriarchalen Anspruch vertritt, könnte mensch davon ausgehen, daß dieser Anspruch auch bei Mut Vitz vorhanden ist. In der Praxis ist das aber nicht der Fall. Alle Delegierten sind Männer. Auch innerhalb der Familien existiert eine klare Rollenzuschreibung. Frau versorgt Haus, Mann und Kinder, hilft bei der Kaffeenernte mit und je nach finanzieller Lage „darf“ sie höchstens zusätzlich noch arbeiten gehen. Patriarchale Strukturen und die daraus resultierende Ausgrenzung von Frauen aus entscheidungsrelevanten Bereichen, ist auch bei Mut Vitz Realität.

Des Weiteren ist auch Mut Vitz nicht frei von internen Hierarchien (insbesondere von religiösen bzw. traditionell bedingten Hierarchien wie das Kazikentum etc.) bzw. von der Gefahr, Hierarchien aufzubauen. Aber wahrscheinlich werden die Themen Hierarchien, Dominanz und Macht immer ein Knack- bzw. Auseinandersetzungspunkt zwischen Menschen sein und bleiben. Das bedeutet nicht, daß Hierarchien dadurch weniger kritikwürdig sind, sondern heißt nur, daß zwischen dem theoretischen Anspruch Hierarchien zu verhindern und der praktischen Umsetzung Welten liegen.

Wenn mensch Mut Vitz bezüglich der Organisationsform, dem praktischen Handeln und dem politischen Anspruch untersucht, wird aber auch deutlich, daß einem eigenständigen, selbstbestimmten Handeln ganz klare Grenzen gesetzt werden. Unterdrückung, Lebensbedrohung und Repression von Staat, Militär/ Paramilitärs, die Zwänge und Auswirkungen des Weltmarktes und die Rechtlosigkeit der indigenen Gemeinden, sind wohl die einschneidendsten Beschränkungen des Handlungsspielraums. Sich in Chiapas offen zum zapatistischen Befreiungskampf zu bekennen oder wie Mut Vitz staatsunabhängige Strukturen aufzubauen, bringen in der Regel massive Repressionen von Polizei, Militär und Paramilitärs mit sich. Morde durch paramilitärische Gruppen sind an der Tagesordnung.

Dazu kommen wirtschaftliche Grenzen.

Mut Vitz kann von seinen Mitgliedern nur ca. 10 % der Kaffeenernte abnehmen, d.h. für 10% einen gerechten Preis bezahlen. Mehr ist nicht möglich, da nationale wie internationale Abnehmer fehlen, die bereit sind, für den Kaffee mehr zu bezahlen als einen Preis, den der Weltmarkt vorgibt. Für die KleinbäuerInnen bedeutet das, daß sie ca. 90 % der Ernte an lokale Zwischenhändler verkaufen müssen, zu einem Preis, der nur ca. einem Drittel des Mut Vitz- Preises entspricht und weit davon entfernt ist, ihre Existenz zu sichern.

Neben diesen Grenzen, die nur durch einen radikalen Umbruch der gesamtgesellschaftlichen, weltweiten Verhältnisse zu beseitigen wären, könnte Mut Vitz intern trotzdem manches ändern bzw. verbessern. Der Abbau interner Hierarchien und ein gleichberechtigtes Geschlechterverhältnis könnte auch ohne erfolgte weltweite soziale Revolution innerhalb der Kooperative bzw. den Basisgemeinden umgesetzt werden.

In der Auseinandersetzung ist (bei uns) klar geworden, daß die einzelnen Projekte einen mehr (z.B. Food-Coop) oder weniger (Mut Vitz, Cafe-Libertad) großen Rahmen für die Verwirklichung einer emanzipatorischen Praxis haben. Es wurde aber auch deutlich, daß eine weitestgehende Selbstbestimmung nur ohne Faktoren wie Staat, freier Marktwirtschaft, Militär usw. möglich ist. Trotz diesen, immer wieder „störenden Faktoren“, gibt es aber auch innerhalb des bestehenden Systems und innerhalb der Projekte Möglichkeiten, emanzipatorische Ansätze zu verwirklichen und intern bestimmte Handlungs- und Verhaltensweisen neu zu „erlernen“.

Auch im Rahmen dieser Projekte werden Staaten (z.B. durch Steuern) und der Weltmarkt (z.B. durch Warenstrom in konventionellen Bahnen) mit unterstützt, gesellschaftliche Gewaltverhältnisse reproduziert, aber im Gegensatz zu konventionellen Konsums- und Produktionspraktiken (beruhend auf Ausbeutung, Unterdrückung, Lohnarbeit, Profit und Leistung) können die Projekte trotzdem als Versuche verstanden werden, aus dem System auszuberechnen. Gerade das Beispiel der Food-Coop zeigt, daß wenn es mehr ähnliche Projekte und alternative Produktionsgemeinschaften geben würde, auch im hier und jetzt Freiräume geschaffen werden könnten.

Fazit

Alle drei beschriebenen Projekte stellen Alternativen zum bestehenden System dar, auch wenn durch sie noch keine grundlegend anderen utopischen Gesellschaftsstrukturen hergestellt wurden und werden können. Zu Utopien mehr in den nächsten Ö-Punkten.

Zukunftsmarkt geht den Bach runter?

New Economy - stand bisher für die zukunftsweisende Kommunikations- und Informationstechnologie, flexibel und innovativ. Schlagwort für maximale und schnelle Gewinne, für den erfolgsversprechenden Wirtschaftszweig der Zukunft. Doch in letzter Zeit ist dieser hoch gepriesene Markt am bröckeln. In den USA stürzte die Technologie-Börse Nasdaq von März 2000 bis März 2001 um 60 Prozent ab, der vergleichbare deutsche Index Nemax verbuchte im selben Zeitraum einen Rückgang von knapp 80 %. Gemessen am Höchststand reduzierte sich die Börsenkaptalisierung am deutschen Neuen Markt zwischen März 2000 und März 2001 von 460 Milliarden Mark auf 180 Milliarden. Auf dem US-Markt Nasdaq beträgt die so ermittelte Wertvernichtung 4000 Milliarden US-Dollar. Das entspricht 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA. Von dieser Entwicklung bleiben auch die großen Internet-Giganten nicht verschont. Das Unternehmen Yahoo hatte beispielsweise auf dem Höchststand eine Börsenkaptalisierung von 93 Milliarden US-Dollar, mehr als die addierten Börsenwerte von General Motors und Boeing. Im März 2001 ist Yahoo nur noch 9,5 Milliarden Dollar wert. Die extremen Einbrüche am Neuen Markt haben für Millionen von Kleinaktionären, die dort Milliardensummen angelegt hatten, fatale Folgen, da dieses Geld vernichtet wurde. Um zu investieren wurden gewaltige Kredite aufgenommen, die nun nicht abgeschrieben sind. Aber auch die Old Economy, z.B. Stahl- und Autoindustrie, bleiben von der sich momentan abzeichnenden Rezession nicht verschont. Ihren Ausdruck findet sie u.a. in erfolgten und geplanten Massenentlassungen (seit Juli 2000 bis einschl. Februar 2001 Knapp eine halbe Million).

Quelle: Konkret Nr. 4 April 2001

Global Action Day

Mehr als 20000 Menschen demonstrieren in Neapel gegen das »Global Forum«. Im Rahmen dieses, von der italienischen Regierung ausgerichteten, Global Forums zu Informationstechnologien, waren Vertreter von 120 Staaten, internationalen Organisationen und von IT- Großkonzernen versammelt. Es ging um »e-democracy« und »e-government«.

An den Protesten haben sich DemonstrantInnen aus Italien, der Schweiz, Frankreich und Deutschland beteiligt. 40 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Die Proteste wurden unter anderem als eine Art »Generalprobe« für den in Genua stattfindenden G8-Gipfel verstanden.

Wir wollen Sprachrohr politischer Bewegung sein ...

... aber ohne Eure Spenden können wir das nicht mehr lange!



Sommer 2001

• Kurz notiert: **Weltweit**



Weitere Infos

zu Cafe Libertad und Mut Vitz unter www.free.de/cafe-libertad/



Ö-Verteiler "Weltwirtschaft ..."

- Hoppetosse
- fzs-Rundbrief

20.-22. Juli 2001
G8- Gipfel in Genua
Infos unter:
www.peacelink.it/

Perspektiven

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

50 Sommer 2001
 • Aktion und Vision

Skandale und ...

Hinweis

Wer Interesse hat, Veranstaltungen, Seminare, Workshops usw. zu diesen Themen zu veranstalten, sollte sich melden bei der

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5

Mögliche Themen u.a.:

- Kritik an Agenda und Nachhaltigkeit
- Ökologie und Ökonomie sind unvereinbar
- Emanzipatorischer Umweltschutz statt Öko-Neoliberalismus (Ökosteuern, Nachhaltigkeit & Co.)
- Freie Menschen in Freien Vereinbarungen (Visionen)
- Selbstorganisation in Alltag und Politik
- Entscheidungsfindung von unten/ kreative Gruppenprozesse



Mehr unter www.projektwerkstatt.de/oepunkte.

Von Realität keine Spur - Das Mephisto-Prinzip

Dirk Maxeiner und Michael Miersch (M&M), die selbsternannten Öko-Realisten der Nation ziehen in ihrem neuesten Buch (Das Mephisto Prinzip) über betende Buddhisten, kritische Wissenschaftler wie Frederic Vester, über den Club of Rome und das World Watch Institute her, machen sich darüberhinaus lächerlich über den französischen Globalisierungskritiker und Bauernführer José Bové sowie über Prinz Charles, die sich beide nachweislich gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft und für den biologischen, regionalen Landbau einsetzen. Als tatsächliche Umweltschützer und Sozialreformer hingegen stellen M&M Industriekonzerne und selbst die Eiserne Lady, Margaret Thatcher dar. Die Münchner »Öko-Realisten« sind sich nicht zu schäbig, um in ihrem Buch Coca-Cola, McDonalds und Walt Disney zu hofieren. M&M machen die Grossverdiener unter den Turbokapitalisten aus den USA und Deutschland zu Volkshelden. Selbst die von Chemie- und Saatgutkonzernen kräftig unterstützte »Grüne Revolution«, die die Entwicklungsländer zu einem grossen Absatzmarkt für umweltschädliche Pestizide und Exportsaatgut kaputtentwickelt hat, ist für M&M eine tolle Sache. Logisch, dass Gen-Reis und Internet-Pornographie ebenfalls positive Errungenschaften der kapitalistischen Menschheit sind. Und selbstverständlich ist - laut M&M - der oft zu unrecht gescholtene Massentourismus in Wirklichkeit das Beste, was den Ländern des Südens jemals passiert ist.

Auf Mephisto (Teufel) komm raus predigen die beiden Autoren - ihr gleichfalls von Falschannahmen strotzendes Buch »Life Counts« wurde im vergangenen Jahr als »Wissenschaftsbuch des Jahres« (von wem bloss?) ausgezeichnet - das hohe Lied des Turbo-Kapitalismus und propagieren ihn als Heilslehre für unseren Planeten. Beflissentlich vergessen sie dabei, dass ein Großteil der Menschheit mit we-

hektar fruchtbaren Boden vernichtet oder zubetoniert werden, dass jährlich Millionen von Kindern und Frauen als Sexsklaven verkauft und von westlichen Kapitalisten missbraucht werden, dass der besonders von kapitalistischen Menschen des Nordens forcierte Treibhauseffekt die Lebensgrundlage zahlreicher Menschen des Südens untergräbt... Nein, für M&M besteht die Welt aus einer Käseglocke, in der es nur gutverdienende M&Ms gibt. Sie loben Aktien und Aktienfonds als Rettungsanker für die Arbeiterklasse. Von Börsenkrähen und Aktienverlusten, die in der Regel wie jüngst wieder zu erleben war vor allem die Kleinanleger treffen, haben M&M noch nie etwas gehört. Nein, der Worte sind genug geschrieben über dieses überflüssige Buch. Werfen wir es auf den überquellenden Abfalleimer des Turbokapitalismus.

Aber halt: Das Buch hat dennoch seinen Wert. Es entlarvt nämlich seine Autoren als das, was sie seit Jahren in Wirklichkeit sind: dumpe Handlanger des Big Business.

»Das Buch verkehrt die mürrische Weltsicht der Marktskeptiker in eine konsequent heitere, zukunftsfrohe Perspektive.« *Das Handelsblatt über »Das Mephisto-Prinzip« von Dirk Maxeiner und Michael Miersch.*

18-20.5.
in Saasen
Entscheidungsfindung von unten
Seminare zu kreativen Gruppen- und Entscheidungsprozessen statt Dominanz und Plenafrust.
Info/Reader: thofa@aol.com

23-27.5.
in Augsburg
Bundes-Ökologie-Treffen
Workshops, Diskussionen, Aktionen, Projekte. Das halbjährliche Treffen zum emanzipatorischen Umweltschutz und der BSO.
<http://www.boet.to>

11-13.5.
in Dresden
Menschen statt Profite!
Verbunden mit dem Aufruf, Widerstandskollektive in Städten und Regionen zu bilden ist zum ersten bundesweiten Treffen eingeladen - Vernetzung und gemeinsame Aktionen sollen aus den Basiskollektiven heraus vorgeschlagen und entwickelt werden. Bewegung von unten! www.menschenstattprofite.de

1-4.6. in Bielefeld
Direct-Action-Gathering
zu Pfingsten im AJZ: Praktische Workshops zu Lockons, Klettern, Hacktivism, Blockaden, Kommunikationsguerilla, verstecktes Theater, Sabotage und mehr. www.aktionsinfo.de/dan

5-24. August
in Saasen
Politische Tage in der Projektwerkstatt
Diskutieren über Positionen und Aktionen, Bauen&Sortieren an Haus und Archiven, Schreiben und Layouten an den nächsten Ö-Punkten - bunte Tage also!
Info: Projektwerkstatt, 06401/903283, <http://www.to/projektwerkstatt>

Agenda Berlin denkt über Partizipation nach

Unglaublich: Eigentlich soll die Agenda 21 ja als solches Partizipation stärken, also ein Mittel zu einer besseren BürgerInnenbeteiligung sein. Zweifel daran wurden von Agenda-Leuten oft barsch weggefedt. Da ist schon entlarvend, daß sich die Agenda in Berlin jetzt in einer gesonderten Arbeitsgruppe darum bemüht, daß Partizipation stattfindet - und das nach vielen, vielen Jahren. Auszug aus dem »Impulspapier zur Vorbereitung eines Handlungsfelds »Partizipation« im Agendaprozess der Hauptstadtregion« (warum muß ich plötzlich an Reinhard Mays »Einen Antrag auf Erteilung eines Antragsformulars« denken?):

»... Der notwendige Dialog zwischen den Interessengruppen bedarf der Ergänzung durch auch formal legitimierte Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung. ... Ein umfassendes Vertrauen der Bürger in die etablierte Politik ist nur dann herstellbar, wenn die aus eigenem Engagement Tätigen die Erfahrung machen, daß ihre Arbeit kein Sandkastenspiel ist.« (und warum muß ich jetzt an das Pfeifen im Walde denken?)

Quelle: Berliner Briefe, April 2001

Neue Bücher

Claudia Günther u.a.
Neue Wege zu nachhaltigem Konsum
(2000, Erich-Schmidt-Verlag in Bielefeld, 260 S., 56 DM)
Das Buch dokumentiert eine Tagung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt im Rahmen der Expo 2000 - das allein konnte damals schon Stirnrundeln bereiten. Auf der Tagung und im Band sind dann in einer nützlichen Vollständigkeit Kriterien und praktische Möglichkeiten für ein nachhaltiges Konsumverhalten nachzulesen. Es geht um Kleidung, Wohnungen, Energieverbrauch usw. Angenehm die Aussage, daß es nicht um Vereinheitlichung ginge, mangelhaft das Ausblenden der Zwänge durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Solange nur Profit zählt, ist alles nur ein Traum!

Dan Jakubowicz
Genuß und Nachhaltigkeit
(2000, Promedia in Wien, 158 S., 26 DM)
Ein anregend geschriebenes Buch mit vielen Tipps für die persönliche Alltagsgestaltung. Dabei wird aus dem Beitrag der Einzelnen nicht eine Ersatzpolitik für die Zerstörungswut der Konzerne konstruiert, wie in vielen anderen Nachhaltigkeitsbüchern. Nein, ganz im Gegenteil: Es wird sogar auf Grenzen der Handlungsmöglichkeiten durch das Versagen der Marktwirtschaft usw. hingewiesen - zwar nur dezent, aber immerhin. Insofern: Nützlich und nicht gefährlich, weil Nachhaltigkeit hier nicht als Verschleierungsbegriff benutzt wird.

S. Kreuzinger/H. Unger
Agenda 21 - Wir bauen unsere Zukunft
(1999, Verlag an der Ruhr in Mülheim, 151 S., 39,80 DM)
Eine Sammlung spannender Projektideen für Arbeit mit Kindern und Jugendlichen - von der Erkundung der eigenen Stadt hinsichtlich Umwelt- oder Kinderfreundlichkeit bis zur Schadstoffsuche in der eigenen Kleidung. Die guten Ideen sind leider nicht in einen Rahmen selbstbestimmten Lernens gepackt; in dem auch politische Konfrontation entstehen kann. Hinzu kommt, daß alles unter dem Label »Agenda 21« läuft - mit den üblichen Lügen über das, was in diesem neoliberalen Kampfpapier steht. Aber ... darüber kann mensch hinwegsehen und die guten Ideen aus dem Buch herausholen. Fast lohnenswert ist schon die Karte der Erde bei Nacht - entlarvend.

Perspektiven!

Stiftung FreiRäume

Nun soll sie gegründet werden – Ende April ist das (wahrscheinlich) letzte Vorbereitungstreffen. Die Idee ist, einen Rechtsträger für Gebäude, Grundstücke und Materialien (Wägen, Zugmaschinen, Zelte, Küchen u.ä.) zu schaffen, die ganz oder teilweise öffentlich-politisch genutzt werden. Mit einer raffinierten Rechtskonstruktion (Eigentümerin wird die Stiftung, schließt aber mit den autonomen Personen oder Gruppen sog. Autonomieverträge ab, die wiederum alle Entscheidungsmacht auf die reale Gruppe, z.B. ein Kollektiv oder Plenum – und nicht einer hierarchischen Rechtskonstruktion – überträgt) soll dann sowohl eine Privatisierung verhindert wie auch die Gefahr von Hierarchie und Repression verringert werden. Die Stiftung versucht, neue Projekte mitzuentwickeln und bietet sich bestehenden oder im Aufbau befindlichen Projekten als Rechtsträger an. Die Handlungsmacht bleibt voll bei den AkteurInnen im Projekt – sogar größer als bei jeder anderen Rechtskonstruktion.

Die Stiftung dient nicht in erster Linie der Finanzierung von Projekten, sondern der Rechtsträgerschaft. Allerdings wird die Stiftung auch versuchen, Geld- und Sachspenden, Erbschaften usw. zu erhalten, um die eigene Handlungsfähigkeit zu erhöhen und z.B. umstrittene Gebäude auch über einen Kauf sichern zu können.

Ein Infopaket zur Stiftung (Satzungsentwurf bzw. demnächst Satzung, Muster-Autonomievertrag usw.) kann per Email, Fax oder gegen 3DM in Briefmarken angefordert werden. Auch ein direkter Kontakt bis hin zu Besuchen ist möglich. Wir informieren auch gern über Rechtsmodelle, Finanzierungsmöglichkeiten usw.

Kontakt: Stiftung FreiRäume, c/o Inihaus, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Tel. 04533/7922-59, Fax -86, freiraume@inihaus.de

Freie Gesellschaft – Freie Kooperativen – Freie Menschen in Freien Vereinbarungen

Sehr spannend ... Stück für Stück schälen sich neue Diskussionsprozesse und Entwürfe für emanzipatorische Visionen/Gesellschaftsformen heraus – und treten in Kontakt miteinander. Aus der LinuX-Szene kommen immer stärkere Impulse für eine Übertragung der Idee von Open Source, eigentumsfreien Wissen und Ressourcen auf die gesamte Gesellschaft. Die Debatte läuft unter dem Stichwort »Oekonux«, Ende April ist eine größere Konferenz in Dortmund geplant. Christoph Spehr veröffentlichte als Siegerbeitrag

zum Wettbewerb der Rosa-Luxemburg-Stiftung den Text »Gleicher als andere« und entwickelt dort die Idee von freien Kooperativen – Menschen, die sich ohne äußere Zwänge zu freien und gleichberechtigten Gruppen zusammenfinden. Eine sehr ähnliche Idee brachte die Gruppe Gegenbilder als Buch »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen« heraus. In den kommenden Wochen werden diese und weitere AkteurInnen mehrfach aufeinander treffen – es könnte der Anfang einer breiteren Debatte über neue Zukunftsentwürfe sein. Sie unterscheiden sich von den bisherigen, weil es nicht mehr um die Frage »Wer hat die Macht?« geht, sondern um einen Gesellschaftsentwurf, der keinerlei Institutionen und Machtstrukturen mehr bedarf, ohne Markt und Profit auskommt und trotzdem (bzw. gerade deshalb) einen hohen gesellschaftlichen Reichtum schafft, der allen gehört.

Mehr: www.oekonux.de, Download von »Gleicher als andere« über www.rosaluxemburg-stiftung.de, Buch »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen« gegen 19,80 DM (plus Porto) bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen oder Diskussionsforum unter www.opentheory.org/proj/gegenbilder.

Kontakt, wer mitdiskutieren möchte: Gruppe Gegenbilder, c/o Projektwerkstatt, Adr. s. oben.

Bewegung von unten

Inzwischen hat es viele Anläufe gegeben – und der Frust ist verbreitet. Was in anderen Ländern in den vergangenen Jahren teilweise viele Menschen motivierte und zu kreativ-selbstorganisierten Bewegungszusammenhängen führte, ist in Deutschland unterblieben – antikapitalistischer Widerstand, inspiriert durch die großen Aktionen gegen Globalisierung (Seattle, Prag usw.). Weiterhin gibt es vor allem Nebeneinander, Aus- und Abgrenzung, Ein-Punkt-Politik (Castor und Faschos elektrisieren Tausende, dazwischen ist – natürlich mit Ausnahmen – Leere) und erstarrte Aktionsformen (statt kreativ-direkter Aktion). Versuche, das aufzubrechen, scheiterten – z.B. im Rahmen des Expo-Widerstandes 1999 und 2000. Es blieb beim Nebeneinander der verschiedenen Gruppen. Intransparenz ist dominantes Merkmal.

Nun soll es einen neuen Anlauf geben. Und mit einer neuen Idee: Kein Treffen, wo immer die gleichen Leute ihre Ideen als Arbeitskreise anbieten und alles nebeneinander herläuft wie bisher. Wir rufen auf, in Städten und Regionen Widerstandskollektive zu bilden. Ziel ist, die Grenzen der Gruppen zu

überwinden aber nicht die Auflösung der Gruppenvielfalt, sondern zwecks Entwicklung einer gemeinsamen Praxis für den Kern emanzipatorischer Politik: Gegen Markt und Macht, Verwertung und Herrschaft, für eine herrschaftsfreie Welt!

Vom 11.-13. Mai soll in Dresden ein überregionales Treffen die ersten Kontakte zwischen den Regionen und Städten bringen. Alle sind dazu aufgerufen, zu gucken, ob aus ihrer Region/Stadt ein paar Leute hinfahren, um die Diskussion mit den anderen zu führen – nicht mehr irgendwelche Kreise sollen fortan bestimmen, wie Kommunikation, Vernetzung und gemeinsame Aktionen organisiert werden, sondern die Basiskollektive bestimmen das unter sich! Klimakonferenz, G8 in Genua und anderes – wie beteiligen sich welche Zusammenhänge?

Daher: *Bildet Widerstands-Kollektive. Kommt nach Dresden und bringt Eure Vorschläge und Ideen mit!* Mehr: www.menschenstattprofite.de (s. Seite 53/54).

Neue Bücher

Dominik Bauersch
Die Umsetzung der lokalen Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung des Städte und Gemeinden des ländlich geprägten Raumes
 (2000, CAF Agenda-Transfer in Bonn, 156 S.)
 Die Diplomarbeit untersucht den Erarbeitungsstand der Lokalen Agenda vor allem im ländlichen Raum, aber (in einigen aussagekräftigen Statistiken) auch im Vergleich zum städtischen Bereich. Anhand zu Beginn festgelegter und beschriebener Kriterien wie Vorhandensein von Personal, Geld, Beschlüssen, Auftaktveranstaltung usw. wird erkundet, wieviele Gemeinden was erreicht haben. Der Autor bemerkt dabei selbst an einigen Stellen, daß solche quantitativen Erhebungen noch wenig über die Qualität aussagen – über die Umsetzung erst recht nicht. Dennoch ist das Resümee der Diplomarbeit markant: »... ist das Wirkungspotential der Lokalen Agenda 21 unter den örtlich geschaffenen Bedingungen als niedrig zu bewerten. Obwohl in den Gemeinden teilweise bereits seit zwei Jahren gearbeitet wurde, konnten keine drängenden Probleme gelöst werden und es ergaben sich keine Konsequenzen für das kommunalpolitische Handeln. ... Die Vorgehensweise der Kommunen, eine Lokale Agenda 21 gemeinsam mit den nicht-staatlichen Akteuren zu erarbeiten, mutet in vielen Fällen wie eine »Allbiveranstaltung« an: Zunächst werden die Bürger von ihren Kommunen durch vielversprechende Slogans (»Ihre Meinung ist gefragt!« »Mischen Sie sich ein!«) zur Mitarbeit aufgefordert. Haben sich schließlich Interessierte zusammengefunden, wird ihnen die Möglichkeit eingeräumt, an der Begründung einer Brachfläche oder der Planung eines Fahrradweges mitzuwirken, während über die Ansiedlung von Supermärkten in Ortsnähe oder die geplante Umgehungsstraße weiter innerhalb der alten Planungs- und Entscheidungsstrukturen beraten wird.« Richtig so – ein netter Tupfer im ansonsten pro-Agenda-gleichgeschalteten Sumpf.

Günter Murr
Entwicklung und Handlungsmöglichkeiten von Umweltverbänden in der internationalen Politik
 (1996, ökom in München, 158 S.)
 »Das Beispiel WWF« steht im Untertitel – und tatsächlich ist dieses Buch auch eher ein Portrait des WWF, vor allem seines internationalen Verbandes. Zusätzlich werden ausgewählte nationale WWF-Gliederungen vorgestellt. Das Buch zeigt gut, wie sich der WWF auf internationaler Ebene bewegt und in welche Kooperationen mit Konzernen und Regierungen er sich immer wieder einläßt.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2001

• Aktion und Vision



Internet

Diskussion um Vision
 »Freie Menschen in freien Vereinbarungen«
www.opentheory.org/proj/gegenbilder

Umweltschutz von unten
<http://go.to/umwelt>

Projektwerkstatt
www.projektwerkstatt.de/saasen

Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse

Menschen statt Profite!
 Bildet Widerstandskollektive!
www.menschenstattprofite.de

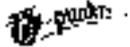


Wer nicht lange suchen will ...
www.projektwerkstatt.de
 Die Eingangsseite für viele Projekte, Diskussionen, Linklisten, Termine, Aktionen usw. – keine Labelpolitik, sondern eine Seite, auf der zusammengefügt ist, was wo läuft.

1-46
 in Berlin
Rosa-Luxemburg-Tage
 Antikapitalistische Tagung mit vielen Workshops, Diskussionen, Planung von Aktionen usw.
 Organisiert von Linksruck.
www.linksruck.de



Aktions & Antisub



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

52

Sommer 2001

• Aktion und Vision

Mehr Infos

www.aktionsinfo.de/dan

Anfrage zum Gathering:
»Ham nicht mal nen paar Leute Ideen wo wir Geld her kriegen können?«
(bfnr@gmx.net)



**Themenredaktion
"Widerstand,
Direkte Aktion"**

Nicht mehr besetzt!

Wer hat Lust?
Bitte melden ...

Neue Redaktion gesucht

Nach einigen Ausgaben mit einer Rubrik, die nur wenige Infos brachte, ist es jetzt ganz aus. Und das ist sehr schade! Wer, welche Gruppe oder, noch besser, welche Runde von Leuten aus verschiedenen Gruppen hat Lust, hier regelmäßig Infos und Bilder zu direkten Aktionen zusammenzustellen: Berichte, Tipps von Aktionstechnik bis Repression usw.??? Es wäre schön, diese Redaktion wieder zu besetzen! Bitte bei der Redaktionsadresse in Saasen melden: oe-punkte@gmx.de, 06401/903283.

Rubrik »Widerstand/Direkte Aktionen« Direct-Action-Gathering an Pfingsten

Entwurf des Aufrufes: »Sitzblockaden, Festketten, das Anknabbern von DB-Eigentum das sind ein paar »klassische« direkte Aktionsformen, die auf den letzten Castortransporten mal wieder ihre Wirksamkeit bewiesen haben. Mit mehr als einem Tag verspätung kam der Castor ins Zwischenlager. Hauptsächlich deswegen weil es viele Gruppen und Einzelpersonen gab, die den Mut hatten sich dem Castor entgegenzustellen. All diese Aktionen haben sich direkt gegen die Missstände gerichtet, denn die AktivistInnen vertrauen nicht darauf, daß der Rechtsstaat seine eigenen Fehler behebt. Das Spektrum der Direkten Aktionen ist weit gestreut, vom energischen Verhindern eines Naziaufmarsches, über spontane Parties auf der Straße, bis zur Besetzung eines Waldstückes fällt alles unter diesen Begriff.

Natürlich gehört zu solchen Aktionen auch immer eine Überwindung von eigenen Ängsten und das Wissen wie solche Aktionen durchzuführen sind.

Auf dem Direkt Aktion Gathering über Pfingsten, sollen all die dinge, und noch viel mehr, behandelt werden. Es wird praktische Workshops zu verschiedenen Aktionsformen wie: festketten, klettern, Sitzblockaden, Computeraktivismus, Aktionstheater etc. geben aber auch viele Arbeitskreise zu themen wie: bewältigung von Ängsten, Öffentlichkeitsarbeit, Rechtshilfe, alternative Medienarbeit, etc. Also kommt aus den Putschen auf das wir auf die nächsten tükischen Winkelzüge der anderen gut vorbereitet sind und ihnen ordentlich in die Suppe spucken könne. Wir sehen uns vom 1.6.-4.6.01 im AJZ Bielefeld.

Geplante Workshops

- Selbstorganisation in Alltag und Politik
- Staat und Markt sind Täter, nicht Schützer - für eine Welt freier Menschen in freien Vereinbarungen
- AK zu Kommunikationsguerilla
- Gebäudetechnik
- Klettern
- Repressionen
- Selbstverteidigung
- Aktionstraining ... und viele weitere

Ö-termine

1. Mai, überall
In Berlin steigt ab 18 Uhr die traditionelle revolutionäre 1. Mai-Demo, und auch in London wird ab 16 Uhr demonstriert.
<http://www.mayday2001.org>,
<http://www.indymedia.org>

17.-19. Mai, Berlin
Bundesweite Aktionstage zur Abschaffung der Residenzpflicht
<http://www.freespeech.org/inter/residenz>,
<http://www.humanrights.de>

14.-16. Juni, Göteborg
EU Gipfel in Schweden
<http://motkraft.net/gbg2001>

25.-27. Juni
Protest gegen das Treffen der Weltbank in Barcelona.
<http://www.pangea.org/mrg/>,
<http://barcelona.indymedia.org>

30. Juni, bis 3. Juli, Salzburg
Treffen des Weltwirtschaftsforums (WEF)
<http://www.wantifwef.org>

16.-27. Juli, Bonn
Weltklimakonferenz
<http://www.risingtide.de>

20.-22. Juli, Genua
G8-Gipfel der Finanzminister der reichsten Industriestaaten, welche die Politik bestimmen, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank umgesetzt wird. Die Struktur Anpassungsprogramme führen zu massiver Armut, Krankheit, Kriege und Mangel an Bildung.
<http://www.genoa-g8.org/>,
<http://italia.indymedia.org>

Internationaler Protestkalender:
<http://www.protest.net/>
Peoples' Global Action: <http://www.agp.org>

Buchbesprechung

Internetseiten – erstellen und verwalten

E.Heindl/K. Maier
Der Webmaster *
(2000, Addison-Wesley in München, 319 S., 69,90 DM)
Ein Buch für alle, die selbst eine Homepage professionell einrichten und gestalten wollen. Das technische Umfeld wird erläutert, die verschiedenen Sprachen wie HTML, JavaScript usw. vorgestellt und viele weitere Tipps zu Sicherheit oder Serverdiensten gegeben. Kurz und bündig, dadurch manchmal sehr technisch und nicht so leicht zu verstehen, aber sehr kompakt.

Günter Born
HTML
(2000, Markt&Technik in München, 1049 S., 99,95 DM)
Welch ein Wälzer! Das HTML-Kompodium bietet eine umfassende Einführung in alle HTML-Sprachen – und das sind mehr als das bekannte HTML, was als recht einfache Grundsprache für Internetseiten gilt: CSS, XML, JavaScript als Kurzeinführung usw. Bis hin zur Programmierung von WAP-Seiten ist alles detailliert beschrieben.

Oliver Pott
HTML, XML
(1999, Markt&Technik in München, 623 S., 69,95 DM)
30 DM billiger als das HTML-Buch ist dieses Werk – aber dieser Unterschied ist auch zu spüren. Das Buch von Oliver Pott ist im Hauptteil alphabetisch sortiert, also eher als Nachschlagewerk nutzbar. Für die Entwicklung von Internetseiten ist es dagegen eher umständlich.

Elmar und Ingo Dellweig
JavaScript 1.3
(2000, Addison-Wesley in München, 354 S., 25 DM)
Während HTML vor allem statische Internetseiten erzeugen kann, dient JavaScript für dynamische Elemente, bei denen die InternetsurferInnen per Mousedown oder Eingabe das Aussehen der Internetseite selbst beeinflussen. Das erste Kapitel bietet eine Einführung, Schritt für Schritt wird die Sprache und die Programmierung einer Homepage erklärt. Das umfangreichere Hauptkapitel zeigt dann alle Befehle.

Marte Borges/Andreas Köppen
JavaScript
(2000, Markt&Technik in München, 121 S., 29,95 DM)
Ein weiteres JavaScript-Buch, diesmal als Lernbuch aufgemacht – mit vielen Bildern, Beispielen und schrittweiser Erklärung. Dieses Buch setzt wenig Wissen voraus, ist aber nicht so präzise wie das oben beschriebene. Also ein typisches EinsteigerInnenbuch.

Ralf Lankau
webdesign und -publishing
2 Bücher, Unterfittel:
Projektmanagement für Websites ...
(2000, C. Hanser in München, 312 S., 89 DM)
Grundlagen und Designtechniken
(2000, C. Hanser in München, 444 S., plus CD, 98 DM)
Ganz klar: Profibücher. Es geht nicht nur um das platte »Machen« von Websites, sondern um die Planung, Überlegungen zu Zielgruppen und Aussehen und die richtigen Einsatzorte. Während das erste Buch die Einsatzbereiche zeigt, bietet das andere auch das konkrete Handwerkszeug, aber immer in Verbindung mit den Überlegungen zu Zielen und Möglichkeiten.

Menschen statt Profite!

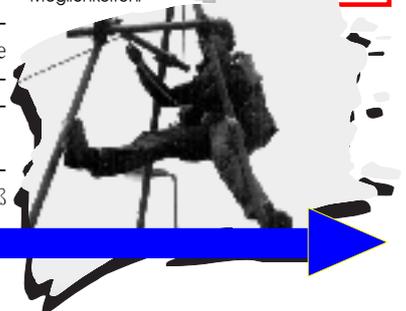
Bildet Widerstands-Kollektive!

Ein neuer Versuch: Laßt uns nicht ausharren in unseren Ein-Punkte-Bezügen (hier die Antifas, da ein paar Ökos, dort einige FeministInnen und wieder woanders Anti-Castor-Spezies usw.) sowie im Eventhoppfen (Expo +++ Pause +++ Prag +++ Pause +++ Naziaufmarsch +++ Pause +++ ahhh, endlich ein Castor +++ nein, gleich zwei +++ Pause ...). Laßt uns Bewegung von unten schaffen ... Intransparente überregionale Klüngel gibt es genug!

Der Vorschlag: In Städten und Regionen Widerstandskollektive bilden als Plattform gemeinsamer Politik verschiedener Gruppen, die jeweils ihr Thema mit einem gemeinsamen Kampf gegen Markt & Macht verbinden wollen. Die überregionale Vernetzung soll eine horizontale sein – gleichberechtigt entwickeln die Anwesenden aus den Basis-Kollektiven die Art von Vernetzung und die gemeinsamen Aktionen. Das erste Treffen: 11.-13.5. in Dresden (AZ Conni).

Im folgenden dokumentieren wir eine aktualisierte Fassung der Zeitung, die erstmals zur Gründung der Widerstandskollektive aufrief ... sie ist von wenigen Gruppen entwickelt, also noch keine Zeitung aus diesem Prozeß heraus, denn der soll erst losgehen.

Kommt nach Dresden! Mehr unter: www.menschenstattprofite.de



www.menschenstattprofite.de

Vom Castor zum Widerstand weltweit!

Bildet **X** Widerstandskollektive überall!

Am 30.11.1999 versammelten sich zehntausende AktivistInnen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen (UmweltaktivistInnen, "3.Welt"-AktivistInnen, GewerkschafterInnen, MenschenrechtlerInnen, etc.) in Seattle, um GEMEINSAM unter dem Slogan "People not Profit – Menschen vor Profite" gegen die brutale Politik der Welthandelsorganisation (WTO) zu protestieren.

Diese Einheit schaffte es, das Konferenzgebäude zu blockieren und zwang die WTO, ihr Treffen ergebnislos zu beenden.

Die Grundlage des Erfolges ist, dass in jedem Land, je nachdem wie die politische Kultur ist und welche Gruppen bereit waren zu handeln, viele kleine landesweite Bündnisse gebildet wurden.

Susan George, Aktivistin und Publizistin

Der "Battle of Seattle" entfachte ein Feuer des Widerstands gegen Neoliberalismus weltweit. Ob in Prag, Nizza oder wie vor kurzem in Neapel: International hat sich eine antikapitalistische Bewegung formiert. Seattle war jedoch kein zufälliges Ereignis, sondern Ergebnis monatelanger Mobilisierungsarbeit und Vernetzung. EinzelaktivistInnen und Organisationen schlossen sich vor Ort in Widerstandnetzwerken zusammen, um einerseits Recherche- und Aufklärungsarbeit speziell zur Politik der WTO und zum Neoliberalismus im allgemeinen zu betreiben und andererseits durch kreative Aktionen, Veranstaltungen und Nutzung des Internets mehr Menschen für die Idee des gemeinsamen Widerstands zu gewinnen.

Während der gemeinsame Widerstand gegen den Weltkapitalismus in den USA

und in Frankreich und vielen Trikontstaaten schon spürbar verankert ist, sehen wir, dass diese Bewegung in Deutschland noch am Anfang steht. Aber die Anfänge sind da! In jeder Stadt gibt es Gruppen und AktivistInnen, die sich eine Bewegung von unten gegen die neoliberalen Angriffe wünschen und diese schon aktiv aufbauen! Viele sind jedoch alleine und oft ist die Linke gespalten. Diese Probleme können wir überwinden.

In München haben wir einen ersten Schritt gemacht: Wir haben uns an der Uni über die Mobilisierungen zum WEF-Gipfel in Davos und zur Castorblockade im „people.not.profit.collective“ zusammengefunden und damit einen aktiven Pol des antikapitalistischen Widerstands geschaffen, der ständig um neue MitstreiterInnen anwächst. GewerkschafterInnen und UmweltschützerInnen, SozialistInnen und AnarchistInnen usw. Nur wenn wir zusammenkommen, kann daraus eine Bewegung werden. Die Kollektive können der erste Schritt sein, dies zu schaffen.

Helft mit, diese Idee zu verbreiten, und gründet Widerstandskollektive in jeder Uni, in jeder Schule, in jeder Stadt!

**JOIN THE RESISTANCE!
GEMEINSAM SIND WIR STARK!**

Im Namen des people.not.profit.collectives: Michalina und Michl, München

● GLOBAL DENKEN

● SEATTLE

● PRAG

● CASTOR

● GENUA

● LOKAL HANDELN

In vielen Städten gibt es schon den Versuch sich zu vernetzen, um den Aufbau einer antikapitalistischen Bewegung zu forcieren.

Wir wissen von folgenden Gruppen:

Berlin: Widerstandskollektiv Berlin, 30.März, 18.00 Uhr, Cafe „Walden“, Chorinerstr.35, Clara 030/48095426 **Hamburg:** Widerstand gegen Neoliberalismus - Netzwerk für eine Globalisierung von unten, Alle 2 Wochen, 3.April, 20.00 Uhr, Ev. Studentengemeinde, Schlüterstr.16, Kampagne: Castor/Genua **Hannover:** Widerstandsgruppe (organisiert von SDJ/Die Falken), Gründungstreffen, 5.April, 20.00 Uhr, Allerweg.3-7, Hinterhof (Linden Süd), Infos: 0175/9101871. **Mülheim/Ruhrpott:** Direct Action/ Widerstandskollektive gründen, 26.April, 19.00 Uhr, AZ Mühlheim, Auerstr.51 **Frankfurt:** Bündnis gegen Bankenmacht, Mi.28. März, Club Voltaire, kleine Hochstr., Innenstadt, verschieden, Demo gegen Bankenmacht in Ffm/Kirchentag/ Castor/Genua **Bonn:** Rising Tide, Bündnistreffen zum Kilmagipfel, Alle 2 Wochen, 1. April, 13.00 Uhr, Wolfstr.10, Hinterhof, Altstadt Bonn, Kampagne: Protest beim Klimagipfel **Leipzig:** Unbequem Nachfragend Initiativ, Jeden Sonntag, 18.00 Uhr, Info U.N.I.@gmX.de, Kampagne: Castor/ Bildung/Genua **Freiburg:** Widerstandskollektiv Freiburg, Cafe Europa, KG 2 (Uni), Felix 0761/8812594 **München:** People not Profit Collective, Jeden Dienstag, 17.00 Uhr, Aufenthaltsraum im Soziologie Institut, Konradstr.6, U3 /U6 Giselastr., Kampagne: Castor/Temelin Demo 7. April, Bayrisch Eisenstein

Climate talks! Money talks!

In Bonn findet die nächste Weltklimakonferenz vom 16. – 27. Juli 2001 statt.

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels machen sich bereits heute bemerkbar: es gibt mehr als doppelt so viele Naturkatastrophen wie noch Mitte der 90er Jahre. Die Zukunftsprognose für das 21. Jahrhundert hat Dante'sche Ausmaße: etwa ein Drittel aller Tier und Pflanzenarten werden aussterben, Naturkatastrophen, wie Überschwemmungen, Stürme und Dürren werden stark zunehmen, viele Gebiete werden unbewohnbar werden, und Seuchen und Epidemien werden ausbrechen. Bereits heute sind 1,7 Milliarden Menschen ohne direkten Zugang zu Wasser, im Jahr 2025 werden es bereits 3,5 Milliarden Menschen sein. Wasser gilt als eine der Hauptkonfliktursachen für das neue Jahrhundert und soll in Zukunft laut der WTO "nach Angebot und Nachfrage" gehandelt werden. Das selbe UN-Gremium, das diese Zukunftsprognosen errechnet hat, das "Intergovernmental Panel for Climate Change" (<http://www.ipcc.ch>), ein Zusammenschluß von 5000 WissenschaftlerInnen, hat prognostiziert, dass eine CO₂-Reduktion von 60% notwendig wäre, um das globale Klima zu stabilisieren. Die Reduktionsvorgaben des Kyoto-Protokolls (5,2%) reichen also längst nicht aus. Das unzureichende Ziel des Kyoto-Protokolls wird unterhöhlt von Maßnahmen der Industrieländer, um die Kosten für die Reduktion möglichst gering zu halten und wenn möglich Gewinne zu erzielen. Mit Umweltschutz haben die aktuell diskutierten Themen nichts mehr zu tun: Atomkraftwerke und gentechnisch manipulierte Wälder sollen als CO₂-reduzierende Maßnahmen anerkannt werden, Maßnahmen werden vermutlich nicht im eigenen Land, sondern in Dritt-Welt-Ländern unternommen und CO₂ soll zukünftig an der Börse gehandelt werden.

In Bonn hat sich das breite Bündnis "Risingtide" gegründet, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und Proteste während der Weltklimakonferenz zu organisieren. Mit direkten Aktionen und Reclaim-The-Street-Parties werden wir unseren Protest formulieren. Weitere Informationen können auf unserer Homepage <http://www.risingtide.de> gefunden werden oder direkt über info@risingtide.de. Vom 20. – 22. April findet in Bonn ein internationales Vorbereitungswochenende statt. Eine Anmeldung ist allerdings erforderlich.

Till Winkelmann, Risingtide Bonn
**Don't nuke the climate!
Come to Bonn!**

Kontaktadresse: Postadresse:

Risingtide c/o Buchladen Le Sabot, Wolfstr. 10
(Hinterhof), 53111 Bonn, Breite Str. 76, Tel.
0228-9637773, Fax: 0228-963774

**Von Gorleben
nach Genua!**

...gegen Macht und Markt weltweit!

Die Generalprobe für Genua sei geglückt, so die Organisatoren der Großdemonstration gegen das Globale Forum. 20.000 Demonstranten nahmen am 18. März die Straßen Neapels in Besitz.

Der Zug, der sich vom Hauptbahnhof aus in Bewegung setzte, spiegelte die ganze Bandbreite der Bewegung wieder: Grüne und Kommunisten, Jugendliche der besetzen autonomen Zentren und Mitglieder der Arbeitslosenkommitees, Palästinenser und kurdische Flüchtlinge. Auf dem Globalen Forum trafen sich Vertreter von 120 Staaten, internationalen Organisationen und Informationstechnologie-Großfirmen. Die Schlußerklärung wendet sich an die G-8 Staaten, die sieben größten Industriestaaten und Rußland. Darin wird ein direkter elektronischer Datenaustausch zwischen Behörden und Unternehmen angeregt. Ein weiterer Schritt zum gläsernen Bürger. Technologie in den Händen

der Konzerne ist eine Gefährdung für uns, so das Credo vieler Demonstranten. Die Herrschenden sind nervös, seit jedes ihrer Treffen von Protesten begleitet wird. Egal wo auf dem Erdball sie sich treffen, die Demonstranten sind schon da. Mit Neapel im Rücken haben „Popolo di Seattle“,

das „Volk von Seattle“, angekündigt, 100.000 nach Genua zu mobilisieren. Im Juli wird dort der G-8 Gipfel stattfinden. Die Proteste finden breite Unterstützung. Anfang März hat das Anti-G8-Netzwerk eine Veranstaltung mit Anwohnern aus der Altstadt Genuas organisiert. Bevor sie die einleitende Ansprache beenden konnten, unterbrach eine Frau aus dem Publikum das Treffen: „Was können wir tun, um unsere Ablehnung zu äußern? Banner aus unseren Fenstern hängen? T-Shirts tragen?“

In diesen Tagen blockieren wir in Deutschland die Atomkonzerne, weil sie unser Leben missachten.

„Seit Seattle ist nichts mehr, wie es war. Die erfolgreichen Proteste gegen die Welthandelsorganisation WTO waren nur der Startschuss. Seitdem macht weltweit eine rasant wachsende Koalition von Umweltschützern und Gewerkschaften gegen die Folgen der Globalisierung mobil.“

Das GREENPEACE MAGAZIN 2/01

Vom 20. bis 22. Juli werden sich die G-8 und führende Konzernvertreter in Genua treffen, um über das weitere Schicksal der Welt zu entscheiden. „Die G-8 denken, sie beherrschen die Welt. Und tatsächlich, sie tun es, ohne Mandat oder Legitimation.“ Das sind die einleitenden Sätze einer

Anti-G8-Erklärung.

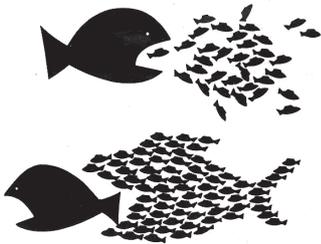
Die Demo in Lüneburg und die Blockaden richten sich ebenfalls gegen die Willkür der Konzernherrschaft. Mit demselben Geist sollten wir ihnen in Genua gegenüberreten.

Bernhard Seidel, Linskruck Berlin



„Es gibt Möglichkeiten von ungewohntem Ausmaß, die Mehrheit der Weltbevölkerung gegen die Angriffe auf fundamentale Menschenrechte zu verteidigen und illegitime Machtkonzentrationen zu brechen. Es ist ein historischer Augenblick, der viele Chancen bietet.“

Noam Chomsky, Aktivist und Publizist



Hinter dem Castor steht das System!

Der Castor kann rollen, weil wir in einer Welt leben, in der es Herrschaft und Verwertungslogik gibt, allen voran in der Form von Markt und Kapital. Markt und Verwertung haben die Gesellschaft und unser Leben bis in die letzte Ecke erfasst. Alles wird verwertet, alles der Logik von Verwertung und Profit unterworfen. Alles, was verwertbar ist, wird verwertet: Arbeitskraft, Kreativität, Boden, Wasser oder Luft, neuerdings die Gene, Krankheit und Gesundheit, Gedanken und Ideen.

Und eben auch irgendwelche herumstehenden Atomkraftwerke. Ohne Verwertungs- und Profitlogik würde kein Castor fahren. Aber er würde auch nicht fahren ohne die Herrschaft, hier den Staat, der Verwertung und Profit sichert, aber zudem eigene Logiken aufweist. Diese Facetten sind untrennbar mit der Herrschaft und damit auch immer mit Regierungen und Institutionen verbunden. Es gibt keinen guten Markt und keinen guten Staat. Daher rufe ich auf zu allen kreativen, direkten, inhalts- und einfallsreichen und für das Leben, vor allem ein besseres und selbstbestimmtes Leben ein tretenden Aktionen. Wählen wir unsere Formen selbst. Zeigen wir die Direktheit und Vielfalt, die in den Menschen auch tatsächlich schlummert, wenn sie nicht den Zwängen von Verwertung und Herrschaft unterworfen sind. Machen wir den Castor zu einer wirkungsvollen Aktion gegen die Atomkraft, gegen die dahinterstehenden Logiken und für eine Welt von unten. Stoppt Castor! Stoppt Herrschaft und Verwertung!

Jörg Bergstedt, Projektwerkstatt Saasen

(Auszug aus einer Rede zu den Aktionen gegen den Grünen Parteitag am 10.3. in Stuttgart. Gesamte Rede über www.projektwerkstatt.de/aktuell.html)

Wenn Du nur kommst, um mir zu helfen, dann kannst du wieder nach Hause gehen. Wenn Du aber meinen Kampf als Teil Deines Überlebenskampfes betrachtest, dann können wir vielleicht zusammenarbeiten“

(eine australische Ureinwohnerin)

Kein Mensch ist illegal Nein zur Residenzpflicht für Flüchtlinge

Die westlichen Regierungen und Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO predigen die Freiheit des Warenverkehrs und organisieren, dass die großen Konzerne die Freiheit haben, sich über alle nationalen Grenzen hinweg zu bewegen. Gleichzeitig wird in den Industrieländern das Recht auf freie Bewegung der Menschen drastisch eingeschränkt: Die Grenzen werden dicht gemacht, die Kontrollen verschärft, das Asylrecht verstümmelt etc.

Die Einführung der Residenzpflicht für Flüchtlinge ist eine solche Maßnahmen gewesen. Obwohl der Artikel 13 der auch von

„Jemand sagte: „Gegen den Neoliberalismus zu sein, ist wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein“ - Nun denn! Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft!“

Subcomandante Marcos, EZLN

Deutschland unterzeichneten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt: Jeder Mensch hat das Recht auf Bewegungsfreiheit und auf freie Wahl des Wohnortes innerhalb eines Staates. Die Realität in Deutschland ist eine andere: Flüchtlingen ist es verboten, sich in Deutschland frei zu bewegen. Sie dürfen den ihnen als Wohnort zugewiesenen Landkreis nicht verlassen.

Wir werden erkennungsdienstlich behandelt und unter Zwang fotografiert, unsere Fingerabdrücke werden abgenommen und eine Kriminalakte über uns angelegt. Wir werden das Opfer von staatlich gedeckter Polizeibrutalität, werden geschlagen und müssen uns ausziehen, bekommen den Finger in den Hals gesteckt und in den Anus, eine Behandlung, die einige von uns schon das Leben gekostet hat.

Für den wiederholten Verstoß gegen die Residenzpflicht können wir mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden.

Wir protestieren und rufen zur sofortigen Abschaffung der Residenzpflicht auf.

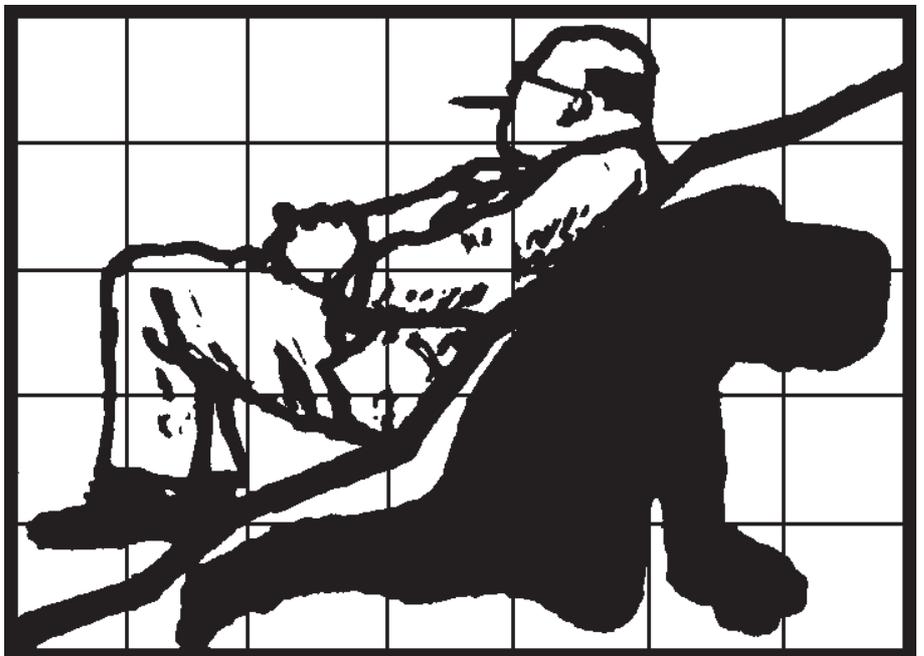
Wir fordern ein Ende der Polizeikontrollen, die uns das Recht nehmen, uns frei zu bewegen, die uns das Recht nehmen, frei zu leben.

Hört damit auf, rassistische Gesetze umzusetzen. Es gibt nur eine Menschheit, sie kann nicht aufgespalten werden, auch nicht vom deutschen Staat. Die Zeit ist reif, gegen diese Gesetze zivilen Ungehorsam zu leisten.

**Nieder mit der Residenzpflicht,
Bewegungsfreiheit ist unser Recht!**

The VOICE, Jena

17.-19. Mai 2001 Protestmarsch und Aktionen in Berlin - Für die Abschaffung der Residenzpflicht nach Asylverfahrensgesetz § 56 und Ausländergesetz § 36!



Mit dieser Zeitung möchten wir einen Beitrag zum Aufbau der antikapitalistischen Bewegung machen. Wir waren begeistert von der Idee der Widerstandskollektive und hoffen das sich diese auch in anderen Städten gründen werden. Wir haben geplant, eine Massenzzeitung herauszubringen, um noch mehr Menschen von diesem Projekt zu begeistern. Wenn ihr die antikapitalistische Bewegung aufbauen

und einen kleinen Artikel in der Zeitung veröffentlichen wollt, dann mailt den Artikel an: vernetzung@menschenstattprofite.de. Für dieses Projekt benötigen wir Geld. Jede Mark hilft. Spenden an: Konto: Spenden und Aktionen, Stichwort: Widerstandskollektive, Ktn.: 92881806, Volksbank Giesen, BLZ 51390000 (Spendenbescheinigung auf Anfrage)

Wie kann ich ein Kollektiv aufbauen?

Interview mit Ina vom People not Profit Kollektive von der Uni München

Was genau ist das Ziel des Kollektivs?

Unser Widerstandskollektiv ist dazu da, alle Seattle-Menschen zusammenzubringen. Wir wollen die Spaltung der Linken und Vereinzelung der AktivistInnen endlich überwinden. Viele denken, dass endlich etwas getan werden muss gegen die neoliberalen Angriffe, doch sie sind alleine. Das Kollektiv bringt uns zusammen. Es ist uns egal, ob jemand Anarchist, Sozialist, Grüner oder unorganisiert ist. Sicher gibt es unterschiedliche Meinungen aber wir haben ein gemeinsames Ziel: Der Kampf gegen Konzernherrschaft und Neoliberalismus. Die Konzerne sind mächtig, dagegen müssen wir gemeinsam kämpfen. Das war der Geist von Seattle und diesen Geist brauchen wir auch in Deutschland. Es geht um den Aufbau einer antikapitalistischen Bewegung in Deutschland.

Das Kollektiv legt den Rahmen für eine Vernetzung. Gemeinsam sind wir stark!

Wie habt ihr Leute gefunden, die was machen wollen

Das war gar nicht so schwer. Das wichtigste ist, nach außen zu gehen, du musst dich zeigen, präsent sein. Wir haben mit einzelnen Projekten wie der Mobilisierung zu den Protesten beim EU-Gipfel nach Nizza begonnen. Die Aktionen gegen Neoliberalismus haben wir mit dem Protest gegen Bildungskürzungen vor Ort verbunden - das gehört ja zusammen und war sehr wirkungsvoll. Ein Seminar zum Beispiel ist immer total überfüllt, da sind wir einfach in die Vorlesungen rein und haben Flugblätter verteilt und Redebeiträge gemacht. Dadurch haben wir verschiedene Leute kennengelernt, die mit uns was machen wollen. So hat's angefangen - einfach loslegen war die Devise!

Wie sieht eure Arbeit konkret aus?

Wir organisieren verschiedene Mobilisierungsaktionen. Infostände zum Beispiel. Am erfolgreichsten sind jedoch spektakuläre Aktionen. Aufklärung durch Aktion wirkt. Hier machen wir von Theateraktionen bis zu Teach In's in Vorlesungen alles, was uns so einfällt. Das Kollektiv hat zudem eine wöchentliche Routine. Uns geht es darum, mehr Menschen für den Aufbau einer

antikapitalistischen Bewegung zu überzeugen, deswegen treffen wir uns einmal die Woche. Hier diskutieren wir über praktisches, wie „wer organisiert was“ usw. Aber wir diskutieren dort auch grundsätzliche Fragen für die antikapitalistische Arbeit an der Uni. Wie zum Beispiel die Bombardierung des Iraks durch Amerika, Alternative Energienutzung, Kapitalismus und Gesundheit, Widerstand gegen Bildungsklausur in Südamerika etc. Politische Debatte ist total wichtig, denn, wenn du mobilisieren willst, brauchst du Argumente.

Was habt ihr für Material benutzt und woher habt ihr es bekommen?

Wir haben das Material selber gemacht und gemeinsam in der Gruppe darüber diskutiert, was dort drauf soll. Für den Inhalt haben wir aber auch Aufrufe aus dem Internet

zum Beispiel für Davos genutzt (und Flugis). Für Beiträge in Vorlesungen haben wir zum Beispiel die Strukturen des IWF's auf Folie produziert und es in der Vorlesung gezeigt.

Welche Tipps würdet ihr anderen Leuten geben?

Es ist wichtig für die Gruppe, dass gemeinsame Projekte oder Aktionen aus einer gemeinsamen Debatte entwickelt werden. Die Gruppe darf kein Selbstzweck sein, sondern muss den wirklichen Aufbau der antikapitalistischen Bewegung zum Ziel haben. Kampagnen werden nur gut, wenn jeder der mitarbeitet, eine entscheidende Rolle spielt. Die Gruppe braucht eine gemeinsame Systematik, wie sie mehr Leute werden können und die Vernetzung wachsen kann.

Wie gehts weiter?

Ich hoffe, dass die Idee der Kollektive sich weiter verbreitet, das viele nach den Protest gegen die Castor-Transporte vor Ort anfangen sich zu vernetzen. Es ist einfach an der Zeit zu handeln! In Genua bei den Protesten gegen den G8 Gipfel im Juli werden ca. 100.000 Menschen erwartet. Über solche Proteste können wir die Strukturen vor Ort stärken, damit wir erfolgreich gegen die neoliberalen Attacken kämpfen können. Es gibt nur eine Alternative: Widerstand!



Termine von April bis August

Siehe auch unter ...

www.menschenstattprofite.de

www.de.indymedia.org

www.projektwerkstatt.de

www.aktionsinfo.de

11.-13.5. in Dresden:

Menschen statt Profite ... siehe unten

1. Vernetzungstreffen der Städte und Regionen

24.April: Free Mumia: Bundesweiter Aktionstag (www.mumia.de)

1.Mai: Global Action Day

11.-13. Mai: Free Mumia: Internationale Aktionstage

16.Mai: Bundesweiter Aktionstag gegen den neoliberalen Umbau des Bildungssystems

17.-19.Mai: Aktionstage gegen die Residenzpflicht für Flüchtlinge (www.freespeech.org/inter/residenz)

18.-20.Mai: Seminar „Entscheidungsfindung von unten“

(www.projektwerkstatt.de)

19.Mai: Grossdemonstration gegen die Residenzpflicht für Flüchtlinge in Berlin

1.-4. Juni: Rosa-Luxemburg-Tage in Berlin (www.rosaluxemburgtage.de)

1.-6. Juni: Direct-Action-Gathering (www.aktionsinfo.de/DAN)

16.-27.Juli: Protest beim Klimagipfel in Bonn (www.risingtide.de)

20.-22. Juli: G8 Gipfel in Genua www.protest.net

21.-29.Juli: Anarchistisches Sommercamp bei Bremen

28.7.-5. August: Grenzcamp am Frankfurter Flughafen

28.7.-5. August: Wendland-Camp

Das ist nur eine kleine Übersicht. Nähere Infos, Vorstellung von Netzwerken, Aktionen usw. über: www.menschenstattprofite.de



Aufruf und Einladung:

Menschen statt Profite - Bundesweites

Vernetzungstreffen aller Interessierten 11.-13. Mai

Ort: AZ Conni (Dresden-Neustadt, Rudolf-Leonhard-Str. 39)

Infos: www.menschenstattprofite.de, vernetzung@menschenstattprofite.de

Konakt über: Linksruck: 030.63.22.56.10

Projektwerkstatt: 06401.90.32.83 Kontakt Dresden: 0351.80.29.92.3

Infodienste, Zeitungen und Ö-Punkte-Verteiler:

Abfall:
 Das Bessere Müllkonzept
 Infos und Texte rund um Abfallvermeidung und -politik.
 Feldstr. 6, 82282 Unterschweinsbach
 Müll-Magazin (Rhombos)
 Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

Anti-Atom:
 anti atom aktuell (5 DM, Abo 60 DM, 12x)
 Vernetzungszeitung der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung mit Berichten, Infos und Terminen. Einladung zu Konferenzen.
 Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen
 Atom-Pressespiegel
 Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld
 Forum des IPPNW
 Körtestr. 10, 10967 Berlin
 Rundbrief X-tausendmal quer überall
 Artilleriestr. 56, 27283 Verden
 THTR-Rundbrief (BI Hamm)
 Postfach 1242, 59002 Hamm

Chemie & Industrie:
 Stichwort Bayer (60 DM/Jahr, 4x)
 Informationen zur Chemieindustrie, hrsg. von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

Energiewende:
 Energie-Depesche (4,50 DM, 24 DM/Jahr, 4x)
 Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach
 Neue Energie (BWE)
 Herrenteichstr. 1, 49074 Osnabrück
 Solarthemen (204 DM/Jahr, 24 Hefte)
 Bülltestr. 85, 32545 Bad Oeynhausen
 Solarbrief (20 DM/Jahr)
 SFV, Herzogstr. 6, 52070 Aachen
 Solarzeitfaller (9 DM/Stück)
 Kaiser-Friedrichstr. 11, 53113 Bonn

Genetechnik:
 Gen-ethischer Informationsdienst
 Brunnenstr. 4, 10119 Berlin

Jugend und Umweltschutz
 Lupe (Rundbrief des Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung), c/o DJN
 Nachrichten aus dem DJN und zu Aktionen.
 Justus-Strandes-Weg 14, 22337 Hamburg

Landschaft:
 Naturschutz und Landschaftsplanung
 Postfach 700561, 70574 Stuttgart
 Natur und Landschaft (118 DM/Jahr, 11x)
 Postfach 400263, 50832 Köln
 Steinbeißer (IG Gesteinsabbau)
 Prof.-Virchowstr. 8, 38280 Aue
 Wattenmeer international
 WWF, 60591 Frankfurt

Ökologischer Landbau:
 bioland (48 DM/6 Hefte)
 Kaisersr. 18, 55116 Mainz
 Naturland magazin (19,60 DM/4 Hefte)
 Kleinhadener Weg 1, 82166 Gräfelfing
 Ökologie & Landbau (SÖL)
 Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
 Unabhängige Bauernstimme (5 DM, 60 DM/Jahr, 11x)
 ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Politik von unten:
 Direkte Aktion (Organ der FAU)
 Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
 mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)
 und Rundbrief Bürgerbeteiligung
 Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
 Schwarzer Faden (8 DM, 30 DM/Jahr, 4x)
 Postfach 1159, 71117 Grafenau
 Zeitschrift für direkte Demokratie
 Marcusallee 29, 28359 Bremen

Tierschutz/Tierrechte:
 Brennpunkte
 Promenadeplatz 12, 80333 München
 Du und das Tier (DTSB)
 Baumschulallee 15, 53115 Bonn
 Tierbefreiung aktuell (25 DM/Jahr, mind. 4x)
 Schmilinstkystr. 7, 2009 Hamburg
 Voice (3 DM, 20 DM/Jahr, 4x)
 Ahornstr. 16, 63322 Rödermark

Über den Tellerrand:
 ak - analyse & kritik (7,50 DM pro Heft, 12x)
 Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
 Antifa-Infoblatt, L. Meyer (5 DM, Abo 30 DM)
 Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
 Antifascistische Nachrichten (26x, Abo 78 DM)
 GNN, Postfach 260226, 50515 Köln
 blick nach rechts (14tägig, 125,-/Jahr, erm. 64,-)
 Pressehaus 1/216, Heußallee 2-10, 53113 Bonn
 Der rechte Rand (3 DM, Abo 20 DM/Jahr)
 Postfach 1324, 30013 Hannover

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
 Postfach 1546, 65173 Wiesbaden
 Friedensforum (Friedenskooperative)
 Römerstr. 88, 53111 Bonn
 Gegenwind (Schleswig-Holstein)
 Schweißelstr. 6, 24118 Kiel
 Graswurzelrevolution (Schnupperabo 10 DM)
 Straßburger Str. 24, 10405 Berlin
 Interim, Bezug nur über Dealer und Infoläden
 Kampagne aktuell (Rüstungsexporte)
 Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden
 Kinderrechtliche News, c/o K.R.A.T.Z.A.
 Dunckerstr. 11, 10437 Berlin
 Konkret (gibts am Kiosk)
 Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg

Umwelt allgemein:
 Der Rabe Ralf (kostenlos, 40 DM/Jahr)
 Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
 Kritische Ökologie
 Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden
 Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)
 Postfach 6226, 79038 Freiburg
 Politische Ökologie und punktum
 Waltherstr. 29, 80337 München
 http://www.oekom.de
 Rathaus und Umwelt (100 DM/Jahr, 6 Ex.)
 U.A.N., Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover
 Umwelt kommunale ökologische Briefe
 (298 DM/Jahr, erm. 149 DM, 14tägig)
 Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin
 Umweltnachrichten (5 DM)
 Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

Umweltbildung:
 Biologie in der Schule
 Postfach 269, 10107 Berlin
 DGU Nachrichten
 Ulmenstr. 10, 22299 Hamburg
 NUAnzen (Zeitschrift der NUA)
 Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen
 Ökopädnews (Beilage zu punctum)
 c/o ökom, Waltherstr. 29, 80337 München
 Rundbrief Ökopädagogik
 Welsersr. 15, 81373 München
 Unterricht Biologie
 Postfach 10 01 50, 30917 Seelze
 ipublic (Initiative Psychologie im Umweltschutz)
 (2x/Jahr), c/o Michael Hartscher,
 Herminenstr. 9, 49080 Osnabrück
 Umweltberatung aktuell (BUND)
 Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

Umwelt & Entwicklung:
 alaska Zeitung zum Internationalismus
 Bernhardsstr. 12, 28203 Bremen
 BUKO-Agrar-Info
 BUKO Agrar, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
 Germanwatch
 Berliner Platz 23, 53111 Bonn
 Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung
 WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn
 iz3w-Blätter (8 DM, 60 DM/Jahr, 8x)
 Postfach 5328, 79020 Freiburg
 Relaciones (VEN)
 Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf
 Rundbrief "eine Welt"
 Mittelstr. 4, 34474 Wehden

Umweltrecht:
 Recht der Natur (Schnellbrief), Schleusenstr. 18, 60327 Frankfurt
 Zeitschrift für Umweltrecht (6x j.), c/o NOMOS,
 Postfach 100310, 76484 Baden-Baden
 KGV-Rundbrief (Öko-Institut)
 Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

Verbands-Infodienste:
 Alligator (Grüne Liga)
 Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
 BUNDMagazin
 Im Rheingarten 7, 53225 Bonn
 Deutschland-Rundbrief (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 EU-Rundschreiben (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)
 Zeitung für alle Mitglieder, d.h. studentische
 Umweltgruppen und FördererInnen. Infos zur
 Hochschul-Umweltarbeit.
 BSO, c/o ASTA Uni Münster
 Schlossplatz 1, 48149 Münster
 Naturschutz heute
 Postfach 301054, 53190 Bonn

VerbraucherInnen-politik:
 Verbraucher konkret
 (Mitgliedszeitung)
 Verbr.-Initiative, Breite
 Str. 51, 53111 Bonn

Verkehr:
 Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)
 Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
 radWELT (ADFC)
 Postfach 107747, 28077 Bremen

Wasser:
 Wasser-Rundbrief (AK Wasser des BBU)
 Rennerstr. 10, 79106 Freiburg
 Waterkant (AKN)
 Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

Widerstand:
 Die Rote Hilfe (3,50 DM, 20 DM/4 Ausgaben)
 Postfach 6444, 24125 Kiel

Wirtschaft:
 bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)
 Postfach 100829, 44708 Bochum
 Contraste
 Postfach 104520, 69035 Heidelberg
 koop telegramm (15 DM/Jahr, Beitrag: 60 DM)
 Mitteilungsblatt der Bundesarbeitsgemein-
 schaft Lebensmittelkooperativen mit vielen
 Infos für Food-Coops.
 Im Mailand 131, 44797 Bochum
 Ökologisches Wirtschaftsforum
 Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München

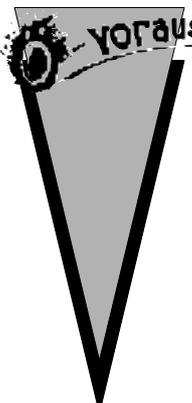
Ö-Punkte in Rundschreiben
 Hoppetosse-Netzwerk (25 DM/Jahr)
 Vernetzung zwischen verschiedenen Grup-
 pen, Termine, Berichte, Infos zu m Widerstand.
 Büro für mentale Randalde, Postfach 100136,
 45601 Recklinghausen
 Rundbriefe von ...
 BUND Thüringen, Niedersachsen und Nord-
 rhein-Westfalen, BUND-Jugend, fzs: Freier Zu-
 sammenschluß der StudentInnenenschaften,
 Grün-alternatives Jugendbündnis (GAJB),
 Grüne Liga Sachsen und Thüringen, JANUB:
 Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen,
 JungdemokratInnen/Junge Linke Nordrhein-
 Westfalen, Mehr Demokratie, Länderrundbrief,
 NABU Saarland, Naturschutzjugend Baden-
 Württemberg, Linksruck, Ökol. Plattform der
 PDS.
 Verteilung über die Themenredaktionen der
 Ö-Punkte und über die Ö-Depots (siehe Rück-
 seite). Abonnements, Verteilern in Städten
 und Regionen sowie Büchereien.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen
 Sommer 2001
 ● Anhang, Verteiler

Erläuterung

- Ö-Punkte liegen regelmäßig bei.
- Ö-Punkte liegen unregelmäßig bei, d.h. der/die BezieherIn erhält nicht alle Ö-Punkte.



Die nächsten Ö-Punkte Herbst '01:

Termine:

- Redaktionsschluß: 18.01.
 - Endredaktion: 5.8.-19.8.01
 - Erscheinen: ca. 22.8.01.
- Die Redaktionstreffen und -arbeit sind offen für alle Interessierten!

Schwerpunkt:

Utopien

Schwerpunkt-Redaktion:

Annette Schlemm
 annette.schlemm@t-online.de

Thematische Texte bitte direkt an die zuständigen Themenredaktionen schicken. Allgemeine Artikel und Beiträge, Kleinanzeigen und Anzeigenaufträge an die Redaktionsadresse.

Und weiter ...:

Redaktionsschluß der Ausgabe "Sommer" ist voraussichtlich der 1. Nov. 2001.

Geplanter Schwerpunkt:
 ● Grünes Geld

Umweltschutz von unten
 Projekte, Diskussionen, Termine und mehr ... <http://go.to/umwelt>

Ökostrom von unten
 Vorstellung, Stromtarife, Firmen ... www.projektwerkstatt.de/strom

MaterialAuswahl UmweltSchutz
 Bücher, Broschüren ... www.maus-versand.de

Direct-Action-Netzwerk, Termine, Aktionen
www.aktionsinfo.de, DAN unter .../dan

Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand
 Diskussion, Strategien ... www.projektwerkstatt.de/hoppetosse

Sonstiges
 Themenseiten, Projekte, Projektwerkstatt, adressen: www.projektwerkstatt.de
 Ökojobs, Praktikumsstellen usw.: www.oekojobs.de
 Ö-Punkte: www.projektwerkstatt.de/oepunkte
 Aktionsmobil: <http://fullspeed.to/aktionsmobil>
 Linke Nachrichten: ww.de.indymedia.org, www.nadir.org und

Internet